



Protokoll des 6. Parteitags der CDU Deutschlands 28. Nov. 1994 · Bonn



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU



**6. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Bonn, 28. November 1994

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, Vorsitzender der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	7
Beschlußfassung über die Tagesordnung	8
Bestätigung der Antragskommission	10
Wahl der Mandatsprüfungskommission	10
Wahl der Stimmzählkommission	10
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	11
Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichts 1992 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz: Brigitte Baumeister MdB	26
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze MdB	29
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble	36
Aussprache zu den Berichten	42
Bericht der Mandatsprüfungskommission	62
Bericht der Rechnungsprüfer	62
Entlastung des Bundesvorstandes	65
Wahl des Vorsitzenden	66
Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden	67

INHALT	Seite
Wahl der Bundesschatzmeisterin	68
Wahl der Rechnungsprüfer	69
Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei	69
Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidium	69
Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	73
Beratung und Beschlußfassung: Grundsatzbeschluß zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU Deutschlands	91
Sonstige Anträge	130
Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	136
 ANHANG	
Beschlußprotokoll	139
Beschlüsse	148
 Geistliches Wort im Plenum	
– Grußwort und Gebet Bischof Dr. Hartmut Löwe, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland	151
– Ansprache Paul Bocklet, Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe	152
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP	154
Namensverzeichnis	158

Montag, 28. November 1994

Beginn: 9.23 Uhr .

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands!

Hiermit eröffne ich den 6. Parteitag der CDU Deutschlands und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich hier in Bonn.

(Beifall)

Liebe Freunde, vor gerade sechs Wochen haben wir die Bundestagswahl gewonnen.

(Lebhafter Beifall)

Ich sage das aus zwei Gründen. Prälat Bocklet hat uns mit Recht auf die Schnellebigkeit der Zeit hingewiesen. Wenn man in manche Bereiche unserer Medienlandschaft hineinschaut, hat man den Eindruck, daß wir nur noch ein paar Tage brauchen, bis wir uns gegen die Behauptung verteidigen müssen, wir hätten die Wahl in Wahrheit nicht gewonnen. Deswegen ist das erste, was ich sage: Wir haben viel Grund zur Freude. Das ist eine prima Voraussetzung für diesen Parteitag.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt Ihnen allen, den gewählten Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei in ganz Deutschland.

Mit Ihnen, liebe Freunde, begrüße ich unsere in- und ausländischen Gäste auf das allerherzlichste. Ich freue mich über die große Zahl der Gäste, die hierhergekommen sind.

(Beifall)

Mein ganz besonders herzlicher Gruß gilt Richard von Weizsäcker.

(Lebhafter Beifall)

Es ist der erste Bundesparteitag der CDU, lieber Richard, nach Deinem Ausscheiden aus dem höchsten Staatsamt unserer Republik. Wir freuen uns ganz besonders, daß Du heute hier bei uns bist.

(Beifall)

Ich danke Ihnen, Herr Bischof Löwe und Herr Prälat Bocklet, für Ihr Gebet und Ihr geistliches Wort.

Jeder von uns, denke ich, hat gespürt, wie wichtig es ist, an einem solchen Tag einen solchen Beginn unserer Beratungen zu erleben. Herzlichen Dank für den Dienst, den Sie uns erwiesen haben.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich die große Zahl der Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ich bin sicher, daß Sie wieder voller Freude und Wohlwollen über unseren Parteitag berichten werden.

(Beifall)

Ich darf Sie sehr herzlich willkommen heißen.

Meine Damen und Herren, eine Bemerkung zum Ablauf dieses Tages: Wir haben ein großes Programm vor uns, und viele wollen noch heute abend in ihre Heimat zurückreisen. Ich möchte deshalb auch von mir aus einen Beitrag dazu leisten, daß dieser Parteitag schnell und zügig abgewickelt werden kann. Deswegen verzichte ich

ausnahmsweise darauf, viele unserer Gäste namentlich zu begrüßen. Ich bitte um Verständnis. Sie alle sind uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben heute den zweiten Parteitag in diesem Jahr. Wir hatten den Programmparteitag vom 21. bis 23. Februar dieses Jahres in Hamburg. Wir haben damals vereinbart und beschlossen, daß wir die Zeit des Hamburger Parteitages, zweidreiviertel Tage, nutzen, um das Grundsatzprogramm eingehend diskutieren zu können. Deswegen waren wir uns damals auch einig, daß wir die satzungsmäßigen Neuwahlen in diesem Jahr auf einem eigenen Parteitag, der allerdings nur einen Tag dauern wird, abhalten.

Deswegen bitte ich sehr um Verständnis, daß dieser Parteitag heute nicht die große Fülle von Themen aufgreifen kann, wie das sonst, wenn wir mehrtägige Parteitage haben, selbstverständlich der Fall ist, sondern daß wir uns auf das konzentrieren, was hier heute geschehen muß.

Es gibt noch einen Grund für diese Konzentration - das sage ich gerne einmal mit großer Deutlichkeit -, nämlich daß wir in diesem Marathonwahljahr bis an die Grenze dessen, was wir finanziell leisten können, gehen mußten und auch gegangen sind. Wenn wir im Bereich unseres Staates sparen, so müssen wir auch im Bereich unserer Partei ein gutes Beispiel geben. Auch deswegen ist diese zeitliche Begrenzung unbedingt notwendig geworden.

Wir werden nachher den Bericht unserer Bundesschatzmeisterin hören. Sie werden sehen, daß sie und alle, die für die Finanzen der Partei verantwortlich sind, großartige Arbeit geleistet haben. Aber wir unterstützen die Schatzmeisterin am besten dadurch, daß wir heute sparsam wirtschaften. Deswegen nur dieser eine Tag.

Wir werden im Herbst des kommenden Jahres - so haben wir gestern im Parteivorstand verabredet - in der üblichen Weise einen Parteitag von fast drei Tagen haben. Ich hoffe, es wird gelingen, daß er in Baden-Württemberg stattfindet. So jedenfalls ist es überfällig und verabredet. Wir werden dann eine breite Palette von wichtigen Themen diskutieren.

Diese kurze Bemerkung wollte ich gerne vorweg machen, damit nicht Erwartungen entstehen, daß wir an einem Tag das gleiche leisten können, was wir sonst an mehrtägigen Parteitagen selbstverständlich leisten.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, einer guten Tradition folgend wollen wir auch zu Beginn dieses Parteitags all jener gedenken, die seit dem letzten Bundesparteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Für die vielen will ich nennen: Wilhelm Brese, geboren 1896, gestorben im März 1994. Er war schon in der Weimarer Republik Kreistagsabgeordneter für die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei. Er war Mitbegründer der CDU nach 1945 im Kreis Celle. Er war Mitglied des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main und von 1949 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Bernhard Tacke, geboren 1907, gestorben im März 1994. Er war von 1928 bis 1933 Sekretär im Christlichen Textilarbeiterverband. Er war nach 1945 maßgeblich am Aufbau der CDU und der CDA im Rheinland beteiligt. Er war Mitbegründer der Gewerkschaft Textil – Bekleidung – Leder. Er war zehn Jahre lang Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes dieser Gewerkschaft. Von 1956 bis 1972 war er Stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ich nenne Alice Söhlike, geboren 1941, gestorben im Mai 1994. Sie war von 1985 bis zu ihrem Tode Kreisgeschäftsführerin des CDU-Verbandes Aurich.

Ich nenne Ulrich Rastemborski, geboren 1940, gestorben im Juni 1994. Er war von 1975 bis 1983 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Von 1981 bis 1983 war er Berliner Senator für Bau- und Wohnungswesen.

Ich erinnere an Dr. Ernst Müller-Hermann, geboren 1915, gestorben im Juli 1994. Er gehörte zu den Gründern der CDU in Bremen. Er war von 1946 bis 1952 Mitglied, von 1950 bis 1952 Vorsitzender der CDU-Fraktion der Bremer Bürgerschaft. Er war Mitglied des Deutschen Bundestages von 1952 bis 1980. Er war in diesen Jahren stellvertretender Fraktionsvorsitzender und er war 13 Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments.

Ich nenne Dr. Manfred Wörner, geboren 1934, gestorben im August 1994. Er war von 1965 bis 1988 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1969 bis 1972 und dann noch einmal von 1980 bis 1982 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Er gehörte viele Jahre dem Bundesvorstand der CDU an, war in den Jahren von 1982 bis 1988 Bundesminister der Verteidigung und von 1988 bis zu seinem Tod Generalsekretär der NATO.

Ich nenne Maria Jacobi, geboren 1906, gestorben im September 1994. Sie war von 1948 bis 1964 Mitglied des Stadtrates in Marl, lange Jahre Vorsitzende der Stadtratsfraktion, Vorsitzende der Frauenvereinigung, Mitglied des Landesvorstands der CDU Westfalen-Lippe und von 1961 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Werner Nolte, geboren 1946, gestorben im September 1994. Er war von 1990 bis 1994 Mitglied und CDU-Fraktionsvorsitzender des Kreistages des ehemaligen Landkreises Heiligenstadt. Von 1990 bis zuletzt war er Bürgermeister der Gemeinde Kirchgardern.

Ich nenne Albert Leicht, geboren 1922, gestorben im Oktober 1994. Er war Gründungsmitglied der CDU im Kreis Germersheim und viele Jahre Kreisvorsitzender. Er gehörte dem Haushaltsausschuß des Bundestages über viele Jahre an. Er war Vorsitzender dieses wichtigsten Ausschusses des deutschen Parlaments in den Jahren von 1969 bis 1977. Von 1967 bis 1969 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und von 1977 bis 1983 Vizepräsident des Europäischen Rechnungshofes.

Am vergangenen Samstag verstarb in Trier im Alter von 68 Jahren Reinhold Krischel. Er war seit 1961 Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Trier-Land und in den folgenden Jahrzehnten bis zu seiner Pensionierung Geschäftsführer des Bezirksverbandes Trier.

Liebe Freunde, ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für die vielen genannt, um die wir in dieser Stunde trauern. Wir wollen allen unseren toten Freunden ein stilles Gebet widmen - ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung des Parteitages ein.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

Ihnen liegt in Ihren Unterlagen der Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums vor. Ich darf feststellen: Sie haben die Unterlagen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es eindeutig so beschlossen.

Ich darf darum bitten, daß unser Freund Norbert Blüm als Tagungspräsident und die Mitglieder des Tagungspräsidiums ihre Plätze einnehmen und die Geschäfte übernehmen.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte und Gäste! Das gerade eintreffende Präsidium bedankt sich für Ihre Zustimmung.

Meine Damen und Herren, jetzt geht's los.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sage das aus gutem Grund. Ich hoffe, daß etwas von der Bundestagswahl und ihrem Erfolg auch diesen Parteitag trägt, nicht selbstgefällig, aber selbstbewußt. Die Mehrheit ist knapp; der Parteitag ist kurz. Was lehrt uns das? Konzentration.

Konzentrationsfähigkeit ist auch ein Test unserer politischen Willenskraft. Das erste Opfer dieser Konzentration, der Selbstdisziplin, bin ich selber: Ich verzichte auf das übliche Grußwort des gastgebenden Landesvorsitzenden.

(Beifall)

Ich möchte aber doch ein paar Bemerkungen zu dem Ort machen, an dem wir tagen.

(Heiterkeit)

Bonn ist nicht nur ein Städtenamen, Bonn ist ein politischer Begriff.

(Vereinzelt Beifall)

Das Bonner Grundgesetz steht für die klügste Verfassung, die je in Deutschland erfunden wurde.

(Beifall)

Grundrechte, nicht vom Staat verliehen, Gewaltenteilung, Föderalismus, Stabilität des Regierungssystems: Das ist das Bonner Grundgesetz. Bonn steht auch für die Politik der europäischen Einigung und der deutschen Einheit. Mit Bonn verbindet sich die Anbindung unseres Deutschland an die westliche Zivilisation, der Demokratie. Zum ersten Mal, liebe Freunde, sind wir von Freunden umzingelt. Zum ersten Mal liegt Deutschland mitten in Europa, ohne Schaukelpolitik.

Bonn steht auch für den Weg, über Freiheit zur Einheit zu kommen. Für diesen Weg zur deutschen Einheit stehen die Namen Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

(Beifall)

Deshalb bleiben die Erfahrungen dieser guten Zeit unserer Geschichte auch in größerer Verantwortung bewahrt. Daher: Bonn grüßt Berlin.

(Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, beginnt die Arbeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde Ihnen mit der Einladung zum 6. Parteitag zugesandt. Sie befindet sich auch in Ihren Tagungsunterlagen. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Parteitag fängt gut an: Das Ergebnis ist einstimmig.

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für einige Festlegungen zum zeitlichen Ablauf des Parteitags. Wir schlagen vor, mit der Wahl des Präsidiums und des Bundesvorstandes spätestens um 13 Uhr zu beginnen. Sollte zu diesem Zeitpunkt die Aussprache noch

nicht beendet sein, so werden die offenen Wortmeldungen zwischen den einzelnen Wahlgängen aufgerufen. Wenn Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind – es dient auch der Konzentration – dann bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Für Wortmeldungen im Rahmen der Aussprache benutzen Sie bitte die Wortmeldezettel, die sich in Ihren Unterlagen befinden. Auf der – von Ihnen aus gesehen – rechten Seite der Bühne nimmt ein Mitarbeiter Ihre Wortmeldungen entgegen.

Nach der Geschäftsordnung kann der Parteitag eine Meldefrist für die Kandidaturen festlegen. Wir schlagen vor, die Frist für Personalvorschläge zur Wahl des Präsidiums und des Bundesvorstandes auf 11 Uhr festzusetzen. Die Vorschläge müssen schriftlich im Tagungsbüro eingereicht werden. Eine Liste mit den bisher vorgeschlagenen Kandidaten befindet sich in Ihren Unterlagen.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Initiativanträge von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen wollen, dann lassen Sie den Text im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem eingeben. Auf der Rückseite unterschreiben diejenigen Delegierten unter Angabe ihrer Delegiertennummer, die den Antrag unterstützen. Wir schlagen Ihnen als Frist für Initiativanträge 13 Uhr vor. Ich setze Ihr Einverständnis voraus.

Um 14 Uhr findet eine Sitzung der Antragskommission statt.

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Reihe von Gästen zu begrüßen. Ganz besonders lieb und herzlich, nicht aus Routine, sondern weil wir ihr zu Dank verpflichtet sind, begrüßen wir Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Dieser Gruß hat nicht nur Tradition. Er ist auch unser Beitrag zur Anerkennung der Arbeit, die Frau Kohl nicht nur für die CDU leistet, sondern auch in vielen sozialen Organisationen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch zwei aus der Familie begrüßen, die unsere Unterstützung ganz besonders haben und die unsere nächsten Bewährungsproben leisten: den Spitzenkandidaten für die hessische Landtagswahl, Manfred Kanther,

(Anhaltender Beifall)

und den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai des nächsten Jahres, Helmut Linsen.

(Beifall)

Sie sind alle eingeladen, diese beiden Spitzenkandidaten bei den nächsten Wahlen zu unterstützen, einschließlich der Öffentlichkeit, der Presse.

Meine Damen und Herren, jetzt habe ich eine Aufgabe, die ich bisher noch nicht hatte – sie ist eine Welturaufführung –: Ich lese das Grußwort des Vorsitzenden der CSU vor. Theo Waigel hat heute frei, aus familiären Gründen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir senden ihm von hier herzliche Gratulation und alle guten Wünsche.

(Beifall)

Wenn das Franz Josef Strauß erlebt hätte, daß ich das Grußwort der CSU verlese – daß ich das noch erlebe!

(Heiterkeit und Beifall)

„Allen Delegierten des 6. Parteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Bonn übermittle ich persönlich und namens der Christlich-Sozialen Union herzlichste Grüße. Mein besonderer Gruß gilt dem Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, der vor wenigen Tagen zum nunmehr fünftenmal zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. In der Tradition von Konrad Adenauer stehend und sich stets der vollen Unterstützung der CSU bewußt, hat er seit 1982 die politischen Geschicke Deutschlands mit Mut und Maß, mit Verlässlichkeit und Verantwortungsbewußtsein geleitet. Als Kanzler der Einheit hat er die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit und voller Souveränität herbeigeführt,

(Beifall)

Deutschland zu einem weltweit geschätzten Partner gemacht, die Einigung Europas konsequent vorangetrieben und damit grundlegende Ziele der Gründer von CDU und CSU erfüllt. Die Vollendung der Einheit, die Neuordnung Europas und der weltweite politische und ökonomische Umbruch haben Deutschland vor große Herausforderungen gestellt. Sie zu bewältigen erfordert politische Führung in schwieriger Zeit. Deshalb müssen wir gemeinsam alles daran setzen, daß CDU und CSU die politisch führende Kraft in Deutschland bleiben. Dem heutigen Parteitag der Christlich Demokratischen Union wünsche ich einen konstruktiven und erfolgreichen Verlauf.“

(Beifall)

Ich fahre fort in der Tagesordnung und rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 eine Antragskommission eingesetzt. Die Namensliste befindet sich in Ihren Unterlagen. Ich bitte Sie um Bestätigung mit Ihrer Stimmkarte, wenn Sie damit einverstanden sind. – Gegenprobe! – Stimmenthaltung? – Es ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Auch dazu liegt der entsprechende Vorschlag des Bundesvorstandes in Ihren Mappen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltung? – Es ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6:

Wahl der Stimmzählkommission

Auch hier liegt die Namensliste vor. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Vorschlag des Bundesvorstandes. Wer mit dem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltung? – Der Vorschlag ist angenommen.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich um 12 Uhr zu einer Vorbesprechung im Büro des Organisationsleiters.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte

Wir kommen damit zum ersten Hauptpunkt des heutigen Tages, zum Tagesordnungspunkt 7.1:

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Lieber Helmut Kohl, wir haben mit Ihnen und durch Sie die Bundestagswahl gewonnen. Hunderttausenden von Menschen sind Sie im Wahlkampf begegnet. Damit haben Sie bewiesen, daß persönlicher Einsatz wichtiger als alles Marketing ist. Dafür dankt Ihnen die Christlich Demokratische Union, weil Sie damit ein Beispiel gesetzt haben.

(Anhaltender Beifall)

Deutsche Einheit und europäische Einigung – gleichsam Zwillinge – bleiben in der Geschichte mit Ihrem Namen verbunden. Niemand kann das mehr verändern. Diese zwei großen geschichtlichen Leistungen sind mit dem Staatsmann Helmut Kohl verbunden. Sie haben in der Welt eine hohe Meinung.

(Beifall)

Verlässlichkeit, Standfestigkeit und Weitblick, das sind Ihre Erkennungszeichen. Verlässlichkeit und Standfestigkeit sind in einer flatterhaften Zeit unerlässlich; Weitblick ist in einer Zeit des Wandels wichtig, um den Wandel gestalten zu können. – Helmut Kohl, der Parteitag sieht Ihrem Bericht mit großer Erwartung entgegen. Sie haben das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es war ein schwieriges Jahr, das Jahr 1994. In einer solchen Stunde werden wir uns alle, jeder für sich und an seinem Platz und nach seiner Erfahrung, an diese elf Monate zurückerinnern. Man hat darüber geschrieben: Das ist ein Wahlmarathon. – Das ist ja auch wahr. Aber was das bedeutet in Orts- und Kreisverbänden, in den Landesgeschäftsstellen, überall dort auf Straßen und Plätzen, wo unsere Freunde waren, an den Ständen, wo unser Material, unsere Werbung unter die Leute gebracht wurde, kann nur der ermessen, der die Begegnung, das volle Auf und Ab öffentlicher Stimmungen, erlebt hat.

Und am Ende dieses Jahres können wir ganz einfach sagen: Wir haben gewonnen. Die Union ist und bleibt die bestimmende politische Kraft im vereinten Deutschland. Das ist der Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit. Dafür haben wir vor allem unseren Wählern zu danken, aber auch den vielen, die uns geholfen haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich an die Tage in Hamburg erinnern, an den 21., 22. und 23. Februar, dann wissen Sie, daß wir von diesem Parteitag nach Hause gegangen sind mit dem Willen, es wieder zu packen. Aber wahr ist auch, es gab manche Skepsis, und mancher hat sich leise oder auch laut gefragt: Werden wir es wirklich schaffen?

Wir sind nach schwierigen Jahren – seit 1990 – dem Jahr der deutschen Einheit, in dieses Wahljahr gegangen. Wir haben die volle Wucht der weltwirtschaftlichen Rezession mit all ihren Folgen bis hin zur hohen Arbeitslosigkeit voll zu spüren bekommen. Wir haben dann gemeinsam gekämpft. Wir konnten die Menschen überzeugen. Wir wollten den Sieg, und wir haben ihn errungen – allen Untergangspropheten zum Trotz. Und das ist gut.

(Beifall)

Und ich will wieder einmal darauf hinweisen, weil in der Flüchtigkeit der Stunden nach einer Wahl vieles untergeht: Wir, CDU und CSU, haben etwas erreicht, was es bislang noch nie gab. Seit 1871 gibt es freie, geheime und direkte Wahlen zum nationalen Parlament. In diesen mehr als 100 Jahren gab es nur eine demokratische Partei, die in ganz Deutschland über die 40-Prozent-Grenze kam: Das waren die CDU und CSU

1990 und 1994. Auch viele von uns hätten uns das nicht zugetraut. Aber wir haben es geschafft. Wir haben historische Markierungen gesetzt. Auch darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir uns an das Jahr 1990 erinnern, dann wissen wir auch, wie ungläubig viele in Deutschland uns anschauten, als wir sagten, wir wollen auch in den neuen Ländern die bestimmende politische Kraft werden und – natürlich – bleiben. Und so ist es ein gewaltiger Erfolg, daß die CDU auch in den neuen Ländern mit Abstand stärkste Partei geworden ist. Es wurde sogar etwas möglich, meine Damen und Herren, was gänzlich ausgeschlossen schien: daß das beste Wahlergebnis für die Union in einem deutschen Bundesland in Sachsen erzielt wurde.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, bei aller schwesterlichen Gemeinsamkeit mit unseren Freunden von der CSU: Es tut doch mal ganz gut, daß wir bei einer Landtagswahl noch besser abgeschnitten haben als unsere Freunde in Bayern.

(Heiterkeit und Beifall)

Wichtig ist für uns ebenfalls – auch das war überhaupt nicht selbstverständlich –, daß die Differenz bei den Stimmabgaben zwischen dem Gebiet der alten Bundesrepublik und den neuen Ländern nur gering ist. Das sagt etwas aus über unsere Integrationskraft auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands. Natürlich bleibt noch viel zu tun. Aber wahr ist, daß wir auch insofern eine wichtige Wegmarke bewältigen konnten.

Und so gilt mein Dank all denen, die geholfen haben: den Wahlkämpfern überall vor Ort, den Amts- und Mandatsträgern, den Kandidaten im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden, nicht zuletzt auch unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen ich besonders herzlich danken möchte. Ohne sie wäre dieser Wahlkampf so nicht möglich gewesen.

(Beifall)

Stellvertretend für alle will ich unseren Generalsekretär, Peter Hintze, und unseren Bundesgeschäftsführer, Hans-Joachim Reck, nennen.

(Beifall)

Lieber Peter Hintze, das ist auch eine Stunde der Freude und des Stolzes für Sie und unsere Männer und Frauen im Konrad-Adenauer-Haus. Was ist vor dieser Wahl nicht alles an skeptischen Dingen geschrieben worden. Und dann ist es sehr gut gegangen. Da es ja üblich ist, daß der Sieg viele Väter, die Niederlage aber nur wenige hat, will ich Sie hier ganz besonders ansprechen und Ihnen danken. Mit großem Einsatz, mit viel Intelligenz und Klugheit und mit sehr viel Engagement ist dieser Wahlkampf auch im Konrad-Adenauer-Haus geführt worden. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich will neben der Arbeit der vielen Freunde noch die Mitarbeit unserer Mitglieder – Männer und Frauen – in der Bundestagsfraktion hervorheben, die an diesem Wahlkampf einen besonderen Anteil hatten. Und hier nenne ich für alle Wolfgang Schäuble, der in einem unglaublichen persönlichen Einsatz zu diesem Wahlsieg beigetragen hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, unser Erfolg beweist, daß man Wahlen nicht mit Verzagtheit und Larmoyanz, sondern mit Zuversicht und mit Kampfgeist gewinnt, daß es wichtig ist, zu

den Menschen zu gehen, sie vor Ort anzusprechen, daß eben nicht Pessimismus und Miesmacherei, sondern der Glaube an die eigene Kraft und realistischer Optimismus den Erfolg bringen.

Damit wir nicht aus der Übung kommen, werden wir im nächsten Jahr - hoffe ich - so weitermachen, und zwar im Mai in Nordrhein-Westfalen mit dem Spitzenkandidaten Helmut Linssen. Lieber Helmut Linssen, über 40 % für die Union bei den Bundestags- und Kommunalwahlen, das ist eine gute Ausgangsposition. Ich finde, Nordrhein-Westfalen hat auch endlich eine andere Regierung verdient.

(Beifall)

Dann folgt im September Bremen mit unserem Spitzenkandidaten Ulrich Nölle. Bremen ist ein kleines Land und eine alte sozialdemokratische Hochburg, aber, meine Damen und Herren, das muß nicht so bleiben. Wir müssen alles tun, um den Bremern zu helfen, daß jetzt dort eine Änderung eintritt.

(Beifall)

Im Oktober verteidigen wir in Berlin mit Eberhard Diepgen die Führung des Senats. Berlin ist nicht irgendeine Stadt, sondern Berlin ist die Bundeshauptstadt, und es ist entscheidend, daß diese Stadt geprägt wird von Christlichen Demokraten. Deshalb, Eberhard Diepgen: Jede Unterstützung bei dieser Wahl.

(Beifall)

Wir haben Manfred Kanther bereits herzlich begrüßt. Er hat als nächster die Aufgabe, mit den Freunden in Hessen in die Wahlschlacht am 19. Februar zu gehen. Wir haben dort gute Chancen, und ich hoffe, alle denken daran, daß die Chancen so bleiben; denn unsere hessischen Freunde haben ja oft genug in der Geschichte darunter gelitten,

(Beifall)

daß die Sache gut anfang, und dann ein Rauhref aus Bonn und anderswo dazwischen kam.

(Heiterkeit)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß die Großwetterlage gut bleibt

(Beifall)

und daß wir gemeinsam in Hessen in den Wahlkampf ziehen, um dort die Veränderung, die dringend notwendig ist, zu erreichen. Alles Gute auf diesem Weg, Manfred Kanther.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Wählerauftrag ist klar. Die Koalition der Mitte aus CDU, CSU und FDP ist bestätigt worden; gewiß mit einer knappen, aber mit einer ausreichenden Mehrheit. Sie ist bestätigt worden für die Legislaturperiode von 1994 bis 1998. Das heißt: Der jetzt amtierende Bundestag wird ganz knapp an die Jahrhundert- und Jahrtausendwende heranführen. Das, was jetzt in diesen vier Jahren in Deutschland zu geschehen hat und was wir mit dem Motto des Parteitags – "Deutschland erneuern – Zukunft sichern" - deutlich machen wollen, das ist entscheidend für den Beginn des 21. Jahrhunderts.

Wir wollen diesen Weg gemeinsam mit den Kollegen der FDP gehen, wir wollen loyale, gute Partner in der Koalition sein, aber wir wissen auch, daß die FDP selbst ihren Beitrag leisten, ihre Stimmen bringen muß, wenn diese Koalition erfolgreich sein will.

Die Koalitionsvereinbarung und die Regierungsbildung waren in kürzester Zeit in einer ungewöhnlich guten, kameradschaftlichen Atmosphäre möglich. Das, was wir vereinbart haben, gilt und wird eingehalten. Die Regierungserklärung, die ich am vergangenen Mittwoch im Bundestag abgeben konnte, stand unter dem Thema „Aufbruch in die Zukunft - Deutschland gemeinsam erneuern“. Dies ist das Thema, das wir uns als CDU vorgenommen haben. Ich darf Sie darauf verweisen, daß Sie in Ihren Unterlagen den Text der Regierungserklärung vorfinden, weil ich heute - auch wegen der Kürze der Zeit - nicht die Absicht habe, alles noch einmal vorzutragen, was ich am vergangenen Mittwoch vortragen konnte.

Das Arbeitsprogramm für die neue Legislaturperiode trägt unsere Handschrift, liebe Freunde. Die Schwerpunkte sind die Schwerpunkte unserer Arbeit, um die Zukunft Deutschlands zu sichern und Deutschland zu erneuern. Wenn wir in die Zukunft aufbrechen wollen, müssen wir es jetzt tun, denn wir werden nicht allzuviel Zeit haben. Vier Jahre, das ist eine kurze Zeit. Die Botschaft dieser Regierungserklärung heißt aus meiner Sicht: Umdenken und erneuern in allen Bereichen.

Wir wollen, daß das, was sich in unserer Republik bewährt hat, was unsere Handschrift seit Jahrzehnten trägt, auch von uns leidenschaftlich verteidigt wird. Wir haben nicht die Absicht, dem Zeitgeist nachzulaufen. Wir wollen eine Gesellschaft und einen Staat, in dem der Freiheitsraum für den einzelnen nicht nur erhalten, sondern erweitert wird. Wir trauen den Kräften der Gesellschaft mehr zu als öffentlicher Bürokratie. Wir wollen umdenken und erneuern - auch in unserer Partei. Das ist vor allem ein Thema für den heutigen Tag.

Mit einem Wort: Wir wollen unsere Bundesrepublik Deutschland, das wiedervereinigte Deutschland, fit machen für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, wer von uns in diesen Tagen seinen Blick über die deutschen Staatsgrenzen hinaus lenkt, ob in die Vereinigten Staaten, ob nach Rußland, ob in unsere unmittelbare Nachbarschaft, der weiß, daß es in diesen Ländern viele schwierige Entwicklungen gibt und daß immer mehr Menschen in weiten Teilen der Welt ihre Hoffnung auf eine stabile Bundesrepublik Deutschland setzen. Eine stabile Bundesrepublik Deutschland, dafür steht die Union; wir müssen einen entscheidenden Beitrag zu dieser Stabilität leisten.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, Stabilität heißt nicht Stillstand. Stabilität heißt die Fähigkeit, auf der einen Seite die Statik unserer Republik zu sichern, aber auf der anderen Seite auch mit kräftigen Schritten in die Zukunft zu gehen. Wenn wir, CDU und CSU, den Anspruch erheben, die politische Führung weit über das Jahr 1998 hinaus wahrzunehmen, dann haben wir uns damit ungewöhnlich viel vorgenommen. Das spricht sich in einer solchen Rede leicht aus, aber es ist eine gewaltige Herausforderung an jeden von uns, und ich finde, wir sollten uns darüber im klaren sein, daß wir dieses Ziel anstreben und daß jeder von uns seinen Beitrag zu leisten hat, um dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Wir haben vieles zu bewegen. Ich will nur drei Themen kurz ansprechen: die Entwicklung unserer Wirtschaft und damit die Frage der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze; die Entwicklung im Bereich von Forschung und Technologie; und dann eine Grundfrage, die das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft ganz wesentlich betrifft, nämlich die Frage nach der Stellung von Familien mit Kindern in unserer Gesellschaft: Wie können wir sie unterstützen, wo können wir zu ihren Gunsten neue Prioritäten setzen?

Wir haben eine gute Konjunkturentwicklung. Wir werden in diesem Jahr rund 3 % Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts erreichen - eine Zahl, die vor kurzer Zeit noch als völlig undenkbar galt. Wenn Sie die neuesten Berechnungen der OECD oder der Europäischen Union sehen, werden Sie feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland - noch vor wenigen Monaten hätte man für eine solche Aussage Hohn und Spott geerntet - nicht nur im Jahre 1994, sondern auch im Jahre 1995 eine gute Chance hat, den Kriterien des Maastricht-Vertrags für eine Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion gerecht zu werden.

Dennoch gibt es keinerlei Grund zur Entwarnung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich die Welt auch im Ökonomischen dramatisch verändert hat, daß wir ein Stück Konkurrenzfähigkeit verloren haben. Wir dürfen jetzt nicht an mehr Freizeit denken, sondern es gilt, Zukunft zu sichern durch Umdenken und Neufestsetzen von Prioritäten.

(Beifall)

Wir haben dabei im Blick auf den Arbeitsmarkt eine ganz besondere Verantwortung gegenüber denen, die von diesem Schicksal besonders betroffen sind. Ich nenne die Langzeitarbeitslosen, die gerne arbeiten möchten, deren Chancen aber geringer werden, vor allem dann, wenn sie das 50. Lebensjahr überschritten haben. Ich nenne die Schwerbeschädigten, die vielfach an den Rand gedrängt werden, genauso wie Behinderte.

Liebe Freunde, „Arbeit für alle“ - das kann keine demokratische Regierung der Welt allein leisten. Es geht um eine Gemeinschaftsanstrengung, und dabei muß natürlich auch die Politik ihren Beitrag leisten. Ich bin trotz aller Schwierigkeiten zuversichtlich, denn in den 80er Jahren, von 1983 bis 1990, haben wir schon einmal in einer schwierigen Situation in der alten Bundesrepublik über 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist heute nicht leichter geworden, aber es wird wiederum möglich sein, Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn wir zu einer wirklichen Gemeinschaftsanstrengung kommen.

Wenn ich jetzt - ohne alte Modelle wieder aufleben zu lassen - die Absicht habe, mit den Gewerkschaften, mit der Wirtschaft, mit all denen, die dazu einen Beitrag leisten können, Gespräche zu führen, so bin ich dankbar, daß - von den Gewerkschaften angefangen bis hin zum Unternehmerbereich und zu vielen anderen - eine große Bereitschaft dazu besteht. Wenn es wirklich möglich ist, einmal die Gräben vergangener ideologischer Grabenkämpfe zu überwinden und sich zusammenzusetzen, werden wir auch im Blick auf die Arbeitslosigkeit zwar nicht schnelle, aber vernünftige Lösungen entwickeln können. Ich bin dazu bereit!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, daß wir Ja sagen zum Industriestandort Deutschland, den wir sichern müssen, den wir erneuern müssen. Das heißt, daß wir wieder ein normales, ein vernünftiges Verhältnis zu Zukunftstechnologien, zum Energiemix einschließlich der Kernenergie entwickeln und uns einer Verteufelung etwa der Gentechnologie und vieler anderer Bereiche widersetzen. Wir werden die Bundesrepublik nicht in eine gute Zukunft führen können, wenn der Industriestandort Deutschland nicht seine Anziehungskraft behält, wenn er nicht in einer veränderten Welt neuen Glanz gewinnt.

Aus unserer Überzeugung - hier sind wir alle mit Stolz nicht zuletzt Schüler Ludwig Erhards - wissen wir, daß Soziale Marktwirtschaft ohne den Motor des Mittelstandes - im weitesten Sinne des Wortes - nicht denkbar ist.

(Zustimmung)

Deswegen ist es wichtig - wir haben das ja in vielfältiger Form im Arbeitsprogramm für die neue Legislaturperiode deutlich gemacht -, daß ein neuer Ruck durch unser Land geht, daß der Wille zur Selbständigkeit ganz wesentlich vorangebracht wird: mit mehr gesellschaftlicher Anerkennung für jene, die das Wagnis der Selbständigkeit eingehen, die Arbeitgeber werden und damit für sich und für andere neue Beschäftigung schaffen. Wir brauchen jetzt, in den 90er Jahren, wie schon einmal in den 50er Jahren einen neuen Aufbruch zu mehr Selbständigkeit in Deutschland, und dem muß unsere Politik in vielen Bereichen dienen.

(Beifall)

Wir wollen auch darauf achten, daß viele neue Chancen für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich eröffnet werden. Ich brauche nur an das Beispiel der Pflege zu erinnern. Wir müssen wirklich fähig sein, von doktrinärem Verhalten wegzukommen, etwa bei den Arbeitszeiten. Wir brauchen auch dort mehr Flexibilität. Im Bereich der Teilzeitarbeit muß wirklich das umgesetzt werden - und zwar schnell -, was ja möglich ist, wenn wir nur wollen. Dabei dürfen wir nicht schon wieder damit beginnen, zu sagen: Aber Teilzeitarbeit ist doch nur eine Sache für Frauen; für Männer kommt die nicht in Frage. - Damit würde das Ziel, das wir ansteuern müssen, genau verfehlt.

(Beifall)

Wir brauchen die Chance zu mehr Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familie, und das ist wichtig für Männer und für Frauen!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wollen die Verantwortungsbereiche des Staates einerseits und der Wirtschaft und Gesellschaft andererseits respektieren. Wir brauchen aber Gemeinsamkeit beim Abbau bürokratischer Hemmnisse. Das Standortverbesserungsprogramm muß greifen. Es ist in vielen Bereichen ja bereits auf einem guten Weg. Wir sind und bleiben, gerade weil wir keinen Nachwächterstaat wollen, der Überzeugung, daß es vor allem die Aufgabe unseres Staates sein muß, die innere und die äußere Sicherheit des Bürgers zu schützen. Das muß wieder deutlich werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sehe Hans Katzer hier sitzen. Das erinnert mich an manche Redeschlacht damals zu Ludwig Erhards Zeiten. Für uns war der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Stabilität und Sicherheit immer klar. Deswegen geht es uns heute überhaupt nicht um einen Abbau, sondern um einen Umbau des Sozialstaates. Was viele Kritiker vergessen, ist, daß das soziale Klima Deutschlands eine der besten Standortvoraussetzungen ist, die die Deutschen in den Wettbewerb einbringen können.

(Beifall)

Wenn wir vom Umbau des Sozialstaates reden, meinen wir damit vor allem eine Konzentration der Leistungen auf die wirklich Bedürftigen. Wenn wir von Forschung und Entwicklung sprechen, denken wir vor allem daran, daß die Bundesrepublik Deutschland ein rohstoffarmes Land ist und daß der Rohstoff „Geist“ und die Intelligenz bei uns intensiv genutzt werden müssen. Deswegen brauchen wir auch in diesem Bereich einen wirklichen Aufbruch in die Zukunft. Deutschland muß wieder ein erstklassiger Erfinderstandort werden – aber nicht nur ein Standort für Erfindungen, sondern auch für die Vermarktung dieser Erfindungen. Sie alle kennen die für uns zum Teil alarmierenden Entwicklungen in der Mikroelektronik und in anderen Bereichen, auch in der Chemie. Ich könnte hier viele Beispiele aufführen. Wenn zwischen

Erfindung und Markteinführung eines neuen Produkts 10 bis 15 Jahre liegen, dann müssen wir jetzt alles tun, um zu mehr neuen Entwicklungen und zu schnellerer Markteinführung zu kommen. Dort, wo Genehmigungen hemmend wirken, müssen wir die Genehmigungsfristen entscheidend verkürzen. Es ist absurd, daß andere große Industrienationen die Verwirklichung von Projekten in einem Drittel der Zeit, die hier bei uns benötigt wird, schaffen. Hier verspielen wir ein Stück Zukunft.

(Beifall)

Wenn wir leidenschaftlich für technischen Fortschritt, für wissenschaftliche und technologische Entwicklung eintreten, so tun wir das selbstverständlich mit dem Augenmaß, das christlichen Demokraten geziemt. Wir wissen als CDU, daß nicht alles getan werden darf, was technisch machbar ist und getan werden kann. Wir müssen uns und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aber auch fragen, ob wir schon alles können, was nötig ist, um den Hunger in der Welt zu stillen, die Umwelt zu schützen und die Zukunft zu sichern.

Meine Damen und Herren, Zukunftsorientierung zeigt sich auch in der Einstellung unseres Volkes zu den eigenen Kindern. Wer Kinder erzieht, erbringt unverzichtbare Leistungen für unsere Gemeinschaft. Er legt Fundamente für die Gesellschaft von morgen. Deswegen muß noch mehr als in der Vergangenheit - wir haben in diesem Bereich schon Großes geleistet - deutlich werden: Die CDU ist die Partei der Familien, die Anwältin einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft, die der Hilfe für Eltern und Alleinerziehende Vorrang einräumen will. Dazu sind wir auf allen Ebenen gefordert - in der Kommunalpolitik genauso wie in der Landes- und der Bundespolitik.

Meine Damen und Herren, wenn wir bei knappen Finanzmitteln leidenschaftlich über die Durchsetzung des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz diskutieren, möchte ich schon auf folgendes hinweisen: Wenn wir die Prioritäten neu setzen, werden wir auch hierfür Wege finden. In vielen deutschen Gemeinden wird manches gemacht, was zwar schön und gut ist, aber nicht so wichtig wie Kindergartenplätze.

(Beifall)

Ich will es ganz einfach sagen, wie ich es empfinde - und Sie hoffentlich auch -: Bei allem, was wir in der Vergangenheit getan haben und worauf wir stolz sein können, müssen wir noch deutlicher sagen, daß Kinder in Deutschland absolut Vorfahrt haben müssen. Das muß ein Kernziel unserer Arbeit sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das muß auch bei knapper Kasse umgesetzt werden. Gerade Klaus Töpfer hat in diesem Zusammenhang eine schwierige Aufgabe übernommen. Er wird sie, wie immer, bravourös erfüllen. Es geht nicht nur um den Umzug Bonn-Berlin und um das, was wir für beide Städte tun wollen. Der Beschluß hat schließlich zwei Teile, und beide Teile des Beschlusses sowie die damit verbundenen Verpflichtungen gelten. Es geht auch und vor allem um familienfreundliches Wohnen. Es geht um bezahlbare Wohnungen in Ballungsräumen für Familien mit Kindern. Solche Wohnungen zu finden ist eine der größten Schwierigkeiten für Familien in deutschen Großstädten.

(Beifall)

Es geht um einen neuen Anfang im Eigenheimbau für Familien mit Kindern. Paul Lücke hat in den 50er Jahren, in einer schwierigen Zeit, die nicht vergleichbar mit den heutigen Verhältnissen ist, mit Unterstützung der Union Großes vollbracht. Wir sollten jetzt unserem Freund Klaus Töpfer helfen, wiederum Großes auf diesem Gebiet zu schaffen.

(Beifall)

Das ist wichtig, um Zukunft lebenswert gestalten zu können.

(Beifall)

Neben dem, was sonst noch geschehen muß - ich nenne die Verbesserung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes – wollen wir vor allem eines erreichen: daß ein familien- und ein kinderfreundliches Klima zum Kennzeichen für die Bundesrepublik Deutschland der Zukunft wird. Wir wollen das Bewußtsein dafür schärfen, daß überschaubare Lebenskreise das menschliche Gesicht unseres Landes prägen.

Die Gestaltung der nächsten Jahre wird und muß vor allem eine Aufgabe der Union sein. Wenn Sie in das Lager der Opposition sehen, erkennen Sie, wie schwer sich die Sozialdemokraten damit tun, ihre Konzepte von gestern an die Entwicklung von heute und morgen anzupassen. Wer den Beginn der neuen Legislaturperiode im Deutschen Bundestag erlebt hat, der sieht, daß die Sozialdemokraten drauf und dran sind, flankiert von PDS und GRÜNEN, immer stärker einen Kurs nach links einzuschlagen, der dieser Republik nicht guttun wird. Meine Damen und Herren, ich habe keine Freude an dieser Entwicklung. Wir haben keinen Grund, über das erfreut zu sein, was sich jetzt zwischen Sozialdemokraten und PDS abspielt.

(Beifall)

Der schon nach nur wenigen Wochen von seinem Amt zurückgetretene Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt hat alle unsere Befürchtungen bestätigt. Er hat erklärt: Die Regierung dort gerät in immer größere Abhängigkeit von der kommunistischen PDS. Viele haben noch nicht begriffen, wie grundlegend sich die politische Szenerie in Deutschland durch die Entscheidungen in Magdeburg verändert hat. Ich habe es in den Wochen des Wahlkampfes immer wieder gesagt: Ich erinnere mich noch genau an Kurt Schumacher, wie er bei einer großen Kundgebung im Jahre 1947 in Mannheim als großer deutscher Demokrat auf Grund der Erfahrungen von Weimar mit Leidenenschaft davor gewarnt hat, noch einmal politische Geschäfte mit den Feinden der Republik von rechts und links zu machen. Das war eine Art Schwur, den wir alle damals in den demokratischen Parteien geleistet haben. Wir bleiben dabei: Mit Rechts- und Linksradikalen gibt es keine Gemeinsamkeiten!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir werden diesen Kampf, wo immer notwendig, mit großer Entschiedenheit und ohne Zurückweichen führen.

Wenn ich das so entschieden sage, meine Damen und Herren, schließt das auch ein - so haben wir immer unsere Aufgabe als Demokraten verstanden -, daß wir links- und rechtsradikale Parteien, ihre Programmatik, ihre Kader - das Wort ist hier wirklich am Platz - bekämpfen, daß sich aber unser Kampf nicht gegen deren Wähler richtet. Vielmehr muß unser Ziel sein, diese Wähler von rechts und links zu den demokratischen Parteien zurückzuholen. Das war immer unsere Aufgabe.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir werden uns, wie ich schon ankündigte, auf dem Parteitag im Herbst nächsten Jahres, der sich nach den vielen Wahlkämpfen dieses Jahres vor allem nach innen richtet, intensiver mit diesen Fragen beschäftigen.

Im Sommer 1995 haben wir ein Ereignis, das wir in würdiger Weise begehen wollen: Die Christlich Demokratische Union wird 50 Jahre alt, ein halbes Jahrhundert. Dieses halbe Jahrhundert ist auch dadurch gekennzeichnet, daß es die längste Friedenszeit der jüngeren deutschen Geschichte ist.

Unsere Christlich Demokratische Union ist am 26. Juni 1945 in Berlin gegründet worden. Das war wenige Wochen nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945.

Wenn Sie die Lebenswege der Männer und Frauen auf sich wirken lassen, die damals unsere Partei gründeten, dann werden Sie feststellen, daß unsere Wurzeln in der Gegnerschaft zu jeder Form totalitärer Diktatur liegen. Andreas Hermes war in einem der letzten Prozesse des Blutrichters Roland Freisler noch im Januar 1945 zum Tode verurteilt worden. Wenig später wurde er der erste Vorsitzende des, wie es damals hieß, Reichsverbands der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Hier in der Nachbarschaft, im Kloster Walberberg, traten die Gründer aus dem rheinischen, aus dem Kölner Raum zusammen, zu denen einige Zeit später Konrad Adenauer, der dann Gründungsvater der Republik wurde, hinzukam.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns immer wieder bewußt machen, was es bedeutet hat, daß diese Männer und Frauen in einer wirklichen Stunde Null unseres Landes – als viele kaum mehr eine Perspektive sahen, als noch bei manchem unserer früheren Kriegsgegner darüber nachgedacht wurde, ob man nicht zum Beispiel das Ruhrgebiet zu einer Agrarlandschaft machen sollte – gemeinsam mit vielen anderen Demokraten in anderen Parteien nach vorn geblickt und gesagt haben: Wir tun unsere Pflicht.

Ich möchte mir selbst und uns allen wünschen, daß uns an manchen Tagen der Verzagtheit, wenn wir uns darüber streiten, ob der Verzicht auf einen Feiertag oder einen Ferientag für die Sicherung der Pflege im Alter notwendig ist, wieder einmal bewußt wird, was wirklich wichtig in unserem Land ist.

(Beifall)

Wenn ich das sage, liebe Freunde, dann ist das keine Nostalgie. Aber ein Volk, das seine Geschichte nicht kennt, begreift nicht die Gegenwart und kann keine Zukunft gestalten. So einfach ist die historische Binsenwahrheit, und sie gilt auch für eine Partei.

Wenn wir jetzt im Sommer eine Ausstellung auf den Weg bringen wollen - ich hoffe, das wird eine gute Sache -, die wir durch Deutschland ziehen lassen, in der etwas sichtbar wird von unserer Geschichte, in der die großen Namen wieder in Erinnerung gerufen werden - ich habe Andreas Hermes genannt; ich könnte Jakob Kaiser nennen; ich könnte aus jeder Landschaft in Deutschland Repräsentanten nennen -, dann ist das doch auch als Verpflichtung für uns gedacht, daß wir nicht in den Tag hinein leben, sondern daß wir uns in der Stille, von der Prälat Bocklet heute früh hier im Saal sprach, auf die Kraft besinnen, aus der unsere Sache, unsere Ideengemeinschaft, entstanden ist.

Wir haben in diesen fünf Jahrzehnten die zweite deutsche Demokratie entscheidend geprägt, andere mit uns. Es ist kein Mangel an Demut, wenn wir sagen: Wir dürfen stolz sein auf unseren Beitrag in diesen Jahrzehnten.

Wir wollen doch nicht zulassen, daß die falschen Propheten durch das Land laufen und diesen Beitrag immer mehr zu verfälschen suchen. Meine Damen und Herren, das war unser Beitrag, unverwechselbar ein Beitrag Christlicher Demokraten in Deutschland.

(Beifall)

Diese CDU hat einen ganz entscheidenden Beitrag zur Integration geleistet. Es ist doch auf einem Parteitag wie dem heutigen überhaupt nicht mehr vorstellbar, daß, wie noch in den 50er und 60er Jahren, nicht nur in den Couloirs, sondern sogar am Rednerpult darauf hingewiesen wird: Wir müssen besonders darauf achten, daß wir in diesem oder jenem Gremium einige evangelische oder katholische Christen mehr brauchen. Es ist heute auch nicht mehr vorstellbar, daß genau der Konfessionsproportz berechnet wird, und zwar nicht nur bei Oberkirchenräten und Domkapitularen, sondern auch bei uns in der Partei.

Wir sind längst – im besten Sinne dessen, was Papst Johannes XXIII. als „Aggiornamento“ bezeichnet hat – weitergegangen. Wir haben erfahren, was gemeinsames Leben zwischen evangelischen und katholischen Christen an Gewinn für uns alle bedeutet. Ich finde, das gehört mit zum Besten, was wir in diesen Jahrzehnten insgesamt auch für das Ganze des Landes leisten konnten.

(Beifall)

Wir haben in der Union die Gemeinsamkeit der verschiedensten Berufsgruppen als ein klares Gegenmodell zum Klassenkampf früherer Zeiten, aus dem nie Gutes erwachsen ist. Natürlich klemmt es noch im Alltag. Natürlich setzen z.B. Mittelstandsvereinigung und Sozialausschüsse unterschiedliche Akzente. Wieder andere überlegen: Wo ist die Mehrheit, und wie arrangieren wir uns mit dieser oder jener Gruppe? Auch das ist Alltag in unserer Partei.

Aber, liebe Freunde, solange es in dieser Partei möglich ist, auf Grund unserer gemeinsamen Überzeugungen als Christliche Demokraten - gleich welcher sozialen oder landsmannschaftlichen Gruppe wir angehören - auch gemeinsame Ziele zu verfolgen, leisten wir einen gewaltigen Integrationsbeitrag für das Ganze des Landes. Wir sollten nur mehr darüber sprechen, weil das viele überhaupt noch nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, da ist auch die Zusammenarbeit der Menschen aus den verschiedensten Regionen. Wir erleben jetzt doch - ich finde, das ist eine der glücklichsten Erfahrungen der jüngsten Zeit -, wie diese im besten Sinne des Wortes alten, guten Traditionen der einzelnen deutschen Landschaften wieder aufblühen. Ich habe eben von Sachsen gesprochen; genauso gilt das von Mecklenburg-Vorpommern, von Brandenburg, von Sachsen-Anhalt und von Thüringen. Da ist etwas wieder lebendig geworden, das seine Wurzeln in der deutschen Geschichte hat und das wir in die europäische Einigung einbringen wollen. Denn wir wollen nicht eine öde Einheitsfarbe in Europa. Wir wollen die Farbenpracht der Völker, und zu der Farbenpracht unseres Volkes gehören auch die prächtigen Farben einzelner Landschaften in Deutschland.

(Beifall)

Zur Idee der Union gehört auch die Gemeinsamkeit der Generationen. Liebe Freunde, ob nun Junge Union oder Senioren-Union: Beides ist für uns von allergrößter Wichtigkeit. Beides bedeutet, daß wir aufeinander hören und Rücksicht nehmen, daß wir zum einen Lebenserfahrung respektieren und Achtung vor einem zurückgelegten Weg haben und zum anderen bereit sind, uns von den Träumen und der Dynamik der Jungen in unserer Partei mitreißen zu lassen.

Wenn wir das gemeinsam tun, liebe Freunde, dann sind wir die eigentliche Volks- und Bürgerpartei der Deutschen. Das setzt aber voraus, daß wir fähig sind, Verkrustungen aufzubrechen, die im Laufe der Zeit entstehen, daß wir auch fähig sind zur Selbstkritik. Wir müssen uns immer wieder fragen: Ist der eingeschlagene Weg richtig?

Wir sollten auch zugeben, daß wir Fehler gemacht haben. Was für Menschen wären wir eigentlich, wenn wir keine Fehler machen würden? Entweder wären wir Heuchler, oder wir hätten überhaupt nichts vollbracht. Da wir viel vollbracht haben, haben wir auch Fehler gemacht. Meine Damen und Herren, ich schließe mich ausdrücklich in dieses Bekenntnis mit ein.

Weil das so ist, sollten wir eine solche Haltung in unserem Lebens- und Arbeitsumfeld auch zeigen. Dazu gehören mehr Zivilcourage und Mut. Natürlich weiß ich, daß ich dies in meinem Amt leichter aussprechen kann als ein CDU-Mitglied, das morgens um sechs zur Schicht in die BASF in Ludwigshafen geht, in ein Umfeld, in dem nicht alle sagen: die CDU – das sind die Größten. Was er zu hören bekommt, ist an manchen Tagen schwer zu ertragen. Aber jetzt kann er sagen: Wir sind zwar nicht die Größten, aber wir haben die Wahl gewonnen. Wir haben sie gemeinsam gewonnen, und das ist eine gute Sache.

(Beifall)

So verstanden – ich habe es oft gesagt; ich wiederhole es aus gutem Grund -, ist eine politische Partei, und schon gar eine Partei wie die Union, eben nicht irgendeine Interessenorganisation, sondern vor allem politische Heimat, in der wir gemeinsam Zukunft gestalten können. Es stellen sich immer wieder Herausforderungen, wie auch heute mit der Frage nach einer größeren Teilhabe von Frauen an der Arbeit unserer Partei. Manche in der veröffentlichten Meinung sind der Ansicht, dies sei das wichtigste Thema überhaupt. Es ist zwar ein wichtiges Thema, worüber wir heute diskutieren, aber das wichtigste ist es nicht. Das Wichtigste ist: Wir haben die Wahl gewonnen und wollen die nächste wieder gewinnen. Das ist das Wichtigste überhaupt.

(Beifall)

Aber zu den Defiziten, zu denen wir uns einfach bekennen müssen, gehört die Erkenntnis, daß wir 1985 in Essen auseinandergegangen sind, nachdem wir uns gegenseitig geschworen haben, etwas tun zu wollen, um unser Defizit bei der Heranziehung von Frauen in wichtigen Bereichen abzubauen. Wir haben viel diskutiert, geschehen ist manches, aber viel zuwenig, um es klar und deutlich zu sagen.

(Beifall)

Sie wissen: Ich gehörte lange zu denjenigen, die sagten: Appelle genügen. Ich gestehe heute hier klar und deutlich: Ich bin mit meiner Meinung – andere vertreten sie auch – gescheitert. Mit den Appellen sind wir nicht weitergekommen.

(Beifall)

Deshalb bitte ich Sie herzlich, bei dieser Frage den Versuch zu wagen, heute zu einer Beschlußempfehlung zu kommen, die eine Alternative aufzeigt, welche in den nächsten Monaten in allen Gliederungen der Partei mit dem Ziel diskutiert wird, auf dem Parteitag im Herbst 1995 zu entsprechenden Entscheidungen und Bestimmungen zu kommen. Das heißt: Wir wollen die Sache heute auf den Weg bringen. Ich bin völlig offen – übrigens der Generalsekretär, der hier Wesentliches geleistet hat, genauso – gegenüber weiteren und besseren Vorschlägen. Nur, in bezug auf eines bin ich überhaupt nicht offen: daß wir hier wieder hinausgehen und sagen, es bleibe so, wie es war. Dies ist für die Zukunft nicht erträglich.

(Beifall)

Wie alle demokratischen Parteien, liebe Freunde, müssen wir uns den veränderten Bedingungen in Deutschland stellen, auch einem völlig veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Für die Christlich Demokratische Union ist es wichtig, daß wir zur Kenntnis nehmen, wie sich die konfessionelle Landschaft in Deutschland verändert hat. Liebe Freunde, in den 50er Jahren war es fast selbstverständlich, daß sich eine riesige Mehrheit der Menschen in Deutschland, in der alten Bundesrepublik, zu einer der beiden großen Kirchen bekannte. Heute ist es jeweils nur ein starkes Drittel, das sich

zum evangelischen Glauben bekennt; ein etwas schwächeres Drittel bekennt sich zum katholischen Glauben. Ein knappes Drittel der Bürgerinnen und Bürger gehört keiner Konfession an.

Ich möchte heute zu diesem Thema keine detaillierten Ausführungen machen. Aber eines ist doch klar: daß diese Veränderung der Lebenswirklichkeit für die Christlich Demokratische Union Deutschlands Bedeutung hat, daß wir bei vielem selbstverständlich nicht mehr mit dem Konsens rechnen können, von dem wir in den 50er Jahren, zur Adenauer-Zeit, weitgehend selbstverständlich ausgegangen sind.

Wir haben – ob es uns paßt oder nicht – eine Abnahme an Bindungsbereitschaft festzustellen. Das trifft alle großen Organisationen: die Parteien, die Kirchen, die gesellschaftlichen Verbände. Wir haben Mitgliederverluste zu verzeichnen, andere auch. Wenn Sie die Zahlen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund für die letzten drei Jahre genannt hat, zur Kenntnis nehmen, dann wissen Sie das. Wenn Sie die Zahlen der Kirchen zur Kenntnis nehmen, wissen Sie es. Die Arbeitgeber sind so vornehm, daß sie die Zahlen nicht bekanntgeben; aber es ist dort keinen Deut anders. Das ist die Wirklichkeit unseres Landes.

Wir haben eine gewaltige Zunahme der Zahl der Single-Haushalte zu verzeichnen, und zwar bei jungen wie auch bei älteren Menschen, vor allem mit dem Ergebnis von mehr Einsamkeit, gerade in der älteren Generation. Es ist schon eine Frage an die Christlich Demokratische Union vor Ort, an die Kreisverbände in der kommunalen Politik: Wie begegnen wir jenen, die nicht primär materielle Not leiden, sondern die ganz einfach einsam geworden sind? Die Zahl derer, die solche Zuwendung brauchen, wird zunehmen.

Das heißt doch, liebe Freunde, daß wir die tägliche Arbeit der Partei auch daraufhin überprüfen müssen, inwieweit wir bereit und fähig sind, auf Menschen in ihrer konkreten Lebenssituation zuzugehen, mit ihnen zu sprechen – nicht nur, was auch wichtig ist, in Zeiten des Wahlkampfes, sondern immer dann, wenn sie Hilfe brauchen.

Eingehen auf Veränderungen der Gesellschaft bedeutet überhaupt nicht, daß wir grundlegende Prinzipien aufgeben. Bewahren und Verändern ist kein Widerspruch; das eine bedingt das andere. Festhalten an unverzichtbaren Grundwerten ist aus unserer Sicht für die Gesellschaft lebensnotwendig. Wir haben es auch im Grundsatzprogramm vom Februar dieses Jahres formuliert. Dort heißt es:

Das christliche Verständnis vom Menschen ist unser geistiges Fundament und der historische Ausgangspunkt unserer Partei. Zu ihr gehören wertkonservative Gedanken ebenso wie christlich-soziale und liberale Überzeugungen.

Dieses Programm ist im übrigen das erste gesamtdeutsche Programm einer demokratischen Partei. Ich denke, es ist eine gute Grundlage für die fortdauernde und notwendige Diskussion und auch für die Auseinandersetzung mit anderen, mit politischen Gegnern, mit Freunden und solchen, die wir als Freunde gewinnen wollen, über die Wertgrundlage unseres Staates. Wir, die CDU Deutschlands, müssen neben der Pflicht, Tagespolitik gut und erfolgreich zu gestalten, immer offen sein für eine Diskussion über die Werteentwicklung in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir diesen Kompaß aufgeben würden, würden wir in eine gefährliche Entwicklung geraten. In der Entwicklung der Parteienlandschaft in Deutschland können Sie sehr wohl Beispiele dafür finden, daß die ausschließliche Hinwendung zur Tagespolitik keine Zukunft verheißt. Deswegen ist diese Debatte von größter Wichtigkeit.

(Beifall)

Wie sich die Welt verändert, können Sie auch daran erkennen, daß in der Wertediskussion der Wert Freiheit für viele heute so selbstverständlich geworden ist, daß sie ihn kaum mehr erwähnen.

Für viele im Saal, mich eingeschlossen, die Ende der 40er und in den frühen 50er Jahren begannen, Politik mitzugestalten, war es selbstverständlich, „Frieden und Freiheit“ immer in einem Atemzug zu nennen. Heute bedeutet' vielen das zweite Wort, Freiheit, nicht mehr so viel; und das obwohl die deutsche Einheit in Freiheit erst vor wenigen Jahren Wirklichkeit wurde.

Der Frieden, dieses wichtige Gut, war für uns ohne Freiheit immer zuwenig. Es ist unerläßlich, daß diejenigen, die den Frieden sichern, ob im Inneren als Polizeibeamte oder im Äußeren als Soldaten der Bundeswehr, unsere Unterstützung erfahren, und zwar nicht nur verbal, sondern auch draußen vor Ort und jeden Tag.

(Beifall)

Es ist wahr: Es gab zwar Empörung über den Satz, daß Soldaten Mörder sein können. Aber eigentlich hätte ich mir eine ganz andere Reaktion gewünscht.

(Vereinzelt Beifall)

Denn diese Bundeswehr ist die Armee unserer Söhne. Unsere Söhne, die dort zur Verteidigung unserer Freiheit ihren Dienst tun, sind keine Mörder.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, es genügt nicht, wenn ich das hier als Parteivorsitzender sage und Ihren herzlichen Beifall dafür erhalte. Es ist notwendig, daß wir dorthin gehen, wo die Soldaten sind, in ihre Standorte, in ihre Kasernen, und zwar nicht nur bei offiziellen Anlässen. Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften müssen spüren, daß wir sie als unsere Armee ansehen, daß sie unsere Sympathien und unsere Unterstützung haben. Hier kann man noch sehr viel mehr tun!

(Beifall)

Wie wichtig die Verteidigung von Frieden und Freiheit ist, sehen Sie jeden Tag angesichts der Schreckensbilder aus dem früheren Jugoslawien. Die schockierenden Bilder der letzten Tage aus Bihac sind vor unser aller Augen. Das Leiden der dort eingeschlossenen unschuldigen Menschen bedrückt uns zutiefst. Ich habe viel Verständnis für die Empörung derer, die sagen: Das kann so nicht weitergehen. Aber, liebe Freunde, ich will bei allem Verständnis auch klar sagen, daß wir als Deutsche in diesem Zusammenhang in einer sehr schwierigen Position sind. Wenn wir fordern, daß dem Morden und der Zerstörung Einhalt geboten wird, dann müssen wir auch an den Hinweis unserer ausländischen Partner erinnern, daß sie ihre Soldaten dorthin schicken, und wir Deutsche dies aus Gründen, die die Partner respektieren, nicht tun. Dies bitte ich bei aller Kritik nicht ganz zu vergessen.

Wir haben im humanitären Bereich mehr getan als alle anderen. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren über 400 000 Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten Jugoslawiens aufgenommen – mehr als doppelt so viel wie alle anderen Länder der Europäischen Union zusammen. Im Rahmen der Kontaktgruppe haben wir gemeinsam mit den USA, mit Rußland, Frankreich und Großbritannien unseren Beitrag geleistet, um am Erfolg des Friedensplanes mitzuarbeiten.

Die Entwicklung treibt jetzt auf einen neuen traurigen Höhepunkt zu. Ich hoffe, daß es bei den Gesprächen in dieser Woche und der kommenden Woche beim KSZE-Gipfel in Budapest mit dem amerikanischen, dem französischen und dem russischen Präsidenten und dem britischen Premierminister gelingt, ein Stück weiterzukommen. Was im ehemaligen Jugoslawien geschieht, ist eine Schande für Europa.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, es zeigt auch etwas anderes: Der Friede und die Freiheit sind nicht für alle Zeiten gesichert. In Mitteleuropa kann uns nur die politische Einigung Europas vor den bösen Geistern der Vergangenheit bewahren.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wenn wir die Zukunft erfolgreich gestalten wollen, dann müssen wir vor allem in den grundsätzlichen Fragen Position beziehen. Ich denke an die aktuellen Diskussionen etwa im Zusammenhang mit dem Schutz des ungeborenen Lebens oder an jene in unseren Nachbarländern über ein Recht auf Sterben. Seit dem Ende des Nationalsozialismus waren Eugenik und Euthanasie zu Recht tabu. Ich bin nicht sicher, ob wir uns alle im klaren darüber sind, daß hier eine neue Diskussion auf uns zukommt, bei der Dämme brechen könnten. Die Gefahr, daß die Würde des menschlichen Lebens an seinem Beginn und seinem Ende die Achtung verliert, erfordert von uns eine neue, klare und kämpferische Position.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich die Entwicklung unserer Gesellschaft betrachte, dann sehe ich auch, daß die Idee des Sozialismus in vielen Köpfen immer noch herumspukt und daß unsere Gegenposition viel stärker und entschiedener vertreten werden muß, nämlich unser Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft als Ordnung, in der persönliche Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung miteinander verbunden sind. Wir müssen für die geistigen Grundlagen unserer Politik immer wieder von neuem werben. Wir müssen deutlich machen, daß unser Verständnis vom Bild des Menschen und seiner Verantwortung in der Schöpfung der Schlüssel und die Voraussetzung für alles weitere ist.

Meine Damen und Herren, wir treten kämpferisch ein für die freiheitliche Demokratie und den Rechtsstaat, für die Soziale Marktwirtschaft, für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft. Wir sind die Partei, mit deren Namen die Einheit Europas und die Einheit Deutschlands ganz selbstverständlich verbunden sind.

Aber die von uns jetzt geforderte Integrationsleistung ist heute schwieriger als vor vierzig Jahren, weil das Bewußtsein für den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung abgenommen hat. Bischof Karl Lehmann hat in seiner unvergeßlichen Predigt zu Beginn der Sitzungsperiode des neuen Bundestags im Berliner Dom am 10. November diesen Jahres einen sehr bedenkenswerten Satz gesagt:

Wenn die Freiheit unbegrenzt und beliebig wird, schlägt sie in eine neue Form der Abhängigkeit um. Wir sind oft im Taumel der Freiheit gefangen und haben zu wenig verstanden, daß zu dieser Freiheit Selbstbeherrschung und Verantwortung gehören.

Das ist ein Stück des Auftrags, dem wir uns stellen müssen. Wenn wir das gemeinsam tun, haben wir eine großartige Chance, dem gerecht zu werden, was unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger von uns erwarten. Wir wollen und wir brauchen mehr Experimentierfreude und mehr Phantasie auf allen Ebenen unserer Arbeit in der Partei. Öffnung und Offenheit sind keine bloße PR-Maßnahme, sondern müssen gelebt werden. Wo immer dies geschieht, werden wir auch den Respekt für die Arbeit haben, die wir im Dienste des Ganzen tun.

Die Union ist und bleibt die Partei der deutschen Einheit. Wenn wir von innerer Einheit reden, liebe Freunde, dann wissen wir aber auch, daß noch viel zu tun ist. Dazu gehört, daß wir die Partei sind, die eine besondere Verpflichtung gegenüber den Opfern des DDR-Regimes und gegenüber denen hat, die die friedliche Revolution in der DDR getragen haben.

(Beifall)

Manche von denen – liebe Freunde, das muß uns nachdenklich stimmen –, die 1989 auf den Straßen und Plätzen der damaligen DDR demonstrierten, haben sich zurückgezogen. Dafür gibt es viele Gründe. Aber ich finde, es lohnt sich schon, daß wir immer wieder versuchen, jene, die mutig gegen das SED-Regime standen, aufzufordern, mit uns den Weg in die Zukunft zu gehen. Wir dürfen nicht dulden, was jetzt in Deutschland Konjunktur hat: daß um die Verbrechen des Regimes eine Mauer des Vergessens und des Verschweigens aufgebaut wird.

(Beifall)

Eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte eines Volkes, auch unseres Volkes, birgt immer die größte Chance für eine gute gemeinsame Zukunft in sich: Eine ehrliche Auseinandersetzung auch mit der Vergangenheit in der DDR – sie ist nämlich Teil unserer gemeinsamen Geschichte, die wir anzunehmen haben – ist Voraussetzung für wirkliche innere Einheit und dort, wo dies wichtig ist, auch für Versöhnung.

Ich möchte alle einladen, in der CDU mitzumachen, auch jene – das sage ich bewußt –, die sich in der Vergangenheit geirrt haben, die aber bereit sind, ihre Irrtümer einzusehen und jetzt in unserer freiheitlichen Gesellschaft mitzuarbeiten, sie mitzugestalten. Wer keine persönliche Schuld auf sich geladen hat, keine Mitmenschen verraten, bespitzt und beruflich benachteiligt hat, den sollten wir auffordern, mitzutun – so wie wir das in den 50er Jahren schon einmal erlebt haben.

Das Bewußtsein für gemeinsame Herkunft und der Wille zur gemeinsamen Zukunft sind Voraussetzungen für die innere Einheit Deutschlands. Damit das klar ausgesprochen ist: Ich glaube nicht daran, daß wir ohne innere Einheit Deutschlands den notwendigen Beitrag für die innere Einigung Europas leisten können.

(Beifall)

Liebe Freunde, das vereinte Deutschland im vereinten Europa – das ist eine Schicksalsfrage jetzt und in den nächsten Jahrzehnten. Das zu verwirklichen ist nicht einfacher geworden. Sie brauchen nur die Tageszeitungen aufzuschlagen, um zu erfahren, was dieser oder jener in seiner innenpolitischen Not Dummes über die Deutschen sagt, daß so manches dumme Vorurteil wieder revitalisiert wird.

Wir sind das Land, das in der Mitte Europas liegt. Alle politischen und geistesgeschichtlichen Strömungen – von Nord bis Süd, von Ost bis West – gingen und gehen durch unser Land. Wir sind das Land mit der höchsten Einwohnerzahl und der größten Wirtschaftskraft. Wir sind ein Land mit einer schwierigen Geschichte, mit großartigen und entsetzlichen Kapiteln. Viele Menschen in Europa haben Angehörige, die von Deutschen und im Namen Deutschlands geschunden wurden. Das dürfen wir nie vergessen.

Aber, meine Freunde, wir sind auch das Land, das einen entscheidenden Beitrag zur Freiheitsentwicklung der letzten Jahrzehnte geleistet hat. Wir sind ein Land, in dem es viel guten Willen gibt, angesichts der Erfahrungen vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte nie mehr zum Nationalstaat alten Musters zurückzukehren.

Was ich als Abiturient 1950 von Konrad Adenauer gehört habe – Sie wissen, ich zitiere das immer wieder –, gilt heute mehr denn je. Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille. Wenn wir die Zukunft in diesem Geist gestalten und auf diese Weise ins 21. Jahrhundert gehen, dann sind das solide Grundlagen für die Zukunft Deutschlands.

Diesen Weg wollen wir als Partei gemeinsam gehen – so wie wir es in den vergangenen 50 Jahren getan haben. Wir müssen die Menschlichkeit, die unsere Gesellschaft prägen soll, immer auch im Umgang untereinander vorleben. Eine Partei

wie unsere CDU ist mehr als nur ein Interessenverband. Für die meisten von uns – woher wir auch kommen, welcher Altersgruppe wir auch angehören – ist sie politische Heimat. Wir freuen uns gemeinsam über unsere Siege, und wir leiden gemeinsam an unseren Niederlagen – und beides – Stunden des Triumphes und Stunden bitterer Enttäuschung - haben wir in den vergangenen 50 Jahren ja reichlich erlebt, liebe Freunde. Aber wenn wir die Gesamtbilanz ziehen, dann war es vor allem eine Erfolgsgeschichte!

Ich bin sicher: Wir haben hervorragende Zukunftschancen, wenn wir mit Mut, mit Sachverstand mit Bescheidenheit und – ich verwende bewußt dieses Wort – mit Demut vor der historischen Aufgabe, vor der wir stehen, ans Werk gehen. Wenn wir das gemeinsam tun, liebe Freunde, werden wir auch in Zukunft Siege feiern können. Ich möchte Sie einladen: zur Arbeit – und danach zum Feiern. Jetzt beginnt die Arbeit für die nächsten Jahre. Dazu brauchen wir gemeinsam unsere ganze Kraft. Ich will versuchen, dazu nach besten Kräften beizutragen. Ich bitte jeden einzelnen von Ihnen, das gleiche zu tun.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Herr Bundeskanzler, Herr Parteivorsitzender, lieber Helmut Kohl! Die Delegierten des Bundesparteitages danken Ihnen für diese nachdenkliche Rede. Es war keine Rede des Auftrumpfens, sondern eine nachdenkliche Rede: „Erhalten und verändern“ - das gilt auch für unsere Partei. Die Partei, die für die Politik der Mitte steht, dankt Ihnen. Viele Menschen im Land danken Ihnen für Ihre Leistungen für Deutschland.

Meine lieben Freunde, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 7.2:

Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands Vorlage des Rechenschaftsberichts 1992 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz

Wie in mancher Familie, auch in meiner, hält bei uns eine Frau das Geld zusammen. Ich bitte um die Aufmerksamkeit für eine für die Partei nicht unwichtige Frage, nämlich die Finanzen. Liebe Frau Baumeister, die Aufmerksamkeit gehört Ihnen. Sie haben das Wort, Frau Baumeister.

Brigitte Baumeister (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Als Sie mir vor zwei Jahren Ihr Vertrauen geschenkt haben und mich in das Amt der Schatzmeisterin der CDU Deutschlands gewählt haben, haben Sie mir zwei Aufgaben mit auf den Weg gegeben: Die erste Aufgabe war die Neuregelung der staatlichen Parteienfinanzierung, die zweite Aufgabe war, die Partei weiter zu entschulden.

Beide Aufgaben waren nicht einfach. Sie sind schwierig, aber gleichwohl faszinierend gewesen. Ich kann Ihnen für beide Punkte am heutigen Tage vermelden, daß ich gut vorangekommen bin.

(Große Unruhe)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Moment! – Liebe Parteitagsdelegierte, Politik besteht nicht nur aus Programmen, sondern besteht auch daraus, die Arbeit derjenigen zu würdigen – nicht nur, weil es eine Frau ist –, die die Finanzen unserer Partei zusammenhalten.

(Beifall)

Also, etwas mehr Bodenhaftung und deshalb etwas mehr Aufmerksamkeit für unsere Schatzmeisterin!

Brigitte Baumeister: Vielen Dank, Herr Präsident. – Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 war von der bisherigen Wahlkampfkostenerstattung abzurücken. Das Verfassungsgericht hat uns deutliche Kriterien vorgegeben, wie die neue staatliche Parteienfinanzierung zu gestalten sei.

Drei Elemente sind dabei wesentlich: der Wahlerfolg – d.h. die tatsächlich abgegebenen Stimmen –, die Summe der Mitgliedsbeiträge und die Spenden von natürlichen Personen, begrenzt auf 6 000 DM pro Person jährlich. Das heißt im Klartext, daß es keine steuerliche Abzugsfähigkeit für Spenden von juristischen Personen mehr geben konnte, d.h. keine Spenden von Kapitalgesellschaften, also von Aktiengesellschaften oder von GmbHs. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte die Verwurzelung der Basis zum Ausdruck bringen.

Dies waren die Vorgaben; die Umsetzung war nicht einfach. Die Vorschläge, die eine Kommission beim Bundespräsidenten, nämlich die Sandler-Kommission, zu diesem Thema gemacht hat, waren sehr kompliziert und haben von uns allen bislang einen sehr hohen Organisationsaufwand erfordert.

Das Gesetz ist seit 1. Januar 1994 in Kraft. Ich kann Ihnen heute sagen, was es bedeutet. Es bedeutet, daß die Parteien weniger finanzielle Mittel haben. Und es bedeutet im Klartext für die CDU auf allen Ebenen, daß sie – im Gegensatz zum Vorjahr – etwa 12 % weniger Mittel hat. Das heißt aber auch, daß wir mit der Neuregelung, die erst seit kurzem in Kraft ist, relativ wenig Erfahrung haben. Das bedeutet nicht nur für die Bundespartei, sondern auch für die Landesverbände ein hohes Maß an Unsicherheit.

Sie wissen, daß der Wahlerfolg, d.h. die staatliche Teilfinanzierung bezüglich des Wahlerfolges, direkt auf die Landesebene übergeht. Wir wissen aber relativ wenig darüber, wie unsere Mitgliedsentwicklung sein wird und wie sich unsere Mitgliedsbeiträge entwickeln werden. – Allerdings kann ich sagen, daß sie einer relativ geringen Schwankung unterworfen sind. – Und wir wissen noch viel weniger, wie sich das neue Gesetz in punkto Spenden auswirken wird. Es heißt für uns alle – nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf allen Gliederungsebenen, z.B. auf der Landesebene –: sparen. Der Zwang zum Sparen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird immer größer werden.

Das hat natürlich auch Konsequenzen in diesem Wahljahr gehabt. Das hat Auswirkungen auf die Mittel gehabt, die wir für Wahlkämpfe haben ausgeben können. Wir haben für den Europa- und den Bundestagswahlkampf die Kosten deutlich reduziert. Wir haben dafür insgesamt 60 Millionen DM ausgegeben. Wenn ich die Zahlen so richtig verfolgt habe, dann kann ich Ihnen heute vermelden, daß wir sogar ein ganz klein wenig unter dem Planansatz geblieben sind.

(Beifall)

1987, meine Damen und Herren, haben wir allein für die Bundestagswahl – das will ich Ihnen kurz in Erinnerung rufen – 63 Millionen DM ausgegeben.

Die Umstellung auf die neue, verstetigte staatliche Teilfinanzierung hat allerdings auch zur Folge, daß wir in diesem Jahr, in dem wir noch keine Rücklagen haben bilden können, auf Grund der Vorfinanzierung insgesamt ein Ansteigen der Verschuldung haben. Die Verschuldung wird sich Ende dieses Jahres auf 27 bis 30 Millionen DM belaufen. Aber keine Sorge! Es ist eine andere Verschuldung, als wir sie bislang hatten. Es ist, wie ich soeben betonte, eine Vorfinanzierung; diese Vorfinanzierung werden wir, denke ich, abbauen.

Bei Übernahme des Amtes habe ich 32 Millionen DM Schulden übernommen. Zu Beginn des Jahres 1994 hatte die Bundespartei die Schulden bis auf 8 Millionen DM abgebaut.

(Beifall)

Ziel, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist – und das ist sehr realistisch –, daß wir unsere Schulden bis Anfang des Jahres 1996 gänzlich werden abbauen können.

(Beifall)

Doch Schuldenabbau ist nicht das einzige Ziel, darf nicht das einzige Ziel bleiben. Die Verstetigung der Zahlung der staatlichen Mittel bedeutet für uns, daß wir Rücklagen bilden müssen – nicht nur die Bundespartei, sondern auch die Landesverbände, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle auch: Es sind weitere Einsparungen notwendig.

Das neue Parteienfinanzierungsgesetz mit seiner geänderten Auszahlung, daß nämlich der Wahlerfolg den Landesverbänden unmittelbar zukommt und daß die Bezuschussung der Beiträge und Spenden an die Bundespartei ausgezahlt wird, hat auch zur Folge gehabt, daß wir über einen neuen parteiinternen Finanzausgleich nachdenken mußten. Die Bundesfinanzkommission, die neu eingesetzt wurde, hat sich dieses parteiinternen Finanzausgleichs angenommen. Sie hat zunächst eine Regelung für das Jahr 1994 erarbeitet, in den letzten Tagen einen Vorschlag für das Jahr 1995 vorgelegt und sich auch darauf verständigt.

Idee dieses neuen Modells ist, daß es einen gewissen Leistungsanreiz beinhalten soll. Die Landesverbände werden demzufolge eine Bezuschussung in Abhängigkeit von ihren Beiträgen und Spenden bekommen. Und es ist in diesem neuen parteiinternen Finanzausgleich dafür Sorge getragen, daß wir die Arbeit in unseren neuen Bundesländern auch weiterhin tatkräftig mit unterstützen.

(Beifall)

Mein persönliches Anliegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Bundeschatzmeisterin für die neue Wahlperiode ist – erstens – die vollständige Entschuldung der Partei. Das heißt, daß noch weiteres Engagement dafür notwendig ist, daß wir mit unseren Haushaltsmitteln sparsam umgehen müssen, daß wir auf allen Ebenen weiterhin konstruktiv und gut zusammenarbeiten müssen, so daß wir mit diesem positiven Denken letztendlich unser Ziel gemeinsam werden erreichen können.

Der zweite Punkt, der mir ganz wichtig ist – davon haben Sie in der Presse Kenntnis bekommen –, ist die Spendenwerbung. Ich habe vor zwei Jahren, als ich mein Amt angetreten habe, gesagt, man müsse darüber nachdenken. Nach kurzer Zeit des Nachdenkens bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die Spendenwerbung auf eine völlig neue Basis stellen müssen. Das heißt, daß die Spendenwerbung, wie wir sie bislang hatten, von mir – Sie konnten es der Presse entnehmen – beendet worden ist. Mir schwebt vor, daß wir eine neue Spendenwerbung angehen. Diese wird aber nur im Zusammenwirken mit allen Landesverbänden erfolgreich sein können. Für die Übergangszeit bin ich dabei, ein neues Konzept mit der Finanzkommission zu entwickeln.

Mein Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Mithilfe gilt nicht nur der Finanzkommission, sondern gilt selbstverständlich auch dem Hause, wo ich viel Unterstützung für meine Sparmaßnahmen gefunden habe. Da möchte ich an erster Stelle den Generalsekretär und den Bundesgeschäftsführer nennen, die mir bei meinem Bemühen stets zur Seite gestanden sind.

(Beifall)

Ich hoffe, meine Damen und Herren – damit möchte ich abschließen –, daß ich beide Vorhaben erreichen werde. Und wenn mir dies gelingt, dann habe ich – das darf ich Ihnen sagen – meine persönlichen Ziele erreicht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Volker Kauder, Tagespräsident: Vielen Dank, Brigitte Baumeister. Ich habe hautnah miterleben können, wie das in den letzten zwei Jahren vonstatten gegangen ist. Das war nicht immer einfach. Du hast es aber großartig gemacht und die Männerrunde in der Finanzkommission auf Deinen Kurs gebracht. Das war für alle von uns von Vorteil. Herzlichen Dank für die erfolgreiche Arbeit als Bundesschatzmeisterin, die uns allen zugute kommt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor ich dem Generalsekretär das Wort erteile, gebe ich nochmals einen Hinweis für die Stimmzählkommission. Sie trifft sich um 12 Uhr im Büro des Organisationsleiters. Der Raum befindet sich, von Ihnen aus gesehen, rechts hinten. – Ich darf weiter darauf hinweisen, daß sich die Antragskommission um 14 Uhr trifft.

Ich darf Sie nun um Aufmerksamkeit für Tagesordnungspunkt 7.3 bitten:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Ich erteile das Wort unserem Generalsekretär Peter Hintze.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Vor zwei Jahren auf dem Parteitag in Düsseldorf haben Sie mir das Amt des Generalsekretärs anvertraut. Die wichtigste Aufgabe in den letzten zwei Jahren waren die Vorbereitungen der ersten gesamtdeutschen Europawahl und der zweiten gesamtdeutschen Bundestagswahl. Ich kann Ihnen heute vermelden: Beide Aufträge sind ordnungsgemäß im Sinne des Parteitages ausgeführt, liebe Freunde.

(Beifall)

Uns ist die größte Aufholjagd gelungen - denken Sie einmal an die demoskopischen Werte und an das, was uns angekündigt wurde - in der Geschichte unserer Wahlkämpfe und in der Geschichte unserer Parteiarbeit. Am Ende haben wir mehr als zweieinhalb Millionen Stimmen mehr eingefahren als die Sozialdemokraten, und das Wichtigste ist für Deutschland und in Deutschland: Unser Helmut Kohl ist wieder Bundeskanzler, liebe Freunde.

Dies hat zwei Ursachen gehabt. Wir hatten die richtige Strategie, und wir hatten den richtigen Kanzler. Lieber Helmut Kohl: Dieser Wahlsieg ist vor allem Ihr Erfolg. Die Partei gratuliert und dankt Ihnen von Herzen für Ihren Einsatz in diesem Wahlkampf.

(Beifall)

Es gibt nun, liebe Freunde, bei den Sozialdemokraten den Versuch, die eigene SPD-Niederlage doch noch in einen Quasi-Sieg umzudeuten. Da wird davon geredet, unsere Mehrheit sei zu knapp - oder, wir würden diese Legislaturperiode mit dieser Koalition nicht durchhalten.

Liebe Freunde, dazu sagen wir der SPD ganz eindeutig von diesem Parteitag: Wir werden nicht zulassen, daß unser Wahlerfolg uminterpretiert oder weggeredet wird, liebe Freunde.

(Beifall)

Es lohnt sich für alle, die sich noch an den Wahlkampf erinnern, sich auch einmal die gewaltige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit anzuschauen, die Herr Scharping fast täglich hinterläßt. Er ist durch Deutschland gezogen und hat verkündet, wenn er Kanzler würde - was zum Glück die Wählerinnen und Wähler verhütet haben -, dann würde er das Kabinett drastisch verkleinern. Was hat er als erstes gemacht? Er hat seinen SPD-Fraktionsvorstand drastisch aufgebläht. Das ist das, liebe Freunde, was wir von den Sozialdemokraten kennen. Es sind falsche Versprechungen, die sie schon am Tag nach der Wahl brechen. Es ist gut, daß die Wähler das mitbekommen.

(Beifall)

Was hat die SPD für eine Strategie im Bundestag vorzuweisen? Wir haben es bei der Debatte über die Regierungserklärung erlebt: Als schlechte Verlierer wollen sie sich jetzt in den nächsten Wochen und Monaten in eine Blockadehaltung begeben. Das werden wir klipp und klar öffentlich ansprechen. Das letzte Blockadeverhalten der SPD war etwa die Ablehnung der Hauptverhandlungshaft für brutale Täter. Das ist in der Bevölkerung nicht akzeptiert, und wir müssen den Diskussionsdruck auf die SPD erhöhen, daß wir in Zukunft das Verbrechensbekämpfungsgesetz erweitern und brutale Täter auch nach ihrer ersten Tat festsetzen können, liebe Freunde.

(Beifall)

Im übrigen hatte unsere Fraktion allen Unkenrufen zum Trotz - einer hat verschlafen, okay - ansonsten einen furiosen Start. Wir haben das erlebt bei der Wahl des Bundestagspräsidiums. Wir haben das erlebt bei der Wahl des Bundeskanzlers, und wir haben das erlebt am Donnerstag bei der ersten Abstimmung, bei der wir mit 40 Stimmen Vorsprung - weit mehr, als wir im Parlament haben - gewonnen haben. Daß dies direkt beim Auftakt unter schwierigen Mehrheitsverhältnissen so gut läuft und so gut gelingt, ist das Verdienst unseres Fraktionsvorsitzenden, unseres Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben die Wahlen gewonnen, aber der Bundeskanzler hat es soeben angesprochen: Wir haben sie knapp gewonnen. Wir müssen deswegen alle Anstrengungen darauf richten, der Frage nachzugehen, wie wir die Mehrheitsfähigkeit unserer Christlich Demokratischen Union nicht nur sichern, sondern auch ausbauen können, und zwar in einer Parteienlandschaft, von der kein Mensch weiß, wie sie morgen einmal ausschauen wird. Die Sicherung der Mehrheitsfähigkeit der CDU ist also unsere wichtigste Aufgabe.

Wir müssen dazu aus meiner Sicht drei Bedingungen erfüllen:

Erstens. Wir müssen den Wählerauftrag für diese kommenden vier Jahre ernst nehmen, und ich will gleich im einzelnen skizzieren, was das bedeutet.

Zweitens. Wir müssen den Kampf um die Meinungsführerschaft in Deutschland aufnehmen und für uns entscheiden, wenn es um die Interpretation grundlegender Ereignisse - wie etwa die deutsche Einheit - oder etwa um die Interpretation grundlegender Begriffe - wie etwa die Frage, was eigentlich in Deutschland noch radikal genannt werden darf - geht.

Drittens. Wir müssen unsere Reformfähigkeit beweisen, denn der Schlüssel zur Mehrheitsfähigkeit der CDU, liebe Freunde, ist unsere Bereitschaft zur Reform und Erneuerung.

Zum ersten Punkt: den Wählerauftrag ernst nehmen. Die Menschen haben uns gewählt, weil sie etwas von uns erwarten. Sie erwarten von uns, daß wir die

Staatsquote zurückführen und die Steuer- und Abgabenlast senken. Sie erwarten von uns, daß wir immer daran denken, daß es in unserem Land viele Menschen gibt, die jede Mark zweimal umdrehen müssen, bevor sie sie ausgeben können, und daß wir deswegen mit den öffentlichen Finanzen behutsam umgehen.

(Beifall)

Sie erwarten von uns, daß wir im Bereich der Verbrechensbekämpfung den neuen Bedrohungen, die sich aus der organisierten Kriminalität, aber auch aus den offenen Grenzen ergeben, knallhart widerstehen. Ich möchte heute Manfred Kanther in seinem Versuch massiv unterstützen, die Verbrechensbekämpfung in Deutschland noch wirksamer durchzuführen.

(Beifall)

Sie erwarten, liebe Freunde - das Thema klingt gut, aber es ist sehr strittig -, daß beim Thema Familie nach langen Jahren der Diskussion jetzt etwas Entscheidendes passiert und etwas Entscheidendes von unserer Christlich Demokratischen Union auch in der konkreten Familienpolitik ausgeht.

Ich weiß, daß in der Familienpolitik immer eine gewisse Differenz zu beobachten ist. Wir sind uns im Grundsatz einig, aber dann geht es an die Finanzen, und die Finanzen sind ja durchaus knapp. Der finanzielle Spielraum ist nicht sehr groß. Aber, liebe Freunde, viel knapper als der finanzielle Spielraum ist die Geduld der Familien, die uns nämlich zu Recht sagen: Immer, wenn es um uns geht, wird auf die leeren Kassen verwiesen. Hier müssen wir jetzt auch einen kräftigen Schritt in dieser Legislaturperiode in der Sache tun, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich danke Hannelore Rönsch für das, was sie auf den Weg gebracht hat, und ich wünsche Claudia Nolte, daß sie sich in diesem großen neuen Ressort nicht irritieren läßt vom Beschuß der politischen Linken, sondern diese wichtige zentrale Aufgabe, die zum Herzstück unserer Union gehört, gut in den nächsten Jahren voranbringt.

(Beifall)

In meinen Gesprächen stelle ich immer wieder fest, daß die ökologische Fragestellung, also die Frage, wie wir mit unserer Umwelt umgehen, die Frage, wie es um die Schöpfung bestellt ist, die Frage nach unseren Lebensgrundlagen, nicht nur sehr viele junge Menschen, sondern auch sehr viele ältere Menschen beschäftigt. Hier, liebe Freunde, haben wir bei der Beschlußfassung über unser neues Grundsatzprogramm einen entscheidenden Schritt getan. Wir haben gesagt, die CDU als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft ist auch die Partei, die für die große ökologische Fragestellung, für die große Frage, wie wir die Bewahrung der Schöpfung ernsthaft angehen können, die richtige Antwort hat, nämlich die Konzeption einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Was ich mir wünsche, ist, daß wir diesen Programmsatz, den wir in Hamburg beschlossen haben, nun auch in unserer praktischen Politik Schritt für Schritt mit Leben erfüllen, weil gerade für uns als christlich-demokratische, als eine im guten Sinne konservative Partei die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen das oberste Gebot überhaupt ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben diesen Parteitag unter das Motto „Deutschland erneuern - Zukunft sichern“ gestellt. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir an der Schwelle zum 21. Jahrhundert neue politische, aber auch geistige Impulse brauchen, um die Fragen und Probleme unseres Landes angemessen zu lösen.

Wir haben in diesen Tagen das Wort der beiden Kirchen zur sozialen Lage in Deutschland vernommen. Liebe Freunde, ich freue mich, daß die katholische Kirche und die evangelische Kirche ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und hierzu einen Diskussionsbeitrag leisten. Wir sollten uns nicht über die eine oder andere Formulierung oder über die eine oder andere These, die wir vielleicht für eine Fehleinschätzung halten, ärgern. Wir sollten das Gesprächsangebot der Kirchen aufnehmen, es ergreifen, es unsererseits erwidern. Die Aufgaben, die wir in der Gesellschaft haben, können wir nur lösen, wenn alle am Wohl des Staates und der Gesellschaft Interessierten gemeinsam mitmachen, und ich möchte deswegen die Einladung der Kirchen zum Dialog ausdrücklich für die CDU Deutschlands annehmen.

(Beifall)

Damit komme ich zum zweiten Punkt; das ist ein kritischer Punkt. Es geht um die Meinungsführerschaft in Deutschland. Es geht um die Besetzung von Begriffen und um die Interpretation von Ereignissen. Die politische Linke in Deutschland setzt hier zu einer Generaloffensive an, und wir sind herausgefordert zu dieser Auseinandersetzung, die mit dem Abschluß des Wahlkampfs erst richtig begonnen hat.

Ich lese Ihnen dazu eine Zahl vor. Am Freitag meldete das „Politbarometer“ des Zweiten Deutschen Fernsehens, daß 49 % unserer Bevölkerung, knapp die Hälfte, die SED-Fortsetzungspartei PDS inzwischen für eine normale Partei halten. Liebe Freunde, wir müssen wachsam sein. Die Sozialdemokraten setzen mit ihrer Strategie auf einen schleichenden Gewöhnungsprozeß. Wir als CDU werden uns aber nie daran gewöhnen, daß die Honecker-Erben hier als eine demokratische Partei auftreten können. Das sind sie nicht, und das werden wir auch immer sagen.

(Beifall)

Es geht auch um Worte. In bezug auf die Wiedervereinigung wird das böse und zynische Wort vom „Anschluß“ in die Welt gesetzt. Wenn es um unseren Sozialstaat geht, immerhin einen der stärksten und sichersten in der Welt, wird das Wort von seiner strukturellen Ungerechtigkeit in Umlauf gebracht, und in bezug auf den Kommunismus sind bereits jene Geschichtsfälscher am Werk, die ihn als eine moralisch unanfechtbare Lehre reinwaschen wollen. Liebe Freunde, solchen Umdeutungen im Blick auf die deutsche Geschichte und im Blick auf die deutschen Erfahrungen werden wir uns mit aller Entschiedenheit widersetzen!

(Beifall)

Die Sozialdemokraten sind - wir hatten es befürchtet, aber doch lange nicht für möglich gehalten - dabei, endgültig ein Tabu der deutschen Politik zu brechen, nämlich das Tabu, daß man mit einer radikalen Partei nicht zusammenarbeitet. Es ist schon eine Schande, daß in der Europäischen Kulturhauptstadt 1999, in Weimar, in der Stadt Goethes, die Tinte unter einem schriftlichen Abkommen zwischen der SPD und den SED-Nachfolgern, der PDS, gerade trocken geworden ist. Das ist eine Schande, liebe Freunde!

(Beifall)

Herr Thierse hat am Freitag im Deutschen Bundestag Großzügigkeit im Umgang mit der PDS eingefordert. Liebe Freunde, wenn Herr Thierse Großzügigkeit im Umgang mit der PDS einfordert, dann sagen wir ihm: Bei den Rechtsradikalen hat Entschiedenheit das parlamentarische Aus bewirkt, und bei den Linksradikalen ist das nicht anders.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind die politische Kraft der Mitte, die die Erneuerung unserer Gesellschaft von ihren geistigen Wurzeln her voranbringt. Christlich-demokratische Politik bedeutet die Umsetzung von Freiheit und Verantwortung, wie wir es im Grundsatzprogramm gesagt haben, von Solidarität und Gerechtigkeit. Wir werden diese Grundwerte zum Maßstab bei der Gestaltung der inneren Einheit unseres Landes machen. Ich sehe darin die größte geistige Herausforderung am Ende unseres Jahrhunderts.

Wir wissen ja, der Bedarf an geistiger Erneuerung in unserem Land ist groß, größer, als mancher vielleicht denkt. Wir haben es mit einem einseitigen Freiheitsverständnis zu tun, das die Menschen nicht näher zueinander bringt, sondern einsamer werden läßt. Wir haben es zu tun mit dem unerfüllten Wunsch vieler nach mehr Mitmenschlichkeit und Solidarität. Wir haben es mit einer allgemeinen Säkularisierung zu tun, bei der zentrale Werte unserer Kultur und unseres Staates in Frage gestellt werden.

Der Kampf um die Meinungsführerschaft in Deutschland ist bereits in vollem Gange, und die Stoßrichtung dieser Diskussion ist eindeutig: Es wird darum gehen, ob sich radikal linksgerichtete Positionen durchsetzen oder ob unser geistig-politisches Klima auf dem bewährten Boden unserer demokratischen Überzeugungen ruht. Dafür treten wir ein, liebe Freunde: daß Deutschland weiter aus der politischen Mitte regiert wird und daß nicht Linke und Linksradikale in Zukunft Macht über die Menschen in Deutschland bekommen.

(Beifall)

Für den Schluß habe ich mir das Thema aufgehoben, das einige ja schon im Vorfeld des Parteitages kräftig beschäftigt hat. Ich bin auch der Meinung, daß es uns kräftig beschäftigen muß, denn es geht um die Frage, wie wir unsere eigene Parteiarbeit weiterentwickeln und wie wir den Veränderungen, die sich in der Gesellschaft zeigen, auch Veränderungen in unserer Partei folgen lassen, die Gutes mit aufnehmen und unserer guten CDU auch in den nächsten 50 Jahren ihres Bestehens die Mehrheitsfähigkeit sichern und erhalten.

Liebe Freunde, wer heute Mitglied in der CDU wird, möchte auch mitmachen. Ich bin deswegen der Meinung, daß wir die Möglichkeiten der Mitwirkung für Mitglieder ausbauen müssen, daß wir uns für solche, die zu uns kommen, attraktiver machen müssen, auch für solche, die man früher mit dem schrägen Wort „Quereinsteiger“ bezeichnet hat. Liebe Freunde, es geht darum, daß wir Menschen mit unterschiedlichen beruflichen Erfahrungen und mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, auch wenn sie nicht von Anfang an politisch aktiv waren, eine Chance geben und ihnen Lust machen, in die CDU Deutschlands einzutreten und mitzumachen. Wir sollten nicht sagen: Das sind Störenfriede von außen. Wir sollten vielmehr sagen: Es ist ein Gewinn für unsere Partei, wenn wir qualifizierte Frauen und Männer neu dazubekommen.

(Beifall)

Das zweite Thema ist die Frage der Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten. Ich bin sehr froh, daß wir in der Diskussion soweit gekommen sind, daß die große Mehrheit der Partei - ich habe das eben an dem Applaus gespürt, den der Herr Bundeskanzler bei der einschlägigen Stelle seiner Rede bekommen hat - doch das Gefühl hat, wir müßten hinsichtlich der Beteiligung von Frauen etwas tun. Liebe Freunde, ich sage es ganz deutlich: Wir müssen nicht etwas für die Frauen tun, sondern wir müssen für unsere CDU etwas tun, weil unsere CDU davon profitiert, wenn wir mehr Frauen gewinnen, sich bei uns zu engagieren.

(Beifall)

Wir erleben in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen - etwa in der Arbeitswelt und in der Hochschule -, daß qualifizierte Frauen auf dem Vormarsch sind. Ich wünsche mir, daß ein Teil dieses positiven Vormarsches auch in unserer CDU stattfindet. Wir müssen uns fragen: Wie kann das geschehen? Wie können wir erreichen, daß Frauen besser beteiligt werden? Ihnen liegt dazu ein konkreter Vorschlag vor, über den wir heute nachmittag diskutieren wollen. Ich will heute nachmittag eine Einführung in diesen Vorschlag geben.

Ich möchte mich aber jetzt schon mit zwei Gegenargumenten beschäftigen, die die Kritiker aus guter innerer Überzeugung in diesen Tagen vorbringen und die auch plausibel klingen. Das entscheidende Gegenargument lautet ja nicht, daß wir keine Frauen in Ämtern und Mandaten hätten. Die beiden entscheidenden Gegenargumente lauten vielmehr folgendermaßen. Erstens heißt es, wir hätten zu wenig Frauen. - Das stimmt. Ich füge aber hinzu: Wir haben zumindest von der Kreisverbandsebene an aufwärts überall genug qualifizierte Frauen, um sie auch bei Ämtern und Mandaten zu berücksichtigen.

(Beifall)

Das zweite Argument lautet, Qualität setze sich schon allein durch.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Delegierte, im Umkehrschluß würde das ja bedeuten, daß bei uns alle Frauen, die nicht in Ämtern und Mandaten sind, nichts taugen. Das kann ja wohl nicht gemeint sein. Wir haben eine Masse qualifizierter Frauen.

(Beifall)

Wir müssen nur schauen, daß wir sie auch in Ämter und Mandate bekommen, weil es uns guttut, wenn die Sichtweisen und Qualifikationen von Frauen bei uns zum Zuge kommen. Das betrifft unterschiedlichste Politikbereiche. Ich will einmal einen nennen, bei dem wir uns immer leicht verständigen, aber in der Sache Schwierigkeiten haben. Wenn wir in der Koalition darum ringen, wieviel Geld für die Familie, für den Wohnungsbau und solche Dinge zur Verfügung gestellt wird, wünsche ich mir am Tisch neben dem Bundeskanzler, der kräftig dafür kämpft, manchmal auch ein paar Frauen mehr. Ich glaube, dann würde die Priorität manchmal ein wenig anders gesetzt werden.

(Beifall)

Diejenigen, die draußen sind, verpassen jetzt eine Menge. Wir diskutieren über dieses Thema heute nachmittag ja aber noch einmal. Bei der Diskussion, die wir heute führen, ist auch bereits unsere Verfassung bemüht worden. Ich erinnere daran, daß wir in der Verfassungskommission und in Bundesrat und Bundestag auch Art. 3 unserer Verfassung, wo es um die Gleichberechtigung geht, geändert haben. Wir sagen: Gleichberechtigung zu proklamieren ist zu wenig. Der Staat muß auch etwas dafür tun, daß Gleichberechtigung erreicht wird. - Nichts anderes haben wir uns vorgenommen. Wir wollen einen Ausgleich schaffen, den wir in der Sache für richtig halten, der aber mit den warmherzigen Appellen der Vergangenheit nicht in ausreichendem Maße erreicht werden konnte.

(Beifall)

Diejenigen, die dagegen sind - es kann ja sein, daß es immer noch ein paar gibt; es gibt hier vereinzelte Wortmeldungen, aber wir diskutieren heute nachmittag ja erneut darüber -, bitte ich um folgendes. Der Antrag verfolgt zwei Ziele. Wir wollen es erstens wirklich schaffen, mehr Frauen für unsere Arbeit zu gewinnen. Wir sollten die Frauen

ermutigen. Wenn es mehr Chancen gibt, bedeutet das auch mehr Ermutigung. Zweitens geht es darum, daß Sie uns in der Erkenntnis unterstützen, daß es mit bloßen Appellen und Programmen nicht mehr getan ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir diese Dinge beachten, wenn wir das, was die Wählerinnen und Wähler uns zur Verwirklichung mit auf den Weg gegeben haben, kräftig angehen - der Herr Bundeskanzler hat das in seiner Regierungserklärung beschrieben -, wenn wir den Kampf um die Meinungsführerschaft, über wichtige Begriffe und Ereignisse unserer jüngeren Geschichte aufnehmen und uns nicht von den Linken überrumpeln lassen und wenn wir unsere eigene Reformfähigkeit nicht nur proklamieren, sondern auch in der Sache belegen, dann haben wir sehr gute Aussichten, daß aus der schönen, aber sehr schmalen Mehrheit in Zukunft eine schöne und wieder etwas breitere Mehrheit werden kann. Wir arbeiten ja nicht nur um der Mehrheit willen, sondern wir arbeiten auf der Grundlage unseres Programms, aus unserer Grundüberzeugung heraus und nicht zuletzt angesichts des C in unserem Parteinamen, das ja kein Reklameschild, sondern ein Wegweiser für die großen Grundentscheidungen in unserer Gesellschaft ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, eine Gesellschaft, die nur bewahrt und nichts erneuert, wird alt. Eine Gesellschaft, die nur erneuert und nichts bewahrt, wird kalt. Ich meine, es war immer die große Stärke der Unionsparteien, daß wir zwischen dem, was es zu bewahren gilt, an dem es festzuhalten gilt - auch gegen manche Strömungen des Zeitgeistes -, und dem, was es mutig zu erneuern und zu verändern gilt, damit wir den Herausforderungen der Zeit auch gerecht werden, zu unterscheiden wußten.

(Beifall)

Wir haben gesagt - damit komme ich zum Schluß, liebe Freunde -: Die Wahl 1994 ist eine Richtungsentscheidung. Ich sage Ihnen, wir haben das ernst gemeint. Wir müssen diese Richtungsentscheidung, die die Wähler knapp, aber sicher getroffen haben, jetzt auch umsetzen. Ich rufe Sie alle auf: Machen Sie mit!

(Langanhaltender Beifall)

Volker Kauder, Tagungspräsidium: Lieber Peter Hintze, Sie merken es am Beifall: Der Parteitag dankt Ihnen nicht nur für diesen Redebeitrag, sondern vor allem auch für die Arbeit in diesem Jahr. Sie haben einen ganz erheblichen Anteil daran, daß das Superwahljahr 1994 für die Union und für Helmut Kohl gut gelaufen ist. Sie haben die große Aufholjagd organisiert. Sie haben einen strategisch klugen Wahlkampf angelegt und auch selber aktiv gekämpft. Wir sagen Ihnen einen herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Ich sage Ihnen auch Dank dafür, daß Sie immer wieder mutig Diskussionen darüber anstoßen, wie die Partei vorangebracht wird. Wir sehen das auch an diesem Parteitag.

Bevor ich das Wort weitergebe, habe ich noch eine herzliche Bitte. Vielleicht können wir draußen einmal bekanntmachen, daß der Parteitag hier im Saale stattfindet.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 7.4 auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ich meine, daß wir jetzt auch dem Bericht des Fraktionsvorsitzenden sehr intensiv und konzentriert zuhören sollten. Es lohnt sich, Wolfgang Schäuble zuzuhören. Vielleicht kann man auch dies draußen sagen.

Ich gebe nun die Tagungsleitung an meine Kollegin Carola Hartfelder weiter.

Carola Hartfelder, Tagungspräsidium: Ich erteile das Wort unserem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble (mit Beifall begrüßt): Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 294 Abgeordneten von CDU und CSU bilden im 13. Deutschen Bundestag unsere gemeinsame Fraktion. Unsere Mehrheit ist knapp, aber sie ist stabil. Mit der Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler verfügen wir wieder über die strategische Mehrheit; denn gegen uns gibt es in diesem Bundestag keine konstruktive Mehrheit.

(Beifall)

Wir wußten, liebe Freunde, schon bei unserem Parteitag in Hamburg, daß es bei den Wahlen in diesem Jahr eng werden würde. In einer Zeit, in der Ansprüche offenbar stärker wachsen als Engagement für das Gemeinwohl, in einer solchen Zeit tun sich offensichtlich Regierungen überall in den westlichen Demokratien schwer, in Spanien nicht anders als in Frankreich, in Großbritannien oder in den USA, in Kanada, Holland, Italien, Österreich oder in Schweden.

Wir haben in den Jahren seit 1990 Verantwortung getragen angesichts der ungeheuren Veränderungen, die die historische Wende für Deutschland und Europa mit sich gebracht hat, im Osten die Wechselbäder von Hoffnungen und Enttäuschungen, die grundlegende Veränderung aller Lebensverhältnisse mit eben auch viel Ungewißheit und für Verunsicherung, und im Westen Belastungen und Veränderungen, Infragestellen von Besitzständen - jedenfalls mehr, als wir noch bis 1989 gewohnt waren.

Wie bei jedem Aufbauwerk sind am Anfang die Anstrengungen und die Mühsal spürbarer als schon der Erfolg, der sich erst mit zunehmender Dauer deutlicher wahrnehmen läßt.

Deshalb war die Wahl nach der ersten Legislaturperiode deutscher Einheit objektiv für diejenigen, die Regierungsverantwortung getragen haben, die schwerste. Daß wir es dennoch geschafft haben, das, liebe Freunde, verdanken wir vor allem Helmut Kohl, der mit seiner Kraft und Zuversicht den Menschen nicht nur in unserem Land Halt und Vertrauen gibt.

(Beifall)

Weil der Ertrag der Aufbauanstrengungen mit zunehmender Zeitdauer für die Menschen deutlicher wird, deshalb bin ich überzeugt, daß unsere Chancen in weiteren vier Jahren eher besser sein werden als 1994. Deswegen gilt Bangemachen nicht. Wir haben allen Grund, mit Zuversicht und Entschlossenheit an der Vollendung der deutschen Einheit weiterzuarbeiten.

(Beifall)

Es liegen große Aufgaben vor uns. Wir müssen unser Land für einen härter gewordenen weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb fit halten. Wir müssen Antworten finden auf die großen Zukunftsfragen der Menschheit, von der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen bis zum Erhalt einer Ordnung für unseren Planeten, der nicht durch immer größere Konflikte zwischen Arm und Reich oder auch religiösem oder politischem Fundamentalismus auseinandergerissen werden darf.

Wir müssen Freiheit und Mitmenschlichkeit, Offenheit und Toleranz wahren in einer Zeit, in der Individualisierungstendenzen, Wanderungsbewegungen, aber auch Verwerfungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung neue Antworten einfordern.

Wenn wir so vor großen Gestaltungsaufgaben stehen, dann heißt das ja nicht, daß nicht auch viel und Großes erreicht und geleistet worden ist. Die Opposition im Bundestag hat in der vergangenen Woche wieder so geredet, als wäre alles schlecht in unserem Land. Manchmal fragt man sich beim Zuhören: Wo leben die eigentlich?

In den neuen Ländern ist in vier Jahren eine ungeheure Aufbauleistung erbracht worden:

(Beifall)

Neun Prozent reales Wachstum, fast 600 000 neue selbständige Unternehmen, ein Rentenniveau, das schon fast das westdeutsche erreicht und das heute schon deutlich über den meisten westeuropäischen Ländern liegt - und das alles, liebe Freunde, bei Preisstabilität.

Wer hätte es denn für möglich gehalten, daß die Bundesrepublik heute schon alle strengen Kriterien des Maastricht-Vertrages erfüllt? Wirtschaftlich geht es auf breiter Front aufwärts, entgegen allen pessimistischen Prognosen vor wenigen Monaten nicht nur unserer politischen Gegner, sondern auch der meisten Sachverständigen.

Unsere Politik der Sparsamkeit, der Deregulierung, mit Gesundheitsstruktur-, Post- und Bahnreform hat gegriffen. Die endlich durchgesetzte Asylreform zeigt Wirkung, und die Pflegeversicherung lassen wir uns nicht wieder zerreden.

(Beifall)

Nein, liebe Freunde, ganz von allein ist der Erfolg nicht gekommen. Aber auf den Lorbeeren ausruhen dürfen wir nicht. Die Welt verändert sich schneller und intensiver, als wir lange gewohnt waren oder wahrgenommen haben. Deswegen sind erfolgreiche Arbeit und neue Herausforderungen kein Widerspruch.

Deshalb bleiben die Kraft, der Mut, die Offenheit der Union als der großen Volkspartei der Mitte für die Zukunftsfragen weiter gefordert. Wer sich nur auf dem Erreichten ausruht, wer immer nur Besitzstände verteidigen wollte, der würde die Zukunft verschlafen. Wir müssen sensibel bleiben für neue Entwicklungen, offen für neue Fragen, neugierig auf die Zukunft. Nur eine Partei, die sich auf die Zukunft freut, bleibt fähig, Zukunft zu gestalten.

(Beifall)

Auch knappere Mehrheiten im Bundestag dürfen uns nicht zum Stillstand verführen. Dynamische Bewegung gibt Stabilität, während Erstarrung zum Zusammenbruch führt. Scheuklappen helfen dabei nicht.

Deswegen, liebe Freunde, sind wir zu Gesprächen mit allen bereit, die sich um Zukunft mühen. Wir bleiben offen für neue Wege und Lösungsansätze. Das muß für unsere Arbeit als Partei auf allen Ebenen genauso gelten wie für unsere Debatten im Parlament. Auch Langeweile kann eine tödliche Bedrohung für Freiheit sein. Das Abenteuer Zukunft muß eine spannende Aufgabe bleiben.

(Vereinzelter Beifall)

Besitzstände aufbrechen, Berührungsängste abbauen, Tradition und Fortschritt immer neu verbinden, bewahren und erneuern zugleich, das ist das, was die Integrationskraft und die Faszination der Union ausmacht. Wir bleiben verlässliche Partner in unser Koalition mit der FDP, und wir wünschen, daß die FDP ihre Schwierigkeiten rasch und nachhaltig überwindet.

Aber ich sage auch: Stabilität und Handlungsfähigkeit der Union müssen unabhängig von Koalitionsfragen bleiben. Wir haben am 16. Oktober 41,5 Prozent der Zweitstimmen, aber über 45 Prozent der Erststimmen erhalten. Das ist unser strategisches Potential, das es zu wahren und auszubauen gilt. Je unverkrampfter wir zum Gespräch mit allen bereit sind, je offener wir für neue Fragen und Entwicklungen bleiben, desto besser wird uns das gelingen.

Unsere öffentlichen Diskussionsprozesse fördern ja Innovation nicht. Immer, wenn es in unserem Land konkret wird, treten die organisierten Besitzstandsverteidiger auf den Plan. Sobald sich öffentlicher Widerstand aufbaut, werden übrigens diejenigen leise, die sonst lautstark abstrakt immer Reformen einfordern.

(Beifall)

Das ist beim Subventionsabbau immer so. Das war bei der Gesundheitsreform so und beim Schlechtwettergeld nicht anders. Konkret, liebe Freunde, haben Einsparungen oder Deregulierung wenig Lobby. Notwendig bleiben sie trotzdem. Dies fordert unsere Kraft, die Kraft der Union. Kleinmut, der bei jedem Widerstand einbricht, ist nicht zukunftsfähig.

(Beifall)

Wir müssen die strukturellen Belastungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter vermindern, und wir müssen zugleich den ökologischen Aufbau fortführen.

Wir brauchen einen Staat, der Frieden und Freiheit nach außen und innen schützt und sichert und der auf der anderen Seite nicht immer mehr Kreativität, Leistungsbereitschaft oder Innovation durch ein zu dicht gewordenes bürokratisches Gestrüpp erdrosselt.

Wir müssen unser Sozialsystem für die Aufgaben der Zukunft vorbereiten, indem wir für wirkliche Risiken und Bedürftige wirksam Vorsorge und Hilfe sicherstellen, und zwar durch mehr Eigenverantwortung, aber zugleich auch gegen Verschwendung angehen. So haben wir bei der Pflegeversicherung und bei der Gesundheitsreform gehandelt. Dies muß fortgesetzt werden.

Wir besitzen für den Aufbruch in eine offene Zukunft einen klaren Kompaß mit unseren Grundwerten und Überzeugungen auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes. Die Debatte über die grundlegenden Werte bleibt nötig, damit der Wertekonsens erhalten bleibt, ohne den jede Freiheitsordnung auf Dauer verkommt. Nur wenn zu diesen Werten freiwillige Solidarität, Verantwortung für die Zukunft, auch Bescheidenheit und Bereitschaft zum Verzicht gehören, dann wächst aus solchem Wertekonsens auch die Chance für mehr globale und für mehr ökologische Verantwortung.

Die Staatsquote muß wieder runter. Deshalb behalten Sparsamkeit in der Haushaltspolitik, Stellen- und Verwaltungsabbau, wo immer möglich, Vorrang.

(Beifall)

Privatisierung, liebe Freunde, ist nicht nur beim Bund möglich, sondern sie muß auch stärker in Ländern und Gemeinden durchgesetzt werden.

(Beifall)

Unser öffentliches Haushaltsrecht muß auf den Prüfstand. Wir brauchen beim Staat wie bei der privaten Wirtschaft mehr Kosten- und Erfolgskontrolle. Es muß gelingen, stärker Budgetverantwortung hin zu den einzelnen Verwaltungseinheiten zu verlagern, damit wir wieder Effizienz und Sparsamkeit fördern.

(Beifall)

Subsidiaritätsprinzip heißt auch: Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Liebe Freunde, seit Jahrzehnten weiß jeder, der sich mit unserem Steuersystem befaßt, daß die doppelte Besteuerung gewerblicher Erträge durch Einkommen- und Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer zusätzlich uns als Wirtschafts- und Investitionsstandort in Europa zunehmend behindert. Deswegen muß die Gewerbesteuer abgeschafft werden, am liebsten gleich; wenn nötig, in Stufen.

(Beifall)

Aber die Gemeinden dürfen dabei nicht ohne angemessenen Ausgleich bleiben.

(Beifall)

Damit die Gemeinden nicht immer mehr von Finanzzuweisungen der Länder abhängig werden, müssen es originäre Einnahmen sein.

(Beifall)

Dazu ist ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer ebenso denkbar wie eine Beteiligung an der Mehrwertsteuer. Über diese Fragen wollen wir mit Ländern und Gemeinden, auch mit Wirtschaft und Gewerkschaften ins Gespräch kommen, um eine Reform der Gemeindefinanzen zu erreichen, die die kommunale Selbstverwaltung stärkt. Aber auch hier zeigt sich schon wieder der Widerstand organisierter Interessen.

Subsidiarität, freiwillige Solidarität, liebe Freunde, heißt vor allem, die Familie zu stärken. Wir schreiben keinen Lebensweg oder Verhaltensmuster vor. Wir wollen, daß Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht nur im Gesetzblatt, sondern auch in der Wirklichkeit des Lebens erreicht wird, in Beruf und Gesellschaft, in der Politik und auch in unserer Partei. Aber Gleichberechtigung und Familie sind keine Gegensätze.

(Beifall)

Wo, wenn nicht in der Familie, wird freiwillige Solidarität zwischen Generationen dauerhaft gelebt, und wo erfährt der Mensch verlässlichen Halt und Geborgenheit, auf die jeder – auch und gerade in einer Zeit der Vereinzelung – angewiesen bleibt? Wo werden Solidarität, Rücksichtnahme, Verzicht, Bereicherung durch Gemeinschaft besser erfahren und gelernt als in der Familie? Deshalb behalten die Familie und Familienpolitik für uns Priorität.

(Beifall)

Arbeit für alle, liebe Freunde, muß unser Ziel bleiben. Dazu brauchen wir Wachstum und Investitionen, technischen Fortschritt und neue Produkte, mehr Flexibilität bei Arbeits- und Maschinenlaufzeiten, mehr Beweglichkeit vor allem im tertiären Sektor, in Handwerk, Handel und Dienstleistungen aller Art, von den modernen Medien bis zum Pflegebereich und den Privathaushalten, die auch verstärkt als Arbeitgeber für reguläre Beschäftigung gewonnen werden müssen.

Die beiden Kirchen haben in diesen Tagen zu einer grundlegenden Diskussion über die wirtschaftliche und soziale Lage eingeladen. Wir sind dankbar für dieses Engagement, und wir werden uns, wie Peter Hintze gesagt hat, daran beteiligen. In diesem Papier, liebe Freunde, heißt es:

Soziale Gerechtigkeit verlangt, daß niemand, auch keine Gruppe, aus der Gesellschaft ausgestoßen wird. Das heißt, daß diejenigen, die nicht in der Lage sind, eine eigene ausreichende Arbeitsleistung zur Wirtschaft beizusteuern, von der Gesellschaft soviel erhalten, daß sie menschenwürdig leben können. Dabei ist darauf zu achten, daß dadurch nicht eine falsche Bequemlichkeit Platz greift, die das notwendige Arbeitsethos in der Gesellschaft aushöhlt.

Weil das alles richtig ist, werden wir mit den Kirchen, mit den Gewerkschaften, mit den Wirtschaftsverbänden, mit den anderen Parteien unvoreingenommen über die Schnittstellen zwischen Arbeitseinkommen, Lohnersatzleistungen und Transferleistungen zu diskutieren haben. Wir müssen diese Schnittstellen so justieren, daß auch geringer bezahlte Arbeit nicht in Schwarzarbeit oder Schattenwirtschaft abgedrängt wird.

(Beifall)

Es ist allemal besser, zeitlich befristet oder Teilzeit- oder saisonale Arbeit zu haben, als dauerhaft arbeitslos zu sein.

(Beifall)

Um unser Gemeinwesen wetterfest und zukunftsfähig zu halten, müssen wir uns auch der Grundlagen unserer staatlichen Gemeinschaft gewiß bleiben: Nation und Europa sind für uns keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich gegenseitig. Wer sich seiner nationalen Identität gewiß ist, wird auch in der Toleranz gegenüber anderen sicherer sein. Deswegen bin ich überzeugt: Je weniger bei uns Deutschen in diesen Fragen Ungewißheit herrscht, desto geringer wird die Gefahr sein, daß wir uns in Verirrungen von Ausländerfeindlichkeit oder mangelnder Toleranz gegenüber Minderheiten verstricken.

(Beifall)

Der Bevollmächtigte der evangelischen Kirche am Sitz der Bundesregierung, Bischof Löwe, hat zu Recht davor gewarnt, daß derjenige der Übersteigerung der Nationalen gerade nicht Herr werde, der es als geschichtsmächtige Kraft abschaffen wolle.

Deutschland, liebe Freunde, ist ein offenes, ein tolerantes, ein ausländerfreundliches Land. Damit das so bleibt, müssen wir angesichts zunehmender Wanderungsbewegungen die Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung möglichst auf europäischer Ebene weiter voranbringen, damit der innere Frieden in unserem Land erhalten bleibt.

(Beifall)

Das heißt zugleich, daß wir die Integration der auf Dauer hier lebenden ausländischen Mitbürger verbessern müssen. Liebe Freunde, ich bin ganz davon überzeugt, daß die generelle, die regelmäßige Gewährung doppelter Staatsangehörigkeit die Integration der ausländischen Mitbürger im Ergebnis nicht fördern, sondern behindern, beschädigen würde.

(Beifall)

Wer auf Dauer bei uns leben will, der muß sich auch dauerhaft integrieren wollen; der muß sich entscheiden, wohin er gehört; der muß zu gleichen Rechten auch gleiche Pflichten übernehmen. Das ist nicht zuviel verlangt.

(Beifall)

Aber wir wollen nicht schon Kinder, die hier geboren sind, vor diese Entscheidungen stellen. Sie sollen die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten und dazu eine vorläufige deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Mit dem Eintritt der Volljährigkeit sollen sie dann selbst entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit dauerhaft erwerben oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten wollen. Ich glaube, daß wir mit diesem Vorschlag der Integration unserer ausländischen Mitbürger und damit dem inneren Frieden besser dienen als mit Schlagworten, die die Menschen in unserem Lande nur auseinandertreiben.

(Beifall)

Nicht nur der innere Frieden muß geschützt werden, auch der äußere bleibt gefährdet. In Europa ist Krieg wieder möglich. Täglich werden wir Zeuge, wie der schreckliche Krieg in Bosnien immer heftiger wird, wie die Leiden der Menschen ins Unermeßliche steigen. Von Woche zu Woche bestätigt sich immer grausamer, daß das elende Gemetzel auf dem Balkan die Legitimität europäischer Einigung und atlantischer Solidarität, ja, der ganzen zivilisierten Völkergemeinschaft gefährdet.

Manchmal, liebe Freunde, denke ich bei der Betrachtung der Nachrichten des Tages, ob wir diesen Film eigentlich nicht schon einmal gesehen haben. Es ist spät, und niemand hat ein Patentzept, den irrsinnigen Kreislauf von Haß und Gewalt zu beenden. Wir Deutsche haben Grund zur Bescheidenheit, wie Helmut Kohl gesagt hat: wegen der besonderen Lasten der Geschichte, aber auch, weil wir im Gegensatz zu vielen anderen Europäern keine Soldaten im UNO-Einsatz dort haben. Aber dennoch sage ich: So wie in den letzten Jahren kann es nicht weitergehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn kein anderer Weg gefunden wird, den Frieden in Bosnien-Herzegowina durchzusetzen, dann muß doch überlegt werden, wenigstens das Waffenembargo aufzuheben,

(Beifall)

auch wenn das bedeuten kann, liebe Freunde, daß die Blauhelmtuppen zurückgezogen werden müssen. Das ist die schreckliche Wahrheit. Aber wer nicht helfen kann, darf wenigstens Selbsthilfe nicht verhindern.

(Beifall)

Die schrecklichen Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien zeigen auch, wie dringend es ist, daß gewährleistet bleibt, daß politische oder sonstige Ziele wenigstens bei uns in Europa nicht mit Waffengewalt durchgesetzt werden können. Weil das kein Land für sich allein sicherstellen kann, muß der Rückfall in nationalstaatliche Auseinandersetzungen unter allen Umständen vermieden und verhindert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb gibt es keine verantwortbare Alternative zur unumkehrbaren europäischen Einigung mit einer wirkungsvolleren gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und deshalb gibt es auch keine verantwortbare Alternative zur atlantischen Solidarität.

(Vereinzelt Beifall)

Weil wir nicht wissen, wieviel Zeit uns die Geschichte läßt, liebe Freunde, brauchen wir Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union zugleich. Wir brauchen sie jetzt. Wir dürfen nicht warten, bis sich die Dinge bei unseren Nachbarn im Osten zum Schlechteren entwickelt haben, sondern wir müssen unseren Nachbarn jetzt Halt und Stabilität auf dem Weg zu dauerhafter freiheitlicher Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft geben. Dazu müssen die integrationswilligen und integrationsfähigen Staaten in Europa vorangehen. Alle sind eingeladen. Niemand wird ausgegrenzt. Aber der Langsamste darf nicht das Tempo bestimmen. Sonst kommen wir nicht voran, sonst verspielt Europa die Chance von Einheit und Zukunft.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist eine spannende Zeit. Die Chancen sind groß, die Aufgaben auch. In einer Welt, die sich so rasant verändert, in einer Zeit, in der Zukunft soviel Faszination bedeutet, Politik zu gestalten, das ist eine große und großartige Aufgabe. Wir müssen alle unsere Kräfte anspannen. Aber es lohnt sich. Wir arbeiten für eine Zukunft in Frieden und Freiheit, für Toleranz und Solidarität, für Gemeinsinn und für

die Bereitschaft, neben Rechten auch Pflichten zu übernehmen. An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend gestalten wir Zukunft. In einem vereinten Europa wollen wir dem Frieden in der Welt dienen. Wir, die Union und die Abgeordneten von CDU/CSU im Deutschen Bundestag, sind dazu bereit. Ich lade Sie alle ein, uns auf diesem Weg zu begleiten, zu unterstützen und zu helfen. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall -
Die Delegierten erheben sich)

Carola Hartfelder, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, Sie haben die Sympathie der Delegierten gespürt. Sie sind dafür bekannt, immer den Finger in die Wunde zu legen. Sie haben uns auch heute nicht enttäuscht. Herzlichen Dank für Ihren Bericht!

(Beifall)

Lassen Sie uns an dieser Stelle noch einmal danken für Ihre Arbeit als Fraktionsvorsitzender und für Ihren großartigen Einsatz im Wahlkampf. Die Weichen sind gestellt. Die Signale stehen auf grün.

(Heiterkeit)

Lieber Dr. Schäuble, wir wünschen Ihnen viel Kraft und Fingerspitzengefühl, die Bundestagsfraktion mit dem Bundeskanzler gemeinsam weiterzusteuern.

(Beifall)

Wir kommen zum Tagungsordnungspunkt 7.5:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

Hierzu darf ich anmerken, daß Ihnen dieser Bericht schriftlich vorliegt. Ich darf Sie um Kenntnisnahme bitten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Herrn Prof. Dr. Rinsche und allen Mitgliedern der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament recht herzlich für ihre Arbeit danken. – Ich gebe jetzt die Leitung weiter an Herrn Reul.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 8:

Aussprache zu den Berichten

Ich will Sie kurz daran erinnern, daß wir Sie bitten, die Wortmeldezettel zu benutzen, damit wir die Debatte organisieren können. Zweitens will ich daran erinnern, daß wir uns vorgenommen haben, um 13 Uhr mit den Wahlen zu beginnen. – Als erster Redner hat Herr Teufel das Wort.

Erwin Teufel: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es geht wirtschaftlich wieder aufwärts in unserem Lande. Das ist unsere tägliche Erfahrung, und das sind die Prognosen aller Wirtschaftsinstitute. Aber zwei Probleme bleiben uns: erstens ein gewaltiger Strukturwandel und zweitens eine hohe Arbeitslosigkeit.

Wir sind nicht mehr dort, wo wir vor drei Jahren waren: bei einem Produktivitätsrückstand im internationalen Wettbewerb von bis zu 30 Prozent. Aber wir sind auch nicht dort, wo wir hin müßten, nämlich bei einer vollen Wettbewerbsfähigkeit. Die größte Gefahr sehe ich darin, daß wir jetzt in den Tarifvertragsverhandlungen, in den Anstrengungen der Wirtschaft, in den Bemühungen in der Politik auf halbem Wege stehenbleiben. Wo sollen denn die neuen Arbeitsplätze als Ersatz für die Hunderttau-

sende von Arbeitsplätzen herkommen, die in den letzten drei Jahren verlorengegangen sind? Über diese Strukturkrise hinaus haben wir es mit dem Sachverhalt zu tun, daß wir in wenigen Jahren die gleiche Quantität an Produkten mit der Hälfte der Arbeitskräfte im produzierenden Bereich herstellen können.

Deswegen gibt es keine wichtigere Aufgabe, als Arbeitsplätze mit einer hohen Produktivität zu schaffen, vor allem im Dienstleistungsbereich, aber auch im Produktionssektor. Das ist die Bewährungsprobe für die Soziale Marktwirtschaft.

Ich setze auf wirtschaftliches Wachstum, das wir erfreulicherweise wieder haben. Ich setze weiterhin auf moderate Tarifabschlüsse, die wir dringend brauchen. Ich meine, daß in den Tarifvertragsverhandlungen nicht nur die Interessen der Beschäftigten, sondern auch die Beschäftigungschancen der jetzt Arbeitslosen gesehen werden müssen. Ich setze auf eine weitere Begrenzung der Lohnzusatzkosten. Ich setze auf eine Unternehmenssteuerreform, die sich diese Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen hat. Ich setze auf eine Verwaltungsreform, die für die Bürger und für die Wirtschaft schnellere Genehmigungsverfahren bringen muß.

Liebe Freunde, ich setze vor allem auf Existenzgründungen. Mehr als 70 % der jungen Meisterinnen und Meister im Handwerk sagen, daß sie sich selbständig machen wollen. Sie werden Arbeitsplätze schaffen. Ich wünsche mir, daß auch junge Ingenieure, junge Akademiker, die unsere Universitäten und Fachhochschulen verlassen, Existenzgründungen und selbständige Tätigkeit in Erwägung ziehen, wie unsere jungen Meister im Handwerk.

Ich setze auf Bildung und Ausbildung, auf Qualifizierung, auf Forschung und Innovation. Wenn wir uns höhere Löhne und höhere Sozialausgaben leisten als andere Länder, dann müssen wir auch mehr leisten und besser sein. Ich setze auf die Erschließung neuer Märkte über den Binnenmarkt Europäische Union hinaus.

Liebe Freunde, die wirtschaftlichen Fragen werden auch nach der Rezession die entscheidenden Fragen sein. Wer arbeiten kann, muß in unserem Land einen Arbeitsplatz finden. Die Wirtschaft ist unser Schicksal. Das gilt für unser Land, und das gilt in den nächsten vier Jahren für die CDU.

Ein weiteres Problem, das mich außerordentlich beschäftigt, betrifft die Frage: Was hält unsere Gesellschaft noch zusammen? Reichen unsere moralischen Ressourcen aus? Haben wir noch genügend gemeinsame Wertüberzeugungen für ein menschenwürdiges Zusammenleben? Gewalt in unserem Lande nimmt in vielerlei Form zu. Die Kriminalität steigt. Der Drogenkonsum und die Drogenkriminalität nehmen zu. Die Bindungskraft in Institutionen läßt nach. Die Erziehungskraft der Familie ist geschwächt. Ausländerfeindlichkeit und Extremismus sind keine Einzelerscheinungen mehr. Eine Gesellschaft, in der die Menschen keinen ethischen Kompaß mehr haben, in der immer mehr Menschen orientierungslos sind, in der Rechtsbewußtsein, Verantwortungsgefühl und Gemeinsinn altmodisch und nicht mehr als Bürgertugenden angesehen werden, ist in ihrem Zusammenhalt und in ihrer Funktionsfähigkeit gefährdet. Vor allem von der CDU wird in einer solchen Situation Orientierung erwartet.

(Vereinzelt Beifall)

Eine unserer Antworten muß in den nächsten Jahren die Weiterentwicklung unserer familienpolitischen Konzeption sein, einschließlich des Themas Frauen und Beruf. Die Familienpolitik ist Herzstück unserer Partei. Der heutige Familienlastenausgleich bleibt weit hinter dem Nutzen zurück, den die Gesellschaft aus Familien mit Kindern zieht.

(Beifall)

Es sollte uns deshalb nachdenklich stimmen, daß wir durch das Bundesverfassungsgericht dazu aufgefordert werden mußten, das Existenzminimum von Familien nicht zu besteuern.

Aber es geht gar nicht allein um mehr finanzielle Leistungen für die Familie, es geht um die Erhaltung der humanen Dienstleistungen in der Familie. Es geht um die Erziehungsleistungen für junge Menschen und die Pflegeleistungen für ältere Mitbürger. Es geht um den Grundbestand an Werten, ohne die sich unsere Kultur selbst zerstört.

(Vereinzelt Beifall)

In diesen Zusammenhang gehört auch die Debatte über den Umbau des Sozialstaates. Es geht darum, mit weniger Geld mehr Gerechtigkeit und eine höhere soziale Qualität zu erreichen. Denn der Sozialstaat wird genau in dem Umfang überbeansprucht und unfinanzierbar, wie persönliche Solidarität und Eigenverantwortung schwinden.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Bewußtseinsbildung in unserer Gesellschaft müssen wir arbeiten. Diese Aufgabe geht weit über die Beratung in Parlamenten und Kabinetten hinaus.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Peter Rauen; danach kommt Frau Merkel. Ich nutze die Gelegenheit, Sie zu bitten, daß wir uns alle möglichst konzentriert äußern, damit zu diesem Tagesordnungspunkt möglichst viele zu Wort kommen können. – Herr Rauen hat das Wort.

Peter Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die politischen Zielvorgaben bis zum Ende dieses Jahrhunderts und darüber hinaus hat unser Parteivorsitzender heute morgen in seinem Bericht sehr deutlich gemacht. Ich glaube, wir müssen in Rahmen dessen in den nächsten Wochen sehr klar sagen, was unsere Botschaft als Partei an die arbeitende Bevölkerung in diesem Lande ist. Nicht die, die in Monaco ihre Steuern zahlen, auch nicht die, die ihre Inlandsgewinne mit Verlusten der Auslandstochter verrechnen können, sind es, die unseren Staat und unsere sozialen Sicherungssysteme finanzieren; es sind die Millionen von Männern und Frauen, die als Normalverdiener mit ihren Steuern und Abgaben, die sie im Inland zahlen, das alles hier ermöglichen.

Es ist überhaupt keine Frage, daß, bedingt durch die großen Herausforderungen der deutschen Einheit, die Belastung der Normalverdiener durch Steuern und Abgaben vorübergehend zu hoch geworden ist. Wenn ab dem 1. Januar der Solidaritätszuschlag und die Leistungen zur Pflegeversicherung fällig werden, dann werden von einem normalen Lohn, von 4 000 DM rund 2 000 DM Steuern und Abgaben abgehen. Dies ist eindeutig zu hoch. So wird Leistungsbereitschaft abgewürgt.

Wir haben im Wahlkampf dann den meisten Beifall bekommen, wenn wir gesagt haben, daß es wieder einen deutlichen Abstand zwischen dem Nettoeinkommen aus ordentlicher Arbeit und dem Einkommen aus sozialen Transferzahlungen geben muß. Hier stehen wir gegenüber den Menschen eindeutig im Wort. Wir müssen Antwort geben und darauf reagieren.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, den versprochenen Lohnabstand zu sozialen Transferleistungen werden wir im wesentlichen nur erreichen, wenn den Menschen von ihrem Lohn netto wieder mehr in der Tasche verbleibt. Darauf, wie das geschehen soll, haben wir eine eindeutige Antwort gegeben, ohne daß dies auf den

ersten Blick für jedermann sehr deutlich wird. Wir haben im Grundsatzprogramm, in der Regierungserklärung, heute wieder durch Herrn Schäuble und Herrn Dr. Kohl, zum Ausdruck gebracht, daß wir die Staatsquote bis zum Jahre 2000 von heute 56 Prozent auf 53 Prozent abbauen wollen. Die Bedeutung dieser politischen Zielvorgabe wird meiner Meinung nach entweder immer noch nicht ernstgenommen oder in ihrer Tragweite für Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik total unterschätzt. Sie bedeutet im Klartext, daß der Staat – also Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger – im Jahr 2000 gemeinsam mit jährlich 250 Milliarden DM weniger auskommen müssen, die dann mehr in den Taschen der arbeitenden Menschen verbleiben. Dies ist nach meiner Erfahrung und allen Erfahrungen der Vergangenheit der einzige seriöse Weg, die Millionen von zusätzlichen Arbeitsplätzen zu schaffen, die – wir haben es eben noch einmal gehört – wir brauchen, damit alle Menschen, die arbeiten wollen, auch arbeiten können.

Meine Damen und Herren, Helmut Kohl und seine Regierung haben diesen Kraftakt in den 80er Jahren schon einmal geschafft. Es wurden damals, wie Helmut Kohl heute morgen gesagt hat, 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Es muß – mit der geballten Unterstützung unserer Partei auf allen Ebenen – gelingen, dies bis zur Jahrhundertwende zu wiederholen.

Dies geht aber nur mit härtestem Konsolidierungskurs auf allen staatlichen Ebenen, beim Umbau unseres Sozialstaats und Abbau von Erhaltungssubventionen. Hier müssen wir in den nächsten Monaten durch konkrete Aussagen die Ankündigung des Absenkens der Staatsquote mit politischen Inhalten füllen; das ist bisher noch nicht geschehen. In den 80er Jahren haben wir die Spar- und Konsolidierungserfolge und den Finanzspielraum, der durch das Absenken der Staatsquote entstand, durch eine dreistufige Steuerreform in einem Zeitrahmen von sechs Jahren erreicht.

Ähnlich klare Zielbestimmungen brauchen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, braucht unsere Volkswirtschaft auch in Zukunft. Dabei müssen wir neben dem steuerlichen Aspekt mit Blick auf die zu hohen Lohnzusatzkosten in Deutschland insbesondere auch ein Absenken der Sozialversicherungsbeiträge – wo immer möglich – erreichen. Besonders da, wo in den letzten Jahren politische Herausforderungen statt über Steuern mit Sozialabgaben finanziert wurden, ist dies notwendig. Es sind 40 Milliarden DM, die wir den Arbeitnehmern und Arbeitgebern so schnellstens zurückgeben müssen.

Wir müssen alles dafür tun, daß den arbeitenden Menschen von ihrem Lohn netto wieder mehr in der Tasche verbleibt.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann nicht so bleiben, daß wir weltweit mit Abstand die höchsten Arbeitskosten haben, unsere Arbeitnehmer mit ihrem Nettoeinkommen aber an die siebte/achte Stelle unter den Industrienationen zurückgefallen sind. Unsere Arbeitnehmer kosten brutto zuviel und verdienen netto zuwenig. Die Spanne zwischen Nettolöhnen und Bruttoarbeitskosten ist zu hoch geworden. Dadurch werden Arbeitsplätze vernichtet und Schattenwirtschaft herausgefordert.

Mit Blick auf die größte sozialpolitische Herausforderung überhaupt, nämlich Arbeit zu schaffen für alle, die arbeiten wollen, sind wir gefordert, dies zu ändern. Ich sehe außer der Union keine politische Kraft, die in der Lage wäre, diese Herausforderung zu meistern. Deshalb sind wir in den nächsten Monaten aufgerufen, durch eine kluge Politik zugunsten der arbeitenden Menschen unsere Aussagen zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in Deutschland zu machen. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Frau Merkel ist die nächste Rednerin.

Dr. Angela Merkel: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren hätte es uns noch niemand zugetraut: Die Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern sind fast so gut gewesen wie in den alten Bundesländern.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist eine der größten Leistungen, die wir in diesem Jahr schaffen konnten.

(Beifall)

Ich sage das ganz besonders im Hinblick auf das Land, in dem ich Landesvorsitzende bin, für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Im Juni saßen in der ersten Reihe der SPD-Bundestagsfraktion hämische Abgeordnete, die immer wieder gerufen haben: Ringstorff wird Ministerpräsident. – Meine Damen und Herren, das passierte genau nicht! Berndt Seite wird wieder Ministerpräsident und die Geschicke dieses Landes steuern, so wie CDU-Ministerpräsidenten dies in vielen neuen Bundesländern tun.

(Beifall)

Liebe Freunde, aus meiner Sicht hat sich ausgezahlt, daß wir trotz einer Durststrecke, trotz vieler Schwierigkeiten vier Jahre lang mit einer Stimme in Ost und West gesprochen haben. Wenn Herr Stolpe heute zu uns sagt, wir hätten kein Konzept für die deutsche Einheit und deshalb sei die PDS so stark, dann frage ich: Was wären denn die Konzepte der SPD gewesen? – Aufgabe der deutschen Staatsbürgerschaft für die DDR-Bürger noch vor der deutschen Einheit; heute kein Gespräch mehr über das, was in 40 Jahren DDR stattgefunden hat – wenn es nach Herrn Stolpe ginge –, und Kooperation mit der PDS auf allen Ebenen. – Deshalb, liebe Freunde, ist unser Kurs richtig.

Und ich erinnere daran: Herr Scharping hat bezüglich der Wahlkreise, in denen die PDS Chancen für ihre Direktkandidaten hatte, gesagt, wir, die CDU, müßten allen SPD-Kandidaten unsere Stimme geben. Ich sage heute: Es war richtig, daß wir es nicht gemacht haben. Denn die Zahlen zeigen folgendes: 12 % derer, die der CDU ihre Zweitstimme gegeben haben, haben mit ihrer Erststimme einen SPD-Kandidaten gewählt. Aber was ist bei denen passiert, die mit ihrer Zweitstimme die SPD gewählt haben? 17 % im Wahlkreis von Wolfgang Thierse haben mit ihrer Erststimme die PDS und mit ihrer Zweitstimme die SPD gewählt. Das zeigt, wie die Vertreter des deutschen Ostens aus der SPD Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Deshalb war es richtig, daß wir auf unsere Leute gesetzt haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, nichtsdestotrotz ist die Parteienlandschaft in den neuen Bundesländern eine andere als in den alten Bundesländern. Es gibt an vielen Stellen links von der CDU Mehrheiten. Dies wäre nicht tragisch, wenn die Sozialdemokraten nicht den Konsens der Demokraten aufgekündigt hätten und um der Macht willen beliebig mit der PDS kooperierten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben in der Frage der Kooperation mit den Republikanern Härte gezeigt. Ich erwarte Gleiches von der SPD; ansonsten ist sie wieder einmal drauf und dran, einen historischen Fehler zu begehen. Liebe Freunde, auch wenn es manche nicht mehr hören wollen: Wir dürfen dazu nicht schweigen; denn das ist genau das, was die Sozialdemokraten hoffen.

(Beifall)

Aber genauso wie wir dazu nicht schweigen dürfen, müssen wir uns nach den Ursachen der Erfolge der PDS fragen. Ich glaube, mancher Wähler, der heute PDS wählt, ist für uns erreichbar. Ich glaube aber nicht, daß der Kurs der Anbietung der SPD aufgeht und die Menschen deshalb alle SPD wählen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, wir dürfen die Diskussion über die PDS nicht allein auf eine Diskussion über die Vergangenheit verengen. Es geht darum, sich mit den Argumenten der PDS im heutigen politischen Alltag auseinanderzusetzen. In den neuen Bundesländern wird ganz drängend auch an uns, die Vertreter der CDU, immer wieder die Frage gestellt: Was ist denn nun so schlimm daran, mit der PDS zusammenzuarbeiten? Sie sind doch in der Kommune ganz fleißige Leute. Was ist eigentlich das Schlimme daran? Warum seid ihr so dagegen?

Ich will als erstes sagen: Wir, die CDU, geben jedem eine Chance, wenn er sich heute zur Demokratie bekennt. Ich glaube, das sollten wir immer wieder unterstreichen. Aber, liebe Freunde, wir dürfen es nicht zulassen, daß heute eine Diskussion geführt wird, die die Rolle der CDU in der früheren DDR in irgendeiner Weise mit der der SED in Beziehung bringt.

(Vereinzelt Beifall)

Die SED – das war die herrschende Partei der Arbeiterklasse. Und es geht darum, daß die, die heute zur PDS gehören, nach wie vor an ein sozialistisches, kommunistisches Gesellschaftsmodell glauben, davon nicht abrücken und lediglich meinen, daß die falschen Personen es gemacht haben.

(Beifall)

Deshalb ist es unsere Aufgabe, zu verhindern, daß nach dem Niedergang des real existierenden Sozialismus neue sozialistische Experimente in den Köpfen der Menschen Gestalt annehmen. Ich sage dies für den Osten, aber auch für die jungen Leute im Westen, wenn man sich die Hochschullandschaft hier anschaut.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, aus meiner Sicht stehen wir vor einer Bewährungsprobe in der Diskussion. Wir müssen uns auf unser christlich-demokratisches Menschenbild besinnen. Wir haben ein Menschenbild, das unterschiedliche Fähigkeiten der Menschen anerkennt und nach Gerechtigkeit strebt, aber nicht nach Gleichheit. Wir trauen dem einzelnen etwas zu. Wir haben das im Zuge der Verwirklichung der deutschen Einheit immer wieder gemacht. Es hat sich gezeigt: Es ist richtig, jedem Menschen Verantwortung zu geben, wenn er Verantwortung übernehmen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wir von der CDU bekennen uns zur Leistungsfähigkeit, zur Leistungsbereitschaft und damit immer wieder auch zu Unterschieden in unserer Gesellschaft, die wir anschließend sozial abfedern. Das ist unser Menschenbild. Zu dem müssen wir stehen, das müssen wir offensiv verteidigen und sagen: Gleichheit wird nie Gleichheit sein, sondern Gleichheit wird immer so enden, daß manche gleicher sind als andere und Menschen ein Bild aufdrücken, das sie für ihr eigenes Leben nicht haben wollen.

(Beifall)

Wir werden im nächsten Jahr über unsere Parteireform diskutieren. Ich bitte Sie, diese Diskussion darf kein Selbstzweck sein, sondern muß in einer Auseinandersetzung münden, die uns fähig macht, als Volkspartei mit den Bürgern offensiv zu sprechen. Wir müssen im vopolitischen Raum aktiver werden: im Gemeinde- und im Kirchenrat,

im Mieterbund, im Anglerverein und im Sportverein – wo immer Menschen sich mit ihren Problemen aufhalten. Da fehlt an vielen Stellen – ich sage das ganz selbstkritisch für die neuen Bundesländer – die CDU, und ich fürchte, sie fehlt manchmal auch in den alten Bundesländern.

(Vereinzelt Beifall)

Unser Erfolg – das wird dann auch unser Erfolg über die PDS sein – wird dann errungen sein, wenn wir nicht im eigenen Saft schmoren, sondern im Gespräch mit dem normalen Bürger Argumente vorbringen, wenn wir uns nicht anbiedern, sondern Positionen behalten, und wir nicht Sprüche klopfen, sondern uns den Wirrnissen und den Widerständen des Tages stellen, um konstruktive Antworten für die Menschen in unserem Land zu geben.

Dann werden wir es schaffen, und dann wird auch die PDS keine Gefahr mehr in unserer Parteienlandschaft sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Merkel. Nächste Wortmeldung: Monika Brudlewsky. Ich bitte noch einmal, daß wir uns bemühen, uns zu konzentrieren.

Monika Brudlewsky: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Die CDU hat die Wahl gewonnen. Der Bundestag ist konstituiert. Der Kanzler ist gewählt. Wir können uns ehrlichen Herzens über den Sieg freuen - trotz vieler, die hämisch auf die recht knappe Mehrheit verweisen.

Anders ist es in Sachsen-Anhalt. Auch in Sachsen-Anhalt hat die CDU gewonnen; sehr knapp, doch gewonnen. Aber der Wahlverlierer Höppner mußte auf Anraten von Herrn Scharping als Versuchskaninchen erhalten. Jeder hat diesen Coup durchschaut, wenn er auch nicht den erhofften Erfolg brachte.

Durch einen unfairen Trick - mit einem Foul im Fußball zu vergleichen - haben wir nun ein halbes Jahr in Sachsen-Anhalt eine Minderheitsregierung mit Hilfe vom Bündnis 90/Grüne, die mit gerade 5,1 % mehr Glück als Verstand hatten, und mit Duldung der PDS, die in ihrer blinden Machtgier immer mehr zum Hemmschuh des wirtschaftlichen Aufschwungs unseres Sachsen-Anhalts wird, gehabt. Signalzeichen kann man weithin erkennen:

Erstens. Der Nichtantritt des ersten Ministervorschlags für den Wirtschaftsminister, Herr Uhlig.

Zweitens. Der Rücktritt des Wirtschaftsministers Gramke nach drei Monaten aus Resignation über die Uneinsichtigkeit der Koalition - Rot-Grün und Kommunisten.

Drittens. Der Rückgriff auf einen Vertreter der bisher von der SPD so geschmähten Treuhänd. Peinlich.

(Beifall)

Es wird immer mehr offenbar, daß Herr Höppner auf Biegen und Brechen nur noch seine Macht behalten will. So scheut er auch immer weniger den Pakt mit der linksradikalen Nachfolgepartei, der diktatorischen und verbrecherischen SED. Eine Schmach für unser Land, das sich vor fünf Jahren von der Herrschaft genau dieser SED befreit hat.

(Beifall)

Herr Gramke wies bei seinem Rücktritt noch einmal darauf hin, daß wirklich nur eine große Koalition vernünftig und dem Lande dienlich wäre. So fordere ich im Namen all

der Menschen in Sachsen-Anhalt, die die PDS nicht gewählt haben - das sind mehr als 80 %, Nichtwähler einbezogen, so lehnen mehr als 90 % in Sachsen-Anhalt die PDS ab -, von dieser Stelle Herrn Höppner dringend auf, den Sessel des Ministerpräsidenten für den eigentlichen Wahlsieger, Herrn Dr. Bergner, endlich freizumachen.

(Beifall)

Um es sportlich auszudrücken: Nach dem Foul der SPD ist jetzt der Elfmeter der CDU an der Reihe.

(Beifall)

Ich fordere die SPD auf, dann mit Herrn Dr. Bergner und der CDU die große Koalition einzugehen, damit endlich in Sachsen-Anhalt vernünftig gearbeitet werden kann. Nur das dient unserem Land Sachsen-Anhalt, und nur das dient Deutschland. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Heinz Eggert hat das Wort.

Heinz Eggert: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Daß wir 1994 als einzige von den Menschen akzeptierte gesamtdeutsche Partei aus den Wahlen herausgegangen sind, hängt damit zusammen, daß wir als CDU 1990 keine mentalen Blockaden hatten, als die deutsche Einheit greifbar war, wirklich zuzugreifen, und daß die Menschen uns nach den ungeheuren Belastungen, die im Osten und Westen gleichermaßen im Vollzug der deutschen Einheit getragen worden sind, zutrauten, daß wir auch an dieser Stelle die Zukunft meistern werden. Mein Eindruck ist gewesen, daß nach den Wahlen sehr stark diskutiert wurde, als hätte die PDS die Wahlen gewonnen.

Ich will noch einmal daran erinnern: Die PDS ist die Partei, die mit der SED nicht das geringste zu tun hat, außer daß sie 90 % ihrer alten Kader übernommen hat und gerne das Vermögen behalten möchte, das man sich in 40 Jahren zusammengeholt hat.

(Beifall)

Es ging - das ist der Unterschied zu vielen, die früher in der SED waren und jetzt seit Jahren redlich für sich selbst versuchen, diesen Irrtum aufzuarbeiten - der PDS nur um eines, nämlich in einer äußersten Wendigkeit auch morgen wieder an den Schalthebeln der Macht zu sitzen und Politik weiter fortzusetzen.

Ich will jetzt einmal eine ganz andere Rechnung aufmachen, da immer gesagt wird: Werden die Leute im Osten nicht schlauer, oder warum wählen so viele die PDS? Wir haben im Osten Deutschlands seit 1933 keine demokratische Phase gehabt. Schon vier Jahre nach der deutschen Einheit wählen über 80 % der Ostdeutschen demokratische Parteien. Das sollte man nicht vernachlässigen;

(Beifall)

denn es scheint ja gerade immer so zu sein, daß wir wie gebannt auf die 16 % schauen und die anderen 84 % an dieser Stelle völlig vergessen. Ich halte das für eine unglaubliche Leistung.

Wenn die SPD jetzt um der Macht willen das Spiel mit der PDS beginnt, dann muß man sie ganz deutlich darauf hinweisen, wohin solche Spiele führen. Sie führen immer zu den abgehackten Händen, die letztlich dann das Symbol dieser Vereinigung gewesen sind, die nachträglich als eine Zwangsvereinigung dargestellt worden ist, als hätte es keine SPD-Genossen gegeben, die sehr gern mit den Kommunisten zusammengangen sind.

(Beifall)

Ich habe vor kurzem das ungeheure Vergnügen gehabt, mit Egon Bahr ein Gespräch führen zu dürfen. Was mich nicht sehr verwundert, ist, daß ausgerechnet von ihm, aber auch von vielen anderen der Ruf nach Amnestie laut wird. Aber jetzt frage ich Sie: Wer ist denn eigentlich von den Machthabern der ehemaligen DDR, die verantwortlich sind für Mauer und Stacheldraht sowie für Erschossene an der Mauer, schon verurteilt worden? Alleine, daß Honecker seiner Frau ausgeliefert worden ist, kann man doch nicht als immerwährende Gerechtigkeit verstehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Allein von 1961 bis 1990 sind in Salzgitter - ich bitte Sie, jetzt einmal auf die Zahlen zu hören - 46 000 Gewaltakte registriert worden, darunter knapp 33 000 politische Urteile und 4444 Tötungsdelikte. Insgesamt gab es 200 000 politische Urteile. Dahinter verbergen sich Hunderttausende Jahre politischer Haft.

Meine Damen und Herren, das gehört zur Bilanz des Sozialismus, und das ist in keinster Weise zu verharmlosen.

(Beifall)

Es kann nicht sein, daß man nach Amnestie für die Täter ruft und sich um die Rehabilitation für die Opfer kaum noch in der Öffentlichkeit kümmert.

(Beifall)

Ich kürze jetzt vieles ab. Wenn alleine aus dem Westen Deutschlands in einer ungeheuren Kraftanstrengung fast 500 Milliarden in den Osten Deutschlands gegeben worden sind, wenn im Osten Deutschlands die Menschen mit einer ungeheuren Leistungs- und Veränderungsbereitschaft reagiert haben auf das, was die deutsche Einheit einfach notwendig macht, dann zeigt das doch eines: Der Sozialismus ist ein so kostspieliges Experiment gewesen, daß man es möglichst schnell nicht wiederholen sollte.

(Beifall)

Natürlich stimmt der Satz, daß es nur eine absolut risikofreie Lebensform gibt, nämlich als Kommunist im Westen zu leben.

Aber selbst diese müssen für die demokratischen Spielflächen dankbar sein, die ihnen eingeräumt werden, die in der Diktatur so beschnitten worden wären, daß sie noch nicht einmal den Mund hätten aufmachen können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Als nächste hat Frau Röper das Wort.

Ursula Röper: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr Chancengerechtigkeit und Beteiligung von Frauen in politischen Gremien und in politischen Entscheidungsprozessen, das ist heute das Thema, das die Öffentlichkeit interessiert, und es brennt auch vielen von uns auf den Nägeln.

(Zustimmung)

Seit über zehn Jahren sind die Beschlüsse da, daß in unserer Partei mehr Partnerschaft praktiziert werden muß, aber diesen Beschlüssen folgten in vielen Bereichen nicht die Einsicht und vor allen Dingen nicht die Umsetzung. Das gilt auch für das Präsidium und den Bundesvorstand unserer Partei.

(Beifall)

Wir haben in Schleswig-Holstein den höchsten Frauenanteil im Schleswig-Holsteinischen Landtag, 31,2 Prozent - ohne Quote und ohne Quorum,

(Zustimmung)

sondern aus der Einsicht heraus, daß partnerschaftliches Miteinander von qualifizierten Männern und Frauen für die politische Arbeit bereichernd ist. Unser Landesvorsitzender Dr. Ottfried Hennig hat in vielen Gesprächen und bei vielen Gelegenheiten leidenschaftlich dafür gekämpft und geworben; und, meine Damen und Herren, es geht! Von daher empfinde ich es als ein Armutszeugnis, wenn das eigene Unvermögen zur Partnerschaft durch Quoten, durch ein Quorum oder durch besondere Voraussetzungen repariert werden soll.

(Beifall)

Partnerschaft und Gleichberechtigung kann man nicht verordnen; sie müssen in den Köpfen und im Bewußtsein verankert sein, und das auf allen Ebenen unserer Partei.

(Beifall)

Glaubwürdigkeit in der Umsetzung dieses Anspruchs ist ebenso auf allen Ebenen notwendig.

Von daher appelliere ich an Sie alle: Es werden gleich ein neuer Bundesvorstand und ein neues Präsidium gewählt. Bevor wir nach den Wahlen über diesen wichtigen Tagesordnungspunkt diskutieren, lassen Sie uns bei den Wahlen bereits ein Zeichen in die richtige Richtung setzen.

(Beifall)

Lassen Sie uns hier und jetzt erkannte Notwendigkeiten in die Praxis umsetzen, denn sonst verlieren wir bereits im Vorfeld unsere Glaubwürdigkeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich darf - auch mit Blick auf die Uhr - noch einmal darum bitten, die Debatte zu straffen, damit wir die Aussprache zügig erledigen können. – Das Wort hat jetzt Oliver Röseler vom RCDS.

Oliver Röseler: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir gestalten Zukunft, das ist seit Jahren ein Wahlspruch des RCDS. „Zukunft“ ist ein Wort, das in der politischen Debatte immer häufiger auftaucht. Wir lesen in der Presse von einem Zukunftsministerium für Bildung und Forschung; wir sehen das Wort „Zukunft“ hier in großen Lettern hinter uns, und auch auf dem Berliner Parteitag hieß das Leitmotiv: Wir sichern Deutschlands Zukunft.

Wir können über diese Zukunft sehr viel reden und sie in immer neue Parteitagsbeschlüsse und -programme gießen. Beeinflussen und gestalten können wir diese Zukunft aber nur, wenn wir den Gedanken über die Zukunft Taten in der Gegenwart folgen lassen. Fast nirgends erscheint der Unterschied zwischen dem, was wir wollen, und dem, was wir erreicht haben, so groß wie im Bildungsbereich. Auf dem Parteitag in Berlin wurde im bildungspolitischen Programm der CDU u.a. eine umfassende Reform der Hochschulen beschlossen. Doch wo, frage ich, sind die Gedanken dieses Papiers in die Tat umgesetzt worden?

Um ein Haar wäre es 1993 gelungen, gemeinsam mit den Ländern die Struktur von Studium und Hochschulen umfassend zu reformieren. Nachdem die Hochschulreform jedoch auf dem Bund-Länder-Bildungsgipfel auch unter den Vorzeichen des nahenden Wahljahres an den Finanzforderungen der Länder gescheitert war, stellte sich hochschulpolitisch das ein, was man sprichwörtlich das Schweigen im Walde nennen könnte. Beinahe ein ganzes Jahr mußte vergehen, bis mit dem jetzt abgeschlossenen Koalitionsvertrag neue Hoffnungszeichen im Bereich der Hochschulen gesetzt wurden. Mit der FDP hat man sich auf eine grundlegende Novelle des Hochschulrahmengesetzes geeinigt. Die Bundesregierung und das – das möchte ich an dieser

Stelle einmal sagen - endlich wieder unionsgeführte Bildungsressort stehen jetzt in der Pflicht, umgehend konkrete Gesetzesvorschläge vorzulegen.

(Zustimmung)

Die Union muß jetzt beweisen, daß sie es mit der Hochschulreform ernst meint. Es kann nicht die Politik der CDU sein, sinnvolle Modelle z.B. für die größere Eigenständigkeit der Hochschulen zu entwickeln und dann in aller Seelenruhe zuzusehen, wie sie von SPD-Landesregierungen in Pilotprojekte umgesetzt werden.

(Zustimmung)

Die CDU-geführte Bundesregierung muß in der Bildungsdebatte offensiv auf die Länder zugehen. Die Ministerpräsidenten sind im Gegenzug dazu aufgefordert, parteipolitische Scheuklappen und überzogene föderalistische Empfindlichkeiten fallenzulassen. Unter uns Studenten jedenfalls besteht für derlei taktisches Geplänkel angesichts der Situation an den Hochschulen kein Verständnis mehr.

(Beifall)

Wenn man von Zukunft und von Bildung spricht, gerät neben der Hochschulreform ein zweites Thema ins Blickfeld, das in den vergangenen Monaten für heftige Diskussionen gesorgt hat, das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Wie kein zweites Thema eignet sich dieses Verhältnis zwischen Lehrlingen und Studenten zu unsachlichen Zahlenvergleichen und emotionsgeladener Argumentation.

Als Bundesvorsitzender des RCDS will ich an dieser Stelle keinen Hehl daraus machen und nicht bestreiten, daß es an den Hochschulen und unter den Studenten Defizite gibt. Abbrecherquoten und Arbeitslosigkeit liegen jedoch nicht über, sondern zum Teil sogar unter den Zahlen in der beruflichen Bildung. Ich will auch nicht bestreiten, daß wir zweifelsohne zu viele Studenten an den Universitäten und zu wenige an den praxisorientierten Fachhochschulen haben. Ich wende mich jedoch entschieden - und an dieser Stelle gehe ich mit allen Arbeitsmarktprognosen konform - gegen die Aussage, Deutschland brauche in Zukunft nicht mehr, sondern weniger Akademiker.

Zweifellos müssen wir auch in diesem Bereich dem Postulat der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung viel stärker als bisher Rechnung tragen. Das heißt jedoch, wir müssen beide Bereiche auf ein möglichst hohes Niveau bringen und dürfen nicht mit den Mängeln in dem einen Bereich Kürzungen in dem anderen Bereich rechtfertigen. Wie sah es denn da in der Vergangenheit aus? Bei den Lehrlingen wurden die AFG-Mittel gestrichen, die Studenten forderten etwas später zumindest eine Angleichung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, wurden auf die schlechte Lage bei den Lehrlingen hingewiesen und bekamen auch nichts. Das Ergebnis: Beide sitzen auf dem Trockenen. Wer Lehrlinge gegen Studenten ausspielt, begibt sich in die Sackgasse. Dies sagte der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Forschung, Klaus von Trotha. Ich kann nur hoffen, daß ich diese Aussage in Zukunft auch von den Finanzministern höre.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, Zukunft zu gestalten darf für die Union nicht nur heißen, sich über unsere Gesellschaft Gedanken zu machen und diese Gedanken umzusetzen. Sie muß sich auch über sich selbst Gedanken machen. Lassen Sie mich deshalb mit ein paar Sätzen zu einem Thema schließen, das für die Zukunft der Union von großer Bedeutung sein wird und ebenso wie die Bildungspolitik nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden darf. Vor einigen Tagen wurde im Bundestag mit den

Stimmen der Union Antje Vollmer von den Grünen zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages gewählt. Das Medienecho war riesig; einer künftigen schwarz-grünen Koalition wurde bereits das Wort geredet. Es ist gar keine Frage: Für derlei Spekulationen und Liebäugleien ist es viel zu früh. Dennoch, für die Union ist es höchste Zeit, sich mit den Grünen auf allen Ebenen der Politik inhaltlich auseinanderzusetzen. Es darf dabei nicht der Eindruck entstehen, die Union suche wegen des Abstiegs der FDP händeringend nach einem neuen Koalitionspartner. Vielmehr muß es uns allen darum gehen, die Grünen als politische Partei jetzt endlich ernst zu nehmen und nicht länger als ökologische Nischenfüller oder träumerische Weltverbesserer vollkommen zu unterschätzen.

Es gibt unzweifelhaft fundamentale Differenzen zwischen der Union und den Grünen, von den Fragen der äußeren Sicherheit bis hin zur Frauenquote. Lassen Sie mich an dieser Stelle einfügen, daß wir, die Frauen und die Männer im RCDS, hoffen, daß die letztere Differenz auch morgen noch Bestand haben wird.

(Zustimmung)

Gerade deswegen muß die Union jetzt den Dialog mit den Grünen suchen. Die Bildungspolitik ist dabei - das hat auch die Demonstration in Niedersachsen zu den Privathochschulen gezeigt - das Thema mit den geringsten Differenzen zwischen Schwarz und Grün. Sie könnte der Ausgangspunkt und der Katalysator für den inhaltlichen Dialog sein.

Meine Damen und Herren, die Union hat die Konzepte und die Kraft, die Zukunft zu gestalten. Lassen wir den Worten auch Taten folgen! - Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Das Wort hat jetzt Klaus Bregger.

Klaus Bregger: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Jahrelang hat man uns Christdemokraten den Vorwurf gemacht, wir hätten die Wirtschaftskompetenz von Ludwig Erhard verspielt. Seit ein oder zwei Jahren haben wir sie plötzlich zurückgewonnen. Die Befragung von deutschen Unternehmensführern - seien es Angestellte oder Inhaber, mit eigenem Kapital haftend oder nicht - durch ein namhaftes Meinungsforschungsinstitut hat nämlich gerade ergeben, daß 63 Prozent der Befragten sagen, die Union habe die Wirtschaftskompetenz voll inhaltlich zurückgewonnen. Nur noch 15 Prozent weisen der ehemaligen Wirtschaftspartei FDP diese Kompetenz zu.

Meine Damen und Herren, exakt zum gleichen Zeitpunkt gründen die Kommunisten - die PDS - eine Mittelstandsvereinigung, offensichtlich um den Mittelstand in der Republik etwas weiter nach vorn zu bringen. Dazu kann man dann höchstens noch sagen: Das ist damit vergleichbar, als würde der Vatikan die Mafia als Schweizer Garde berufen. Gestern hat die SPD einen Wirtschaftsrat gegründet. Offensichtlich hat man sich bei uns, lieber Herr Murmann, einiges vom Wirtschaftsrat abgucken. Als Empfehlung bleibt dann nur noch, daß die SPD als Vorsitzenden für ihren Wirtschaftsrat den nach Ämtern suchenden Herrn Reuter mit seinem SPD-Parteibuch beruft, denn er hat als Führer des größten deutschen Konzerns jahrelang bewiesen, wie man keine Steuern mehr bezahlt und daß man wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren keine Steuern bezahlt.

Meine Damen und Herren, ich stehe hier, um Ihnen, die Sie diese Wirtschaftskompetenz- und Sozialkompetenzwelle mit begleitet haben, Dank abzustatten. Stellvertretend für viele möchte ich natürlich vor allen Dingen denen meinen Dank abstaten, die diese Bewegung inszeniert haben, nämlich Helmut Kohl und auch Wolfgang Schäuble.

Meinen tiefen Respekt möchte ich den Kollegen von den Sozialausschüssen zum Ausdruck bringen. Ich verneige mich gewissermaßen vor ihnen. Ich nenne hier besonders die Kollegen Blüm und Eppelmann. Ich weiß, wie schwierig es ist, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Union und Unternehmen zu restrukturieren. Norbert Blüm, ich danke ganz herzlich für die Kompetenz, die der Sozialflügel in diesem Bereich gezeigt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Blüm, seien Sie versichert: Wenn es jetzt um den Umbau unseres Staates geht - es geht nicht um Abbau -, wird die Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung an Ihrer Seite stehen. Wir werden an Ihrer Seite stehen, wenn es darum geht, die Kranken, die Alten und die sozial wirklich Schwachen, die unverschuldet in eine Position gekommen sind, in der sie Hilfe brauchen, zu unterstützen. Wir werden dafür streiten, daß der Leistungsmißbrauch und das bezahlte Faulenzertum bei diesem Umbau mit erfaßt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden bedauerlicherweise erst nach den Wahlen über die Frauenquote und das Quorum reden. Ich habe mich mit meiner Vereinigung gegen die Quote ausgesprochen, weil wir die Gleichberechtigung bereits seit Jahrzehnten haben

(Beifall)

und weil wir die Frauen nicht diffamieren und nicht diskreditieren wollen. Ich streite aber dafür, daß wir das Bewußtsein stärken, daß wir ein Instrumentarium finden, wie wir die Frauen wirklich nach vorne bringen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen empfehle ich Ihnen: Wählen Sie die Frauen! Alle Frauen, die heute kandidieren, sind qualifiziert. Die Wahl von meiner Stellvertreterin im Bundesvorstand, von Marion Fischer, möchte ich Ihnen natürlich ganz besonders ans Herz legen. - Ich danke Ihnen herzlichst.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Bregger. Wir hatten verabredet, diese Aussprache um 13 Uhr zu unterbrechen und in den ersten Wahlgang einzutreten. Ich möchte noch zwei Wortmeldungen zulassen, nämlich die von Klaus Escher und Carsten Thomsen-Bendixen. Ich möchte an dieser Stelle anmerken, daß insgesamt noch sieben Wortmeldungen vorliegen. - Klaus Escher hat als nächster das Wort.

Klaus Escher: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor etwa zehn oder zwölf Jahren hat die CDU sehr stark das Jahr 2000 als ein Jahr der Perspektive und als ein Jahr, an dem wir das eine oder andere programmatisch ausrichten, in ihren Papieren und Thesen anvisiert. Jetzt stehen wir am Beginn einer Wahlperiode, die kurz vor der Jahrtausendschwelle, im Jahre 1998, endet. Ich will hier auf einige programmatische Punkte eingehen und damit zugleich aus der Sicht der Jungen Union einige Themen benennen, die in diesem Bereich für junge Leute wichtig sind. Das erste, was mir aufgefallen ist und was ich bei vielen gehört habe, ist die Frage: Wie ist das eigentlich mit den jungen Familien? Schaffen wir es als Christlich Demokratische Union, für diesen Bereich jetzt konkrete Aussagen zu formulieren? Wir haben in bezug auf dieses Feld sehr viele Absichten formuliert und sind dabei in einem Punkt auch sehr konkret geworden. Wir wissen heute, wie hoch die Summe sein wird, die wir von der Steuer

freistellen können. Wir haben uns Gedanken über die Steuerfreibeträge gemacht. Wir werden aber die öffentliche Auseinandersetzung, was diesen Sektor angeht, verlieren, wenn wir nicht auch zu der zweiten Frage, die sich stellt, konkrete Aussagen machen. Diese Frage lautet: *Wie wollt ihr Familien, die von diesem Steuerfreibetrag nicht profitieren, helfen? Welche Zuwendungen sollen diese Familien erhalten? Dabei müßte natürlich auch auf die Höhe der Zuwendungen eingegangen werden. Es ist höchste Zeit, daß wir diesbezüglich konkrete Summen und politische Vorgaben formulieren.*

(Beifall)

Ich will ein zweites Thema ansprechen. Man kann über die Frage der Besteuerung von Kohlendioxid - CO₂ - sehr viel reden. Man kann darüber reden, wie man eine Mehrheit für eine solche Lösung findet. Man kann darüber reden, wie man eine solche Lösung europäisch abstimmt. Man kann darüber auch unter dem Stichwort „Wirtschaftsstandort Deutschland“ reden. Ich will Ihnen einmal darstellen, wie junge Leute darüber reden. *Sie reden darüber, indem sie die Angst formulieren, daß sie in einer Welt leben, die Stück für Stück durch eine Zunahme schädlicher Emissionen bedroht ist. Die ökologische Sensibilität junger Leute ist groß. Es ist deswegen an der Zeit, daß wir im Blick auf diesen Bereich klar sagen: Wir wollen einen Schadstoff, den wir als ganz wesentliche Ursache der Erwärmung unserer Erdatmosphäre identifizieren, mengenmäßig reduzieren. Nehmen wir uns das doch konkret vor: Deutschland muß in der europäischen Politik eine Vorreiterrolle spielen. Es darf nicht so sein, daß wir uns in der Umweltpolitik in Europa in den Geleitzug der Langsamsten einklinken.*

(Beifall)

Es gibt heute - lassen Sie mich diese Angabe einmal machen - im Lande Nordrhein-Westfalen mehr zugelassene Autos als auf dem gesamten Kontinent Afrika. Im Bundesland Rheinland-Pfalz gibt es mehr zugelassene Fahrzeuge als auf dem gesamten Subkontinent Indien. Dies ist die Antwort von jungen Leuten im Blick auf die Frage, wie es denn ökologisch weitergeht. Angesichts dieser Relation ist die Sensibilität der CDU gefordert.

(Beifall)

Zu einem dritten Thema will ich ebenfalls einen programmatischen Beitrag leisten. Wir müssen uns davor hüten - ich hoffe sehr, daß uns dies im Verlaufe der Nacharbeit zum Vertrag von Maastricht gelingt -, die Europapolitik stets und immer wieder als eine Form der Außenpolitik zu betreiben. Dieses Stadium ist doch längst überwunden.

(Beifall)

Es ist doch längst nicht mehr die Rolle der Staatsmänner, sich über Europa zu unterhalten. Es ist vielmehr höchste Zeit - jetzt werde ich einmal sehr konkret -, daß die Landesbildungspolitiker unserer Partei lernen, daß Subsidiarität nicht nur heißt: *Ihr in Brüssel dürft dies oder jenes nicht tun. - Subsidiarität im Bildungsbereich heißt vielmehr: Wir in der Landeshauptstadt müssen dies oder jenes tun. Wir müssen dafür sorgen, daß nicht Generationen von jungen Leuten an den Markterfordernissen Europas vorbei ausgebildet werden.*

(Beifall)

Die letzte grundlegende Reform der deutschen Juristenausbildung stammt aus dem Jahre 1893. Bei allen Studienreformen im Bereich der Betriebswirtschaft oder in anderen Bereichen, die jetzt anlaufen, wird der europäische Bereich sträflich vernachlässigt. Wir unterrichten - obwohl CDU-Politiker Einfluß auf die Bildungspolitik haben und obwohl wir die Europapartei sind - Fremdsprachen immer noch als Fremdsprachen.

Sie sind es aber nicht mehr, weil sie heute bei jungen Leuten als Zweitsprache und als zweite Arbeitssprache längst vorausgesetzt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Subsidiarität nimmt in die Pflicht, Das müssen alle Landesbildungspolitiker wissen.

Ein letzter Punkt, wo wir einen Glaubwürdigkeitssockel aufbauen können, wo die Christlich Demokratische Union eine Partei sein kann, die für ein ganz konkretes Ziel steht: Wir müssen einen veränderten Sicherheitsbegriff finden, der auch in der breiten Mehrheit unter jungen Leuten, in der jungen Generation Gehör findet und der akzeptiert wird. Das ist nicht mehr der Sicherheitsbegriff der eine Antwort auf die Frage gibt: Wer bedroht uns denn? Vielmehr ist das der Sicherheitsbegriff einer internationalen Verantwortung, z. B. bei Menschenrechtsverletzungen oder bei dem, was jetzt in Bihac passiert. Die CDU muß auch durch ihre personelle Besetzung glaubwürdig machen, daß wir als C-Partei die Partei der Menschenrechte sind.

Jetzt muß ich eines noch dazu sagen, was Rudolf Scharping im Wahlkampf gemacht hat, als er landauf, landab die Kinderhymne von Bertholt Brecht zitiert hat. Da gibt es einen Satz, den man Rudolf Scharping vorhalten muß. Da steht nämlich drin: „Und nicht über und nicht unter anderen Völkern wollen wir sein.“

Genau das ist die Linie der Christlich Demokratischen Union. Wir wollen in gleichem Maße internationale Verantwortung für Menschenrechte und für die Geltung des Völkerrechts übernehmen. Das ist die Trennlinie zum sozialdemokratischen Pazifismus und dazu, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

(Beifall)

Ich will abschließend sagen: Wir hoffen sehr, daß 1995 ein Jahr wird, in dem die Partei diese Fragen und viele andere aufgreift, um sich programmatisch zu erneuern. Das ist keine leere Floskel, sondern die wichtigste Aufgabe in den nächsten vier Jahren. Wir als JU wollen unseren Beitrag dazu beitragen, manchmal kritisch - da bitte ich um Verständnis und kündige an, daß wir so bleiben -, manchmal auch solide und in einer Weise, daß wir durch Papiere, durch Formulierungen und dadurch beitragen, daß wir Themen benennen, die aus der Sicht der jungen Generation in dieser Partei sich zu gering widerspiegeln.

Das Jahr 1995 darf kein Jahr der Satzungsreformen werden, sondern es ist ein Jahr der neuen Inhalte und ein Jahr der programmatischen Erneuerung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als nächster hat das Wort Carsten Thomsen-Bendixen.

Carsten Thomsen-Bendixen: Meine Damen und Herren! Wir haben gleich ein neues Präsidium und einen neuen Bundesvorstand zu wählen. Direkt danach ist über das Frauenquorum zu entscheiden.

Wir haben vorhin von unserer Parteiführung gehört, daß von uns allen Zustimmung erwartet wird. Meine Damen und Herren, wir alle haben auf unseren Tischen die Vorschläge für diese Wahlen vor uns liegen. Man braucht kein Rechenkünstler zu sein, um festzustellen, daß die Frauen bei diesen Vorschlägen bei weitem nicht ein Drittel ausmachen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage auch sehr deutlich: Genau dasselbe gilt für die neugebildete Bundesregierung.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb sage ich: Wer von mir erwartet, daß ich einem Frauenquorum zustimme, von dem erwarte ich, daß er bei sich selbst anfängt und selbst danach handelt. Danke.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Generalsekretär.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Ich hoffe, daß alle, die jetzt so lebhaft geklatscht haben, unsere Frauenvorschläge unterstützen. Aber ich muß in Sachen Mathematik eine Aufklärung betreiben: Bei der Wahl zum Bundesvorstand kandidiert sehr wohl ein Drittel Frauen. Ob sie gewählt werden, ist eine andere Frage.

(Zurufe: Präsidium!)

- Moment, es war eben vom Bundesvorstand die Rede.

(Zuruf: Wir wählen auch das Präsidium!)

- Wenn Sie beim Präsidium bitte auch die stimmberechtigten Mitglieder auf Einzelpositionen oder die anderen stimmberechtigten Mitglieder zählen, dann werden Sie auch auf einen erklecklichen Anteil kommen.

(Lachen)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Die nächste Wortmeldung: Jochen-Konrad Fromme.

Jochen-Konrad Fromme: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Union ausdrücklich ermuntern, in der Frage der Gemeindefinanzreform weiterzumachen. Herr Dr. Schäuble, ich finde Ihren Vorstoß sehr mutig.

(Beifall)

Seit zehn Jahren reden wir davon, und die Gewerbesteuer hat sich so entwickelt, daß wir sie dringend ersetzen müssen. Allerdings müssen es die richtigen Stichworte sein, die diese Reform begleiten. Steuern gegen Steuern, zukunftsbezogene Steuern gegen vergangenheitsbezogene Steuern, Hebesatzrecht gegenüber den Bürgern und gegenüber der Wirtschaft. Dann wird erstens die Qualität der Gemeindefinanzen verbessert und zweitens werden Finanz- und Handlungsverantwortung zusammengeführt. Das wird - das sage ich an die Vertreter der Wirtschaft - sicherlich zu einem Wettbewerb führen, daß man sich um niedrige Steuersätze bemüht; denn nur dann wird man Betriebe und Einwohner anziehen können.

Deshalb möchte ich ganz herzlich darum bitten, daß wir dieses Thema nicht noch einmal vertagen, sondern daß wir jetzt unter den richtigen Stichworten zufassen und die Reform auch wirklich durchführen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Letzte Wortmeldung jetzt: Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde: Ich melde mich nur zur Stelle von der Baustelle „Umbau“. Das ist ja das Lieblingswort, das Schlüsselwort des Jahres: Umbau. An dieser Stelle bin ich Polier.

Da halte ich fest: Je allgemeiner das Bekenntnis zum Umbau, desto größer der Beifall. Du kannst die Leute zum Weinen bringen, wenn du die Umbaunotwendigkeiten beschwörst. Aber je konkreter du wirst, um so gefährlicher wird es.

Denn unter Umbau verstehen viele: Bau einmal im Nachbarhaus um. Andere verstehen darunter: Umbau ja, aber in meinem Zimmer darf die Tapete nicht gewechselt werden. Das ist die eine Abteilung.

Die andere Abteilung versteht unter Umbau, mit der Abrißbirne vorzugehen. Als würden wir die Welt zum zweitenmal erschaffen!

Für mich ist Umbau ganz einfach: An einer Stelle mußt du etwas wegnehmen, damit du an der anderen Stelle etwas geben kannst. Für das Geben bekommst du Beifall, aber wehe, du nimmst etwas weg.

Wenn ich noch so als Erfahrung von der Umbaustelle sagen darf: Die Problembesichtigenden haben in unserer Politik Hochkonjunktur. Sie reisen von einem Problem zum anderen, besichtigen es, schlagen die Hände über dem Kopf zusammen, sagen: „Die Welt ist ja schrecklich!“, und reisen beifallsumrauscht zum nächsten Problem weiter.

Unter diesen Betroffenheitsspezialisten kenne ich eine Frau aus Brandenburg.

(Heiterkeit und Beifall)

- Doch; die kann man bewundern: Sie gehört zu den wenigen Menschen, die minutenlang reden können, ohne Luft zu holen.

(Heiterkeit)

Diese Art von Politik macht mir zunehmend Schwierigkeiten. Politik ist nämlich kein Mundwerk, sondern ist ein Handwerk.

Kommen wir doch einmal zum Umbau „Pflegeversicherung“. Da war ganz klar: Wir wollen nicht draufsatteln. Da gab es allgemeine Übereinstimmung. Wir haben dann gesagt: Karenztag, erster Tag unbezahlt; du kannst dafür Urlaub nehmen. Dafür gab es Ablehnung auf allen Seiten, rechts wie links, bei allen großen Verbandstruppen, Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Dann haben wir gesagt: Urlaub - so neu ist der Gedanke nicht. Da wurde gesagt: Da hat der Gesetzgeber keine Kompetenz, wieso eigentlich verlangen, wo er keine Kompetenz hat? Da sind wir auf die Zustimmung der Tarifpartner angewiesen.

Es blieb bei all den Bemühungen um den Umbau zu guter Letzt nur der Feiertag, und wenn der Feiertag nicht abgeschafft wird, zahlen die Arbeitnehmer den Beitrag alleine.

Ich frage mich, liebe Parteifreunde, was jetzt die Diskussion über Kompensation soll. Redet doch unser Kind, unsere Pflegeversicherung, nicht kaputt! Sonst müssen andere unser Kind retten! Die Pflegeversicherung muß durchgesetzt werden, und Kompensation ist unumgänglich.

Wenn ich noch unseren Freunden in der Kirche, zu der ich selber gehöre, einen kleinen Rat geben darf, nur einen ganz kleinen: Ich hätte mir bei der Durchsetzung der Pflegeversicherung, als es Widerstände zu überwinden galt, halb so viele Posaunenchoräle, von den Kirchtürmen heruntergeblasen, gewünscht als bei der Verteidigung des Buß- und Bettages - nur die Hälfte davon; ich bin ja nicht anspruchsvoll!

(Beifall)

Das, meine ich, ist die eigentliche Aufgabe von Christen und damit auch von der Partei, die christlich sein will, nämlich die Gewerkschaft derjenigen zu sein, die sich nicht wehren können, die Gewerkschaft derjenigen zu sein, die keinen Rabatz machen können.

Die Frage, die sich an unsere Gesellschaft richtet, ist, ob Veränderung nur möglich ist, wenn Rabatz gemacht wird, ob Veränderung nur möglich ist, wenn kraftvolle Gruppen protestieren.

Dann wären die Pflegebedürftigen nie zu ihrem Ziel gekommen; sie können nicht demonstrieren. Deshalb lassen wir uns die Pflegeversicherung nicht kaputtreden. Sie ist die wichtigste sozialpolitische Verbesserung für die Frauen - ja, für die Frauen! Sie werden nämlich von Pflege zugunsten der Familie belastet. Sie testet ferner unsere Umbaufähigkeit, nicht in Worten! Die kenne ich. Ich frage: Ist der Sabbat für die

Menschen da, oder sind die Menschen für den Sabbat da? Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß: Dieses Wort habe ich in der Bibel noch nicht gefunden, obwohl es ein bevorzugtes Motto vieler in der praktischen Politik ist.

Ich sehe Umbaunotwendigkeiten auch im Bereich der Umwelt. Natürlich müssen wir umstellen. Wir werden es nicht nur mit Regeln, nicht nur mit Aufsichtsbehörden schaffen. Das Leben hat immer einen Fall mehr parat als alle Regeln. Dann bleibt noch das Haftrecht. So wie in Amerika! Ein kräftiges Haftrecht; dann brauche ich weniger Bürokratie.

Ich füge hinzu: Aus meiner Sicht führt auch kein Weg am Umbau des Steuerrechts vorbei. Auch das ist die marktwirtschaftliche Lösung, um Solidarität in der Zukunft zu erzwingen. Denn die Vertreter der Zukunft sind noch nicht geboren, auch deshalb müssen wir für sie handeln.

Da heute morgen soviel von der Quote geredet wurde, will auch ich noch, und zwar vor der Wahl, zu Protokoll geben: Ich war immer ein energischer Gegner der Quote.

(Beifall)

– Einmal langsam! Nicht so früh! – Ich habe in Essen für die Gleichberechtigung gepredigt – der ganze Saal kochte. Ich habe in Wiesbaden für die Gleichberechtigung gepredigt – der ganze Saal hat Beifall geklatscht. Wenn jetzt jemand zugunsten der Frauen und der Gleichberechtigung spricht, dann, dessen bin ich sicher, werden Sie alle wieder klatschen. Aber wehe, einer fordert Konsequenzen ein! Ich stelle nämlich fest, daß die Appelle bis heute nichts gefruchtet haben.

(Beifall)

13,9 % der Abgeordneten in unserer Bundestagsfraktion sind Frauen. Wenn jemand sagt: Die Tüchtigen setzen sich durch, dann wäre das eine Beleidigung der Frauen bei uns. Wir haben mehr tüchtige Frauen als 13,9 % in der Bundestagsfraktion. Da muß ich die Frauen nun wirklich in Schutz nehmen.

Wir wollen ja gar keine Quote, wie die SPD sie hat. Verwechseln wir das nicht! Wir wollen auch gar kein Zwangsergebnis. Wir wollen nur, daß die Stimmen, die abgegeben werden, mindestens zu einem Drittel für Frauen abgegeben werden. Wenn ich sehe, wie sonst mit Quoren und Quoten gekungelt wird, dann würde ich sagen: Ihr alle seid sehr weltfremd, wenn Ihr nicht glaubt, daß die Partei eine solche „Geburtshilfe“ braucht.

Ich will Ihnen sagen: Ich bin in der Partei einmal verdächtigt worden, ein Ajatollah zu sein. Ich bin gar nicht so ein emanzipativer Typ. Ich habe immer gesagt: Männer und Frauen sind nicht ganz dasselbe. Mutter und Vater sind nicht auswechselbar. Ich habe es mehrfach probiert. - Das ist nicht auswechselbar.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sehe nicht in jedem Unterschied schon eine Unterdrückung. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die in jeder Differenz schon eine Diskriminierung sehen. Ich setze auf Vielfalt.

Was allerdings die Beteiligung der Frauen an der Politik anbelangt, so haben sie schwere Startnachteile – das gilt für viele Frauen -: Erst erziehen sie die Kinder über viele Jahre, und ein paar Jahre später pflegen sie die Schwiegereltern. Ihre einzige politische Zone liegt zwischen Kindererziehung und Pflege. Deshalb brauchen die Frauen eine kräftige Unterstützung. Aus diesem Grunde bin ich dafür, daß wir – Appelle hin, Appelle her – die Partei heute einmal unter den Zwang zur Gewissensprüfung und endlich unter den Zwang setzen sollten, mehr als nur Worte zu machen. Worte habe ich genug gehört.

(Lebhafter Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, mir liegen noch drei Wortmeldungen vor. Wir haben gerade beschlossen, sie noch zu erledigen, bevor wir in die Wahlen eintreten. Dann ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Albert Eggers ist der nächste Redner.

Albert Eggers: Herr Vorsitzender! Liebe christlich demokratische Parteifreunde! Ich möchte nicht zu dem Stellung nehmen, was gesagt worden ist, sondern zu dem, was nicht gesagt worden ist. Die Frage, die mich bewegt, ist: Wie können wir die Kluft zwischen „denen da oben“ und – ich sage einmal – „uns da unten“ in unserer Christlich Demokratischen Union, konkret gesprochen: die Kluft zwischen den Mitgliedern vor Ort im bürgerlichen Alltagsleben, die ihren Lebensunterhalt außerhalb der Politik verdienen, also, wirtschaftlich gesehen, politikunabhängig sind und die nur aus staatsbürgerlicher Verantwortung ihren guten Ruf als Bürger öffentlich in Gemeinden und Kreisen für die Christlich Demokratische Union Deutschlands einsetzen, und den professionellen Politikern, die politikentscheidend sind, aber, wirtschaftlich gesehen, doch in offensichtlich erheblichem Maße politikabhängig sind, verringern?

Für mich sind die Kämpfe um sichere Listenplätze für Landtags-, Bundestags- und Europawahlen leider ein bereites Zeugnis dafür. Deshalb meine Frage an die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum neuen Bundesvorstand: Welche Wege schlagen Sie vor, um den politischen Willen dieser politikunabhängigen, aber von richtigen oder falschen politischen Entscheidungen unmittelbar betroffenen Mitgliedern nach oben in die Entscheidungsgremien auf Landes- und Bundesebene zu transportieren?

Liebe Freunde, natürlich ist Politik auch in einer Demokratie vor allem nur durch hauptamtliche politische Mandatsträger gestaltbar. Aber ich meine, daß die Verankerung unserer Partei in der Gesamtgesellschaft dann in Frage gestellt ist, wenn die hauptberuflichen Mandatsträger auf Landes- und Bundesebene wie selbstverständlich auch in die entsprechenden Parteigremien hineindrängen und glauben, das sei ganz klar. Als Delegierte für den Bundesparteitag kommen erst einmal die Bundes- und die Landtagsabgeordneten an die Reihe, und am Ende kommen vielleicht auch noch einmal ein paar von den Bürgern in Betracht, die ich soeben angesprochen habe und zu denen ich selbst auch gehöre.

Deshalb ist meine zweite Frage, die ich loswerden muß, weil meine Freunde vor Ort mir das gesagt haben: Welche Kandidatinnen und Kandidaten repräsentieren für den neuen Bundesvorstand ebendiese politikunabhängigen, aber politisch engagierten Parteimitglieder?

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! – Gerhard Mayer-Vorfelder hat als nächster das Wort.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur zu drei Punkten Anmerkungen machen.

Der erste Punkt schwang irgendwo am Rande mit. Er ist dann von den Tagungspräsidenten direkter mit dem Wort angesprochen worden: Die Ampel steht auf Grün.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wahl von Antje Vollmer zur Bundestagsvizepräsidentin ist sicherlich eine taktische Frage gewesen. An der Entscheidung will ich auch gar nicht herummäkeln. Nur, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Grünen damit endgültig hoffähig geworden sind. Wir haben schon in den Diskussionen im Rahmen der Landtagswahlkämpfe gespürt, daß das Wort vom „rot-grünen Chaos“ nicht mehr richtig angekommen ist. Nur, wovor ich warnen möchte, ist, daß man so im gleitenden Übergang zur Koalition mit den Grünen kommt.

Das würde das Selbstverständnis der CDU – so, wie sich die Grünen derzeit darstellen – zutiefst berühren und die CDU in eine Sinnkrise führen.

Denn es gibt bei den Grünen, mit Ausnahme des Umweltschutzes – zu Recht ist vorhin angemerkt worden, daß wir da vielleicht noch ein Stück sensibler werden müssen -, überhaupt keinen Punkt, in dem die Grünen nicht diametral andere Auffassungen vertreten, als wir sie vertreten: ausgehend von einem anderen Menschenbild in der Verbrechensbekämpfung, im Bereich der Drogen, bei der inneren und äußeren Sicherheit, in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft, im Verhältnis zu den Vertriebenen, in jedem Punkt. Ich lasse mir nicht von Herrn Fischer vorhalten, daß wir für die Grünen nicht koalitionsfähig sind. Vielmehr müssen wir den Grünen sagen, sie sind für uns in der Form, in der sie derzeit auftreten, nicht koalitionsfähig.

(Beifall)

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Wolfgang Schäuble hat zu Recht gesagt, wir schreiben niemandem, insbesondere keiner Frau vor, welche Lebensphilosophie sie haben muß und welchen Weg sie in ihrer Lebensphilosophie zu gehen hat. Aber, meine Damen und Herren, die CDU/CSU ist gut beraten, wenn sie sich nicht pausenlos in eine Ecke stellen läßt, wenn sie etwas für die Hausfrau und Mutter sagt, wenn sie sagt, was die Mutter und Hausfrau für diese Gesellschaft leistet. Das ist ungeheuer.

(Vereinzelt Beifall)

Wir beklagen vieles an Wertverlusten bei jungen Menschen. Ein Großteil dieses Werteverlustes – ich weiß, wovon ich rede; ich war zehn Jahre Kultusminister – kommt daher, daß zu Hause diese Wertvorstellungen nicht mehr vermittelt werden, insbesondere in den ersten Jahren des Lebens eines Kindes.

Deswegen täten wir gut daran, zwar niemandem vorzuschreiben, aber dafür zu werben, daß Liebe, Geborgenheit und Vertrauen in den ersten Jahren eines jungen Menschen unersetzbar sind. Was da in Kindern verbogen wird, kann durch Heerscharen von Sozialarbeitern nicht mehr geradegebogen werden.

(Beifall)

Ein Drittes. Das geht jetzt schon ein Stückchen in die Debatte über die Frauenquote hinein. Meine Damen und Herren, ich bin Kreisvorsitzender in Stuttgart. Wir haben drei Landtagsabgeordnete, davon sind zwei Frauen.

(Zuruf: Bravo!)

Wir haben zwei Bundestagsabgeordnete, davon eine Frau. Wir haben das ohne jede Quote erreicht.

(Beifall)

Notwendig ist, daß sich diejenigen, die auf der unteren Ebene der Partei Verantwortung tragen, zu den Frauen und zu deren Mitwirkung bekennen. Das ist zehnmal besser als jede Quote. Eine solche lehne ich als undemokratisch ab.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Nächste Wortmeldung: Gerhard Heidemann.

Gerhard Heidemann: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zwei Punkte ansprechen: Nummer 1. Ich komme aus dem Kreisverband Soest. Wir haben im Kreisvorstand einen Frauenanteil von 40 Prozent.

(Beifall)

Ich hoffe, daß wir ihn durch die Quote nicht auf 30 Prozent absenken müssen.

Ich habe ein zweites, viel wichtigeres Anliegen. Frau Baumeister hat gesagt, sie möchte ein neues Konzept des Spendeneinsammelns auf Bundes- und Landesebene erarbeiten. In ein solches Konzept gehören auch die Kreisverbände. Denn von dort kommt das meiste Geld.

(Vereinzelt Beifall)

In ein solches Konzept gehören die Kreisverbände hinein, und zwar sowohl informell als auch finanziell. Denn es kann nicht mehr angehen, daß in den Kreisgeschäftsstellen niemand weiß, wer in diesem Gebiet gerade Spenden einsammelt, wer bei wem nachfragt, daß Unternehmer bei uns anrufen und wir sagen müssen: Den kennen wir nicht, das wissen wir nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Das muß aufhören. Nur gemeinsam, Kreis, Land und Bund, können wir es schaffen.

(Beifall)

Rainer Prachtl, Tagungspräsidium: Wir setzen die Tagung mit dem Tagesordnungspunkt 9 fort:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich erteile dem Vorsitzenden dieser Kommission, Herrn Erhard Hackler, das Wort.

Erhard Hackler, Mandatsprüfungskommission: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir haben festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt worden sind und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Gemäß § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht dieser Parteitag aus 1000 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.30 Uhr von den 1000 stimmberechtigten Delegierten des 6. Parteitages 962 anwesend. Der Parteitag ist somit beschlußfähig.

(Vereinzelt Beifall)

Rainer Prachtl, Tagungspräsidium: Herr Hackler, vielen Dank den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission.

Ich darf nun den Landesgeschäftsführern einen Hinweis geben, bevor wir mit der Tagesordnung fortfahren. Die Stimmzettel für die Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden und die Stimmzettel für die Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums sollen im Büro des Organisationsleiters abgeholt werden, damit sie an die Delegierten verteilt werden können. Das Büro des Organisationsleiters befindet sich vom Saal aus gesehen hinten rechts im Salon „Liszt“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Bericht der Rechnungsprüfer

Herr Tillmann, Sie haben das Wort.

Ferdi Tillmann: Herr Vorsitzender! Herr Tagespräsident! Meine Damen und Herren! Henry Dreyer, Dr. Franz Möller und ich sind auf dem 3. Parteitag am 26. Oktober 1992 in Düsseldorf als ehrenamtliche Rechnungsprüfer wiedergewählt worden. Der Prüfungszeitraum, für den wir heute unseren Bericht abgeben, berücksichtigt die Jahresrechnungen 1991 bis 1993 sowie für 1994 den bisherigen Geschäftsbetrieb der Bundesgeschäftsstelle.

Bei unserer ersten Wahl 1989 in Bremen war uns zugestanden worden, über die damals im geltenden Statut und in der damals geltenden Finanz- und Beitragsordnung aufgeführten Aufgaben hinaus auch in den laufenden Geschäftsbetrieb der Bundespartei Einblick zu nehmen und Prüfungen durchzuführen. Auf dem 3. Parteitag 1992 in Düsseldorf hatten wir angeregt, diese erweiterten Aufgaben der Rechnungsprüfer in der Finanz- und Beitragsordnung festzuschreiben. Das ist auf dem 5. Parteitag im Februar dieses Jahres in Hamburg geschehen.

Nach § 19 der Finanz- und Beitragsordnung ist es Aufgabe der Rechnungsprüfer, bei der Sicherstellung des finanzwirtschaftlichen Gleichgewichts der Bundespartei uneingeschränkt mitzuwirken. Dabei soll durch eine ständige Überprüfung der Finanzwirtschaft der Bundespartei ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet werden, daß nach den Grundsätzen wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung verfahren wird. Dazu ist den Rechnungsprüfern ein umfassendes Auskunftsrecht und das Recht zur jederzeitigen Einsicht in alle die Finanzwirtschaft der Bundespartei betreffenden Unterlagen gewährt worden.

Im Berichtszeitraum war die Finanzwirtschaft der Bundespartei – die Bundesschatzmeisterin hat das in ihrem Bericht schon dargestellt – durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Parteienfinanzierung vom April 1992 und auch durch die nachfolgenden Beratungen zur Novellierung der entsprechenden Gesetze, insbesondere des Parteiengesetzes, stark beeinflusst. Die insgesamt angespannte Finanzlage und die sich abzeichnenden Kürzungen der öffentlichen Mittel sowie der zu erwartende Rückgang der Spendeneinnahmen erforderten eine Ausgabendisziplin der Bundespartei.

Bei zahlreichen Prüfungen haben wir uns stets über den aktuellen Stand des Haushaltsvollzugs unterrichten lassen. Wir haben die allgemeinen Buchungsbelege und in gesonderten Sitzungen die Ausgaben der Parteitage von Düsseldorf und Berlin geprüft. Bei der Überschreitung einzelner Etatpositionen sind die zuständigen Hauptabteilungsleiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu den Prüfungen hinzugezogen und um Erläuterung gebeten worden.

Wir haben bei unseren Prüfungen festgestellt, daß die Forderungen und Anregungen der Bundesfinanzkommission und der Rechnungsprüfer in der CDU-Geschäftsstelle Beachtung gefunden haben und weitgehend umgesetzt worden sind. In diesem Zusammenhang ist an eine Empfehlung der Bundesfinanzkommission und der Rechnungsprüfer an den Bundesvorstand zu erinnern, den begonnenen Personalabbau mit dem Ziel weiterzuführen, den Personalbestand zum 1. Januar 1995 auf 150 Stellen zu reduzieren.

Dieses Ziel ist aller Voraussicht nach auch erreichbar. Die Rechnungsprüfer begleiten diese Sparanstrengungen mit ihren Routineprüfungen, aber auch bei den Vorbereitungen der Etats der Bundesgeschäftsstelle, an denen sie auftragsgemäß beteiligt sind.

Europawahl, Bundestagswahl und Landtagswahlen des Jahres 1994 wurden unter dem Zwang der angespannten Finanzlage bestritten. Auch dies hat die Bundesschatzmeisterin schon dargestellt. Unsere bisherigen Erkenntnisse zeigen, daß die vorgegebenen Ausgabenansätze bei den Etats 1994 sehr wahrscheinlich eingehalten werden können. Trotz allseitiger Sparbemühungen und planmäßiger Schuldentilgung wird die Bundespartei nicht schuldenfrei in das Jahr 1995 hineingehen können. *Bedingt durch die Wahlen des Jahres wird zum Jahresende voraussichtlich mit Verbindlichkeiten in Höhe von 27 bis 30 Millionen DM zu rechnen sein.*

Nach den bisherigen Unterlagen ist dieser Schuldenstand am Ende des Jahres 1995 weitgehend getilgt. Auch dies hat die Bundesschatzmeisterin schon gesagt. Damit

hat die Bundespartei die Möglichkeit, ab 1996 die nach den gesetzlichen Bestimmungen des neuen Parteiengesetzes notwendigen Rücklagen zu bilden. Vor dem Hintergrund des Schuldenberges von 72 Millionen DM Ende 1989 und Einnahmeverlusten der Folgejahre spiegelt sich in dieser Entwicklung dennoch der Erfolg gemeinsamer Bemühungen der Bundesschatzmeisterin – der ich an dieser Stelle einmal herzlich das Dankeschön der Rechnungsprüfer für Ihre hervorragende Arbeit aussprechen möchte –,

(Beifall)

die Bemühungen der Finanzkommission, die Bemühungen der Rechnungsprüfer und vor allem der verantwortlichen Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle wider.

Wie dargestellt haben die Rechnungsprüfer mit ihren Prüfungen in allen Bereichen der Bundesgeschäftsstelle strenge Haushaltsdisziplin gefordert. Dies muß so bleiben, reicht aber alleine nicht aus. Auch Einnahmeverbesserungen müssen erreicht werden, selbstverständlich – wie das der letzte Diskussionsredner angeregt hat – im Einvernehmen aller Verbände, der Kreisverbände, der Landesverbände und der Bundespartei.

Die Bundesschatzmeisterin unternimmt große Anstrengungen, das Spendenaufkommen zu erhöhen. Sie leistet dabei gute Arbeit und sollte von allen in unserer Partei nach Kräften unterstützt werden in ihrem Bestreben, die Finanzsituation der Partei weiter zu verbessern.

(Vereinzelt Beifall)

Ich muß noch eine Mahnung aussprechen. Vielleicht geht es Sie, die Sie gerade Beifall geklatscht haben, unmittelbar an. Wir weisen die Landesverbände, wie schon vor zwei Jahren, darauf hin, daß Sie den Beitragsverpflichtungen gegenüber der Bundespartei doch pünktlicher, als das manche Landesverbände tun, nachkommen sollten. Aber ich nenne hier keine Verbände.

(Beifall)

Jetzt wende ich mich schlußendlich mit einer Anmerkung an diejenigen unter den Delegierten, die dem Bundestag, vielleicht sogar der Bundesregierung angehören. Es wird gegenwärtig allenthalben die Forderung nach dem schlanken Staat erhoben. Diese Forderung war ein Schwerpunkt der Regierungserklärung unseres Bundeskanzlers. Sie können das alle im Bulletin nachlesen. Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung sind aktuelle Ziele. Inzwischen machen unsere Kreis- und Landesverbände aber die ersten Erfahrungen mit den Vorschriften des neuen Parteiengesetzes zur Rechenschaftslegung, die genau das Gegenteil von dem bewirken, was in politischen Grundsatzserklärungen gefordert wird.

(Beifall)

Es gilt heute, Spenden und Beiträge – selbst Bagatellbeträge – einzeln und namentlich zu erfassen, um diese dann als Teilbasis für die Berechnung von Staatszuschüssen aufzubereiten. Der hierzu erforderliche Verwaltungsaufwand ist ungeheuer, kaum zu beschreiben und nach meinem Dafürhalten nicht zumutbar.

(Beifall)

Die damit verbundenen Kosten belasten die ohnehin knappen Kassen zusätzlich. Dies allein ist schon problematisch. Schlimmer ist jedoch, daß unsere Kreis- und Landesverbände, entgegen allen Bemühungen um Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung, zunehmend nur noch mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt werden und oft genug für die Wahrung der politischen Aufgaben kaum noch Zeit und Geld haben.

(Beifall)

Der Gesetzgeber wird daher aufgefordert, das komplizierte Parteienfinanzierungsgeflecht auf seine Praktikierbarkeit hin zu überprüfen. Wenn sich die neuen Regelungen schon jetzt, jedenfalls in Teilbereichen, als unzureichend und verbesserungsbedürftig erweisen, dann sollten notwendige Korrekturen sofort eingeleitet werden.

Meine Damen und Herren, die von der Bundestagspräsidentin veröffentlichten Rechenschaftsberichte 1991 und 1992 haben Ihnen vorgelegen bzw. liegen Ihnen heute vor, die auch die Jahresrechnungen der Bundespartei beinhalten. Die Jahresrechnung 1993 ist bereits geprüft, aber noch nicht von der Bundestagspräsidentin veröffentlicht worden.

Zusammenfassend ist zu sagen: Unsere Prüfungen haben ergeben, daß die Finanzwirtschaft der Bundespartei nach den Grundsätzen wirtschaftlicher, sparsamer Haushaltsführung erfolgt. Insoweit beziehen wir uns auf die uneingeschränkten Prüfungsvermerke des Wirtschaftsprüfers Professor Pougin und beantragen, dem Bundesvorstand Entlastung zu erteilen.

(Beifall)

Rainer Prachtl, Tagungspräsidium: Den Rechnungsprüfern ein herzliches Dankeschön für ihre wichtige Arbeit.

Ich habe noch eine Mitteilung für die Mitglieder der Antragskommission: Sie mögen sich um 14 Uhr zur Beratung der Initiativanträge zusammenfinden. Sie sollten die Unterlagen für die Wahl mitbringen. Sie können diese Wahl auch im Sitzungssaal der Antragskommission vornehmen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 11 auf:

Entlastung des Bundesvorstandes

Die Entlastung des Bundesvorstandes ist soeben von den Rechnungsprüfern beantragt worden. Ich bitte Sie um ein Kartenzeichen, wenn Sie dem Bundesvorstand Entlastung erteilen wollen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen und keiner Gegenstimme ist damit die Entlastung fast einstimmig erteilt worden.

Wir kommen jetzt zu einem Wechsel im Tagungspräsidium.

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Wahl des Bundesvorstandes

Dazu möchte ich folgendes anmerken: Laut Paragraph 43 des Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstandes in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt. Nach allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit zu berücksichtigen.

Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können.

Ich gehe davon aus, daß alle, die sich noch draußen in den Wandelhallen befinden, jetzt in den Saal zurückkehren.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 12.1 auf:

Wahl des Vorsitzenden

Liebe Freunde, ich bitte nun um Ihre Aufmerksamkeit für folgende Hinweise: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl mit dem ockerfarbenen Stimmzettel Nr. 1 durchführen. Gültig, liebe Freunde, ist der Stimmzettel, wenn entweder der Name Kohl – ja oder nein – oder Enthaltung darauf steht. Denn vorgeschlagen zur Wiederwahl ist nur unser Parteivorsitzender Helmut Kohl.

(Beifall)

Leere Stimmzettel zählen als Enthaltung. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig.

Liebe Freunde, ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben. –

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich fragen, ob Sie alle Gelegenheit gehabt haben, Ihren Stimmzettel abzugeben. Ist das der Fall? – Ich stelle fest, daß alle Delegierten Gelegenheit hatten, ihren Stimmzettel abzugeben.

Ich schließe deshalb den Wahlvorgang und unterbreche den Parteitag für 15 Minuten bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

(Unterbrechung von 13.53 bis 14.07 Uhr)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf die Delegierten bitten, wieder Platz zu nehmen. – Ich möchte das Ergebnis der Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 929. Ungültige Stimmen: keine. Enthaltungen: 14. Gültige Stimmen: 915. Die erforderliche Mehrheit beträgt 458 Stimmen.

Es wurden 864 Stimmen für Dr. Helmut Kohl abgegeben. Das sind 94,4 Prozent.

(Lang anhaltender Beifall –

Generalsekretär Peter Hintze überreicht dem Vorsitzenden
der CDU Deutschlands einen Blumenstrauß)

Liebe Freunde, mit Nein stimmten 51 Delegierte. – Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Nehmen Sie die Wahl an?

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich nehme die Wahl an. Ich danke für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Ich bitte Sie alle, daß wir das Mögliche tun, damit das Jahr 1995 ein so gutes Jahr wie 1994 wird.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Herr Bundesvorsitzender, lieber Helmut Kohl, zu Ihrer Wiederwahl als Parteivorsitzender gratuliere ich Ihnen im Namen aller Anwesenden und im Namen der CDU Deutschlands ganz herzlich.

(Beifall)

Das herausragende Wahlergebnis – drei Prozent besser als beim letztenmal – ist Zeichen für Vertrauen, Respekt und Dank;

(Beifall)

Vertrauen in den Menschen Helmut Kohl, für den Treue, Loyalität, Zuverlässigkeit und Freundschaft niemals hohle Phrasen, sondern immer gelebte Werte gewesen sind;

(Beifall)

Respekt vor einer einzigartigen geschichtlichen Leistung, die in der deutschen Wiedervereinigung ihre Krönung gefunden hat;

(Beifall)

Dank, Herr Bundesvorsitzender, für den Mut und die Entschlossenheit, mit der Sie die Einigung Europas vorangetrieben und das Ansehen Deutschlands in der Welt gemehrt haben.

(Beifall)

Dank aber auch dafür, daß Sie unsere Partei mit unerschütterlicher Siegeszuversicht auch jetzt wieder zum Sieg geführt haben.

(Beifall)

In einem Satz - und den, liebe Freunde, kennen Sie alle aus unserem Wahlkampf -: You are simply the best.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde!

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 12.2 auf:

Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden

Bevor wir mit den weiteren Wahlen fortfahren, möchten Präsidium, Bundesvorstand und Tagungspräsidium Ihnen hinsichtlich der persönlichen Vorstellungen zu den Tagesordnungspunkten 12.2, 12.3 und 12.4 - also im Blick auf die Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden, die Wahl der Bundesschatzmeisterin und die Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Tagungspräsidiums - den Vorschlag machen, daß sich lediglich die neuen Kandidaten kurz vorstellen mögen.

(Beifall)

Bei der Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstands schlagen wir Ihnen eine Vorstellung aller Kandidatinnen und Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge vor, wobei die Redezeit jeweils drei Minuten betragen soll.

(Teilweise Widerspruch)

– Meine Damen und Herren, natürlich können sich die Kandidatinnen und Kandidaten bei ihrer Vorstellung auch kürzer fassen.

Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, dann kommen wir jetzt zur Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden. Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich nochmals in alphabetischer Reihenfolge nenne: Norbert Blüm, Heinz Eggert, Angela Merkel und Erwin Teufel.

Alle vier Vorgeschlagenen kandidieren nicht zum erstenmal. Insofern kann auf eine persönliche Vorstellung verzichtet werden,

(Beifall)

und wir können in den Wahlgang eintreten. Zuvor möchte ich aber auf folgendes kurz hinweisen:

Erstens. Die Wahlen erfolgen mit dem roten Stimmzettel, auf dem die vier Kandidaten aufgeführt sind.

Zweitens. Nach § 43 Abs. 2 unseres Statuts muß mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Natürlich können auch alle Vorgeschlagenen angekreuzt werden. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwei oder drei oder vier Kreuze enthält.

Ich darf fragen: Haben alle Delegierten den roten Wahlzettel erhalten? - Wenn dies der Fall ist, eröffne ich den Wahlgang, und ich bitte die Mitglieder der Stimmzählkommission, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. -

Ich darf nun fragen, ob alle Delegierten den Stimmzettel abgegeben haben. - Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang für die vier Stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Auszählung der Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Tagungspräsidium schlägt deshalb vor, zunächst, wie vorgesehen, die Wahl der Bundesschatzmeisterin durchzuführen. Anschließend möchten wir die Wahl der Rechnungsprüfer - das ist Tagesordnungspunkt 13 - und die Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei - das ist Tagesordnungspunkt 15 - durchführen, die beide in offener Abstimmung erfolgen. Danach wollen wir, sobald das Ergebnis der Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden vorliegt, die Wahl der weiteren sieben Präsidiumsmitglieder durchführen.

Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. - Die Gegenprobe! - Es ist so beschlossen.

Bevor ich nun zu Punkt 12.3 - Wahl der Bundesschatzmeisterin - komme, bitte ich die Landesgeschäftsführer, die Stimmzettel für die Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes im Büro des Organisationsleiters abzuholen und an die Delegierten zu verteilen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 12.3:

Wahl der Bundesschatzmeisterin

Ich gebe dem Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich schlage zur Wiederwahl für das Amt des Bundesschatzmeisters Brigitte Baumeister vor.

(Beifall)

Da ich viele Funktionen in der Partei innehatte - Kreis-, Bezirks- und Landesvorsitzender - und seit einigen Jahren Bundesparteivorsitzender bin, kann ich nur sagen: Ich habe selten eine Persönlichkeit in der Partei erlebt, die ein so schwieriges Amt mit soviel Hingabe, mit soviel Entschiedenheit und so ausübt wie Brigitte Baumeister. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung für ihre Wahl.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bundeskanzler. Frau Baumeister wurde erneut vorgeschlagen. Sie selbst hat sich und ihre erfolgreiche Arbeit bereits in ihrem Bericht eindrucksvoll dargestellt. Deshalb können wir jetzt in den Wahlgang eintreten.

Zuvor möchte ich auf folgendes hinweisen. Die Wahl der Bundesschatzmeisterin wird mit dem gelben Stimmzettel Nr. 2 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Gültig sind Stimmzettel, auf denen der Name „Baumeister“, ja, nein oder Enthaltung stehen. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den der Kandidatin tragen, sind ungültig.

Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. -

Ich darf fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben worden sind. - Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich hiermit den Wahlgang.

Dr. Herbert Wagner, Tagungspräsidium: Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Wahl der Rechnungsprüfer

Nach § 29 Abs. 6 des Statuts wählt der Bundesparteitag drei Rechnungsprüfer nach den Bestimmungen der Finanz- und Beitragsordnung. Er wählt sie für eine Amtszeit von vier Jahren. Vorgeschlagen sind - in alphabetischer Reihenfolge - Bärbel Kleedehn, Dr. Franz Möller und Ferdi Tillmann.

Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, dann geben Sie bitte Ihr Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Rechnungsprüfer sind damit mit einer großen Mehrheit gewählt. Ich danke den Rechnungsprüfern für ihre Bereitschaft, diesen trockenen und doch unverzichtbaren Dienst für die Partei zu tun. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei

Nach § 31 Abs. 4 des Statuts wählt der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei. Da seit dem Parteitag im Februar dieses Jahres keine Bundesausschußsitzung stattfand, erfolgt die Wahl durch diesen Bundesparteitag.

Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten liegen Ihnen in einer gestern vom Bundesvorstand neu beschlossenen Vorschlagsfassung schriftlich vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, so geben Sie bitte Ihr Zeichen mit der Stimmkarte. - Das ist die Mehrheit. Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen erkennbar. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls nicht erkennbar. Die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten sind somit gewählt. Ich sage allen gewählten Mitgliedern meinen herzlichen Glückwunsch.

Im Augenblick werden die Stimmen zur Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden noch ausgezählt. Wir treten in eine kurze Pause - eine Pause von wenigen Minuten - ein, bis das Ergebnis vorliegt.

(Zurufe: Weitermachen! - Vorstellung!)

- Es wird vorgeschlagen, unsere Verhandlungen mit der Vorstellung der Kandidaten fortzusetzen.

(Beifall)

- Dies findet per Akklamation die Mehrheit.

Ich übergebe die Verhandlungsleitung an Maria Böhmer.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zur Vorstellung der Kandidaten für die Wahlen zum Präsidium. Ich darf jetzt als ersten Christoph Bergner bitten, sich vorzustellen.

Dr. Christoph Bergner: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte, ehe ich etwas zu meiner Person sage, etwas zu den Motiven sagen, die

mich veranlaßt haben, auf diesem Bundesparteitag für das Präsidium unserer Partei zu kandidieren.

Wir haben in der Aussprache und auch in den Berichten immer wieder etwas über Sachsen-Anhalt, das Bundesland, aus dem ich komme, gehört, weil es traurige Berühmtheit erlangt hat. Ich lasse hier keinen Zweifel daran, daß ich über die Entwicklung, über die Zukunft unseres Landes in großer Sorge bin.

(Vereinzelte Beifall)

Uns beschäftigt hier als Partei, daß die Vorgänge in Sachsen-Anhalt, die im Sommer stattgefunden haben, die Bündnisbereitschaft zwischen SPD und PDS, genaugenommen die Bereitschaft der SPD, sich in die Abhängigkeit der PDS zu begeben, von grundlegender politischer Bedeutung für ganz Deutschland sind.

Ich selbst bin als Spitzenkandidat im Landtagswahlkampf und früherer Ministerpräsident ohne mein eigenes Zutun in den Mittelpunkt eines Konfliktes geraten, von dem ich sehr schnell wußte, daß es ein Konflikt von exemplarischer Bedeutung ist, von exemplarischer Bedeutung für die zukünftige Parteienlandschaft im wiedervereinten Deutschland, von exemplarischer Bedeutung im Kampf um die demokratische Mitte in unserem Land, mit allen Konsequenzen, die das für die Lösung von Zukunftsfragen hat, von exemplarischer Bedeutung auch in der Frage im Umgang mit der Wahrheit und im Umgang mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland.

Obwohl dieses Beispiel Sachsen-Anhalt, die Auseinandersetzung so, wie wir sie erleben, eine so beispielhafte Bedeutung hat, kann es doch - das hängt mit der Mentalität unserer Menschen zusammen - kein Stellvertreterkonflikt von Bundeszentralen werden.

Ich bin dem Bundeskanzler und dem Generalsekretär sehr dankbar, daß sie in der Vergangenheit dies immer berücksichtigt haben, daß sie uns Solidarität und Unterstützung gewährleistet haben und uns trotzdem als Akteure unsere Freiräume gelassen haben. Dies ist wichtig, und dies begründet letztlich meine Kandidatur.

Ich bewerbe mich für einen Platz im Präsidium unserer Partei, weil ich ein Mandat der Bundespartei, Auftrag und Rückhalt haben möchte, dem rot-roten Bündnis in Magdeburg die Stirn zu bieten.

(Beifall)

Ich bewerbe mich für dieses Amt im Präsidium, damit deutlich wird: Wir kämpfen vor Ort, aber wir sind in einer Gemeinschaft mit Bonn und mit all den anderen Landesverbänden in unserer Partei, so wie es in der CDU in Deutschland gute Tradition ist.

(Beifall)

Ich bewerbe mich für dieses Amt, damit wir vor Ort gemeinsam mit allen Freunden konsequent den Kampf führen können gegen alle Versuche einer Neuetafelung kommunistischer Ideologie und sozialdemokratischer Indifferenz,

(Beifall)

aber dialogfähig mit allen Wählern unseres Landes, prinzipienfest in der Auseinandersetzung mit sozialistischen Tagträumern, aber phantasievoll in der Überzeugungsarbeit mit allen Menschen und vor allen Dingen der Wahrheit verpflichtet, gegen die politische Roßtäuscherei der Sozialdemokraten, die in unserem Land Urstände feiert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will wenig zu meiner Person sagen: Ich bin 1948 in Zwickau in Sachsen geboren, lebe seit 25 Jahren in Halle, bin evangelisch, verheiratet, und wir haben drei Kinder. Zu DDR-Zeiten arbeitete ich 15 Jahre als Wissenschaftler an einem Akademieinstitut, seit 1971 bin ich ohne politische Funktion Mitglied der CDU.

Wenn ich hier noch einmal ausdrücklich erwähne, daß ich in der Stadt Halle mit zu den ersten gehörte, die den Gründungsauftrag des Neuen Forums unterschrieben und die Wende engagiert in dieser Bürgerbewegung voranbrachte,

(Vereinzelt Beifall)

dann vor allen Dingen deshalb, um den schamlosen Verleumdungen zu wehren, mit denen westliche Sozialdemokraten jetzt versuchen, die Biographien von CDU-Mitgliedern in den neuen Bundesländern schlechtzumachen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wer uns Steigbügelhalter der SED oder gar Gefängniswärter der SED - wie Herr Lafontaine gesagt hat - nennt, der sollte einmal in die Mitgliederkartei der SPD schauen und sich an seine eigene Nase fassen, wenn es um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geht. Ich kann einige Namen von SPD-Mitgliedern aus unserem Landesverband nennen, über die sich Herr Lafontaine lieber Gedanken machen sollte.

Meine Damen und Herren, ich habe aus dem Neuen Forum heraus im Jahre 1990 politische Heimat in der CDU gefunden. Ich habe im Wahlkreis Halle 1990/94 ein Mandat errungen, war erst bildungspolitischer Sprecher, dann Fraktionsvorsitzender und dann Ministerpräsident für sieben Monate.

Alle, die die Vorgänge genauer erlebt haben, wissen, daß die Entwicklung dort durch Konflikte geführt hat. Über die Konflikte in Sachsen-Anhalt ist sehr viel berichtet worden. Ich möchte bei meiner Kandidatur hier noch bezeugen, daß ich gerade in den Konflikten viel vom Zusammenhalt der Union erfahren habe und viele Freundschaften im Landesverband und vor allem in der Fraktion gefunden habe.

(Beifall)

Deshalb möchte ich gerne etwas von dieser Erfahrung in die Arbeit des Präsidiums mitnehmen. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Bergner. – Jetzt bitte ich Johannes Gerster, sich vorzustellen.

Johannes Gerster: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Johannes Gerster, 53 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder, bis zur letzten Bundestagswahl Mitglied des Deutschen Bundestages, dort lange Jahre innenpolitischer Sprecher und zuletzt stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Meine Damen, meine Herren, die CDU Rheinland-Pfalz hat auch Ihnen in den letzten Jahren einige Sorgen gemacht. Wir sind vor einem Jahr aufgebrochen, mit einem personellen und inhaltlichen Neubeginn. Ich wurde zum Landesvorsitzenden und zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1996 gewählt.

Wir haben bei drei Wahlen in diesem Jahr wiederum die Nummer eins in Rheinland-Pfalz erreicht: bei den Kommunalwahlen, bei den Europa-Wahlen, bei den Bundestagswahlen. Die baden-württembergischen Freunde mögen es mir nachsehen: Wir waren erstmals in der Geschichte der Bundesländer der nach Prozentzahlen stärkste Landesverband in den alten Bundesländern. Wir gucken voller Stolz, aber auch mit ein bißchen Neid auf Sachsen. Lieber Herr Biedenkopf, wir kommen in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen, meine Herren, ich danke Heiner Geißler. Er hat auf seine Kandidatur zum Präsidium verzichtet, um meinen Aktionsradius zu erweitern und mir bessere Möglichkeiten über die Bundespolitik zu geben. Er hat dies getan, weil ich nach meiner Entscheidung für die Spitzenkandidatur auf eine weitere Kandidatur für den Bundestag verzichtet habe. Ich fand es besser, voll in die Landespolitik zu gehen.

Sie können mir Rückenwind geben, Sie können mich unterstützen. Ich verspreche Ihnen: Die CDU Rheinland-Pfalz kommt wieder. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Johannes Gerster, für diese kurze und konzentrierte Vorstellung.

Wir haben jetzt das Ende der Kandidatenvorstellung erreicht und treten damit in den Wahlgang ein.

Zuvor darf ich Ihnen jedoch noch kurz erläutern: Die Wahl erfolgt auf den türkisfarbenen Stimmzetteln. Sie finden dort die Namen aller Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge.

Laut § 43 Abs. 2 des Statuts müssen mindestens die Hälfte und höchstens die Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Die Stimmzettel sind also nur dann gültig, wenn vier, fünf, sechs oder sieben Kandidaten angekreuzt sind.

Ich eröffne damit den Wahlgang. - Ich darf einmal fragen: Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? - Nein, noch nicht alle. - Ich darf noch einmal fragen: Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? - Ich sehe keine Delegierten mehr, die ihren Stimmzettel noch abgeben wollen. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten. Es liegt nunmehr das Ergebnis zur Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Ich gebe das Ergebnis hiermit bekannt. Abgegebene Stimmen: 921; ungültige Stimmen: keine; Enthaltungen: eine. Damit gültige Stimmen: 920. Die erforderliche Mehrheit beträgt also 461 Stimmen.

Für Frau Dr. Angela Merkel sind 802 Stimmen abgegeben worden.

(Beifall)

Liebe Frau Dr. Merkel, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Angela Merkel: Ja, ich nehme die Wahl an.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

(Beifall)

Für Herrn Dr. Norbert Blüm sind 797 Stimmen abgegeben worden.

(Beifall)

Lieber Herr Dr. Blüm, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Norbert Blüm: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich gratuliere auch Ihnen ganz herzlich.

(Beifall)

Herr Heinz Eggert hat 710 Ja-Stimmen erreicht.

(Beifall)

Herr Eggert, nehmen Sie die Wahl an? - Herzlichen Glückwunsch, Herr Eggert!

Für Herrn Erwin Teufel sind 667 Ja-Stimmen abgegeben worden.

(Beifall)

Herr Teufel, nehmen Sie die Wahl an? - Ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich darf anschließend sogleich das Ergebnis zur Wahl der Bundesschatzmeisterin bekanntgeben. Es sind 806 Stimmen abgegeben worden. Ungültige Stimmen: keine; Enthaltungen: 12. Damit gültige Stimmen: 794. Die erforderliche Mehrheit beträgt 398 Stimmen.

Für Brigitte Baumeister wurden 759 Stimmen abgegeben.

(Beifall)

Das entspricht 95,6 Prozent.

Liebe Frau Baumeister, nehmen Sie die Wahl an? - Ganz herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Jetzt übergebe ich Dirk Fischer das Tagungspräsidium.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich rufe nunmehr Tagungsordnungspunkt 12.5 auf:

Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

Die Landesgeschäftsführer haben die Stimmzettel in der Zwischenzeit empfangen und haben sie ausgeteilt. Danach liegen uns 35 Bewerbungen vor. Es wird vorgeschlagen, daß wir die Vorstellung der Kandidaten gemäß der Reihenfolge 1 bis 35 durchführen. Ich möchte die jeweils aufeinander folgenden Kandidaten bitten, sich schon in der Nähe des Rednerpults aufzuhalten, so daß keine unnötigen Verzögerungen eintreten.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß Ihnen zwar eine Redezeit von maximal drei Minuten eingeräumt worden ist, daß es aber im Saal allerhöchsten Zuspruch findet, wenn von diesem Zeitrahmen nicht Gebrauch gemacht wird, sondern dieser deutlich unterschritten wird.

(Beifall)

Dies ist eine Anregung, um das Verfahren zu straffen.

Ich möchte nunmehr Herrn Professor Biedenkopf bitten, sich vorzustellen.

(Heiterkeit)

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Ich bin 64 Jahre alt und verheiratet und habe vier Kinder. Ich möchte diese Vorstellung benutzen, um mich erstens bei Helmut Kohl für das Lob zu bedanken, das er den Sachsen ausgesprochen hat.

(Beifall)

Zweitens möchte ich mich bei der ganzen Partei – das gilt vor allen Dingen für ihren westdeutschen Teil – für die große Solidarität bedanken, die Sie alle in den letzten Jahren unseren Anstrengungen gezollt haben, den östlichen Teil Deutschlands wiederaufzubauen.

(Beifall)

Ohne diese Solidarität wäre das letzte Wahlergebnis nicht möglich gewesen.

Drittens möchte ich mich für die Unterstützung bedanken, die ganz wesentlich dazu beigetragen hat, daß wir ein so gutes Wahlergebnis erzielen konnten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich bitte nunmehr Frau Dr. Maria Böhmer, sich vorzustellen.

Dr. Maria Böhmer: Ich bin 44 Jahre alt und Bundestagsabgeordnete aus Frankenthal. Wenn Sie jetzt fragen, wo Frankenthal liegt, dann habe ich eine ganz einfache Antwort parat: Es liegt genau vor den Toren von Oggersheim.

Ich bin von Haus aus Naturwissenschaftlerin. Ich habe Mathematik und Physik studiert. Neben meiner Tätigkeit im Bundestag lehre ich weiterhin an der Universität Mainz Erziehungswissenschaften. Ich tue dies, weil mir der Kontakt zu jungen Leuten ungemein wichtig ist. Ich denke, daß das auch in Zukunft für unsere Partei unverzichtbar ist.

(Vereinzelt Beifall)

Als stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz und als Landesvorsitzende der Frauen-Union kämpfe ich gemeinsam mit Johannes Gerster dafür, daß wir bei der kommenden Landtagswahl als Sieger durch Ziel gehen.

Ich kandidiere heute aus zwei Gründen für den Bundesvorstand. Zum einen möchte ich die Sichtweise von Frauen einbringen. Wer Wahlen gewinnen will, muß die Frauen gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Frauen gewinnen wir, wenn wir uns intensiv um ihre Anliegen kümmern. Es ist zugleich auch meine Auffassung, daß wir Frauen uns nicht nur um die Bereiche Familie und Beruf kümmern sollten. Ich war stellvertretende Vorsitzende der Grundsatzprogrammkommission und habe dort an einem Kernbereich unserer Politik ganz maßgeblich mitwirken können, der Sozialen Marktwirtschaft.

Es ist meine Überzeugung, daß wir nicht alles und jedes bis ins letzte Detail regeln dürfen. Wir müssen mehr Eigenverantwortung haben und ein klares Wertebewußtsein. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Aktion „Rote Karte gegen Gewalt im Fernsehen“ ins Leben gerufen. Ich hoffe, daß ich viele Mitstreiter finde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte Sie ganz herzlich um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Herr Dr. Daehre.

Dr. Karl-Heinz Daehre: Ich bin 50 Jahre und verheiratet. Ich habe eine Tochter und bin inzwischen stolzer Großvater von zwei Enkelkindern.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin im Januar 1990 in die CDU eingetreten. Mein Motiv war damals, als bisher Parteiloser etwas zu bewegen und mich vor allen Dingen gegen das System aktiv einzubringen, das wir damals in der DDR noch hatten.

Es ging mir nicht darum, in irgendeiner Form Karriere zu machen. Denn im Januar 1990 hatte die CDU im Osten Deutschlands 8 Prozent. Wenn wir uns die jetzigen Ergebnisse ansehen, können wir sagen: Im Osten hat es eine erfolgreiche CDU-Politik gegeben.

Zweitens war ich der Meinung, ich muß in die CDU eintreten, weil wir im Osten immer mit Dankbarkeit registriert haben, daß die CDU im Westen an der Einheit Deutschlands festhält. Alles das, was wir vor der Wahl, als ich Landesvorsitzender der CDU in Sachsen-Anhalt geworden bin, vorausgesagt haben, hat sich in Sachsen-Anhalt leider bewahrheitet. *Mein Freund Christoph Bergner hat eigentlich schon alles zu Sachsen-Anhalt gesagt.*

Ich möchte in den nächsten Wochen und Monaten als Landesvorsitzender dazu beitragen, daß die jetzigen Verhältnisse in Sachsen-Anhalt so schnell wie möglich beendet werden, daß wir dort wieder stabile Verhältnisse bekommen und daß die Partei, die für all das Verantwortung trägt, deutlich unter fünf Prozent abrutscht, d.h. in der Bedeutungslosigkeit versinkt.

Dazu brauchen wir die Hilfe aller. Wir brauchen das Zusammenstehen der Demokraten in Deutschland. Dafür möchte ich einstehen. Ich will versuchen, im Bundesvorstand Ihr Votum zu bekommen, um das umzusetzen. Ich hoffe, Ihr Vertrauen zu bekommen. – Danke schön.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Rainer Eppelmann.

Rainer Eppelmann: Ich bin 51 Jahre jung, verheiratet und Vater von fünf Kindern. Ich bin in der zweiten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag und dort u.a. Vorsitzender der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gewesen.

Ich komme aus dem Land Brandenburg und bin Bundesvorsitzender einer zahlenmäßig kleinen, aber sehr wichtigen Vereinigung der Union. Ich meine, im Blick auf die nächsten vier Jahre sind sozialpolitische Fragen von besonderer Wichtigkeit. An dieser Stelle hoffe ich, daß wir sehr oft nicht „ich“ oder „du“ sagen, sondern „wir“. Für einen solchen brückenschlagenden Weg möchte ich stehen und bitte darum um Ihr Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Klaus Escher.

Klaus Escher: Meine Damen und Herren! Ich bin 29 Jahre alt und seit ein paar Tagen Vorsitzender der JU. Ich habe nach dem Abitur und dem Wehrdienst Jura und neuere Geschichte in Bonn studiert und bin jetzt Rechtsreferendar in den letzten Zügen.

Ich möchte mich um die Europapolitik kümmern. Das habe ich eben angekündigt. Ich glaube, daß wir uns mit diesem Thema innerhalb der Partei stärker befassen sollten. Ich möchte mithelfen, in der CDU Positionen der jungen Generation in breiterer Weise zu verankern, als uns das bisher gelungen ist. Das ist der spezifische Beitrag der JU. *Ich möchte in dieser Richtung mithelfen, daß wir der verlängerte Arm junger Leute in die CDU hinein sind, genauso umgekehrt: daß wir die Positionen der CDU in die junge Generation tragen.* Das werde ich im Bundesvorstand anzugehen versuchen.

Wir hatten an diesem Wochenende die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes der JU. Ich will Ihnen eine Entscheidung nennen, die wir dort getroffen haben, von der ich glaube, daß sie zeigt, wie wir an die Mitgliederentwicklung herangehen wollen. Wir haben als erste Vereinigung einen Bundesgeschäftsführer aus den neuen Ländern gewählt, aus Thüringen.

(Beifall)

Wir wollen somit mithelfen, daß die Junge Union und damit die junge Generation in der CDU *in den neuen Ländern noch mehr auf die Beine kommt und noch stärker wird, um unsere Positionen zu vertreten.* – Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Marion Fischer.

Marion Fischer: Ich bin 43 Jahre alt, verheiratet und haben einen fast erwachsenen Sohn. Ich bin Unternehmerin in den neuen Bundesländern und stellvertretende Vorsitzende der Bundesmittelstandsvereinigung.

Sehr verehrte Delegierte, ich würde gern mit Ihrem Votum im nachhinein mehr sagen als nur meinen Namen.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Jetzt hat Dr. Michel Friedman, danach Jochen-Konrad Fromme das Wort.

Dr. Michel Friedman: Ich bewerbe mich um die Mitgliedschaft im Bundesvorstand, weil ich der Überzeugung bin, daß es sich lohnt, sich zu engagieren und Verantwortung in unserem Land zu übernehmen.

(Beifall)

Es lohnt sich, für die Gestaltung einer Gesellschaft, die Toleranz, Vielfalt, Geist, Menschlichkeit und Solidarität als ihre Grundlage hat, zu arbeiten und dafür sein Gesicht zu zeigen.

(Beifall)

Ich finde es wunderbar, fast 50 Jahre nach der Befreiung von der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus in einem Deutschland leben zu können, in dem Freiheit und Frieden Wirklichkeit geworden ist.

(Beifall)

Es liegt an uns allen, uns und der Jugend Mut zu machen, daß diese unglaubliche Chance und Herausforderung, Friede und Freiheit, fortgesetzt werden muß, für eine glückliche Zukunft mit der CDU in diesem Land. Ich bitte um Ihr Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Fromme das Wort.

Jochen-Konrad Fromme: Meine Damen und Herren! Ich bin 45 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Nach Wirtschaftsabitur, Wehrdienst und Jurastudium war ich zunächst im Staatsdienst und bin seit zwölf Jahren in einer Kommune tätig. Ich stehe hier als Stellvertretender Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung und möchte für diesen Bereich kandidieren.

Wir haben gesehen: Die Gemeinden sind die kleinste Zelle im Staat. Sie muß funktionieren. Wir haben erheblichen Reformbedarf. Für diesen Reformbedarf möchte ich mich im Bundesvorstand einsetzen. Ich möchte dieses unabhängig tun: Ich habe weder ein Bundestagsmandat noch ein Landtagsmandat und kann kommunale Anliegen von der Basis einbringen. Ich habe dafür lange Zeit in der Kommunalpolitischen Vereinigung gearbeitet und möchte dies im Bundesvorstand fortsetzen. Ich bitte um Ihre Stimme. – Schönen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Nunmehr hat Herr Dr. Hans Geisler das Wort.

Dr. Hans Geisler: Liebe Delegierte! Ich bin 54 Jahre alt, wir haben vier Kinder. Ich arbeitete zu DDR-Zeiten als Chemiker und war 14 Jahre lang im Diakonissenkrankenhaus in Dresden tätig. Während dieser Zeit stand ich im wesentlichen im kirchlichen Engagement, arbeitete bei der Synode, verrichtete Kirchentagsarbeit, war bei den

Friedensgebeten in Dresden beteiligt. In der Wende bin ich über den Demokratischen Aufbruch in die Volkskammer gekommen und bin dann in die CDU eingetreten. Seit dem Herbst dieses Jahres bin ich Landtagsabgeordneter und seit November 1990 Sozialminister in Sachsen.

Ich möchte um Ihr Vertrauen für zwei Aufgaben bitten. Zum einen ist dies der weitere Vollzug der inneren Einheit. Wir haben in dieser Hinsicht viel erreicht, viel mehr, als meistens in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Dies waren Ziele, die wir im Herbst 1989 angestrebt haben: Die Freiheitsrechte gelten für ganz Deutschland. Auch im alltäglichen Leben sind in einer großen Anzahl von Bereichen heute einheitliche Lebensverhältnisse entstanden. Aber wir leben in einer Vielfalt. Diese Vielfalt ist ein Geschenk, das wir weiter fördern müssen.

Zum anderen möchte ich vor allen Dingen die Verhältnisse für Familien, für Kinder weiter verbessern, sowohl in bezug auf die Wohnmöglichkeiten als auch auf die finanziellen Leistungen. Aber wir sollten aus unseren Erfahrungen aus den östlichen Ländern die Erkenntnis mitbringen, daß wir nur die Sozialpolitik machen können, die vorher durch eine gute Wirtschaft möglich wurden. Auf Kosten unserer Kinder und Enkel möchte ich nicht leben. Deswegen muß die Verschuldung möglichst niedrig sein. – Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Nunmehr hat Dr. Heiner Geißler das Wort, anschließend Otti Geschka.

Dr. Heiner Geißler (mit Beifall begrüßt): Ich bin 64 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder. Ich habe nicht mehr für das Präsidium kandidiert; Johannes Gerster hat gesagt, warum. Ich will, so wie bisher, mich im Bundesvorstand dafür einsetzen, daß wir bei unseren politischen Entscheidungen nie das Fundament verlassen, auf dem unsere Politik aufbauen muß, nämlich das christliche Menschenbild, und wir dadurch das Profil unserer Partei deutlich machen, das notwendig ist, wenn wir Deutschland erneuern und die Zukunft sichern wollen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Nun hat Otti Geschka das Wort, anschließend Dr. Reinhard Göhner.

Otti Geschka: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich bin 54 Jahre alt, verheiratet. Mein Werdegang: Ich war sechs Jahre Kinderkrankenschwester und dann 14 Jahre ausschließlich Hausfrau und Mutter. Letzteres bin ich heute immer noch, aber nicht mehr ausschließlich. Mittlerweile bin ich auch Großmutter; ich habe zwei erwachsene Kinder, zwei Schwiegenerkinder und eine Enkelin. Ich war 15 Jahre im Hessischen Landtag, davon vier Jahre – in der Periode, als wir in Hessen Verantwortung übertragen bekamen – als Staatssekretärin in der Staatskanzlei von Walter Wallmann. Seit 1. Januar dieses Jahres bin ich die Oberbürgermeisterin der Stadt Rüsselsheim.

(Beifall)

Ich bin dort, wie das in der hessischen Kommunalverfassung so ist, auch die Chefin der Verwaltung und verstehe mich natürlich ganz besonders als die Repräsentantin meiner Partei.

In dieser Zeit war ich immer, also etwa 25 Jahre, kommunalpolitisch tätig. Ich war Mitglied im Ortsbeirat, im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Darmstadt, wo ich lange meinen Landtagswahlkreis hatte.

Meine Damen und Herren, Rüsselsheim ist in der Nachkriegszeit von den Industriearbeitern von Opel und deren Familien geprägt worden, unter fast alleiniger Führung der SPD. Nun haben die Rüsselsheimer sich eine CDU-Frau zur Oberbürgermeisterin gewählt. Ich betrachte dies als eine Verpflichtung und eine besondere Herausforderung, dort neben allen pragmatischen Sachentscheidungen insbesondere das Profil der CDU deutlich zu machen, und zwar in einem ganz besonders schwierigen buntem Bündnis, zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und einer unabhängigen Wählergruppe mit sehr jungen Leuten.

Das Profil der CDU deutlich zu machen, hat etwas mit Prioritätensetzung zu tun. Es hat z.B. etwas mit der Diskussion über den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu tun. Ich bin in Rüsselsheim angetreten unter der Prämisse, Rüsselsheim zur frauen-, kinder- und familienfreundlichsten Stadt zu machen, damit sich dort auch für Männer und Väter ganz besonders gut leben läßt. Denn dort, wo sich Familien wohlfühlen, fühlen sich alle gut.

Dies hat etwas mit CDU zu tun. Deshalb möchte ich die Erfahrungen einer Frau, die sie aus der Arbeit vor Ort gesammelt hat, also einer Frau aus der kommunalen Verantwortung, jetzt in den Bundesvorstand einbringen und auch für meine Arbeit vor Ort – aus dem Bundesvorstand natürlich – vieles mitnehmen. Denn gerade in den Kommunen wird ja von den Bürgerinnen und Bürgern wirklich erlebt, was CDU-geprägte Politik wirklich bedeutet.

(Beifall)

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir dazu Gelegenheit gäben.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Nunmehr hat Dr. Reinhard Göhner das Wort.

Dr. Reinhard Göhner: Mein Name ist Reinhard Göhner, 41 Jahre alt, verheiratet. Wir haben vier Kinder. Von Beruf bin ich Rechtsanwalt, in diesem Beruf jetzt auch wieder tätig, nachdem ich auf eigenen Wunsch aus dem Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs ausgeschieden bin.

Ich möchte mich im Bundesvorstand einer Aufgabe widmen, nämlich mit dazu beizutragen, daß wir unser neues Grundsatzprogramm auch verwirklichen, dazu beizutragen, daß unsere Tagespolitik grundsatzorientiert ist. Und, liebe Freunde: Mit der Verabschiedung eines Programms darf Grundsatzdiskussion für uns nicht beendet sein, erst recht nicht in einer Zeit, die nach Grundsatzorientierung ruft. – Danke sehr.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Es folgt Hermann Gröhe.

Hermann Gröhe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zur Person: Mein Name ist Hermann Gröhe, 33 Jahre alt, verheiratet, ein Kind, von Beruf Rechtsanwalt. Fünf Jahre war ich Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands. Ich habe mich dafür eingesetzt, junge Leute für das Engagement in unserem Gemeinwesen und für die Sache der CDU zu gewinnen, aber auch Anliegen dieser Generation in der Partei zu Gehör zu bringen. Ich tue diese Arbeit jetzt als Sprecher der Jungen Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und würde wichtige Anliegen – ob es um die ökologische Dimension der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft geht, ob es um eine Offensive für junge Familien geht oder um Anfragen nach der ethischen Orientierung unserer Außenpolitik – gern weiter in die Arbeit des Bundesvorstands einbringen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Es folgt Carola Hartfelder.

Carola Hartfelder: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Carola Hartfelder, „Mittelalter“, fast 25 Jahre verheiratet, im nächsten Jahr Silberhochzeit, erwachsene Kinder.

Ich bin in die Christlich Demokratische Union eingetreten, als Mauer und Stacheldraht gefallen waren, arbeitete vier Jahre auf kommunaler Ebene, im Kreisverband und im Landesverband und wurde im vergangenen Jahr Landesvorsitzende der CDU in Brandenburg.

Ich will Einheit, Freiheit und Demokratie in meiner Heimat mitgestalten. Das ist noch nicht so recht so, wie man sich das vorstellen muß. Ich weiß, daß ohne Glaube und ohne Hoffnung, vor allen Dingen in einem Gefängnis, nicht viel zu tun ist, daß man das unbedingt braucht. Ich weiß aber auch, daß Mut notwendig ist, um vorhandene Bedingungen zu verändern.

Hoffnung auf Freiheit und der Glaube an Einheit waren wichtige Voraussetzungen dafür, daß viele Menschen das Jahr 1989 erlebten und es mitgestalteten. Ich glaube, daß es auch weiterhin nötig ist, daß wir an der Einheit unseres Landes gemeinsam arbeiten. Wir müssen aber auch den Mut haben, in der Öffentlichkeit gegen den Strom zu schwimmen.

Ich sage das zu einem Thema: Wir müssen den Mut haben, deutlich zu sagen, wo diejenigen sind, die wir vertreten müssen. Das sind nicht die Täter von einst, sondern die Opfer.

(Beifall)

Wir müssen uns deutlich hinter die stellen, die bis 1989 in den Gefängnissen gesessen haben, und deutlich von denen distanzieren, die heute von der Öffentlichkeit hofiert werden.

(Beifall)

Die Opfer erwarten, daß wir hinter ihnen stehen. Wir alle wissen – und wir dürfen das nie vergessen –: Jede Spielart von Sozialismus endet nicht im Paradies, sondern auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

(Beifall)

Genau deshalb möchte ich weiter etwas für unser Land tun: in Brandenburg, aber auch darüber hinaus. In Brandenburg hatten wir es 1989 denkbar schwer. Die Ausgangsposition war problematisch. Mit Freunden sind wir dabei, die Landespartei aufzubauen.

Ich bitte Sie, ich bitte die Bundespartei um Mithilfe und deshalb auch um Ihre Stimme.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Es folgt jetzt Dr. Renate Hellwig.

Dr. Renate Hellwig: Meine lieben Parteifreunde! Mein Name ist Renate Hellwig. Ich bin seit 1980 im Bundestag, seit vielen Jahren – wenn ich das so sagen darf – schlachtenerprobt in Programmkommissionen, in Landtagen und im Bundestag. Als Wahlkämpferin in den neuen Bundesländern, im Erzgebirge, habe ich das besondere Modell des Musikanten-Straßenwahlkampfes kennengelernt und erfolgreich in meinen Wahlkreis übernommen.

Ich war in den vielen Jahren in meiner Partei – lassen Sie mich das so ein bißchen unbescheiden sagen – der Zeit nach meinem Eindruck immer ein bißchen voraus. Deswegen war es mir ein Hochgenuß, lieber Nobbi, zu erleben, daß Herr Norbert

Blüm, der noch 1983 eine große Schlacht mit mir unter der Überschrift „Mütterlichkeit kontra Partnerschaft in der Ehe“ geschlagen hat, heute mit so viel Nachdruck für die Quote eintritt.

(Beifall)

Ich danke Dir von Herzen, daß Du heute so weit bist, wie ich schon vor zehn Jahren war.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen gestehen, ich bin noch ein wenig verwundert. Ich habe nämlich vorgestern, nachdem ich zehn Jahre lang leidenschaftlich für einen mächtigen Europaausschuß im Bundestag gekämpft habe und dieser jetzt vorhanden ist – ich wäre so gern seine Sprecherin geworden –, erlebt, daß die Fraktion mich „abrsiert“ hat, obwohl ich von 19 Sprechern die einzig weibliche gewesen wäre. So sieht es also mit dem Quorum in der Praxis aus. Aber ich bleibe ein unangepaßtes und fröhliches Element in dieser Partei. Und denen, die es nicht fertigbringen, mich zu wählen, sage ich jetzt schon: Ich liebe Sie trotzdem, denn ich liebe meine Partei. – Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Jetzt folgt Dr. Ottfried Hennig.

Dr. Ottfried Hennig (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Vielen Dank. – Ich bin Ottfried Hennig, seit fünfzehn Jahren Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein. Sie wissen, wie das damals bei uns aussah. Wir sind dabei, die wirklichen Hintergründe in einem Untersuchungsausschuß Stück für Stück an das Licht des Tages zu bringen. Aber wir können Ihnen heute schon sagen, daß wir, meine Damen und Herren, von dieser Ausgangsbasis aus wieder die mit Abstand stärkste Partei in Schleswig-Holstein geworden sind: bei der Europawahl und bei der Bundestagswahl.

(Beifall)

Den Beifall gebe ich gern an die Schleswig-Holsteiner weiter, die z.B. dazu beigetragen haben, daß sich der Bundeskanzler in Sachen Engholm gar nicht erst die Ärmel aufkrepeln mußte. Das hat weitgehend die CDU in Schleswig-Holstein besorgt.

Meine Damen und Herren, wir haben uns also die große Chance erarbeitet, jetzt wieder an unsere langjährige, große Tradition anzuknüpfen. Wir haben dieses Land 38 Jahre lang gut regiert. Wir wollen, daß es wieder ein CDU-geführtes Land wird.

Zu diesem unserem Erfolg hat im übrigen kräftig beigetragen, daß wir unseren tüchtigen Frauen viel Raum für Verantwortung gegeben haben. Wir haben mit dem Drittel keinerlei Probleme, im Gegenteil!

(Beifall)

Wir sind auf dem Weg dorthin weit vorangekommen. Wir haben 31,2 % Frauen in der CDU-Landtagsfraktion. Im Landesvorstand sieht es ganz ähnlich aus. Bei den Kreisvorsitzenden haben wir inzwischen 20 % und damit die 5 % Bundesdurchschnitt weit übertroffen und wir bringen Ihnen, meine Damen und Herren, demnächst die erste weibliche Landesgeschäftsführerin namens Birgit Pohl. Nachdem der Generalsekretär ihrer Benennung freundlicherweise zugestimmt hat, kann man das schon sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Wer also die Quote nicht will, liebe Freunde, muß Frauen rechtzeitig in die Verantwortung bringen. Wer es wirklich tut, der fährt auch gut dabei.

(Beifall)



CDU

**6. Parteitag
Bonn 1994**

Stenografen

fer

Thoben

Biedenkopf

intze

Kohl

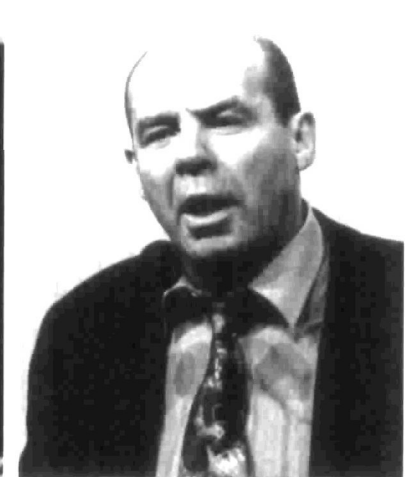
Schäuble




SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

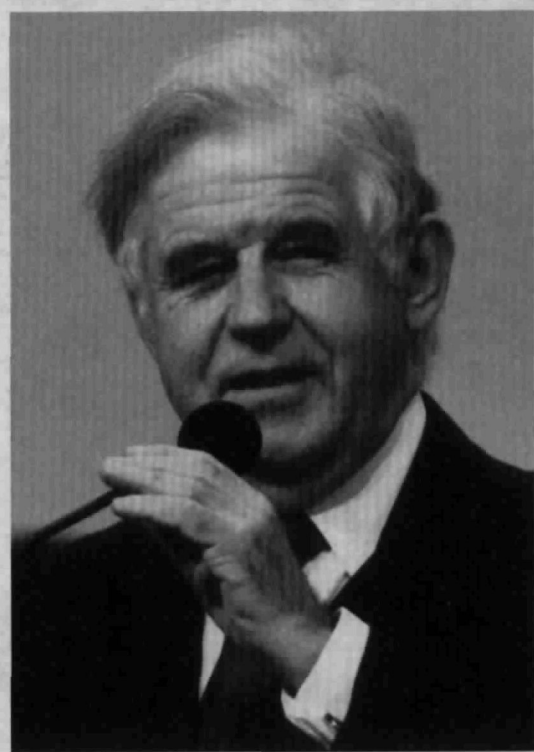
Deut
e
sich
CD

6. Pa
Bonn





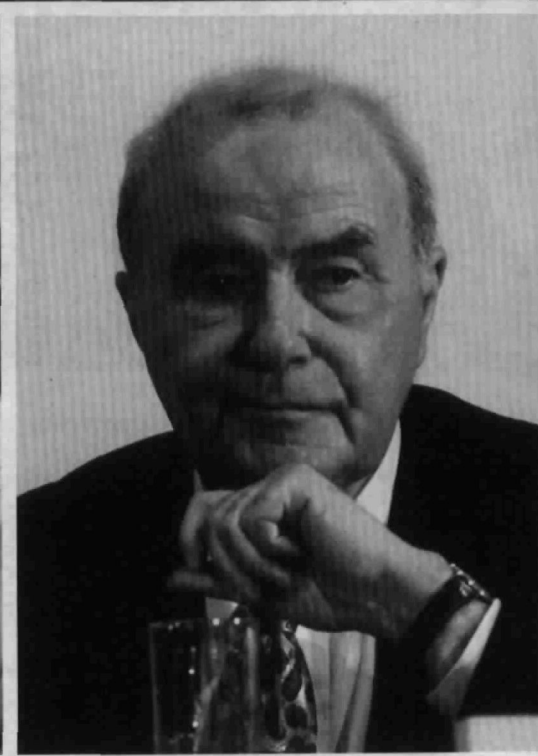
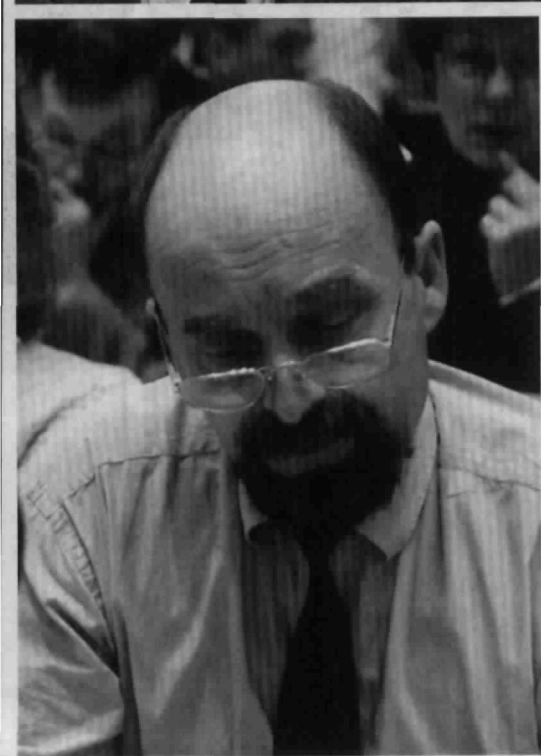














CDU





Das gleiche gilt übrigens in genau derselben Weise für die sechs Mitglieder der Jungen Union, die wir jetzt im Landtag haben. Auch das ist ein guter Weg, auf dem wir uns damit befinden.

(Beifall)

Kurzum: Wir wollen in 16 Monaten die Landtagswahl in Schleswig-Holstein gewinnen. Das wollen wir, das will ich, und wir wollen dann auch wieder ein weiteres Stück Gleichstellung schaffen, indem wir die zweite Oppositionsführerin in der Bundesrepublik Deutschland dadurch herbeiführen. Es wäre uns eine kleine Hilfe auf diesem Weg, wenn Sie mir als Beisitzer Ihr Vertrauen im Bundesvorstand weiter schenkten.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Bitte, Klaus Landowsky.

Klaus Landowsky: Liebe Freunde! Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Von Beruf bin ich Jurist und Vorstandsmitglied einer Bank in Berlin. Ich kandidiere erstmalig für den Bundesvorstand, obwohl ich schon die erste Wahl von Helmut Kohl als Bundesvorsitzender miterlebt habe.

Persönlich bin ich ein bißchen Berliner Urgestein: geboren in Berlin und dort aufgewachsen. Ich habe dort studiert und komme aus einer sozialdemokratischen Familie. Ich bin 1957 nach dem Ungarn-Aufstand in die Junge Union und nach dem Bau der Mauer in die CDU eingetreten. Ich bin - das sage ich offen - wie fast alle Berliner nicht ganz pflegeleicht, meine Damen und Herren.

Ich bin vielleicht auch ein Unverbesserlicher, denn - ich sage das ganz offen - ich freue mich unverändert täglich über die Einheit unseres Landes, wenn ich von Ost- nach Westberlin und umgekehrt fahre.

(Beifall)

Ich ärgere mich maßlos, und mir wird auch ganz übel, wenn ich, wie letzten Sonntag in SAT.1, sehe, daß Leute wie Gysi, Wolf und Heym uns die Demokratie erklären wollen.

(Beifall)

Politisch versuche ich, in einer schwierigen Stadt eine etwas schwierige Aufgabe zu meistern, indem ich unserem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen - der ja jetzt schon fast zehn Jahre im Amt ist, und während dieser Zeit habe ich ihm bereits den Rücken freigehalten - auch weiterhin den Rücken freigehalten werde, damit er im Oktober nächsten Jahres wiederum erfolgreich als Regierender Bürgermeister kandidieren kann.

(Beifall)

Ich war fünf Jahre Generalsekretär der CDU und bin jetzt im fünften Jahr Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus. Für den Bundesvorstand kandidiere ich deshalb, weil ich an der Wende zu diesem Jahrhundert an einer Union des Aufbruchs, meine Damen und Herren, mitarbeiten will. Zukunft sichern - d.h. für die Union, wieder alle großen Städte zu gewinnen. Ich glaube, da kann ich aus Berlin einen Beitrag leisten. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Stimme geben. - Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Bitte, Hanna-Renate Laurien.

Dr. Hanna-Renate Laurien: Meine Damen und Herren, ich bin 66,8 Jahre alt und verheiratet mit der Partei und der Kirche.

(Heiterkeit)

– Die Zahl der Kinder können Sie sich dann einmal ausrechnen.

(Beifall)

Nach 20 Jahren Schuldienst und 20 Jahren Beteiligung in den Landeskabinetten Helmut Kohl, Bernhard Vogel, Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen bin ich jetzt Präsidentin des Berliner Parlaments dieser vereinigten Stadt.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie alle ein, unser Abgeordnetenhaus zu besuchen. Sie kriegen eine tolle Führung und vielleicht auch einen Snack, aber auf jeden Fall ein Stück Berliner Geschichte. Ich bitte Sie: Helfen Sie, diese Zeichen von unserer Wahl zu geben, denn im Oktober, wenn wir den nächsten Bundesparteitag haben, möchte ich mit Ihnen das gute Ergebnis der Berliner Wahl feiern. Mein Spitzname: Hanna Granata.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Bitte, Christine Lieberknecht.

Christine Lieberknecht: Ich bin 36 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder und war bis 1989 Gemeindepastorin. Als Mitverfasserin des Weimarer Briefes im September 1989 änderte sich die Beschaulichkeit des Dorfpfarramtes für mich dann sehr schnell.

Im Januar 1990 wurde ich stellvertretende Landesvorsitzende des wiedergegründeten Landesverbands Thüringen, den ich dann auch in Hamburg zum Vereinigungsparteitag in die CDU Deutschlands einbringen durfte.

1992 wurde ich in den Bundesvorstand unserer Partei gewählt. Seit den Landtagswahlen 1990 gehöre ich der Thüringer Landesregierung an. In wenigen Tagen werde ich unter Bernhard Vogel Ministerin in der Staatskanzlei. Damit verbindet sich für mich auch die Aufgabe, die Stimme Thüringens im SPD-dominierten Bundesrat zu vertreten.

Dabei wünsche ich mir allerdings nicht mehr, als in diesem für die deutschen Länder wichtigsten Gremium einmal wieder gemeinsam mit den CDU-Kollegen aus Hessen, aus Rheinland-Pfalz, aus Nordrhein-Westfalen und aus Bremen - also mit all denen, bei denen Wahlen anstehen - streiten zu können.

(Beifall)

Für die Unterstützung der dafür notwendigen Wahlkämpfe stehe ich gern zur Verfügung. Heute werbe ich um Ihre Unterstützung für meine Wahl in den Bundesvorstand. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Bitte, Dr. Helmut Linssen.

Dr. Helmut Linssen: Liebe Freunde, ich bin 52 Jahre alt, verheiratet und habe eine erwachsene Tochter. Von Hause aus bin ich Diplomkaufmann und mittelständischer Unternehmer. Seit 1990 bin ich Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen, und seit dem 15. Mai dieses Jahres bin ich von den Mitgliedern gewählter Spitzenkandidat für die Landtagswahl im Mai nächsten Jahres in Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte gerne, daß meine Partei, unsere Partei das Thema Zukunft beherrscht, und zwar im Bereich der Wirtschaft, im Bereich der Umwelt, im Bereich der Bildungs- und Wertediskussion und im Bereich der Zukunftssicherung unserer Kinder. Liebe Freunde, die CDU Nordrhein-Westfalens hat bei der am 16. Oktober stattgefundenen Kommunalwahl 40,3 % erreicht. Sie ist zum erstenmal wieder über die 40 %-Grenze gekommen. Der Abstand zur Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen beträgt noch 2 %.

Wenn wir uns vorstellen, was in der Bundespartei seit Januar/Februar dieses Jahres passiert ist, dann wissen wir, was wir bewegen können, wenn wir zusammenhalten.

Liebe Freunde, ich möchte gerne, daß die Gesamtpartei mit in Nordrhein-Westfalen antritt. Ich wünsche mir, daß ich Sie im Herbst des nächsten Jahres bei unserem Bundesparteitag in Baden-Württemberg als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen grüßen kann.

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Bitte, Elmar Pieroth.

Elmar Pieroth: Liebe Freunde, ich bin verheiratet. Wir haben elf Kinder und Enkelkinder. Ich bin Unternehmer und Finanzsenator in Berlin. In der Arbeit im Bundesvorstand will ich mich insbesondere auf drei Punkte konzentrieren: mehr Arbeitsplätze in mehr mittelständischen Unternehmen durch mehr Eigenkapital sowie den wirtschaftlichen Aufschwung in Ost wie West nutzen, um mehr Sozialpartnerschaft und mehr Mitarbeiterbeteiligung sowie endlich eine breitere Vermögensbildung auch in Arbeitnehmerhand zu erreichen.

(Beifall)

Es gibt noch den dritten Punkt, liebe Freunde: Wenn wir heute lesen, daß 49 % der Deutschen meinen, die PDS solle wie eine ganz normale Partei behandelt werden, dann müssen wir unsere Werte, unser Verständnis vom Menschen, noch viel, viel besser vermitteln, und zwar in neuer Form - wir haben das die letzten Tage ausprobiert -, in vielen tausend Wohnzimmergesprächen, und zwar auch in den riesigen Plattenbauten in Ostdeutschland. Auch dort dürfen die Kommunisten nicht die Verwirklichung der inneren Einheit der Deutschen verhindern. Da will ich noch einmal fest dran. Dafür bin ich genau 60 Jahre jung.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Es folgt Frau Dr. Godelive Quisthoudt-Rowohl.

Dr. Godelive Quisthoudt-Rowohl: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! - Meine Damen und Herren, wie mein Name und meine Sprache Ihnen verraten, bin ich nicht in Deutschland geboren. Ich bin in Belgien geboren und habe mit einem Stipendium der Max-Planck-Gesellschaft mein Studium in Göttingen beendet. Dann bin ich, jetzt seit 22 Jahren, in Niedersachsen hängengeblieben - aus Liebe. Ich habe einen Niedersachsen geheiratet.

(Zustimmung)

Danke schön! Wir sind Eltern von vier Kindern. Erst hatten wir eines - und nachher Drillinge, damit es schneller ging.

(Heiterkeit)

Da ich Physikerin von Beruf bin, war es ein bißchen schwierig, Forschung und Familie zu kombinieren. Ich habe dann den Beruf auf Sparflamme gesetzt, und seitdem meine Kinder größer sind, bin ich Mitglied im Europäischen Parlament.

Ich möchte gern in den Bundesvorstand meine Erfahrungen aus Familie, Beruf und Mandat einbringen. Wenn heute so viel von Europapolitik die Rede gewesen ist, werde ich mich dafür einsetzen, die europapolitische Diskussion auch in die Partei zu bringen, sie also nicht nur auf Regierungsebene zu lassen, auch wenn unser Bundeskanzler dort hervorragend arbeitet.

Schenken Sie mir bitte Ihr Vertrauen. Ich würde mich sehr freuen und mich für Sie einsetzen. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Peter Rauen.

Peter Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Peter Rauen, bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Söhne. Von Beruf bin ich Bauingenieur und seit 28 Jahren selbständiger Bauunternehmer.

Im Bundestag bin ich seit 1987, seit fast acht Jahren. Meine große Leidenschaft gehört neben der Politik dem Sport. Ich bin seit 25 Jahren Vorsitzender des FSV Salmrohr; das ist ein kleines Dorf in Rheinland-Pfalz, aber mit einer guten Fußballmannschaft.

Ich möchte gerne im Bundesvorstand weiterarbeiten. Als Selbständiger weiß ich, daß wir Arbeitsplätze letztendlich nur bekommen, wenn möglichst viele Unternehmen mit ihren Mitarbeitern die entsprechenden Chancen nutzen. Ich weiß aber auch, daß wir den Männern und Frauen, die Tag für Tag arbeiten gehen, nicht zu viele Lasten durch Steuern und Abgaben aufhalsen dürfen. In diesem Sinne möchte ich gerne im Bundesvorstand weiterarbeiten und würde Sie um Ihr Vertrauen bitten. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich dorthin schicken würden. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Als nächste Christa Reichard, bitte.

Christa Reichard: Meine lieben Delegierten! Zum zweitenmal stehe ich vor Ihnen und bitte Sie um Ihr Vertrauen für einen Platz im Bundesvorstand. Die Anwärmpphase habe ich unbeschadet überstanden, habe mich warmgelaufen, und zum Abtrainieren ist es mir noch ein bißchen zu zeitig.

Ich konnte einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf machen, bin direkt gewähltes Mitglied des Bundestages und Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Fraktion.

Meine Vorfahren kommen aus Westfalen und aus Schlesien. Sie sehen also in mir ein gelungenes Beispiel der Integration von Ost und West vor sich stehen. Folgerichtig steht auch meine politische Arbeit unter dem Motto: Brücken bauen statt Mauern, Brücken zwischen Ost und West, zwischen Männern und Frauen, Wirtschaft und Umwelt, alt und jung. Mein Mann und meine drei Söhne bemühen sich mit mir gemeinsam um Partnerschaft in der Familie. Ich möchte mich besonders für die Umweltpolitik stark machen, bin Diplomingenieurin, und als knapp 40jährige habe ich, so denke ich, sowohl zu Alten als auch zu Jungen einen guten mittleren Altersabstand.

Auch wenn der Vorschlag, den ich einmal unterbreitet habe, zum Ausgleich der Vermögenssituation Ost/West einen deutsch-deutschen Heiratsmarkt einzurichten, noch kein Gehör gefunden hat, möchte ich dennoch weiter für die innere Einheit unseres Vaterlandes streiten - in unserer CDU und in ihrem Vorstand. Ich möchte gerne weiter im Vorstand arbeiten und bitte Sie um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Es folgt Andreas Renner.

Andreas Renner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Andreas Renner. Ich bin 35 Jahre alt und gehöre der CDU seit 16 Jahren an. Lange Jahre war ich Mitglied der Jungen Union, über fünf Jahre Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg, und bin vor zwei Jahren zum ersten Mal in das Gremium des Bundesvorstandes der CDU gewählt worden.

Beruflich bin ich Verwaltungswissenschaftler, habe in der Landesverwaltung unseres Landes gearbeitet, und im letzten September haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Singen, einer Mittelstadt im Süden Baden-Württembergs, mir einen Traum

erfüllt und mich mit 61,5 Prozent im ersten Wahlgang bei sieben Kandidaten zu ihrem Oberbürgermeister gewählt.

(Beifall)

Ich habe mich in den vergangenen Jahren bemüht, Jugendpolitik, junge Gesellschaftspolitik im Bundesvorstand mit anzustoßen und anzuregen, die würde mich freuen, wenn ich mit dieser Arbeit weitermachen könnte, wenn ich Ihr Vertrauen erneut bekommen könnte. Ich glaube, daß es gerade in den nächsten zwei Jahren gut sein wird, wenn an diesem Tisch Bundespolitiker, Landespolitiker und Kommunalpolitiker sitzen, wenn es darum geht, einen Ersatz für die Gewerbesteuer zu finden. Ich bin überzeugt, wir werden diesen Ersatz finden; wir müssen aber sicherstellen, daß sich die Gemeinden weiterhin bemühen, Industrie anzusiedeln und Arbeitsplätze zu schaffen.

(Zustimmung)

Dafür möchte ich werben, und ich würde mich freuen, wenn Sie mir erneut Ihr Vertrauen schenken würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Jetzt Hans-Peter Repnik, bitte.

Hans-Peter Repnik: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hans-Peter Repnik, ich bin 47 Jahre, verheiratet, Vater von zwei erwachsenen Töchtern. Von Haus aus bin ich Jurist, und ich bin Vorsitzender der CDU Südbaden.

Seit 1980 bin ich für den Wahlkreis Konstanz am Bodensee in Bonn im Deutschen Bundestag. Ich war knapp sechs Jahre Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ich habe in dieser Zeit engagiert versucht, mit zum Abbau des Nord-Süd-Konflikts beizutragen. Ich habe versucht, das Thema „internationaler Umweltschutz“ nicht nur im Süden, sondern auch bei uns in der Bevölkerung etwas tragfähiger zu machen, und ich bin seit letzter Woche Stellvertreter von Wolfgang Schäuble in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dort habe ich den Verantwortungsbereich Wirtschaft, Finanzen und Haushalt, drei wichtige Aufgaben, wenn wir an das Stichwort Wirtschaftsstandort Deutschland und an die vor uns liegende Steuerreform sowie an die Haushaltskonsolidierung denken.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mich erneut in den Bundesvorstand wählten. Für die großen vor uns liegenden Aufgaben brauchen wir nicht nur die ganze Kraft der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion, sondern auch die der gesamten Partei. Ich würde gern diese Klammerschleife zwischen der Fraktion und der Partei herstellen, und dafür bräuchte ich Ihr Vertrauen, um das ich Sie bitten möchte. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herbert Reul.

Herbert Reul: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Mein Name ist Herbert Reul. Ich bin 42 Jahre alt. Früher habe ich Schulpolitik gemacht, jetzt bin ich Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen. Wir haben in fünf Monaten Landtagswahl und haben uns für diesen Termin viel vorgenommen. Wir haben uns bei der letzten Kommunalwahl um 2,8 Prozent verbessert. Die harte Arbeit, die wir begonnen haben, werden wir fortsetzen. Wir haben uns bemüht, die Partei fit zu machen und auch auf neue Fragen vorzubereiten.

Wir haben bei der letzten Kommunalwahl ein Experiment begonnen, das sehr unterschiedlich gesehen wird. Wir sind in 24 Städten und Kreisen im Versuch, auch

mit Grünen zusammenzuarbeiten. Ich sage Ihnen in aller Klarheit: Ich bin mir der Chancen, aber auch der großen Risiken gerade in diesem Bereich sehr bewußt, weil uns eben politisch fundamental große Unterschiede voneinander trennen.

Ich selber habe bei diesem Thema deswegen noch eine besondere Unruhe, weil ich, als ich das erstmal in den Landtag gekommen bin, einer Garderobenfrau begegnet bin, die mich immer mit Joschka Fischer verwechselt hat. Deshalb bin ich besonders vorsichtig, und ich sage Ihnen hier in aller Klarheit: Wählen Sie mich ruhig, denn eines ist sicher: Ich sehe nur aus wie Joschka Fischer.

Eine zweite Anmerkung zu dem, was ich mir politisch vorgenommen habe. Wir sind bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen dringend darauf angewiesen, ein Stück Ihrer Unterstützung zu bekommen. Wir wollen es in Nordrhein-Westfalen nicht länger hinnehmen, daß die Trümmertruppe von Johannes Rau mit der politischen Mehrheit ausgestattet ist. Wir sind der Meinung, in Nordrhein-Westfalen ist es an der Zeit, einen politischen Wechsel zu realisieren. Wir glauben, daß wir das mit Helmut Linssen auch schaffen können.

Last, but not least eine persönliche Anmerkung. Ich bin verheiratet. Meine Frau und ich haben drei Kinder. Es sind drei Töchter. Die jüngste Tochter ist bei der letzten Landtagswahl in der Nacht geboren worden. Sie wird also am 14. Mai, dem Termin der nächsten Landtagswahl, fünf Jahre alt. Wir haben uns damals entschieden, das Mädchen Viktoria zu nennen. Das ist meine Perspektive für die Landtagswahl.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn es auch für heute die Perspektive wäre, hätte ich ebenfalls nichts dagegen.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Nun hat Ulrike Schreiber das Wort. Danach folgt Dr. Christian Schwarz-Schilling.

Ulrike Schreiber: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich bin 39 Jahre alt, verheiratet, evangelisch und komme aus dem kleinsten Bundesland, aus Bremen, wo im nächsten Herbst Bürgerschaftswahlen anstehen. Ich kandidiere für den Bundesvorstand, weil ich es gerade in dieser Zeit, in der wir große Aufgaben vor uns haben, sehr spannend finde und dankbar dafür wäre, wenn ich an der Gestaltung der Themen mitwirken dürfte. Ich möchte in unsere Partei in Bremen gerne Ideen und auch Kraft aus dem Bundesvorstand mit einbringen, um die Bürgerschaftswahlen in Bremen zu einem guten Ende zu bringen und zusammen mit unserer Partei endlich die sozialdemokratische Hochburg zu erklimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Zu dem Hauptthema, auf das ich mich bei der Arbeit im Bundesvorstand gern konzentrieren möchte, möchte ich gern das zitieren, was Helmut Kohl heute morgen dazu gesagt hat. Er hat sich gewünscht, daß die Familien- und Kinderfreundlichkeit zu einem Synonym für die Bundesrepublik Deutschland werden solle. Wir wissen alle, daß wir im Moment in vielen Bereichen wirklich eher kinderfeindlich sind. Die Familie hat einen Stellenwert, über den immer wieder diskutiert wird, den die CDU allerdings niemals in Frage gestellt hat. Wenn es unserer Partei gelingt, Vorfahrt und Anerkennung für Kinder und eine Politik für die Familie in dieser Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs und Wandels wirklich wieder in den Mittelpunkt des Bewußtseins der Menschen zu bringen, dann ist dies - dessen bin ich sicher - die beste Investition in die Zukunft unseres Landes.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie meine Kandidatur unterstützen würden und wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken würden. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Nun hat Dr. Christian Schwarz-Schilling das Wort. Danach folgt Alexander Graf von Schwerin.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Ich bin 64 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Töchter sowie drei sehr, sehr liebe Enkel.

Meine lieben Freunde, ich bin mittelständischer Unternehmer. Ich bin in die CDU Hessen gegangen und wurde dort Generalsekretär und stellvertretender Landesvorsitzender. Dort habe ich mich vorwiegend der Kulturpolitik gewidmet. Schon damals haben mich die Fragen der Ideologie und Grundsatzfragen am meisten interessiert.

1976 bin ich dann in den Bundestag gewählt worden und habe mich der Medienpolitik und Medientechnologie zugewandt. Als Postminister von 1982 bis 1992 habe ich, wie ich glaube, die Telekommunikation in Deutschland durch Kabel, Satellit, Mobilfunk und alle Innovationen, die wir auf diesem Gebiete herbeigeführt haben, ein großes Stück vorangebracht.

(Beifall)

Eine meiner größten Freuden war, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in meine Zeit fiel und daß das Versprechen, das damals sehr gewagt war, daß auch unsere lieben Freunde aus den fünf neuen Bundesländern sehr bald Telefon haben würden, einigermaßen gut von mir erfüllt werden konnte. Allerdings war dafür auch der große Einsatz aller Mitarbeiter der Bundespost erforderlich.

Nach meinem Ausscheiden als Minister bin ich nun wieder Kleinstunternehmer. Ich habe ein Unternehmen gegründet, das heute elf Arbeitsplätze hat. Ich fühle mich auch in dieser Funktion jetzt wieder außerordentlich wohl.

Lassen Sie mich aber noch etwas sehr Ernstes sagen. Nach dem, was sich nach der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des sowjetischen Reiches abgespielt hat, habe auch ich zunächst geglaubt, daß Freiheit und Demokratie in dieser Welt nunmehr gesiegt haben. Durch den Balkankonflikt habe ich sehr bald gemerkt, daß es die größte Gefahr ist, wenn man unvorsichtig wird, wenn man Entwicklungen auf lange Sicht nicht rechtzeitig begegnet. Wir sehen heute in jenem furchtbaren Konflikt eine Katastrophe, die Europa und vielleicht die ganze NATO in Mitleidenschaft ziehen kann. Deswegen bin ich auf das Feld der Außenpolitik übergewechselt. Ich engagiere mich, gerade in diesen Tagen, besonders stark mit meinen Freunden aus Bihac, für die ich im Grunde genommen nur noch innerlich beten kann, daß sie am leben bleiben.

So will ich den Grundsätzen treu bleiben, mit denen ich in die Politik gegangen bin. Ich will kämpfen, Mut behalten, ein Reformier sein und versuchen, auch Phantasie in die Politik zu bringen und deutlich auszusprechen, was gesagt werden muß. Das ist die Aufgabe, die ich in dieser Zeit für mich noch sehe.

Jetzt steht die Wahl in Hessen an. Da ich immer ein vergnügter Kämpfer im hessischen Wahlkampf war, möchte ich hierzu sagen: Es ist wichtig für den Bund und für alle, daß Hessen jetzt eine CDU-Regierung unter Manfred Kanther bekommt.

(Beifall)

Dafür werde ich mich ebenfalls einsetzen, denn ein schwarzer Schilling ist noch allemal besser als ein roter Heller. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Nun hat Alexander Graf von Schwerin das Wort. Danach spricht Dr. Berndt Seite.

Alexander Graf von Schwerin: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin vor 50 Jahren in Wernigerode im Harz geboren, bin in Lübeck, also in Schleswig-Holstein aufgewachsen und dann ins Ruhrgebiet gekommen. Duisburg ist mein Zuhause. Das Ruhrgebiet hat mich geprägt. Ich bin seit über 30 Jahren bei der Duisburger Verkehrsgesellschaft beschäftigt. Genauso lange bin ich gewählter Arbeitnehmervertreter in allen betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien. Das ist mein Platz, den ich, wie ich glaube, ganz gut ausfülle.

(Heiterkeit)

In der Gerüchküche war in den letzten Stunden zu hören - vielleicht weil ich für den einen oder anderen etwas zu vornehm hier herumlaufe, so wie ein richtiger Graf -, daß ich mittlerweile nicht mehr Arbeitnehmervertreter bin, sondern vielleicht Direktor oder Chef irgendwo geworden bin. Herr Bregger hat schon den Schein für die Mittelstandsvereinigung herausgeholt gehabt. Diese Gerüchte sind aber nicht wahr. Ich bin nach wie vor Arbeitnehmervertreter. Ebenso ist es nicht wahr, daß Berndt Seite mittlerweile bei mir Untermieter im Schloß in Schwerin ist.

(Heiterkeit)

Wenn mir das Schloß gehören würde, würde er dort auf Lebenszeit ein Wohnrecht haben, wenn er garantiert, daß die PDS draußen bleibt.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, ansonsten stehe ich dafür, christlich-demokratische und christlich-soziale Politik zu den Arbeitnehmern in die Betriebe zu bringen. Dafür ist der Bundesvorstand eine Basis. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Jetzt hat Dr. Berndt Seite das Wort. Danach spricht Josef Stock.

Dr. Berndt Seite: Ich bin 54 Jahre alt, habe zwei Kinder, bin verheiratet und evangelisch. Seit 1990 bin ich in der CDU. Ich komme aus Mecklenburg-Vorpommern, dem Land mit den schwierigsten Startbedingungen im Jahre 1990. Seit 1992 bin ich als Ministerpräsident im Amt. Wir haben schwierige Zeiten hinter uns. Vor einem Jahr hätte in ganz Deutschland keiner ein Stück Brot von uns genommen. Wir haben ein glänzendes Wahlergebnis bei der Landtagswahl erzielt. Wir sind mit weitem Abstand vor den Sozialdemokraten stärkste Partei geworden.

(Beifall)

Rot-grün haben wir verhindert. Wir gehen in eine Große Koalition; wir gehen in eine schwierige Zeit.

Meine politische Aufgabe ist, der Union in Mecklenburg-Vorpommern die strategische Mehrheit für die nächsten vier Jahre zu erhalten.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Josef Stock und danach Dr. Bernhard Vogel.

Josef Stock: Mein Name ist Josef Stock. Ich bin 56 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Kinder, bin von Beruf Einzelhandelskaufmann mit einem eigenen Betrieb, der in langer Familientradition geführt wird.

Ich bin, wie ich immer zu sagen pflege, kein Studierter, sondern ein Gelernter; denn ich habe nach der mittleren Reife eine Einzelhandelskaufmannslehre in Meschede im schönen Sauerland gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin von dort aus zur Bundeswehr gekommen und dann in den elterlichen Betrieb hineingegangen.

Ich bin 1964 in die Union eingetreten, habe dann Kommunalpolitik im Kreistag und in meiner Heimatgemeinde gemacht, bin 1974 in den Landtag gewählt worden und habe dort in und für unsere CDU in ganz unterschiedlichen Positionen gekämpft, gestritten, gelitten, aber, ich denke, auch Erfolg gehabt und - das meine ich, auch anführen zu dürfen - für diese Partei gedient.

(Vereinzelt Beifall)

Ich war nach der verlorenen Wahl 1990 - ich war im letzten Kabinett Albrecht Innenminister - Landesvorsitzender. Wir haben dann zur Wahl 1994 die Türen zur Erneuerung der Partei weit aufgestoßen, sind mit Christian Wulff in den Landtagswahlkampf gegangen und haben dort ein Ergebnis erzielt, das uns zwar nicht zur Regierungsmehrheit verholpen hat. Aber wir sind in einer gesamtpolitisch schwierigen Situation, wie Sie alle wissen, bei der Bundestagswahl wieder stärkste Partei geworden. Ich denke, daß das ein gutes Zeichen, eine gute Prognose für die Entwicklung der Union in Niedersachsen ist.

Ich möchte mich im Bundesvorstand für zwei Dinge einsetzen: Wir alle sind geprägt durch unser Umfeld, wo wir groß geworden sind, und dadurch, was wir gemacht haben. Ich möchte mich ganz besonders für die Entwicklung des ländlichen Raumes einsetzen.

(Beifall)

Wenn wir von Zukunft sprechen, von Erneuerung, dann dürfen wir nicht verkennen, welche dramatischen Veränderungen im ländlichen Raum stattfinden. Die müssen wir begleiten und gestalten.

Das zweite: Ich bin Mittelständler mit Leib und Seele und möchte mich für die Mittelstandspolitik der Union im Bundesvorstand einsetzen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Stimme geben, mich unterstützen, damit ich dort weiter gestalten und helfen kann, daß wir die Union nach vorne bringen. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Dr. Bernhard Vogel und danach Matthias Wissmann.

Dr. Bernhard Vogel: Mein Name ist Bernhard Vogel. Ich stelle mich in dieser Woche zweimal zur Wahl: Übermorgen kandidiere ich zum zweitenmal für das Amt des Thüringer Ministerpräsidenten,

(Beifall)

und heute kandidiere ich für den Bundesvorstand. Ich meine, beides hat etwas miteinander zu tun. Wenn man in eine Große Koalition geht, braucht man besonders viel eigenes Profil.

Ich bitte um Ihre Unterstützung für meine Kandidatur in den Bundesvorstand.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Matthias Wissmann und danach Cornelia Yzer.

Matthias Wissmann: Meine Damen und Herren, mein Name ist Matthias Wissmann. Ich bin 45 Jahre alt, bin stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg.

Meine Aufgabe als Bundesverkehrsminister ist, alles daranzusetzen, daß durch moderne Verkehrsachsen Ost und West in Deutschland zügig zusammenwachsen. Unsere Aufgabe als Partei ist es, daß Ost und West nicht nur verkehrlich, sondern auch politisch, wirtschaftlich und mental zügig zusammenwachsen und wir wirklich ein Land im Denken und Fühlen der Menschen sind. Dazu beizutragen ist, glaube ich, unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Cornelia Yzer.

Cornelia Yzer: Meine Damen und Herren, mein Name ist Cornelia Yzer. Ich bin 33 Jahre alt, Rechtsanwältin von Beruf, gerade zum zweitenmal direkt in den Deutschen Bundestag gewählt, seit 1992 Parlamentarische Staatssekretärin, jetzt im neuen Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Damit kennen Sie auch meine Arbeitsschwerpunkte.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mich genauso fix wählen, wie ich mich vorgestellt habe.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, vor dem Eintritt in die Wahlen weise ich auf folgende Punkte hin:

Erstens. Die Wahl erfolgt mit dem orangefarbenen Stimmzettel, der in alphabetischer Reihenfolge die Namen aller Kandidaten enthält.

Zweitens. Nach § 43 Abs. 3 des Statuts müssen mindestens drei Viertel der zu wählenden Kandidaten, also 20, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie Positionen zu vergeben sind, also 26.

Drittens. Die Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sind alle Stimmzettel abgegeben? - Das ist der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums bekannt. - Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen, damit Sie mitschreiben können, wenn Sie es denn möchten. - Abgegebene Stimmen: 912. Ungültige Stimmen: keine; Enthaltungen: eine. Danach gültige Stimmen: 911. Die erforderliche Mehrheit beträgt 456 Stimmen.

Es entfielen auf Rudolf Seiters 802 Stimmen.

(Beifall)

Das sind 88,03 %.

Auf Professor Dr. Klaus Töpfer entfielen 785 Stimmen gleich 86,16 %.

(Beifall)

Manfred Kanther erhielt 754 Stimmen gleich 82,76 %.

(Beifall)

Christa Thoben 737 Stimmen gleich 80,9 %.

(Beifall)

Johannes Gerster erhielt 731 Stimmen und damit 80,24 %.

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner erhielt 678 Stimmen gleich 74,42 %.

(Beifall)

Volker Rühle erhielt 605 Stimmen; das sind 66,41 %.

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch an alle!

Ich frage jetzt einzeln – ich wäre dankbar, wenn Sie mir nur Zustimmung signalisieren würden –:

Kollege Seiters, nehmen Sie die Wahl an? - Danke.

(Beifall)

Herr Töpfer? - Danke.

Herr Kanther? - Ja, er nimmt an. Danke!

Christa Thoben? – Sie nimmt auch an.

Johannes Gerster? – Johannes nimmt an. Danke!

Dr. Christoph Bergner, nehmen Sie an? – Danke!

Volker Rühle? – Er nimmt an.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 14:

Beratung und Beschlußfassung: Grundsatzbeschluß zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU Deutschlands

Ich weise darauf hin, daß die Anträge verteilt werden; sie werden Ihnen in diesem Augenblick zugänglich gemacht. Ich eröffne dennoch die Diskussion, weil mir ein Geschäftsordnungsantrag vorliegt, und zwar von Herrn Christoph Kannengießer.

Herr Kannengießer, Sie möchten gern einen Geschäftsordnungsantrag einbringen und haben sich für das Mikrofon 4 entschieden.

Christoph Kannengießer: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich beantrage, daß am Ende der Diskussion über die Ziffern 1 bis 6 des Leitantrages getrennt abgestimmt wird. - Vielen Dank.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Kannengießer! Ich rufe Ihren Geschäftsordnungsantrag dann wieder auf, wenn wir bei der Abstimmung sind. Sind Sie damit einverstanden? – Danke schön.

Dann darf ich dem Generalsekretär das Wort zur Begründung des Antrages erteilen. Peter Hintze, bitte.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Liebe Parteifreunde! Der Bundesvorstand legt Ihnen auf diesem Parteitag einen Antrag vor, bei dem es um einen Grundsatzbeschluß in Sachen Beteiligung von Männern und Frauen an Ämtern und Mandaten geht. Wir wollen mit diesem Beschluß erreichen, daß wir die Diskussion über dieses Thema, die wir 1985 in der CDU mit dem Essener Parteitag begonnen haben, konstruktiv fortführen und erreichen, daß wir tatsächlich auf allen Ebenen eine stärkere Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten bekommen, weil wir glauben, daß uns allen in der CDU eine solche stärkere Beteiligung guttut.

Nun ist es mir wichtig, daß wir diese Diskussion friedlich und fair miteinander führen, gegenseitig auf die Argumente hören und auch – ich will mich selbst mit einreihen – denen, die anderer Meinung sind, nicht unterstellen, sie seien in der Sache nicht dafür.

Aber wir müssen gemeinsam feststellen, daß der bisher beschrittene Weg nur kleine Teilerfolge und nicht den großen Durchbruch gebracht hat.

Die Diskussion heute morgen über die Berichte des Vorsitzenden, des Fraktionsvorsitzenden und des Generalsekretärs hat schon ein wenig gezeigt, daß dieses Thema in der Partei lebhaft diskutiert wurde, insbesondere von jenen, die sich in den letzten Jahren engagiert dafür eingesetzt haben, daß wir einen größeren Anteil von Frauen an Ämtern und Mandaten bekommen, und die dabei auch schon Erfolg hatten.

Wir müssen nur nüchtern feststellen, daß die erreichten Daten insgesamt weit hinter den von uns selbst gesetzten Marken liegen. Wir verzeichnen etwa in unserer Bundestagsfraktion einen Anteil von 13,9 %. Wir finden, das ist zu wenig. Wir verzeichnen in vielen Landesverbänden Anteile, die nicht so erfreulich sind wie das, was uns aus Schleswig-Holstein berichtet wurde. Wir freuen uns, daß es dort gelungen ist. Aber wir möchten, daß es an anderen Stellen auch gelingt. Wir haben die klare Erkenntnis, daß die Bereitschaft von Frauen, Mitglied in der Union zu werden, mitzumachen, sicherlich auch dadurch gefördert würde, wenn es hier mehr Chancen und mehr Möglichkeiten gäbe.

Nun möchte ich eines zu den kritischen Tönen im Umfeld dieses Parteitags sagen. Ich möchte diejenigen aus dem Westen unseres gemeinsamen Landes, die 1985 in Essen schon dabei waren, noch einmal ein bißchen zurückerinnern: Wir alle sprechen heute freundlich und positiv über den Parteitag. Heiner Geißler hat dieses Thema damals in die Partei eingebracht. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie mir ein hoher Funktionsträger unserer Partei – er ist heute auch anwesend; aber ich will ihn nicht outen – folgendes erzählt hat. Er hat gesagt, er habe den Essener Parteitag im Jahre 1985 für einen ziemlichen Blödsinn und für ein ziemliches Zeitgeistopfer gehalten. Er sei durch die Debatte des Parteitages auch nicht anderer Meinung geworden. Er ist abends nach dem Parteitag nach Hause gefahren. An der Tür standen seine Frau und seine Tochter – beide kirchentreue Christdemokratinnen -, die ihm gesagt haben: Papi, heute habt ihr, was uns Frauen angeht, zum erstenmal etwas Vernünftiges beschlossen. - Daraufhin sei er ein wenig positiv ins Nachdenken gekommen.

Meine Damen und Herren, was wir vom Bundesvorstand Ihnen vorschlagen, ist, daß wir heute nach dem Beschluß von Essen, der ein Grundsatz und ein Appell war, doch ein Stück mehr Verbindlichkeit in unsere Bemühungen hineinbringen.

Ich möchte Ihnen den Antrag ganz kurz erläutern, weil der eine oder andere Irrtum über die Sache selbst ein Stück weit mitbestimmt.

Der erste Grundsatz des Antrags ist, daß wir mit dem heutigen Beschluß, wenn er denn eine Mehrheit findet, möchten, daß wir in der Partei die Diskussion führen: Wie kann besser erreicht werden, was an einigen Orten schon Wirklichkeit, aber in vielen Bereichen noch nicht gelungen ist, daß Frauen und Männer in Ämtern und Mandaten gleichberechtigter vertreten sind und daß der Anteil von Frauen in unserer Partei stärker wird, weil wir alle einen Gewinn davon haben?

Der zweite Punkt stellt eindeutig klar, daß es heute um einen politischen Grundsatzbeschluß geht und daß der Satzungsbeschluß erst in den nächsten Monaten erarbeitet werden muß und auf dem Parteitag, den der Bundeskanzler für den Herbst 1995 angekündigt hat, neben den inhaltlichen Fragen, die wir auf dem Parteitag behandeln wollen, zur Abstimmung steht, so wie wir ihn vorher gemeinsam vorbereiten werden.

Drittens. Damit aber der heutige Parteitag nicht wieder einen der bereits mehrfach beschlossenen Grundsätze lediglich bekräftigt und die Dinge nicht weiter voranbringt, machen wir für einen solchen Weg einen konkreten Vorschlag, der dann in die Diskussion der Partei hineingegeben werden soll.

Dieser Weg enthält zwei wesentliche Elemente. Das eine ist, daß wir sagen: Bei Wahlen in der Partei, wenn es um Delegiertenämter geht, um Kreisvorstände, Bezirksvorstände, Landesvorstände und Bundesvorstände, wollen wir über ein *Quorum*, d.h. über die Verpflichtung, mindestens ein Drittel der Stimmen für Frauen abzugeben, den Frauenanteil bei uns kräftig erhöhen. Dabei wollen wir die Satzung so ausgestalten, daß das Auswahlrecht selbst gewährleistet bleibt. Bei Mandaten wollen wir darauf hinwirken, daß die Vorstände darauf achten, daß wenigstens ein Drittel der Wahlkreise an Frauen gegeben wird und daß bei der Aufstellung der Landesliste die jeweiligen Landesvorstände oder bei Listen auf Kreisebene der jeweilige Kreisvorstand einen Listenvorschlag unterbreitet, bei dem mindestens jeder dritte Listenplatz von einer Frau besetzt wird.

Viertens. Wir haben im Vorfeld in der Diskussion Einwendungen bekommen, was ganz kleine Gliederungen angeht, auch in den neuen Ländern. Wir haben gesagt: Wir stellen uns vor, daß wir diese satzungsrechtlich verbindliche Regelung im Herbst 1995 für alle Gliederungen von der Kreisverbandsebene aufwärts wirksam werden lassen und es den unteren Gliederungen freistellen, eine solche Regelung mitzutätigen.

Fünftens. Um das passive Wahlrecht für jeden zu gewährleisten, wollen wir bei Mandaten auch zulassen, daß jede Frau und jeder Mann in der aufstellenden Versammlung für jeden einzelnen Platz kandidieren kann.

Wir haben sechstens vorgeschlagen – für alle, die Bedenken haben, ob man sich so festlegen sollte –, diese Regelung bis zum 31. Dezember 1999 zu befristen. Wenn wir das also 1995 beschließen, hätten wir eine vierjährige Erprobungsphase, einmal einen Durchgang für Landtag, Bundestag, Europaparlament, Kreistag und die Stadträte der Großstädte, um im Jahre 1999 zu entscheiden: Welche Wirkungen haben diese Regelungen gehabt? Sind sie tauglich, um fortgesetzt zu werden? Müssen wir sie verändern, oder können wir auf sie verzichten?

Der siebte Punkt dieses Antrags stellt noch einmal klar, daß die Regelung satzungsrechtlich verbindlich erst mit dem Satzungsbeschluß im Herbst 1995 in Kraft treten würde. Wir fordern aber die Gliederungen auf, schon jetzt zu versuchen, sich viel einfallen zu lassen – wie ich das von einigen Landesverbänden gehört habe; die Schleswig-Holsteiner haben es uns berichtet; die Nordrhein-Westfalen sind bei der Aufstellung ihrer eigenen Landesliste für den Landtag dabei –, um andere Formen zu erproben, die die Erhöhung des Frauenanteils sicherstellen.

Wenn wir es schaffen, mehr Frauen für unsere Arbeit in Ämtern und Mandaten zu gewinnen, tut das der CDU insgesamt gut. Ich darf Sie alle herzlich bitten, diesem Antrag zuzustimmen, ihrem Herzen einen Stoß zu geben. Diejenigen, die Sorge hatten, was ist, wenn schon mehr Frauen beteiligt sind – soeben hat ein Kreisverbandsvertreter davon gesprochen -: Wir machen keine Deckelquote, wie das die SPD getan hat, wir machen ein Quorum, d.h. wir gestalten das Verfahren so, daß Frauen mehr Chancen bekommen. Ich glaube, wenn wir für Frauen mehr Chancen in unserer Partei eröffnen, wird das der CDU insgesamt guttun und unsere Chancen in der Bevölkerung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verbessern.

Ich bitte Sie sehr herzlich: Unterstützen Sie diesen Antrag des Bundesvorstands. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Generalsekretär. – Meine Damen und Herren, ich sehe daran, daß Sie sich bemerkbar machen, daß der Antrag noch nicht vorliegt. Mir ist gerade mitgeteilt worden, die Antragskommission hat über

viele Initiativanträge beraten müssen. Im Augenblick sind alle Anträge im Schreibdienst. Sie liegen Ihnen konkret noch nicht vor. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß jetzt in der Grundsatzdebatte die Informationen inhaltlich diskutiert werden, die wir mit dem Brief des Generalsekretärs bekommen haben. Die Damen und Herren der Technik geben sich viel Mühe. Ich bitte um Nachsicht. Ich bin schon der Meinung, daß wir dennoch in die Generaldebatte einsteigen können. – Vielen Dank. Ich bitte um Nachsicht; es ist nicht unser Verschulden. Die Technik läuft auf Hochtouren.

Darf ich noch eine zweite Bemerkung machen. Wir sind eine diskussionsfreudige Partei. Das ist gut so. Es liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt rund 40 Wortmeldungen vor.

(Vereinzelt Beifall)

Ich maße mir nicht an, bereits jetzt eine Redezeitbegrenzung vorzuschlagen. Ich bitte Sie jedoch sehr herzlich, sich kurz zu fassen. – Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Dr. Linssen, Nordrhein-Westfalen, das Wort.

Dr. Helmut Linssen: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Ich stehe hier als einer, der immer gegen die Quote gewesen ist, der seit 1987 als Generalsekretär der Partei von Nordrhein-Westfalen unterwegs war, um die Stellung der Frauen in unserer Partei zu verstärken, entsprechend dem, was wir in Essen, in Mainz und in Wiesbaden beschlossen haben.

Wir haben 1990 zur Landtagswahl erreicht, daß wir in unserer Landtagsfraktion einen Frauenanteil von 22 % haben. Wir haben jetzt zur Bundestagsreserveliste jeden fünften Platz mit einer Frau besetzt. Wir werden zur Landtagsreserveliste jeden vierten Platz mit einer Frau besetzen.

Vor diesem Hintergrund könnte man erklären: Wir haben unsere Aufgabe weitgehend vorangetrieben, und was soll es, jetzt das Vehikel eines Quorums einzuführen? Aber, meine lieben Freunde, ich sehe, daß eine Revolution von oben nicht gelingt und nicht ausreicht. Ich sehe, daß wir in vielen Kreisverbänden einfach nicht weiterkommen. Ich bin deshalb nach wirklich langem Ringen zu der Überzeugung gekommen, daß wir ein Quorum ausprobieren sollten.

Ich bitte die Frauen sehr herzlich, die auf Grund ihrer Tüchtigkeit hervorragende Positionen bei uns in der Partei eingenommen haben, für ein paar Jahre das Stigma zu riskieren, daß sie womöglich als Alibifrauen oder Quotenfrauen diffamiert werden. Ich weiß, daß gerade sie eine besondere Kraftanstrengung brauchen, um insgesamt dem Ziel zu dienen.

Liebe Freunde, ich glaube, daß wir nach zehnjähriger Diskussion diesen Schub ganz dringend brauchen. Auch diejenigen, die ihre Aufgabe entsprechend Essen erfüllt haben, sollten daran mitwirken, daß wir diese Quorumslösung einführen, die keine Quotenlösung ist – darauf muß man wirklich hinweisen -, damit wir in unserer Partei ein anderes Bild bieten. Über die Notwendigkeit, glaube ich, braucht man sich überhaupt nicht lange zu verbreiten.

Aber ich gestehe gerne, daß auch ich in dieser Frage vom Saulus zum Paulus geworden bin. Ich wünsche mir sehr, daß sich diese Partei auf diesem Parteitag zu diesem Grundsatzbeschuß einen Ruck gibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön, Helmut Linssen. Als nächster spricht Herr Dr. Harald Noack, Hannover, danach Frau Ursula Höing, ebenfalls Hannover, und die neue Ministerin Claudia Nolte.

Dr. Harald Noack: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Natürlich brauchen wir kein Quorum – wenn es uns gelingt, mit anderen überzeugenden Mechanismen den Frauenanteil in den Führungspositionen unserer Partei zu erhöhen. Nur, das versuchen wir seit 1985. Ich habe wohl die überzeugenden Worte von Herrn Mayer-Vorfelder gehört, aber man muß ja auch Taten erwarten können. Ich meine, wir sind jetzt soweit, daß wir diese Lösung ohne ein entsprechendes Quorum nicht werden vorantreiben können.

Natürlich können wir in souveräner Ignoranz der vorliegenden Daten und Zahlen weiter darauf vertrauen, daß Frauen wieder zunehmend die CDU/CSU wählen, verdrängen, daß wir gerade in der Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren gegenüber 1990 einen Rückgang von 5,1 Prozent auf nur noch 29,1 Prozent verzeichnen, weniger als 15 Prozent Differenz zu Bündnis 90/Grüne. Aber sind wir nicht die Partei der kritisch Rationalen, die ihr empirisches Zahlwerk mit konkreter Utopie verbinden?

Wie sind denn diese Zahlen? Ich verweise auf den Landkreis Göttingen; ich bin Kreisvorsitzender in Göttingen. In Göttingen hat Rita Süßmuth mit über 78 000 Erststimmen mehr als 10 000 Stimmen mehr errungen als die SPD, aber mehr als 16 000 Stimmen mehr als Zweitstimmen für die Union. Das ist eine Differenz von 9,8 Prozent. Da die Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen der FDP weniger als 10 000 betrug, hat Frau Süßmuth nachweislich Stimmen von Wählerinnen und Wählern der SPD und den Grünen erhalten. Übertragen auf die Bundesrepublik Deutschland bedeutete das: Wir hätten die absolute Mehrheit der Mandate erzielt.

Wir müssen mehr Frauen für uns gewinnen, durch Frauen.

(Beifall)

Ich meine, daß es nottut, sich ein wenig von diesem paternalistischen Gedankengut zu trennen.

Ich lese Ihnen einmal vor, was der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Celle – ein hochhehrentwertes Gremium, damals nur als Männern bestehend – im Jahre 1919 zur Frage der Zulassung der Frauen zur Rechtspflege wörtlich beschlossen hat, mit 10 zu 1 Stimmen:

Die Frauen sollen grundsätzlich nicht zugelassen werden zur Rechtsanwaltschaft, zu der Stellung von Richtern, auch nicht Handelsrichtern, Staatsanwälten und Gerichtsschreibern. Vornehmlich werden wirtschaftliche Gründe ins Feld geführt, insbesondere die jetzt schon vorhandene außerordentlich mißliche Lage der Justizbeamten und Rechtsanwälten. Es wird aber auch die Meinung vertreten, daß die Frauen sich zu diesen Ämtern und Berufen wenig eignen. Ebenso spricht sich die Versammlung dahin aus, daß die Frauen nicht als Geschworene oder Schöffen zugelassen werden möchten. Dagegen sei dies zu wünschen, wie einstimmig beschlossen, bei Jugendgerichten. Die Frauen seien zuzuziehen in Ehesachen und dies ungefähr so zu regeln, wie die Zuziehung von Handelsrichtern zu Handelssachen. Hierfür sprechen sich sechs gegen fünf Stimmen aus. Einstimmigkeit herrscht darüber, daß Frauen bei Vormundschaftssachen zuzuziehen seien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Rest, vielleicht auch nur ein kleiner Rest dieser Vorstellung ist doch, wie ich das heute festgestellt habe, auch bei dem einen oder anderen von uns noch vorhanden, wenn er meint, es könne einfach durch das Wohlwollen der Männer gelingen, die Frauen in entsprechende Positionen zu bringen.

(Beifall)

Ich bin auch der Auffassung, daß Frauen in unserer Partei eine Anschubfinanzierung benötigen.

(Vereinzelt Beifall)

Dies ist vielleicht ein wenig systemwidrig, wenn man von der heiligen reinen Lehre ausgeht. Aber es täte uns, der Partei und, so meine ich, auch dem Ansehen bei den Wählerinnen und Wählern gut, wenn wir uns zu einer solchen Anschubfinanzierung durchbringen könnten.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, mir liegt ein weiterer Geschäftsordnungsantrag vor. Herr Christian Weisbrich hat sich gemeldet. Er möchte vom Saalmikrofon 4 sprechen.

Christian Weisbrich: Angesichts des geballtes Einsatzes der Führungsspitze für diesen Antrag bitte ich, darüber abzustimmen, ob die Abstimmung als solche geheim erfolgen soll. Eine ganze Reihe von Delegierten fühlen sich unter Druck gesetzt.

(Widerspruch und Beifall)

Ich bitte, darüber abzustimmen, ob geheim abgestimmt wird.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Weisbrich, vorhin hat bereits der Delegierte Kannengießer einen Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt. Er war so freundlich, diesen Antrag zurückzustellen, bis wir zur Abstimmung kommen. Darf ich so verfahren?

Christian Weisbrich: Gut, ist in Ordnung.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. – Frau Höing hat das Wort.

Ursula Höing: Meine Damen und Herren! Ich kann es ganz kurz machen: Wir Frauen haben es nicht nötig, auf Grund einer Quotenregelung gewählt zu werden.

(Beifall)

Was wir machen, machen wir aus Überzeugung und weil wir es können. – Danke.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. – Frau Nolte, Sie haben das Wort. Danach Frau Hildegard Moschner.

Claudia Nolte (mit Beifall begrüßt): Frau Tagungspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Bei der Diskussion pro und contra dieses Quorums sollten wir nicht vergessen, daß wir in dem Ziel einig sind: Auf allen politischen Ebenen muß die angemessene Beteiligung von Frauen in politischen Ämtern und von Mandaten sichergestellt werden. Wir müssen ganz nüchtern feststellen, daß alle Appelle, Selbstverpflichtungen und Programme nicht den gewünschten Erfolg brachten. Bei der Frage, ob es uns gelingt, mehr Frauen eine Chance auf allen politischen Ebenen einzuräumen, geht es doch längst um die politische Glaubwürdigkeit unserer Arbeit. Wie ernst nehmen wir unsere eigenen Beschlüsse? Wie ernst meinen wir es mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen? Ich war und bin kein Freund von Quoten.

(Beifall)

An alle, die jetzt klatschen: Mir geht es aber um eine höhere Frauenrepräsentanz in unserer Partei.

(Beifall)

Wenn wir diese nur durch verbindlichere Regelungen in der Satzung erreichen können, dann sollten wir solche Dinge für die Zukunft nicht ausschließen.

(Beifall)

Es haben diejenigen recht, die sagen: Gute Frauen setzen sich auch in der Union durch und gehen ihren Weg. Deshalb macht es auch Sinn, solche Regelungen zeitlich zu begrenzen. Aber wenn wir heute nicht ein Zeichen setzen, dann brauchen wir in der nächsten Zukunft nicht mehr darüber zu diskutieren, weil man uns unsere Beschlüsse ohne Wirkung nicht mehr abnimmt.

(Beifall)

Ich votiere für den Vorschlag des Bundesvorstandes, bin aber dafür, daß wir die Erfahrungen der Kreis-, Bezirks- und Landesverbände, die da anscheinend schon weiter sind, mit einfließen lassen. Wir müssen die Kompetenz von Frauen stärker in unsere politische Arbeit einfließen lassen. An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend stehen wir vor großen Herausforderungen. Frauen und Männer sind gleichermaßen eingeladen, mit uns Perspektiven für eine Politik für morgen zu entwickeln. – Danke.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Nolte. Jetzt hat Frau Moschner das Wort, danach Herr Hasenkamp.

Hildegard Moschner: Frau Tagespräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist wahr: Viele Argumente für und wider die Quote sind ausgetauscht worden. Ein für mich sehr stichhaltiges Argument vermisste ich allerdings; es ist meines Erachtens von existentieller Bedeutung für uns. Landauf, landab hören wir von Verantwortlichen unserer Partei die Klage: Wir haben so wenige junge Leute in der Partei, und zu wenige von ihnen wählen CDU.

Wie kommen wir an die Jugend heran? Meine Herren, die Sie Väter sind – sicherlich gute Väter –: Wieviel Zeit bleibt Ihnen bei Ihrem Beruf und politischen Engagement, mit Ihren heranwachsenden Kindern zu diskutieren? – Glauben Sie mir, ich spreche aus Erfahrung. – Wer ist Ansprechpartner in Ihren Familien, wenn die 13/14/15jährigen von der Schule kommen, den Kopf voller Fragen aus dem Sozialkundeunterricht, der nicht selten von linken Lehrern gehalten wird?

(Zuruf: Jawohl!)

Die Mutter ist die Ansprechpartnerin und Diskussionspartnerin. Denn wenn Sie, liebe Väter, nach Hause kommen, gehen Ihre Kinder schon längst ihren Hobbies nach. Erst beim nächsten Unterricht tauchen die alten Fragen wieder auf. Wenn keine Möglichkeit der Diskussion zu Hause war, besteht die Gefahr, daß sie ganz allmählich die Anschauung des Lehrers übernehmen.

Ich kann aus eigenem Erleben mit unseren drei Kindern sagen, wie wichtig es ist, daß sich die Mutter für das politische Leben interessiert, sich vielleicht auch engagiert. Frauen engagieren sich insbesondere dann, wenn sie sehen, daß ihre Erfahrungen und ihr Können gebraucht werden und sie vor allen Dingen an Entscheidungen mitwirken können.

Darum, liebe Delegierte: Machen wir eine gute Politik für Frauen, aber auch mit Frauen! Dann brauchen wir uns um den Nachwuchs in unserer Partei keine Sorgen zu machen. Wenn die Partei die Frauen hat, hat sie auch die Jugend.

Ich habe die Bitte: Stimmen Sie dem Grundsatzprogramm zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Moschner. – Das Wort hat nun Herr Hasenkamp.

Hansjürgen Hasenkamp: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind uns einig in dem Ziel, daß wir in der Bevölkerung mehr jüngere Frauen durch Frauen gewinnen wollen. Der erste Schritt ist natürlich, daß ich Frauen für CDU-Politik interessieren muß. Wenn mir das gelungen ist, muß es mir noch gelingen, Frauen aktiv an der Politik zu beteiligen. Wenn mir das gelungen ist, kann ich sie für Parteiämter und Kandidaturen gewinnen.

Wer muß dafür Sorge tragen, daß dieses Ziel erreicht wird? Das ist der Verantwortliche auf der jeweiligen Ebene, z.B. der Kreisvorsitzende oder ein höherer Verantwortlicher in der Partei. Der erste Schritt: Wie gewinne ich jüngere Frauen? – Indem ich mich viel öffentlicher um ihre Situation kümmere, viel öffentlicher darüber spreche und versuche, hier Lösungen zu finden. Das beginnt schon in der kleinen Politik: in der Gemeinde, in der Stadt. Aus diesem Grunde ist viel wichtiger als ein Quorum, daß wir uns der Situation viel öffentlicher widmen und hier Lösungen anbieten. Es ist viel wichtiger, daß die Parteivorsitzenden auf den jeweiligen Ebenen dafür Sorge tragen, daß eine Liste für Kommunalwahlen oder für höhere Ebenen diese Besetzung aufzeigt. Die Verantwortlichen in unserer Partei auf den einzelnen Ebenen kommen um diese Einsicht nicht herum. Ein Quorum nützt mir hier wenig. Und nach deutscher Art endet ein Quorum, so befürchte ich, immer in einer Quote. Das kann nicht im Sinne unserer Politik sein.

Aus diesem Grund auch hier: Machen wir viel öffentlicher Politik für die Anliegen der jungen Frauen. – Danke.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. – Aber das tun wir, und das haben wir auch schon viele Jahre getan. – Das Wort hat nun Frau Natus-Can.

Astrid Natus-Can: Frau Karwatzki! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie, daß ich mich zunächst kurz vorstelle: Ich bin 27 Jahre alt, von Beruf Politikwissenschaftlerin und mache seit 9 Jahren Politik in der CDU. Ich muß sagen, ich hatte noch nie Schwierigkeiten, mit Männern Politik zu machen.

(Beifall)

Ich spreche deshalb hier heute gegen die Quote.

(Beifall)

Denn für mich trägt der Quoten-Antrag – oder, wie er nett formuliert wird: Quorums-Antrag – dazu bei, die CDU in eine Frauen- und in eine Männer-CDU zu spalten.

(Beifall)

Ich denke, das kann nicht in unserem Sinne sein. Die Zeit, die wir mit solchen Sitzungsdiskussionen vertun, könnten wir nutzen, um Sachpolitik zu machen, und dafür sind wir ja schließlich gewählt.

Herr Dr. Linssen hat es soeben gesagt: Quote ist ein Stigma, auch für mich. Ich fühle mich diskriminiert, wenn man mich als Quoten-Frau bezeichnet.

(Beifall)

Denn ich denke, daß wir Frauen gut genug sind – das Argument ist heute schon des öfteren vorgetragen worden –, es auch ohne Quote schaffen zu können. Wir sollten versuchen, es gemeinsam zu schaffen, uns in unserer Partei nicht in einer solchen Frage auseinanderzuidividieren.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich bitte noch eines sagen: Ich halte die Quote auch rechtlich für bedenklich. Denn ich denke nicht, daß wir gut daran tun, etwas, was für den öffentlichen Dienst bereits rechtsverbindlich verurteilt worden ist, in unserer Partei intern zu praktizieren.

(Beifall)

Ich möchte Sie daher bitten, heute gegen den Quorums-Antrag zu stimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Als nächster hat nun Herr Zinke das Wort.

Gabriel Zinke: Mein Name ist Gabriel Zinke, Landesverband Brandenburg. – Es ist doch unbestritten: Die patriarchalisch geprägte Geschichte unseres Volkes wirft auch heute noch eine Vielzahl frauentypischer Probleme in der Gesellschaft auf. Niemand will das wegwischen, niemand will das leugnen. Aber es muß das dominante Arbeitsfeld der CDU, vor allen Dingen der Frauen-Union, sein – denn sie hat die Kompetenz der Betroffenen –, sich diesen Problemen zu widmen, sie zu erkennen, zu analysieren und natürlich Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ich denke, das ist das wichtigste Feld in dieser Diskussion, das wir nicht außer acht lassen sollten.

Aber in diesem Zusammenhang – für meinen Geschmack etwas zu voreilig – wird die Aufmerksamkeit immer wieder auf das Verteilen von Funktionen und von Ämtern gelenkt. Und etwas fahrlässig und unsensibel wird zu schnell vom Verteilen eines Kuchens oder eines Bratens gesprochen. Ich denke, damit werden Vorurteile geschürt, wird vor allen Dingen Politikverdrossenheit gesät. Geht es denn nicht vielmehr darum, zu dienen? Und geht es nicht vielmehr darum, in diesen Dienst der Partei Frauen einzubeziehen, anstatt sie dazu zu verurteilen? Machen wir uns doch bitte schön nichts vor: Wollen wir denn wirklich so tun und den Dienst in der Partei als Gipfel der Glückseligkeit erachten, den es – sozusagen gentleman-like – gegen den Widerstand männlicher Eitelkeit und männlichen Geltungsdrangs mit den Frauen zu teilen gilt?

Aber Sie werden – sicherlich zu Recht – immer wieder sagen: Seit 20 Jahren wird das diskutiert, seit 20 Jahren ist das bekannt. Doch ich muß hier heute entgegenen: Es ist nicht wahr, daß nichts passiert ist. Ich habe heute mit großer Freude gehört, mit wieviel Aufgeschlossenheit innerhalb der CDU bezüglich Ämter und verantwortlichen Positionen Frauen begegnet wird, wie großartig sich einige Frauen behauptet haben, wie hervorragend sie ihre Ämter besetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Und es wurde von Herrn Hintze bestätigt, daß kleine Schritte in diese Richtung gemacht worden sind und daß etwas – wir haben heute früh etwas vom Wachsen gehört – gewachsen ist. Ich denke, es ist wunderbar, wenn in dieser Partei etwas wächst. Lassen wir weiter etwas wachsen. Dann behalten wir unsere Glaubwürdigkeit und verletzen nicht unsere Prinzipien gegen den gesunden Menschenverstand.

Zweitens. Es gilt auch: Es nützt nichts, wenn ich am Spiegel etwas herummale, nur weil mir mein Gesicht darin nicht gefällt. Ich kann es nicht ändern. Ich behalte meine Figur, und zwar auch dann, wenn ich mir ein Korsett umschnalle, um damit etwas schlanker auszusehen.

In diesem Sinne muß ich sagen: Ich bin vehement dafür, daß starke, befähigte und willensstarke Frauen in der CDU ihren Weg machen. Aber ich finde es unehrlich, dies per Beschluß festzulegen. Ich bin der Meinung, daß der Wettbewerb um diesen Dienst

mit gleichen Kriterien geführt werden muß und daß es unsere Frauen in der CDU nicht nötig haben, später, milde belächelt, als „Quotilde“ bezeichnet zu werden.

(Beifall)

Machen wir uns nichts vor, bei allen Personalentscheidungen, bei allen Einzelentscheidungen, und zwar auf allen Ebenen, muß doch zuerst der Grundsatz gelten: Wir müssen nach der größten gemeinsamen Chance suchen, nicht aber nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Wir wissen natürlich, daß unsere Chancen schwinden, wenn wir die Frauen nicht einbeziehen. Aber diesen Grundsatz müssen wir erheben, und zwar über alle Fragen der Regionalität - z.B. aus Mecklenburg oder Hessen -, über den der persönlichen Beziehungen, über den der Ostdeutschen oder der Westdeutschen, aber auch über die Frage, ob Mann oder Frau. Nutzen wir also unsere Chancen, und suchen wir sie immer wieder mit den besten Männern und Frauen für die möglichst beste Politik für alle Männer und Frauen und Kinder in diesem Land.

Der Bundeskanzler sagte heute, wir sollten hier nicht auseinandergehen, ohne daß sich etwas verändert hat. Aber ich frage Sie ehrlich: Was ist denn gewonnen, wenn sich nur auf dem Papier etwas verändert, in den Köpfen aber alles beim alten geblieben ist?

Noch besser fand ich das wundervolle Zitat von Herrn Dr. Schäuble: Kleinmut ist nicht zukunftsfähig. Besitzen wir also doch den Mut dazu, jeder populistischen Strömung zu widerstehen, die uns zwar für einen Moment ein hübsches Etikett bringt, uns auf Dauer aber nicht glaubwürdiger macht. - Danke.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Meine Damen und Herren Delegierte, soweit Sie sich gemeldet haben, darf ich noch einmal bitten, sich kurz zu fassen.

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat Dr. Maria Böhmer das Wort.

Dr. Maria Böhmer: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! „Quote, nein Danke - das schaffen wir schon selbst“, dieses Credo begleitet uns jetzt schon seit mehr als zehn Jahren. Ich höre auch heute immer wieder diese Botschaft. Nur, wie sieht es mit dem Erfolg aus? Wir stehen in einer Situation - ich will sagen - mit dem Rücken an der Wand. 13,9 % Frauen in der Bundestagsfraktion, das ist wahrlich kein Erfolgsergebnis nach zehn Jahren Essen.

(Beifall)

Kaum eine Frau als Kreisvorsitzende und manche Landesverbände ganz ohne weibliche Kreisvorsitzende - auch das ist kein Ergebnis, dessen wir uns rühmen können. Zu den Landesverbänden - Schleswig-Holstein, wie wir heute gehört haben - sage ich: Das sind Ausnahmeerscheinungen, die Mut machen, die aber auf der anderen Seite belegen, daß es dann, wenn wir eine verbindliche Regelung haben, tatsächlich gelingt, daß mehr Qualität und mehr Chancen für gute Frauen in dieser Partei bestehen.

Wenn das Wort Quotenfrau immer wieder genannt wird, dann steht das in einer Tradition. Wir Frauen waren früher in der CDU die Alibifrauen. Da sind wir belächelt worden. Manches Mal sind wir auch liebevoll belächelt worden.

Dann waren wir die Pionierinnen. Das klang schon etwas besser. Das war mit viel Zutrauen verbunden. Aber heute, wo es ernst wird, wo es um Einfluß und Positionen geht, und wo natürlich verbindliche Verfahrensregelungen bedeuten, daß auch Frauen ihren Anteil haben sollen, da wird das Reizwort der Quotenfrau ausgepackt.

Ich verstehe all diejenigen gut, die sagen: Das wollen wir so nicht. Aber dem liegt eine deutliche Fehlinterpretation zugrunde. Quote und Qualität, das verbindet sich sehr wohl und schließt sich nicht aus.

Ich hoffe, daß wir heute in der Tat Mut haben, nämlich Mut, für den die CDU immer gut war, wenn es um notwendige Reformen und auch das notwendige Stück Selbstkritik ging. Wenn wir heute nicht unter Beweis stellen, daß wir auf dem Weg sind, die notwendigen strukturellen Reformen einzuleiten, wenn wir dies nicht schaffen, dann fürchte ich, daß wir morgen eine Partei sein werden, in der wir Frauen suchen müssen.

Also: Haben wir den Mut, und sagen wir ja zu dieser Verfahrensregelung.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön, Maria Böhmer. Frau Tonia Meyer, Sie haben das Wort.

Tonia Meyer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin 22 Jahre alt und komme aus Minden/Westfalen. Ich verspreche Ihnen auch, es kurz zu machen. Ich kann nicht verstehen, was das ewige Gejammerge einiger Frauen soll, man werde in der CDU nicht ernstgenommen.

Ich persönlich habe jedenfalls die Erfahrung gemacht und dies auch in meinem Kreisverband beobachten können, daß man als Frau, gerade als junge Frau, sehr gute Chancen und Möglichkeiten hat, etwas in der CDU zu erreichen.

Natürlich muß man dafür Können und Durchsetzungsvermögen mitbringen. Aber in welchem Lebensbereich außerhalb der Politik muß man das denn nicht?

Ich bin entschieden gegen diese Quote, weil wir Personen nach Qualifikation und nicht nach ihrem Geschlecht beurteilen sollten.

(Beifall)

Ich jedenfalls möchte nicht in ein Amt gewählt werden und hinterher von allen Männern mit einem Gönnerblick bedacht werden, und zwar nach dem Motto: Ja, ja, unsere Quotenfrau. Das Problem liegt doch woanders. Tatsache ist, daß wir generell zuwenig aktive Frauen in der CDU haben.

(Beifall)

Daß wir uns alle mehr Frauen in der Politik wünschen und dafür auch alle etwas tun müssen, dürfte wohl jedem klar sein. Die Quote ist dafür jedoch der falsche Weg.

Unser Vorsitzender, Dr. Helmut Kohl, hat heute morgen gesagt, man solle nicht nur kritisieren, sondern andere Lösungen vorschlagen. Ich glaube, wenn wir heute abend alle mit dem Ziel nach Hause gehen, jeweils mindestens fünf Frauen von diesem Parteitag und der guten Arbeit der CDU zu berichten sowie versuchen, bei ihnen das Interesse zu wecken, aktiv Politik mitzugestalten, dann werden wir wohl mehr Sympathie wecken, als durch eine Quotenregelung, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Unser Ziel muß es sein, den Besten in unserer Partei verantwortungsvolle Mandate zu geben, damit diese für unsere CDU das Beste erreichen können. Was wäre es schade, wenn z.B. qualifizierte Männer in Zukunft auf der Strecke blieben, nur damit unsere Quote eingehalten wird?

(Widerspruch und Beifall)

Ich jedenfalls verzichte darauf, eine Quotenfrau zu sein.

(Beifall)

Lassen wir Frauen uns nicht selber zu Politikern zweiter Klasse abstempeln. Das haben wir nicht im geringsten nötig. Deshalb bitte ich Sie, mit mir entschieden gegen diesen Quotenantrag zu stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Bitte schön, Herr Wulff.

Arne Wulff: Ich hatte eine gute Frau als Vorrednerin.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich nicht darüber unterhalten, wie das Kabinett besetzt worden ist. Ich möchte auch nicht darüber reden, wie das Präsidium besetzt worden ist. Aber, ich glaube, man hätte an dieser Stelle darüber reden können, wenn man einen solchen Antrag vorlegt.

(Beifall)

Es kann mir keiner sagen, daß es diese Möglichkeiten nicht dazu gibt, eine vernünftige Besetzung - ja, fast schon eine paritätische Besetzung - durchzuführen, wenn man keine Papiere oder entsprechende Anträge verabschiedet hat. Ich bin selber Vorsitzender einer Ratsfraktion. Wir sind 16 Mitglieder. Sechs davon sind Frauen. Dies ging ohne jedes Papier; vielmehr einfach durch den persönlichen Einsatz derjenigen, die kandidiert haben.

(Widerspruch)

Liebe Parteifreunde, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen anderen Gesichtspunkt lenken, der hier vielleicht bisher ein wenig zu kurz gekommen ist. In dem Antrag des Bundesvorstands, der ja wohl nie so richtig verabschiedet worden ist, steht folgender Satz:

Demokratie bedeutet auch, daß Frauen und Männer gleichberechtigt am öffentlichen und politischen Leben teilhaben.

Ich glaube, keiner von uns hier im Saal will dies in Frage stellen. Aber ich möchte Ihnen noch etwas anderes sagen: Demokratie bedeutet nämlich auch, daß man wählen kann. Ich denke, das ist überhaupt der Kernsatz in der Demokratie: wählen in der Demokratie, wählen von Personen und Auswahl haben. Es gibt ja in diesem Saal einige - gar nicht so wenige -, die diese Möglichkeit vor fünf Jahren noch nicht hatten und die sehr genau wissen, worüber ich hier rede.

(Zustimmung)

Wählen, Auswahl haben heißt: jemandem sein Vertrauen schenken. Ich denke, das war auch der Grund, weshalb wir gerade eben bei der Wahl der Beisitzer zum Bundesvorstand uns alle Kandidaten und Kandidatinnen haben vorstellen lassen: weil jeder einen persönlichen Eindruck haben wollte, weil jeder wissen wollte: Wem schenke ich nachher mein Vertrauen, wenn ich meine Stimme abgebe?

Diese Auswahl, liebe Parteifreunde, dieses Schenken von Vertrauen kann meines Erachtens nicht geschlechtsspezifisch erfolgen. Diese Auswahl muß nach dem persönlichen Eindruck erfolgen, und deshalb ist es aus meiner Sicht eine völlig unzumutbare Einschränkung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten, ja, der Pflicht, die wir haben, auch innerhalb der Partei eine Auswahl treffen zu können, wenn wir dabei an eine Quote, an eine in Zukunft - Herr Hintze, man mag es jetzt noch als Grundsatzbeschluss darstellen - satzungsmäßig festgestellte Quote gebunden sind.

Das oberste Prinzip, dieses hehre Prinzip der Demokratie, wählen zu können und Auswahl haben zu dürfen, dieses Prinzip, für das einige in unserer Gesellschaft lange gekämpft haben und das in diesem Jahrhundert in unserer deutschen Gesellschaft auch schon erhebliche Rückschläge erlitten hat, das jetzt wieder zur Blüte gekommen ist, sollten wir nicht selber einschränken, indem wir hier solche Beschlüsse fassen, wie sie uns vorgelegt werden. Dieses Prinzip darf keinem Zweck geopfert werden, und nichts anderes wäre es, wenn wir hier diesen Antrag des Bundesvorstandes verabschieden würden.

(Zustimmung)

Nehmen Sie deshalb bitte Abstand von diesem Vorhaben. Versuchen Sie, Frauen durch eigene Leistung und Kraft an der Politik zu beteiligen. Ich weiß auch aus meinen Erfahrungen in der Jungen Union, gerade aus Gesprächen mit sehr jungen Frauen, daß sie alles andere wollen, als unter eine Quotierung zu fallen. Diese jungen Mädchen haben ein ganz anderes Selbstverständnis als manche der älteren Antragstellerinnen, die hier gesprochen haben.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Christa Thoben.

Christa Thoben: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorvorige Rednerin war eine sehr junge Frau. Sie hat hier vorgetragen, daß sie sich diskriminiert fühlen würde, wenn sie irgendwo als Quotenfrau gehandelt würde. Als ich das erstmal für die Junge Union in Westfalen-Lippe für den Landesvorstand der CDU vorgeschlagen wurde, hat sich die damalige Junge Union von meiner Kandidatur versprochen, daß sie nicht mehr nur ein Mitglied im Landesvorstand hat, sondern zwei, weil nämlich der zweite Kandidat die Frau war. Ich muß ganz offen sagen, ich habe mich nicht diskriminiert gefühlt.

(Zustimmung)

Ich habe kandidiert. Es gab damals eine schwierige Klippe, das sage ich auch ganz offen: Das war die Frauen-Union. Die hatte damals Sorge, daß sie sich noch nicht mehr als einen Kandidaten zutrauen könnte; sonst würden sich zwei Kandidaten gegenseitig die Chancen kaputt machen.

Der Landesverband der CDU Westfalen-Lippe war viel klüger. Die Zahl der Frauen wurde um zwei erhöht. Egal, wie man uns nannte: Ich denke, wir haben in der Arbeit des Landesverbandes bewiesen, daß die Partei keinen Fehlgriff getan hat.

(Zustimmung)

Gehen Sie deshalb doch nicht her und entmutigen Sie nicht Frauen dadurch von Kandidaturen, daß Sie ihnen sagen: Hast du das nötig?

(Beifall)

Wer sagt das eigentlich den Männern, die sich pausenlos auf irgendwelche Proporzgedanken berufen und damit ganz gut durchs Leben kommen?

(Beifall)

Für die Partei ist es - und das ist ja eigentlich noch viel spannender - für meine Begriffe beunruhigend, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit ein Stück an uns vorbeigeht. Das hat nichts mit dem Aufgeben traditioneller Werte zu tun, aber es hat etwas damit zu tun, ob wir überhaupt zur Kenntnis nehmen, wie weit die Beteiligung von Frauen in unserer normalen außerparteilichen Gesellschaft längst ist und wie wenige von diesen engagierten Frauen Zugang zu uns finden, weil wir ein Bild abgeben, bei dem man sagt: Ich weiß nicht, ob ich da mitmachen möchte.

(Beifall)

Dann gibt es die Argumentation: Es stimmt zwar alles, was wir da so an Proporz haben und an Gekungel, aber wir haben es wenigstens nicht aufgeschrieben. - Wenn das der einzige Unterschied ist, dann bin ich sehr fürs Aufschreiben, damit sich endlich einmal alle daran halten, nicht nur die wenigen Landesverbände, die begriffen haben, wie bedeutsam das für die Zukunftsfähigkeit der Partei ist.

(Beifall)

Auch die Parteiarbeit wird sich ein Stück verändern, wenn es normaler wird, daß Männer und Frauen auf allen Ebenen in ihr zusammenwirken. Ich denke, wenn wir den Männern die Angst vor der Veränderung dadurch nehmen, daß wir sagen „Das muß man ja nur einmal ein paar Jahre machen, damit sich alle daran gewöhnen“, dann darf doch der Widerstand nicht so groß sein,

(Zustimmung)

es sei denn, hinter der Debatte steckt etwas ganz anderes, nämlich die Vorstellung, es sei ausreichend, wenn 15 % Frauen beteiligt sind. Wenn das dahintersteckt, freue ich mich auf die Debatte im nächsten Jahr!

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön, Christa Thoben. – Das Wort hat Professor Rupert Scholz.

Prof. Dr. Rupert Scholz: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst eine Vorbemerkung machen. Wir sollten hier nicht so tun - bis hin zu dem Eindruck, den wir bei den Medien machen -, als ob wir in dieser Frage eine Diskussion führten, die an das erinnert, was Sozialdemokraten und Grüne spielen, nämlich Ergebnisquoten. Ergebnisquoten sind - das sage ich sehr deutlich - verfassungswidrig. Man kann und darf nämlich - das hat einer der Vorredner hier schon richtig gesagt - niemals, auch nicht mit Quotenregelungen zugunsten des einen oder des anderen, das Wahlrecht beschneiden.

(Beifall)

Nach unserer Verfassung sind auch die Parteien in ihrer inneren Struktur bekanntlich dem Demokratieprinzip verpflichtet. Deshalb ist es meines Erachtens falsch und gefährlich, wenn man den Eindruck erweckt, daß hier über Ergebnisquoten, d. h. im Grunde über vorab bestimmte Wahlergebnisse und damit über diktierte Wahlergebnisse, zu diskutieren oder zu streiten wäre.

(Zustimmung)

Aber, meine Damen und Herren, wir sollten uns den Beschlußentwurf, der uns vorgelegt worden ist, schon genauer ansehen. Er schreibt eindeutig keine Ergebnisquote vor, und das scheint mir entscheidend zu sein. Deshalb braucht sich auch niemand als Quotenfrau oder Quotenmann angesprochen zu sehen. Das ist das Entscheidende!

(Beifall)

Wenn man sich in dem Ziel einig ist - und ich denke, wir sind uns darin einig -, daß wir mehr Frauen für die Mitarbeit in der Partei und in Mandaten gewinnen wollen, dann ist es sicherlich sinnvoll, es nicht bei Appellen zu belassen, sondern sich zu überlegen, was man bei Wahrung demokratischer Grundsätze realisieren kann, aber ich betone: bei Wahrung demokratischer Grundsätze.

Dies ist kein Quotenpapier - ich verstehe es nicht so -, jedenfalls nicht, was die Ergebnisquote angeht. Wenn wir das Papier einmal genau lesen, dann ergibt sich aus

Ziffer 4 sehr deutlich, daß zunächst die übergeordneten Gremien aufgefordert werden, darauf zu achten, daß bei der Aufstellung von Wahlkreis kandidaten Frauen zu einem Drittel vertreten sind. Das hat nichts anderes als Vorschlagscharakter. Es kann nicht mehr haben; mehr ist nicht möglich. Aber daß führende Gremien in der Partei aufgefordert werden, darauf zu achten, zu empfehlen oder darum zu ersuchen - wie immer Sie das nennen wollen -, daß verstärkt Frauen aufgestellt werden, das ist nicht nur legitim, sondern sogar geboten.

Zweitens. „Listenvorschläge für Mandate“ - das ist eine etwas komplizierte Formel. Man kann das vielleicht noch ein bißchen deutlicher formulieren. Den entscheidenden Satz möchte ich hier aber noch einmal ausdrücklich vorlesen:

Die Freiheit zur Einzelkandidatur in der Aufstellungsversammlung auf jedem Platz wird davon nicht berührt.

Meine Damen und Herren, das heißt nichts anderes, als daß wiederum ein Vorschlagsquorum da ist. Das ist durchaus legitim. Es handelt sich nicht um eine Ergebnisquote, und es liegt auch keine Beschränkung des Wahlrechts vor. Das heißt, es kann tatsächlich passieren, daß eine Frau einen Mann schlägt, um eines der klassischen Beispiele zu nennen, die uns heute hier schon vorgeführt worden sind, wenn die Frauen längst in der Mehrheit sind und ein Mann wagt, dagegen zu kandidieren und auch zu gewinnen. Das ist in Ordnung, und zwar auch rechtlich. Das ist verfassungsmäßig, weil das Demokratieprinzip gewahrt bleibt.

Ich habe mich in der Öffentlichkeit zunächst kritisch geäußert. Ich will das auch hier noch einmal deutlich sagen. Ich habe davon gesprochen, daß wir uns nicht in eine Diskussion und eine Debatte verstricken dürfen, die die SPD und die GRÜNEN geführt haben und bei der sie letztlich gescheitert sind. Diese Debatte bezog sich auf die Ergebnisquote, die in letzter Konsequenz verfassungswidrig ist, weil sie das Wahlrecht und das Demokratieprinzip in unzulässiger Weise beschneidet.

Meine Damen und Herren, was uns jetzt hier vorliegt, ist dies alles nicht, weil das Prinzip der Einzelkandidatur ausdrücklich gewahrt bleibt.

(Zurufe)

- Wie bitte? Lieber Herr Claussen, das ist nicht der Fall. Es ist eindeutig gewährleistet, daß die Einzelkandidatur bestehen bleibt. Das ist entscheidend. Aus diesem Grunde sage ich auch sehr deutlich, daß ich diesem Antrag zustimmen werde.

(Beifall)

Ich werde ihm zustimmen, weil seine Zielrichtung richtig ist und weil er im Ergebnis ausgewogen und besonnen formuliert ist. Ich sage ausdrücklich „besonnen“. Ich möchte Sie alle bitten: Lassen wir in der weiteren Diskussion den Begriff „Quote“, wenn Ergebnisquote damit gemeint ist, beiseite. Das vorliegende Papier ist kein Quotenpapier, und deshalb ist es in Ordnung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Als nächste hat Christine Mühlhausen das Wort. Danach haben Ute Karger und Monika Beck das Wort. Bitte schön, Frau Mühlhausen.

Christine Mühlhausen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen es - wir haben es heute schon viele Male gehört -: Das Ziel unserer Parteitagsbeschlüsse von 1985 an haben wir nicht erreicht, den Frauenanteil an Ämtern und Mandaten auf freiwilliger Basis so weit zu erhöhen, bis er dem Frauenanteil an der

Mitgliedschaft entspricht. Warum haben wir dieses Ziel nicht erreicht? Wir haben keine Wegbeschreibung vorgenommen. Wir sind uns alle einig über das Ziel: Die Gleichberechtigung in der Partei und Politik müssen wir verwirklichen.

Meine Damen und Herren, wir wissen aber auch alle: Viele Wege führen nach Rom. Nun gibt es den beschaulichen, extrem langsamen Weg über die Alpen und den extrem rasanten Weg mit dem Flugzeug. Es gibt aber auch sehr viele Varianten dazwischen. Alle Wege führen zum Ziel. Für das Ziel benötigt man aber auf jeden Fall Wegbeschreibungen.

Nun schlägt uns der heutige Entwurf den rasanten Weg der Quotierung vor. SPD und GRÜNE haben gezeigt, daß die Quotierung ein sehr wirksames Instrument zur innerparteilichen Karrieresteuerung ist. Doch wir wissen auch, daß die Quotierung weder ein Instrument ist, um den Frauenanteil in unserer Mitgliedschaft automatisch zu erhöhen - eben dies haben wir aber dringend nötig -, noch ein Instrument ist, um unsere Partei für unsere Wählerinnen attraktiver zu machen, denn bei letzterem zählt doch Motivation durch Inhalte.

Wir wissen auch: Eine Quotierung ist auch ein Instrument der Ungleichbehandlung. Weil ich die Ungleichbehandlung all die Jahre verurteilt habe, kann ich nicht heute eine Ungleichbehandlung für die andere Seite fordern.

(Beifall)

Ich halte es für bedenklich, im Eiltempo und kurz nach der Bundestagswahl heute einen Grundsatzbeschluß zur Quotierung in Form eines Quorums zu fassen und damit allen anderen Parteigremien eine Ein-Drittel-Quotierung im Vorfeld vorzuschreiben bzw. aufzudrängen.

(Beifall)

Wenn wir uns heute für eine Quotierung entscheiden, ist der Aufruf an die Basis zur Diskussion, wie er unter Ziffer 1 des Antrages enthalten ist, meines Erachtens nur noch eine Farce.

(Beifall)

Ich halte es außerdem für nicht vertretbar, einen Frauenanteil von mindestens einem Drittel für alle Parteiämter und Mandate festzulegen, wenn nicht gleichzeitig Instrumente geschaffen werden, um auch einen Frauenanteil von mindestens einem Drittel in der Mitgliedschaft zu erreichen.

(Beifall)

Ich halte auch die im Entwurf vorgesehene Kann-Regelung für die Aufstellung von Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten und die Muß-Regelung für die Listenaufstellung für nicht vertretbar, vor allem wenn diese Regelungen erst ab Kreisebene gelten sollen, weil wir weiter unten einen zu geringen Frauenanteil haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, Regelungen sind nur logisch und wirkungsvoll, wenn sie von unten nach oben einheitlich gelten. Der politische Einstieg beginnt doch, wie Sie alle wissen, in der Regel in den Orts- und Gemeindeverbänden. Gerade in den Ratsfraktionen haben wir doch - bis auf wenige Ausnahmen - einen sehr geringen Frauenanteil.

Meine Damen und Herren, was unsere Partei dringend braucht, ist eine Erneuerung unseres Organisations- und Führungsstils auf allen Parteebenen, und zwar hin zu einem unternehmerischen Stil.

(Vereinzelt Beifall)

Wir reden heute über das Thema der Erneuerung. Wir können nicht den Organisations- und Führungsstil der vergangenen 20 Jahre beibehalten, sondern müssen ihn endlich den heutigen Anforderungen anpassen. Jedes Wirtschaftsunternehmen weist einen Leistungs- und Eignungskatalog für gewisse Qualifikationen vor. Wichtige Merkmale sind dabei, wie Sie alle wissen, Lebenslauf, beruflicher Werdegang, Organisationsfähigkeit und vor allem als heute wichtigste Eigenschaften Motivation, Kreativität und Kommunikationsfähigkeit. Deshalb meine ich, daß Leistungs- und Eignungsmessung das bestgeeignete Instrument ist, um das Ziel der Gleichstellung und Gleichbehandlung zu erreichen und damit den Frauenanteil an Parteiämtern und Mandaten deutlich zu erhöhen. Allerdings muß dazu auch ein verbindliches Verfahren entwickelt werden, das in der Satzung verankert werden muß.

Liebe Parteifreunde, Sie haben heute auch gesehen, daß es an leistungsfähigen und dynamischen Frauen in unserer Partei nun wirklich nicht mangelt. Im Ziel sind wir uns doch alle einig. Vergessen wir aber nicht, daß der Weg zum Ziel auch im Einklang mit unseren Wertevorstellungen stehen muß. Wenn wir uns heute für den Weg der Quotierung entscheiden, haben wir auf dem nächsten Parteitag keine Möglichkeit, einen neuen Weg zu suchen. Ich bitte Sie deshalb, heute keine Entscheidung für die Quotierung zu treffen. Geben Sie allen Parteigremien die Möglichkeit, den besten Weg zu suchen und zu finden. Eine Quotierung ist immer nur eine Notlösung. Wir haben bisher nie eine Wegbeschreibung vorgenommen, um unser Ziel zu erreichen. Wenn man sich mit einer Krücke auf den Weg begibt, besteht leider oft die Gefahr, daß man das Ziel nicht erreicht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Jetzt hat Frau Karger aus Thüringen das Wort. Danach folgt Monika Beck aus dem Saarland. Darf ich alle folgenden Rednerinnen und Redner bitten, möglichst kurz zu sprechen.

(Beifall)

Ute Karger: Jawohl, ich denke, daß von den Vorrednern schon sehr viel gesagt worden ist. Ich möchte aber doch noch einiges bemerken. Nichts Menschliches ist mir fremd: Ich verstehe viele Beweggründe, wieso heute so diskutiert wird. Ich möchte eine Bemerkung unseres Herrn Bundeskanzlers von heute vormittag an den Anfang setzen. Er hat gesagt, ein Grundpfeiler der Demokratie seien freie und geheime Wahlen. Ich danke meinem Schöpfer auf Knien, daß dies für mich möglich ist.

(Beifall)

Ich kann deshalb auf keinen Fall – egal, wie heute die Diskussion ausgeht oder wie sie beim nächsten Bundesparteitag ausgeht – einer satzungsrechtlich verankerten, wie auch immer genannten Aufteilung von Ämtern und Mandaten zustimmen.

(Beifall)

Ich möchte Herrn Scholz widersprechen, der sagt: Es ist alles in Ordnung für einen Juristen. Ich lese unter Punkt 3:

Bei allen gemeinsam durchzuführenden Wahlen muß auf jedem Stimmzettel mindestens je ein Drittel der Stimmen für Frauen und Männer abgegeben werden.

Mein Wahlrecht ist eingeschränkt. Ich muß ein Drittel Frauen oder ein Drittel Männer wählen, damit mein Stimmzettel gültig ist. Dies kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall)

Ich möchte aber auch noch zu den Inhalten kommen. Ich bin froh, wenn sich in den neuen Bundesländern ein Mann oder eine Frau findet und die Probleme angeht. Mir ist, wie gesagt, das Geschlecht wirklich egal. Es ist wichtig, die Sachthemen zu lösen, die Probleme, die in so großer Zahl anstehen, anzugehen, mit Ideen und Engagement zu bewältigen.

(Beifall)

Ich sehe einfach keine Notwendigkeit, nun zu sagen: Du darfst nicht, weil du das verkehrte Geschlecht hast. Das kann kein Mensch nachvollziehen.

Mir tut es leid, daß einige Damen aus den Altbundesländern schlechte Erfahrungen gemacht haben. Ich kann das nicht beeinflussen; es ist halt so.

Aber ich spreche hier für einen Großteil junger Frauen maßgeblich aus den neuen Bundesländern. Wir sehen unsere Mitarbeit in der Partei, unsere Zukunft in der Partei anders. Wir sehen sie aktiver; wir wollen es anders angehen. Ich bitte, daß wir dafür die Möglichkeit erhalten, ohne uns bei einem Mandat leider doch zu rechtfertigen und ohne daß wir im Nachgang immer wieder sagen müssen: Bitte, akzeptiere meine Meinung und meinen Fachinhalt, den ich herüberbringe, und akzeptiere nicht, daß ich nur eine Frau bin.

Ich bitte, auch zur Kenntnis zu nehmen, daß der Landesverband Thüringen vorgestern einen Beschluß über die Quote gefaßt hat. Das heißt, der Landesverband Thüringen hat keinen Beschluß für die Quote gefaßt. Sie ist mit fünf Stimmen Mehrheit abgelehnt worden.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte eine geschäftsleitende Bemerkung machen: Es liegen erneut ca. 40 Wortmeldungen vor. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß Sie damit einverstanden sind, daß weitere Wortmeldungen nicht entgegengenommen werden.

(Beifall)

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Ganz wenige Gegenstimmen. Dann ist das so beschlossen.

Frau Beck, Sie haben das Wort, danach Nico Gallandt aus Schleswig-Holstein, und danach Annette Widmann aus Baden-Württemberg. - Bitte schön, Frau Beck.

Monika Beck: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Auf dem letzten Bundesparteitag in Hamburg haben wir folgenden Beschluß gefaßt:

Dem Bundesvorstand der CDU wird aufgegeben, satzungsrechtliche Verfahrensvorschriften für parteiinterne Wahlen und für Kandidatenaufstellungen zu erarbeiten. Diese Verfahrensregelungen sind dem Bundesparteitag im Spätherbst 1994 zur Beschlußfassung vorzulegen.

Ich stelle fest: Dieser Beschluß, den wir mit ausdrücklicher Unterstützung unseres Bundeskanzlers auf dem Bundesparteitag in Hamburg gefaßt haben, ist nicht umgesetzt. Wir haben heute einen Antrag vorliegen, der weit dahinter zurückgeht.

Damit bei Ihnen kein falscher Eindruck entsteht: Hier steht keine frustrierte Feministin vor Ihnen, sondern eine Mutter von sechs Kindern

(Vereinzelt Beifall)

und eine Politikerin, die der Landtagsfraktion im Saarland angehört, die einen Frauenanteil von fast 40 % vorweisen kann.

(Beifall)

Ich möchte mich heute an die jungen Männer und insbesondere an die jungen Frauen in unserer Partei wenden. Ich akzeptiere, wenn Sie sich gegen die Quote aussprechen. Was mich stört, ist die Argumentation, mit der Sie das tun.

(Beifall)

Ich zitiere aus einer Presserklärung der Jungen Union Saar:

Abgelehnt werden von der CDU-Jugendorganisation die sogenannten Alibifrauen.

Ja, meine jungen Menschen, merken Sie denn nicht, wie Sie Generationen von CDU-Frauen damit abqualifizieren?

(Beifall)

Diese Alibifrauen haben Ihnen den Weg bereitet.

(Beifall)

Ihre Überzeugungsarbeit hat es erst möglich gemacht, daß Sie heute politische Karriere machen können.

(Beifall)

Sie berufen sich auf Ihre Leistungen. Sie sind vielleicht 28 Jahre alt und haben Erfolg. Was haben Sie vorzuweisen? Sie haben sich politisch engagiert, und Sie haben eine qualifizierte Berufsausbildung.

Als ich 28 Jahre alt war, hatte ich Verantwortung für vier Kinder und für ein eigenes Unternehmen. Ich kenne viele, viele Frauen in unserer Partei, die ebenfalls diese Doppelbelastung bravourös gemeistert haben. Ich lasse nicht zu, daß Sie sich in Ihrer Argumentation so verächtlich über diese Frauen äußern.

(Beifall)

Einen Satz zum Schluß: Liebe Delegierte, diesem Antrag, der heute zur Abstimmung steht, können Sie unbekümmert zustimmen; denn dieser Antrag ist kein explosiver Tigger im Tank, dieser Antrag ist ein zahnloser Löwe.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Herr Gallandt, danach Frau Widmann, danach Herr Mitsch.

Nico Gallandt: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, daß ich nach dieser Vorrednerin sprechen darf. Ich komme mit meinem zweiten Aspekt nämlich genau auf diesen Punkt zurück, daß wir hier zum Teil sehr umfangreich Symptome diskutieren, aber vielleicht auch ein bißchen an die Ursachen denken sollten, warum wir eigentlich die Probleme mit bestimmten Bevölkerungsgruppen, Frauen, jungen Menschen und vielleicht auch Werktätigen haben. Ich denke, die letzten beiden Gruppen darf man in dieser Partei nicht ganz vergessen; denn auch da haben wir strukturelle Defizite.

Aber eine Bemerkung vorweg: Es zeigt sich, daß es doch ein Defizit in dieser Diskussion ist, daß wir einen Antrag diskutieren, der ganz offensichtlich vielen Delegierten in seinem Wortlaut erst im Laufe der Debatte gegenwärtig geworden ist. Wer traut sich denn schon, einem Rupert Scholz in seiner rechtlichen Würdigung der Formulierungen zu widersprechen? Es ist ein bißchen schwierig in dieser Partei, aber ich will es trotzdem tun, meine Damen und Herren.

Rupert Scholz hat natürlich recht, wenn er sagt, daß es hier juristisch um ein Vorschlagsquorum und nicht um ein Ergebnisquorum geht. Ich glaube, drei Redebei-

träge vor mir hat eine junge Delegierte den Punkt 3 kritisiert, wo es nämlich heißt, daß jeweils ein Drittel der Stimmen für Frauen und Männer abgegeben werden muß. Das wird natürlich auch eingeschränkt, und darauf hebt Rupert Scholz mit dem Schlußsatz ab: Das Auswahlrecht muß gewährleistet bleiben.

Nur, lieber Rupert Scholz, was für Juristen ausgewogen ist, taugt in der politischen Diskussion nicht, um tatsächlich das zu befördern, was man wirklich will.

(Beifall)

Ich denke, daß uns eine solche schlaue Formulierung hier in der Beschlußfassung auf brüchiges Eis führt, was wir am Ende vielleicht alle bereuen.

Insofern muß ich ganz ehrlich sagen, daß die Formulierung im Punkt 3 ein deutliches politisches Signal ist, daß wir politisch bei einem Ergebnisquorum landen, wie clever das Ganze juristisch auch verpackt sein mag.

Liebe Freunde, das ist ein Punkt, den ich persönlich ablehne. Deswegen bin ich auch gegen diesen Antrag.

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt aufgreifen: Wir beklagen uns in der Diskussion, denke ich, alle gemeinsam darüber, daß wir zuwenig Frauen, zuwenig junge Frauen, nach meinem Dafürhalten insgesamt auch zuwenig junge Menschen in unseren politischen Gremien haben, und wir wollen das verbessern.

Mir fehlt allerdings in der Diskussion der Ansatz: Warum haben wir eigentlich zuwenig Frauen und zuwenig junge Menschen in dieser Partei?

Liebe Parteifreunde, die Lebenswirklichkeit von Frauen und insbesondere von jungen Familien - letzteres kann ich als Vater von zwei kleinen Kindern beurteilen - verträgt sich schlichtweg nicht mit unseren politischen Arbeitsformen. Freiräume für politisches Engagement müssen zu Lasten der Familie gehen. „Vorfahrt für Kinder“, wie es heute vom Bundeskanzler gefordert wurde, ist hier Makulatur.

Sitzungen in Abendstunden, notwendige telefonische Abstimmung zur gleichen Tageszeit; die Notwendigkeit, errungene Ämter durch ständige Präsenz auf allen politischen Ebenen abzusichern, letztlich Bundesparteitage, die, wenn man an ihnen teilnimmt, ein Loch von 500 bis 1000 DM in das Familienbudget reißen, sind Hürden, die keine Quote beseitigt.

(Beifall)

Deswegen möchte ich aus der Zeitung „Frauen und Politik – Politik weiblich“, die ich hier heute bekommen habe, zitieren. Darin sagt Frau Dr. Maria Böhmer, Mitglied des Bundestages – ich zitiere -: „Abschließend betont die Autorin, daß die beste Frauenförderlinie nichts hilft, wenn nicht bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Politik geschaffen würden“; ich ergänze: wenn Familie und Politik – nicht nur Familie und Beruf – nicht besser miteinander vereinbart werden und wenn wir nicht neue Politikformen, neue Veranstaltungsformen finden, die es auch jungen Müttern ermöglichen, ihre Probleme in dieser Partei zu artikulieren.

Ich denke, wir haben in dieser Partei mit der Förderung von Frauen auf einem ganz anderen Weg eigentlich große Erfolge errungen. Es gab eine Zeit, in der unser Bundesvorsitzender persönlich Verantwortung dafür übernommen hat, daß qualifizierte Frauen, die die sogenannte Ochsentour nicht durchgemacht haben, in Mandaten etabliert wurden. Beispielgebend nenne ich hier Rita Süßmuth und Angela Merkel; die Liste ließe sich beliebig weiter fortsetzen, wenn die Zeit nicht so begrenzt wäre.

Meine Damen und Herren, warum sind wir diesen Weg eigentlich nicht konsequent weitergegangen? Die Verantwortung für eine vernünftige Frauenförderung ohne Frauenquote liegt ohne Zweifel beim Bundesvorsitzenden, bei den Landesvorsitzenden und bei den Kreisvorsitzenden mit gegenseitiger Rechenschaftspflicht, wenn über irgendwelche Listen abgestimmt wurde, die nicht genügend Namen von Frauen enthielten. Das ist im Kern das schleswig-holsteinische Modell, das ich allen empfehlen kann. Dann ersparen wir uns eine Quote, die unserer Arbeitsebene in den Ortsverbänden um die Ohren gehauen wird, weil diese armen Mandatsträger nicht die Spur einer Chance haben, die hochgezogenen Erwartungen tatsächlich zu erfüllen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön! – Frau Widmann.

Annette Widmann: Liebe Frau Karwatzki! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Sie werden vielleicht etwas überrascht sein, daß Sie jetzt auch einmal eine Frau hören, die jung ist und die für die Quotierung ist. Sie ist auch nicht frustriert, sondern sie fühlt sich ganz wohl in der CDU.

(Beifall)

Ich habe heute schon sehr, sehr viel davon gehört, wie unwürdig die Quote für die Frauen doch sei. Ich gebe diese Bemerkung ganz bewußt in die Partei zurück. Ich kenne in Baden-Württemberg – ich komme von dort – niemanden, der es bisher als entwürdigend empfunden hätte, als er in der Vergangenheit über unsere Bezirksverbandsquote, die bei uns übrigens satzungsrechtlich festgeschrieben ist, auf der baden-württembergischen Landesliste aufgestellt und unter Umständen schließlich in den Bundestag gewählt wurde. Ich habe hier noch nichts davon gehört, daß sich unsere männlichen Parteifreunde deswegen schlecht oder weniger qualifiziert gefühlt hätten.

(Beifall)

Quoten sind auch nicht unwürdig für Frauen. Unwürdig ist vielmehr die Situation, die in unserer Partei zehn Jahre nach Essen besteht. Das ist unwürdig.

(Beifall)

Wenn ich mir vor Augen führe, was mein Vorredner gesagt hat, daß es doch nur darauf ankomme, daß wir gute Vorsitzende hätten, die nach Frauen schauten, dann muß ich sagen: Natürlich klappt es hervorragend, wenn wir einen Mann gefunden haben, der uns nach vorne befördert; nur, wir Frauen wollen alleine nach vorne kommen und nicht immer einen schützenden Vordenker für uns haben. Wir wollen eine eigene und eigenständige Chance haben, unsere Qualifikation in Ämtern und Mandaten beweisen zu können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht auch nicht nur um Mandate für Frauen. Ist die strukturelle Mehrheits- und Zukunftsfähigkeit für die CDU erst einmal verspielt, dann gibt es auch für unsere männlichen Kollegen keine Mandate mehr, die sie dann eventuell an weibliche CDU-Mitglieder verlieren können.

(Beifall)

Die Quote ist nämlich eine Chance für die gesamte Partei, deren Zukunft zu sichern. Viele fragen: Ist die Quote das richtige Mittel, um mehr Frauen für die Partei zu motivieren und sie attraktiver zu machen? Wir müssen immer sagen – das hat mein Vorredner auch gesagt -, daß für junge Menschen Inhalte das Wichtigste in bezug auf

die Attraktivität der Partei sind. Inhalte werden aber von Persönlichkeiten transportiert; Probleme werden von Persönlichkeiten thematisiert, und es werden Lösungen erarbeitet. Inhalte und Personen gehören untrennbar zusammen. Wenn wir das Wort, daß wir eine Volkspartei sind, ernst nehmen, dann brauchen wir mehr Frauen in Gremien und Funktionen, d.h. wir brauchen auch eine kritische Größe. Wenn heute morgen gesagt wurde, 30 Prozent seien eine willkürliche Größe, dann erwidere ich: Ab einem Anteil von 30 Prozent merken Frauen, daß sie nicht allein sind. Sie finden Unterstützung von Frauen, wenn es darum geht, ihre Interessen, ihre Erfahrungen und Sichtweisen in der Partei zu artikulieren.

(Beifall)

Daß dies in unserer Partei bisher zu kurz gekommen ist, konnten Sie alle sinnbildlich in der Vorphase des Bundestagswahlkampfes erleben. Wenn Sie den Uid einmal aufmerksam gelesen haben, dann werden Sie festgestellt haben, daß darin eine Musterrrede für Bundestagsabgeordnete enthalten war. Diese kann nur ein Mann geschrieben haben; denn die Erfahrungen aus der Familie und aus der Beschäftigung mit den Kindern, die dort geschildert werden, können nicht von einer Frau stammen.

(Beifall)

Quotierungen sorgen dafür, daß Frauen motiviert sind. Sie fördern ihr Interesse für Politik, weil sie nicht allein sind, weil ihre Themen ernst genommen werden und weil sie ihre Probleme artikulieren können. Sie fühlen sich nämlich dann wohl, wenn sie sich in der CDU inhaltlich und personell vertreten fühlen.

Ich fordere Sie heute sehr, sehr dringend auf, diesem Antrag zuzustimmen. Es gibt nämlich sehr viele junge Frauen draußen, die darauf warten, daß wir dieses Signal endlich – zehn Jahre nach Essen – setzen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank! – Herr Mitsch.

Alexander Mitsch: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich werde versuchen, mich etwas kürzer als meine Vorrednerin zu fassen und das Quotenproblem im Kern zu betrachten.

Leider – das bedauere ich sehr – hat sich die Diskussion über eine stärkere Mitbeteiligung von Frauen in der CDU heute sehr stark auf eine Diskussion für oder gegen die Quote beschränkt. Ich hätte mir gewünscht, daß etwas mehr Zeit bestanden hätte, um mit etwas mehr Einfallsreichtum alle Möglichkeiten zu diskutieren.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt nämlich – das wissen Sie als Personen von der Basis – vielerorts einige Modelle, und es gibt auch gute Erfahrungen, wie man auch ohne Quote eine sehr gute Beteiligung erreichen kann.

Die Quote, über die wir heute diskutieren, wird in der Praxis letztendlich dazu führen, daß, wenn es darauf ankommt, im Zweifelsfall die Zusammensetzung der Chromosome darüber entscheidet, ob ein Kandidat gewählt wird oder nicht, ob er qualifiziert wird oder nicht. Ich halte die Entscheidungsregel nach dem Motto: „Eins, zwei, drei, jetzt muß eine Frau herbei“ für bedenklich. Sie schränkt das Recht des Delegierten ein. Ich denke, eine Partei, die sich immer dagegen ausgesprochen hat, wenn es darum ging, Scheinwahlen zu verurteilen, sollte sich sehr gut überlegen, ob sie diesen Schritt in die falsche Richtung gehen will.

Die Quote geht am eigentlichen Problem vorbei. Es wird uns mit einer Quote nicht gelingen, unseren Mitgliederanteil zu steigern. Es wird uns nicht gelingen, mehr Frauen zu gewinnen, die kandidieren. Das eigentliche Problem besteht doch nicht darin, daß die Frauen heute im allgemeinen nicht gewählt werden, sondern darin, daß in den Kreisverbänden und darüber hinaus meistens leider nicht genügend Frauen zur Verfügung stehen, die kandidieren.

(Vereinzelt Beifall)

Die Quote ersetzt letztendlich eine – die bestehende – Ungerechtigkeit durch eine andere. Ich darf Sie herzlich bitten und ermuntern: Setzen Sie sich in Ihren Kreisverbänden, in Ihren Bezirksverbänden an der Basis für die Belange der Frauen ein, aber sagen Sie nein zu dieser Quote! - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Rita Süßmuth.

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute morgen gehört, daß wir eigentlich eine Partei des Fortschritts, der Zukunft, der Erneuerungsfähigkeit seien. Wenn ich mir die Diskussion heute nachmittag vor Augen führe, dann haben wir alle Schwierigkeiten, uns nur einen Schritt nach vorn zu bewegen, um alte Probleme endlich zu lösen.

(Beifall)

Wir sind uns im klaren darüber: In wenigen Jahren geht ein Jahrhundert zu Ende. Ich sehe nicht, wie wir die Bilanz über Aussagen, die wir 1985 in Essen getroffen haben – schon spät genug -, am Ende dieses Jahrhunderts sei die Gleichberechtigung voll verwirklicht, aufweisen wollen. Im Gegenteil: Neben den ermutigenden Beispielen gibt es vielerorts erhebliche Rückschritte und nicht Fortschritte. Es gibt nur ganz wenige Landesverbände, in denen wir Frauen als Kreisvorsitzende haben. Ich nenne als Beispiel Hessen. Schauen wir uns die neuen Ländern an. Es ist gesagt worden: Wir jungen Frauen kommen auch so voran. Die Tatsachen sprechen dagegen. Die Fakten, ob in den Landtagen oder in den Gemeinderäten, zeigen: Das Gegenteil ist der Fall.

Es wird gesagt: Können und Durchsetzungsvermögen müssen entscheiden. Da muß ich Ihnen entgegen: Wenn es nach dem Können und der Qualifikation von Frauen ginge, müßten wir heute nicht um ein Drittel streiten, sondern dann ginge es um gleiche Beteiligung von Frauen und Männern. Denn Frauen sind nicht weniger qualifiziert als Männer.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke, daß gerade unsere Partei, die immer dafür eingetreten ist, daß Frauen auch in der Familientätigkeit ihre Kompetenzen erwerben, die Qualifikation nicht an der Zahl der Berufsjahre festmachen darf.

(Vereinzelt Beifall)

Ich halte das für außerordentlich wichtig. Deswegen ist das nicht einfach eine Frage des Geschlechts oder eine „Chromosomenfrage“, wie es vorhin hieß. Die Frage der Beteiligung von Frauen und Männern ist zutiefst eine Frage der Demokratie. Ich hätte mir gewünscht, daß die Männer in den letzten Jahrzehnten auf die Barrikaden gegangen wären, weil die Demokratie in bezug auf die Beteiligung der Frauen solch ein Defizit aufwies.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann nicht angehen, daß wir einen Männeranteil von 85 % für demokratisch halten und eine Drittelbeteiligung für einen Angriff auf die Demokratie. Das Gegenteil muß uns eigentlich in Unruhe versetzen.

(Beifall)

Das zweite, was ich sagen muß: Wenn es hier darum geht, die Frauen in die Riege der Quotenfrauen zu stellen und Quote und Qualifikation gegeneinanderzusetzen, zu sagen, es ginge nicht um mehr Beteiligung, sondern um bessere Arbeit, dann kann ich Ihnen nur erwidern: Warum nehmen Sie zwei Felder, die zusammengehören, auseinander? Ich habe immer gesagt, ich bin gegen die Quote.

(Vereinzelt Beifall)

Aber ich habe auch den Satz geprägt: Wer die Quote nicht will, muß die Frauen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Ergebnisse in unserer Bundestagsfraktion ermutigen mich nicht. Wir sind weniger als beim letzten Mal. Wir waren 50 und sind noch 41, während andere ganz erheblich zugenommen haben.

Ich muß nochmals betonen: Wer glaubt, nur die Formen der Arbeit erhöhen den Anteil, auch wenn die Frauen nicht sichtbar sind, der hat falsche Erwartungen. Es gibt ein Wechselspiel zwischen mehr Beteiligung und Veränderung der politischen Arbeit und anderen Themen. Wenn wir in den letzten Jahrzehnten mehr Frauen in unserer Arbeit gehabt hätten, wären die Fragen der Familie, der sozialen Sicherung von Frauen oder der Anerkennung der Frauenarbeit in der Familie ein großes Stück weiter, als es heute der Fall ist.

(Vereinzelt Beifall)

Das betrifft auch Wohn- und Raumordnungsfragen. Deswegen gehören diese beiden Dinge zusammen.

Wer meint, er könne weitere zehn, zwanzig Jahre mit den Vorstellungen, die Essen 1985 entwickelt hat, warten, bis es zu Ergebnissen kommt, der muß sich fragen, ob bis dahin auch die letzten Frauen das Weite gesucht haben. Denn in den vergangenen Jahren haben wir insbesondere in der Altersgruppe 25 bis 44 Jahre ganz erheblich verloren.

Was weltweit längst erledigt ist, sollte uns nicht länger in endlosen Diskussionen beschäftigen. Es kommt darauf an, daß wir die eigenen Probleme und die Weltprobleme partnerschaftlich lösen und nicht darüber diskutieren, ob wir überhaupt Frauen brauchen und ob die Beteiligung über ein verbindliches Verfahren das Richtige ist. Warum haben Sie eine solche Angst vor einem Drittel Frauen, wenn Sie immer noch zwei Drittel zur freien Auswahl haben? Ich frage mich, wo Ihr Selbstbewußtsein ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich appelliere an Ihr Demokratieverständnis, die qualifizierten Frauen zu beteiligen. Bewerbungen gibt es genug. Auch bei der letzten Bundestagswahl gab es ein Drittel mehr Bewerbungen. Die hätten zu guten Ergebnissen führen können, wenn es verbindliche Verfahren gegeben hätte. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Rita Süssmuth. Mir liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor. Siegfried Kauder aus Baden-Württemberg, Sie haben das Wort.

Siegfried Kauder: Meine Damen und Herren, die Diskussion gehört zur Demokratie wie das Wasser zum Schwimmen. Aber ich hoffe, daß Sie sich, ohne an meinem Demokratieverständnis zu zweifeln, meiner Auffassung anschließen. Ich finde, die Meinungen sind ausgetauscht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich beantrage deshalb den sofortigen Abschluß der Debatte über diesen Tagesordnungspunkt.

(Vereinzelt Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Der Herr Bundesvorsitzende hat das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich denke, wir sind vernünftig genug, um die Geschäftslage ruhig miteinander besprechen zu können. Nach dem, was ich gerade höre, besteht die gute Chance, daß wir in ungefähr 15 Minuten das Ergebnis der Wahlen hören. Wenn es stimmt, was ich gehört habe, sieht es so aus, daß wir nur eine einzige Stichwahl durchführen müssen. Das heißt, wir werden nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses sofort zu dieser Stichwahl kommen können. Logischerweise kann sich dann kein dritter Wahlgang ergeben.

Zum zweiten haben wir, wenn ich es richtig sehe, noch 30 Wortmeldungen. Das heißt, selbst wenn Sie die Redezeit auf zwei Minuten begrenzen, dauert es noch eine gute Stunde – wobei jeder weiß, wie das mit den zwei Minuten in Wahrheit ist. Wir haben uns darüber hinaus noch wenigstens kurz mit einem wichtigen Antrag zu befassen: zur Situation im früheren Jugoslawien. Ich bin nachdrücklich dafür. Ich hoffe, daß ihn Christian Schwarz-Schilling für die Antragskommission begründet. Wir können nach diesem Parteitag nicht auseinandergehen, ohne zu diesem Thema ein Wort gesagt zu haben.

(Beifall)

Dann, meine Damen und Herren, möchte ich als Vorsitzender, den Sie soeben so freundlich wiedergewählt haben, nicht in die mißliche Lage kommen, mein ganz kurzes Schlußwort so zu halten, wie das in einem bekannten Orchesterstück vorstatten geht: daß die Musiker nacheinander den Raum verlassen. Die Nationalhymne paßt auch nicht in einen Saal, der nur noch bedingt verhandlungsfähig ist. Und ohne Nationalhymne schließen wir bei der CDU keinen Parteitag.

(Beifall)

Deswegen ist mein Vorschlag zur Güte, daß wir weiter diskutieren, bis das Wahlergebnis da ist, daß wir dann die Stichwahl vornehmen und anschließend darüber befinden, ob wir zum Abschluß der Debatte kommen. Denn viele von uns wollen nach Hause und haben einen weiten Weg vor sich. Die Bundesrepublik Deutschland ist Gott sei Dank größer geworden. Das zeigt sich auch bei der Zahl der An- und Abreisen zu einem Parteitag. Vor allem viele Delegierte aus den neuen Ländern haben noch einen langen Heimweg vor sich. Sie werden verstehen, daß ich den Wunsch habe – nicht meiner wegen, sondern wegen des Erscheinungsbilds dieses Parteitags –, daß wir auf alle Fälle gegen 19 Uhr abschließen.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie uns deswegen den Geschäftsordnungsantrag noch einen Moment vertagen. Meine Bitte ist, in der Rednerliste fortzufahren. Vielleicht kann man das noch etwas kürzen. Wir sollten dann über den Antrag befinden, wenn die Abstimmungsergebnisse vorliegen. Das ist mein Wunsch und meine Bitte an Sie. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. – Wer mit dem Vorschlag des Bundesvorsitzenden einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und noch weniger Enthaltungen ist so beschlossen. Ich schlage Ihnen seitens des Präsidiums vor, die Wortbeiträge auf zwei Minuten zu begrenzen.

Als nächster hat Herr Pfeilsticker aus Baden-Württemberg das Wort. Er spricht von Mikrophon 2.

Albert Pfeilsticker: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich heute gefreut, welche hervorragenden Damen sich für das Präsidium und für den Vorstand beworben haben. Ich glaube, wir als CDU können darauf stolz sein. Ich sehe es auf allen Ebenen in unserer Partei, daß sich immer mehr sehr engagierte, qualifizierte Frauen für Kandidaturen bereit finden.

Deshalb stellt sich die Frage, ob wir mit diesem Antrag, den der Vorstand vorgelegt hat, politisch überhaupt etwas erreichen. Ich meine, daß wir kaum etwas erreichen, weil es auf den Ebenen, wo es um die Kandidatur geht, keine Veränderung geben wird. Nach dem Antrag ist die Gemeindeebene von dieser Regelung ausgeschlossen. Dort gibt es nur eine Soll-Vorschrift. Auch auf Kreisebene – etwa bei der Nominierung von Kreistagskandidaten – findet dieser Satzungsantrag überhaupt keine Relevanz, weil die Wahlbezirke kleiner sind als ein Landkreis. Bei der Nominierung zu Kandidaten zum Landtag und Bundestag verhält es sich im Grunde ebenso.

In Baden-Württemberg haben nur diejenigen Kandidaten eine Chance, in den Landtag gewählt zu werden, die von einem Kreisverband für einen Wahlkreis aufgestellt und dann von der Bevölkerung gewählt werden. Eine Landesliste kennen wir nicht – aus gutem Grund –, weil wir, wie auf kommunaler Ebene, ein sehr personenbezogenes Wahlrecht haben. Bei der Nominierung zum Bundestag müssen wohl überall Kandidaten für die Wahlkreise aufgestellt werden. Nun gibt es die Soll-Vorschrift, die Vorsitzenden der Landesverbände mögen darauf achten, daß Frauen zum Zuge kommen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Pfeilsticker, ich bitte, zum Schluß zu kommen. Wir hatten uns auf Redebeiträge bis zu zwei Minuten geeinigt.

Andreas Pfeilsticker: Ja, ich bin gleich am Ende. – Aus langer Erfahrung weiß ich, daß die Basis dort, wo sich Vorsitzende von Landesverbänden oder dem Bundesverband einmischen, diese Kandidaten regelmäßig nicht wählt, sondern meint, sie wisse es selber besser und sich für das berufene Gremium hält. Auf die Landesliste kommen ohnehin nur die Kandidaten, die vorher einen Wahlkreis erobert haben, so daß diese ganze Vorschrift überhaupt nichts bringt. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag heute nicht zuzustimmen. Denn der Öffentlichkeit würde das wie eine Schau vorkommen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. – Herr Andreas vom Scheidt.

Andreas vom Scheidt: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Die Argumente sind weitgehend ausgetauscht. Aber trotzdem äußere ich die Bitte, diesen Antrag nicht zu verabschieden, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde: Ich habe diesen Antrag meinem Kreisvorstand vorgelegt und habe festgestellt, daß an der Basis noch ganz erheblicher Diskussionsbedarf darüber besteht, welchen Weg die CDU beschreiten soll, um unsere Partei attraktiver für Frauen zu machen. Deshalb bitte ich Sie ganz dringend, keinen Weg zu beschreiten, den wir vor wenigen Jahren noch bei anderen belächelt haben. Bitten lehnen Sie das Quorum ab!

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Schmitz-Hübsch.

Britta Schmitz-Hübsch: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte, von hier oben sprechen zu dürfen, damit ich die Delegierten sehen kann. Ich komme aus Schleswig-Holstein und bin seit zwei Jahren Kreisvorsitzende des CDU-Kreisverbandes Flensburg. Flensburg, das ist die Stadt ganz nördlich, ganz oben. Vor wenigen Tagen bin ich mit einem guten Ergebnis für weitere zwei Jahre in meinem Amt bestätigt worden. Von den 15 Mitgliedern des Vorstandes sind bei uns sieben Frauen; das entspricht einem Anteil von 47 %.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben das alles ohne Quote geschafft und sind daher ein gutes Beispiel dafür, daß es auch ohne Quote geht.

(Beifall)

Wir möchten unsere Kandidaten auch weiterhin nach Qualität, Leistung und Liebe zur Sache aussuchen können und uns nicht durch das Zufallsmerkmal Geschlecht einschränken lassen.

(Beifall)

Schließlich können nicht alle Kandidaten, die sich berufen fühlen, auch gewählt werden. Das gilt für Frauen wie für Männer. Darum muß weiter der Grundsatz gelten: Wir sind für Qualität statt für Quote.

Ich wende mich daher gegen den vorliegenden Antrag und stimme Herrn Mayer-Vorfelder zu, der vorhin gesagt hat, daß er das Verfahren für undemokratisch halte. Ich halte die Ziffer 3 des Antrags nach wie vor für undemokratisch. Was mache ich um Gottes willen mit meiner Liste, wenn ich gezwungen werde, mindestens ein Drittel der Frauen und mindestens ein Drittel der Männer anzukreuzen, aber ein Drittel der Frauen oder ein Drittel der Männer nicht geeignet sind? – Ich werde eingeschränkt.

Noch eine Bemerkung am Schluß: Herr Bundesvorsitzender, mir graust als Parteivorsitzende des Kreises davor, daß ich jetzt innerhalb der Partei dieses Thema ein Jahr lang diskutieren lassen soll und das durch sämtliche Gremien geht. Haben wir denn keine dringlicheren Dinge zu tun und keine dringlicheren Probleme für unser Land zu lösen?

(Beifall)

Ich will eigentlich keine Beispiele aufzählen, nenne aber nur die Drogenbekämpfung, die wir für unsere Kinder angehen müssen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Körtner.

Ursula Körtner: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin froh, daß ich wenigstens noch zwei Minuten reden kann. Bei manchen Beiträgen ist mir wirklich der Draht aus der Mütze gegangen. Es ist schon sehr, sehr schwer, sich hier zusammenzureißen. Ich frage Sie, die Sie immer so gemeinschaftlich klatschen: Was würde passieren, wenn dieser Parteitag das sogenannte Quorum ablehnt? Mit welcher Botschaft träten wir mit diesem Parteitag vor die Öffentlichkeit?

(Beifall)

Wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern da draußen sagen: Es gibt so wenige CDU-Frauen in Ämtern und Mandaten, weil es in dieser Partei nicht genügend qualifizierte Frauen gibt? Oder wollen Sie vielleicht sagen, daß sich die Frauen für die Politik, für die Partei nicht interessieren und es deswegen so wenige Frauen in Ämtern und Mandaten gibt? Wollen Sie das der Öffentlichkeit ab morgen verkaufen?

Das wäre nicht nur ein Anschlag auf die Intelligenz und die Qualität der Frauen in der CDU, das wäre auch ein ganz jämmerliches Armutszeugnis. Diese Partei müßte sich in Grund und Boden schämen, wenn sie zu solch einem Ergebnis kommt. Ich will Ihnen auch sagen, warum: Wenn wir ein solches Signal nach draußen senden würden, in einer Zeit, in der Frauen engagierter, motivierter, politisch interessierter werden, dann wäre diese Partei wahrlich nicht mehr zu retten. Wer seine Zukunftschancen so vertut, der hat wirklich selber Schuld.

Zum Ende möchte ich Ihnen noch sagen: Wie viele gute Frauen, wieviel weiblicher Sachverstand, Einsatz und Qualität sind unserer Partei in der Vergangenheit schon verlorengegangen? Und obwohl wir wissen, daß wir zehn Jahre vertan haben, bringen Sie verstaubte Argumente, kommen Sie mit den gleichen alten Hüten, die uns diese Schwierigkeiten eingebracht haben. Meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit muß uns für nicht ganz dicht halten, wenn wir wieder von vorne, bei Adam und Eva anfangen.

(Vereinzelt Beifall)

Wieviel Zeit haben wir in dieser Partei eigentlich noch? Was muß noch passieren, wie viele Prozentpunkte müssen wir noch nach unten rutschen, damit wir in dieser Partei zu einem Ergebnis kommen?

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Körtner, entschuldigen Sie bitte, daß ich Sie unterbreche. Es wird signalisiert, daß Sie zum Schluß kommen sollen.

Körtner: Mein letzter Satz. Ich bitte Sie ganz herzlich: Lassen Sie uns nach vorne schauen, und lassen Sie nicht zu, daß immer nur über Frauen geredet wird. Lassen Sie die Frauen mitreden!

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Herr-Beck.

Dr. Maria Herr-Beck: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 30 Jahren habe ich Funktionen in unserer Partei – ursprünglich vielleicht Alibifrau; ich weiß es nicht. Es war mir auch gleichgültig, weil es mir um Sachfragen ging. Eine dieser Sachfragen war genau die, die wir heute, nach 30 Jahren, fast so verhandeln wie vor 30 Jahren.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind auf die Parteitage nach Essen, nach Mainz, nach Wiesbaden gefahren, kamen mit einem Erfolgserlebnis nach Hause und haben gedacht: Jetzt haben wir es geschafft. Die CDU wird das, was sie in ihrem Namen ist: eine Volkspartei. Meine Damen und Herren, wir sind keine Volkspartei geworden; denn zum Volk gehören die Frauen. 50 Prozent unseres Volkes sind Frauen. Wo sind bei uns die 50 Prozent?

(Vereinzelt Beifall)

Demokratie heißt Volksherrschaft. Bei uns herrscht nicht das Volk, sondern bei uns herrschen überwiegend Männer.

Die jungen Frauen von heute – ich meine nicht die einzelnen Rosen, die bei der Jungen Union blühen, sondern ich meine das Gros der jungen Frauen von heute – sind fernab von uns. Sie erkennen sich in uns nicht wieder. Ihre Probleme sind bei uns nicht auf dem Tisch. Sie fühlen sich durch die Frauen und Männer, die bei uns in Funktionen sind, nicht repräsentiert, weil es viel zu wenige Frauen sind – und viel zu wenige aus ihren Reihen.

Wir haben ein Zukunftsministerium geschaffen – ich fand das sehr gut –, aber wollen wir nicht auch eine Zukunftspartei sein, meine Damen und Herren? Wer so lange dabei ist, dem liegt die Partei am Herzen. Ich mache mir ernsthaft Gedanken, daß wir die Zukunft verspielen, weil nur eine Partei Zukunft hat, die die Frauen hat.

Ich bin erschrocken, als ich hörte, daß hier geheim abgestimmt werden soll. Ich meine, das ist doch ein Armutzeugnis für die Partei. Bitte, tun Sie uns das nicht an!

(Beifall)

Für was sind wir als Delegierte gewählt? – Daß wir zu unserer Meinung stehen, daß wir sie begründen und sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. Ich wünsche, ich will, daß die CDU eine Zukunft hat, und eine Zukunft hat sie nur mit den Frauen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank, Frau Dr. Herr-Beck. – Nun hat Oliver Schenk das Wort.

Oliver Schenk: Meine Damen und Herren! Das meiste wurde in der langen Debatte schon gesagt. Der Antrag, der uns vom Bundesvorstand vorliegt, sieht für die Kreis-, Bezirks- und Landesverbände der CDU eine quorumsähnliche Regelung vor, die die Frauen in der Partei und ihre Verantwortung stärken soll.

Als Hauptargument wurde angeführt, daß die in Essen gefaßten Beschlüsse, die ich auf Grund meines Alters selber noch nicht mittragen konnte, bisher nicht ausgereicht haben, Frauen entsprechend ihrem Anteil in der CDU und in der Bevölkerung in Ämter und Mandate zu bringen. Dabei muß die Frage gestattet sein: Was haben eigentlich die, die uns diesen Antrag hier vorlegen, selbst dazu beigetragen, daß mehr Frauen in der Partei Verantwortung bekommen?

(Beifall)

Ich frage deshalb den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, warum – wie wir heute gehört haben – von 19 themenpolitischen Sprechern, die letzte Woche gewählt worden sind, keine Frau gewählt worden ist.

(Beifall)

Ich frage den Generalsekretär und den Vorsitzenden der CDU Deutschlands, warum sie nicht von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht und uns Frauen vorgeschlagen haben, die wir heute in ausreichender Anzahl in Vorstand und Präsidium hätten wählen können.

Ich sage das vor allem deshalb, weil sich Politik – das wissen wir alle, besonders auf Grund des letzten Wahlkampfes, den wir glücklicherweise gewonnen haben – an Personen festmacht. Ohne einer der Damen, die sich in der Politik an der Spitze unserer Partei engagiert haben, zu nahe treten zu wollen, muß ich leider feststellen, daß es in der CDU keine Frau gibt, die junge Frauen in unserer Gesellschaft ansprechen und für Politik begeistern könnte.

(Vereinzelt Beifall – Widerspruch)

– Ich rede nur von jungen Frauen. – Man hätte diese neun Jahre nutzen können, um entsprechende Leitfiguren hervorzubringen.

Der zweite Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist etwas – -

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Schenk, Sie müssen, bitte, langsam zu Ende kommen.

Oliver Schenk: Ich komme sofort zum Ende. – Ich möchte noch darauf hinweisen, daß ich die Durchführung dieses Antrags für sehr problematisch halte. Wer die Listenaufstellungen auf Kreisebene beobachtet hat, wird feststellen, daß es da ohnehin schon eine enorme Anzahl ungültiger Stimmzettel gibt. Ich befürchte, daß sich diese Zahl noch ungeheuer erhöhen würde.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. – Frau Arlt-Palmer, Sie haben das Wort.

Christine Arlt-Palmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich könnte es mir jetzt einfach machen – und die Sympathien des Parteitags wären mir sicher –, wenn ich als junge, engagierte Frau gegen die Quote sprechen würde. Ich möchte es mir aber nicht einfach machen und erklären, aus welchen Gründen.

Wer in diesem Bundestagswahlkampf ernsthaft vor Ort auf der Straße war und das Gespräch mit jungen Frauen geführt hat – ich habe das getan; ich habe jedes Wochenende und auch unter der Woche Straßenwahlkampf gemacht –, der wurde gefragt: Was macht die CDU für Frauen? Vor allem ich als Repräsentantin, als junge Frau wurde immer wieder gefragt: Wie kannst du nur, wie können Sie denn in dieser Partei mitmachen? Diese Partei ist doch wirklich frauenfeindlich.

Ich habe natürlich die CDU verteidigt – das können Sie mir glauben –, weil auch ich für den Sieg der CDU war. Aber ich hatte große argumentative Schwierigkeiten, weil es draußen vor Ort natürlich sehr wohl eine Rolle spielt: Wie sind die Frauen innerhalb der CDU repräsentiert? Das Erscheinungsbild nach draußen – ob Sie es glauben wollen oder nicht, es sind nicht nur die Themen, sondern die Frauen wollen sich auch sichtbar vertreten fühlen – ist eine Katastrophe. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall)

Jetzt ist die Frage: Wie verbessern wir dieses Erscheinungsbild? Ich denke, da ist dieser mutige Vorschlag, der jetzt vom Bundesvorstand gemacht worden ist, ausgearbeitet vom Generalsekretär, genau der richtige Weg. Wir haben zehn Jahre debattiert, und in diesen zehn Jahren hat sich wenig verändert. Wir können so nicht weitermachen. Wir brauchen dieses Regularium, um die Frauen vor Ort wirklich in Ämter und Mandate zu bringen. Und es ist eben nicht so, daß wir uns nur einfach hinstellen brauchen, um zu kandidieren. Das ist einfach eine Illusion für den, der weiß, wie es vor Ort, an der Basis vor sich geht, wenn ich als junge Frau sage: Okay, ich komme, ich stelle mich. Es ist nicht so, daß man dann aus Gründen der Qualifikation gewählt wird, sondern es gibt eine emotionale Distanz. Das hängt manchmal vielleicht auch mit der Frage der Generationen – oder womit auch immer – zusammen. Es gibt in dieser Partei an der Basis – häufig, Gott sei Dank nicht überall – eine emotionale Distanz gegenüber Frauen, die sich engagieren, den Mund aufmachen und sich einbringen wollen.

(Beifall)

Gegen diese Emotionen, gegen dieses Unterbewußtsein, das oftmals eine Rolle spielt, daß man Frauen lieb und nett und nicht so kämpferisch haben will, kommen Sie ganz schwer an. Deswegen ist es eine Hilfe für beide Teile, für Frauen und Männer, daß sie auf diesem Weg weiterkommen.

Die Quote – oder, besser gesagt, das Quorum; wir haben ja keine Quote –, dieser Vorschlag hat auch eine inhaltliche Komponente. Es geht ja nicht darum, daß die Gremien bunter, netter, und attraktiver werden, sondern das ist eine inhaltliche Frage. Fragen, die junge Frauen draußen in der Gesellschaft vor Ort engagiert diskutieren, kommen in der Partei eben dann nicht zum Tragen, wenn Frauen sie nicht thematisieren können.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Arlt-Palmer, bitte!

Christine Arlt-Palmer: Ja, ich bin gleich fertig. – Ich möchte noch zwei Punkte ansprechen, um Ihnen das zu verdeutlichen. Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz: Wenn Frauen überall Verantwortung in größerem Maße getragen hätten, hätten wir diese peinliche Debatte wirklich nicht zu führen brauchen.

Was Teilzeitarbeitsplätze angeht, was jetzt unter dem Stigma Arbeitslosigkeit wieder in die Debatte kommt: Dieses Thema hat die Frauen-Union, haben die Frauen schon sehr lange thematisiert. Wären sie stärker vertreten gewesen, dann hätte man auch dieses Problem vielleicht früher angepackt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Klaus-Heiner Lehne.

Klaus-Heiner Lehne: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verspreche, ich mache es ganz kurz. Aber auf einen Punkt möchte ich zu Beginn ganz deutlich hinweisen. Wenn wir heute keine Entscheidung im Sinne des Antrags des Bundesvorstands treffen, was würde das heißen? Das würde doch im Ergebnis bedeuten, daß wir so weitermachen, wie wir das in der Vergangenheit getan haben, und daß sich im Ergebnis vermutlich nichts ändert.

(Vereinzelt Beifall)

Denn in einem Punkt sind wir uns hier doch alle einig gewesen: Alle Redner, die heute in dieser Debatte gesprochen haben, haben gesagt: Wir müssen und wir wollen etwas dafür tun, daß sich die Position der Frauen in unserer Partei und in unserer Gesellschaft bessert, daß diese verändert wird.

Wir haben die Beschlüsse aus Essen seit 1985, aber erreicht haben wir bis heute - fast zehn Jahre später - nichts. Also kann die Konsequenz doch nur bedeuten, daß wir mehr tun müssen, daß wir einen Schritt weitergehen müssen. Ich glaube - da teile ich völlig die Ansicht von Professor Scholz -, daß wir hier einen Schritt tun, der angemessen ist, der ausgewogen ist, der rechtlich tragfähig und auch geeignet ist, ohne unsere grundlegenden Rechte als Delegierte einzuschränken, eine Verbesserung zu erreichen.

Seien wir in der Frage der Diskussion über die Quote doch einmal ehrlich: Wir unterliegen doch einer Vielzahl von Quotierungen in unserem täglichen Geschäft innerhalb der Partei. Listen werden doch bei uns nicht allein nach dem Gesichtspunkt entschieden, ob die, die dort kandidieren, wirklich die besten Kandidaten sind, sondern zum großen Teil auch nach Fragen der regionalen Zugehörigkeit, der Zugehörigkeit zu Vereinigungen und sogar bis hin zur Zugehörigkeit zu Religionsgruppen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, dies beweist doch, wie falsch teilweise die Diskussion ist, die hier in diesem Zusammenhang geführt wird. Dieses Regionalquorum gilt längst in allen Bereichen dieser Partei. Ich frage mich, wenn wir in Zukunft ausgewogene Kandidatenlisten haben wollen: Was spricht eigentlich dagegen, dann auch alle soziologischen Gruppen - dazu gehören insbesondere die Frauen in unserer Gesellschaft - auf eine andere Art und Weise angemessen zu beteiligen, wenn die bisherigen Instrumentarien nicht ausreichen?

Ein letztes Argument - lassen Sie mich das einmal aus meiner Zeit in der Kommunalpolitik sagen; ich habe acht Jahre lang im Rat einer Großstadt, und zwar als Sprecher eines Jugendhilfeausschusses, gesessen -: Meine Damen und Herren, meine

Erfahrung ist die, daß das Bewußtsein vieler Entscheidungsträger vor Ort, aber auch in der Landes- und in der Bundespolitik unmittelbar davon abhängig ist, wer diese Entscheidungen trifft.

Bestimmte Themen, das ist hier angesprochen worden, werden eben nur von Frauen in die Diskussion gebracht, und zwar so hineingebracht, daß sie das notwendige Gewicht haben. Nur dann, wenn das notwendige Gewicht da ist, passiert tatsächlich politisch auch etwas. Damit ist die Attraktivität unserer Partei auch unmittelbar abhängig von den Personen, die sie vertritt. Das müssen eben mit einem angemessenen Anteil auch Frauen sein, damit diese Frauen in Zukunft wieder ausreichend wählbar werden.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Lehne. Ich darf noch einmal bitten, doch die Mikrofone im Saal zu benutzen. Bitte, Axel Tantzen.

Axel Tantzen: Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat recht: Es hat sich in den letzten zehn Jahren wenig geändert. Aber ich stelle die Frage: Ist es richtig, daß wir heute nur isoliert über die Quote und über Quoren und Wege dazu reden? Sollten wir nicht lieber darüber sprechen, wie wir eine Parteireform in vollständigem Sinne auf den Weg bringen und nicht nur einen Teil, wie die Quote, herausnehmen?

(Vereinzelt Beifall)

Wir hatten in der letzten Woche eine Mitgliederversammlung des CDU-Kreisverbands Bonn. Dort haben wir dieses Thema diskutiert. Bei dem Thema haben sich sehr viele Frauen zu Wort gemeldet. Die Hälfte war dafür. Die Hälfte war gegen den Antrag des CDU-Bundesvorstands. Die Mitglieder - keine Delegierten - haben zu 70 Prozent mit Nein gegen den Antrag des Bundesvorstands entschieden. Warum? Wir haben eine Mitgliederversammlung, und drei von vier unserer überregionalen Mandatsträger sind Frauen.

Ich frage noch einmal: Warum wird denn nicht im Rahmen einer Parteireform darüber gesprochen, wie wir wirklich auf allen Ebenen darüber diskutieren können. Wir sollten das Thema Quote und Quoren nicht auf einem Bundesparteitag behandeln, sondern die Mitglieder einmal direkt dazu befragen und darüber abstimmen lassen. Das müssen doch nicht alle Delegierte machen. Ich glaube, die Mitglieder sind Frau und Mann genug, darüber selber zu entscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Eine letzte Bemerkung, die mir von vielen unserer Wählerinnen und Wähler gesagt wurde, hieß: Ihr habt vor sechs Wochen die Wahlen gewonnen. Statt den Wahlsieg zu feiern und sich über die Wiederwahl von Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler zu freuen, redet ihr auf dem Bundesparteitag über die Quote.

(Vereinzelt Beifall)

Das halten die meisten unserer Wähler, glaube ich, zur Zeit für überflüssig. Es gibt wichtigere Probleme, als jetzt die Quote zu diskutieren.

(Beifall und Widerspruch)

Mein Fazit lautet - und ich möchte Sie bitten, dazu beizutragen -: Parteireform ja, aber ohne die Quote. - Danke schön.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Otti Geschka, bitte.

Otti Geschka: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute darüber, ob wir uns ein Instrument schaffen sollen bzw. einen Weg suchen, wie wir ein Ziel - das höre ich aus allen Beiträgen -, über das wir uns ja angeblich alle einig sind, erreichen können. Um nicht mehr oder weniger geht es. Meine Damen und Herren, ich erwarte von verantwortungsbewußter Führung, daß sie sich, wenn sie zehn Jahre ein definiertes Ziel nicht erreicht hat, überlegt, auf welchem Weg etwas getan werden könnte, um dieses Ziel jetzt konsequent zu erreichen.

(Beifall)

Ob in einem Betrieb oder in einer Parteiführung - das ist verantwortungsbewußte Führung. Wir sind ein Führungsgremium.

Zuerst einmal gilt: Natürlich müssen wir uns über das Ziel einig sein. Ich möchte alles, nur nicht, daß heute in den Medien nach dieser Debatte der Eindruck entstehen könnte, wir seien uns etwa über das Ziel nicht einig und würden deshalb so vehement über den Weg streiten. Ich möchte dies nicht, und ich hoffe auch, daß dieser Eindruck draußen nicht entsteht.

Meine Damen und Herren, zu dem, was wir erreichen wollen, nämlich eine stärkere Beteiligung von Frauen in allen Entscheidungsgremien, gilt folgendes: Da geht es nicht um uns Frauen, die wir hier sind. Da geht es auch nicht um die, die jetzt noch nicht hier sind. Da geht es um unsere Partei, meine Damen und Herren; denn, wie stellt sich eine moderne Volkspartei heute dar? Die Veränderungen in unserer Gesellschaft müssen wir doch aufgreifen und auch spiegeln sowie darauf reagieren. Wir machen zwar schon lange, so glauben wir, eine Politik für eine junge, moderne Frauengeneration und deren Bedürfnisse sowie für veränderte Familien, aber wenn ich mir die Wahlergebnisse und das Wahlverhalten genau dieser Frauengeneration anschau, dann scheinen die das doch nicht wahrzunehmen.

Da überlege ich mir doch: Welche Instrumente kann ich mir schaffen, um Frauen an die Partei in der Aktivität als Mitwirkende und als Wählerinnen zu binden? Wenn ich höre, wir finden keine, so muß ich fragen: Vielleicht gibt es da, meine Damen und Herren, einen Zusammenhang? Wir haben zwar Strukturen in unserer Partei, wir verändern diese aber nur dann, wenn wir die Frauen erst einmal dabei haben. Wir müssen das selber erreichen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte um eines bitten: Meine Damen, liebe Parteifreundinnen, lassen wir uns diese Qualifikationsdebatte nicht länger antun. Wir reden permanent darüber, daß wir die am besten ausgebildete Frauengeneration haben. Hier aber sollen etwa ein Drittel der Vorschläge auf einer Liste, wenn es denn so käme, nicht qualifiziert genug sein? Das geht doch nicht an.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Liebe Ottilie Geschka, darf ich bitten, zum Schluß zu kommen.

Otti Geschka: Ja. Meine Damen und Herren, wir tun dies hier, was wir tun wollen, sicher nicht, um der Partei Gleichberechtigung zu verordnen, wie das in einem Beitrag genannt wurde, sondern um etwas sichtbar zu machen. Denn die Gleichberechtigung ist in den Köpfen unserer Gesellschaft, unserer jungen Frauen, längst erreicht. Unser Dilemma ist, daß wir nicht vor diesem Hintergrund die moderne Volkspartei, die wir sein wollen, repräsentieren.

Unsere Partei hat eine ehrenwerte und wunderbare Geschichte. Jetzt brauchen wir eine Zukunft.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich darf noch einmal bitten, die Mikrofone im Saal zu benutzen. Als nächste spricht Jutta Besta.

Jutta Besta: Ich glaube, daß soviel Überzeugendes für die Annahme des Antrags gesagt worden ist, daß ich damit anfangen möchte, meine Wortmeldung zurückzuziehen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. Bitte, Gräfin von Westphalen.

Johanna Gräfin von Westphalen: Ich wollte das gleiche tun. Ich wollte meinen Wortbeitrag auch zurückziehen. Aber gleichzeitig möchte ich noch einmal den Antrag auf geheime Abstimmung erneuern.

(Vereinzelt Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, es kommt jetzt - auch hier oben - ein wenig Hektik auf. Ich unterbreche jetzt zunächst einmal diesen Diskussionsablauf.

Norbert Blüm teilt Ihnen nun das Wahlergebnis mit. Dann müssen wir in eine Stichwahl gehen. Solange unterbreche ich jetzt die Diskussion um den Tagesordnungspunkt 14. – Norbert Blüm hat das Wort.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, ich gebe das Ergebnis der Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt. Abgegebene Stimmen: 929. Ungültige Stimmen: 8. Enthaltungen: 2. Für die Ermittlung der notwendigen Mehrheit zählen die ungültigen Stimmen und die Enthaltungen nicht, so daß wir von 919 Stimmen ausgehen müssen. Die erforderliche Mehrheit beträgt also 460 Stimmen.

Ich lese jetzt die Namen der gewählten Kandidatinnen und Kandidaten mit den Zahlen der auf sie entfallenden Stimmen vor:

1) Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: 784 Stimmen,

(Beifall)

2) Rainer Èppelmann: 780 Stimmen,

(Beifall)

3) Dr. Bernhard Vogel: 770 Stimmen,

(Beifall)

4) Dr. Heiner Geißler: 758 Stimmen,

(Beifall)

5) Matthias Wissmann: 757 Stimmen,

(Beifall)

6) Dr. Berndt Seite: 753 Stimmen,

(Beifall)

7) Cornelia Yzer: 749 Stimmen,

(Beifall)

8) Dr. Godelive Quisthoudt-Rowohl: 708 Stimmen,

(Beifall)

9) Christine Lieberknecht: 702 Stimmen,

(Beifall)

- 10) Dr. Helmut Linssen: 687 Stimmen,
(Beifall)
- 11) Otti Geschka: 686 Stimmen,
(Beifall)
- 12) Dr. Otfried Hennig: 628 Stimmen,
(Beifall)
- 13) Dr. Maria Böhmer: 622 Stimmen,
(Beifall)
- 14) Dr. Michel Friedman: 610 Stimmen,
(Beifall)
- 15) Dr. Renate Hellwig: 608 Stimmen,
(Beifall)
- 16) Dr. Hanna-Renate Laurien: 601 Stimmen,
(Beifall)
- 17) Dr. Reinhard Göhner: 592 Stimmen,
(Beifall)
- 18) Carola Hartfelder: 588 Stimmen,
(Beifall)
- 19) Marion Fischer: 575 Stimmen,
(Beifall)
- 20) Alexander Graf von Schwerin: 557 Stimmen,
(Beifall)
- 21) Dr. Christian Schwarz-Schilling: 543 Stimmen,
(Beifall)
- 22) Hans-Peter Repnik: 540 Stimmen,
(Beifall)
- 23) Andreas Renner: 527 Stimmen,
(Beifall)
- 24) Klaus Escher: 511 Stimmen,
(Beifall)
- 25) Christa Reichard: 498 Stimmen.
(Beifall)

Das sind die 25 Gewählten.

Um den 26. Platz müssen in die Stichwahl: Herbert Reul mit 455 Stimmen und Josef Stock mit 453 Stimmen. Sie haben nicht die vorgeschriebene Stimmenzahl erreicht; der 26. Platz ist daher durch Stichwahl zu besetzen.

Liebe Parteitagsdelegierte, ich schlage vor, daß wir dafür den Stimmzettel 3 nehmen und auf diesen Stimmzettel entweder „Reul“ oder „Stock“ schreiben oder - bei Stimmenthaltung - den Zettel unausgefüllt lassen. Ich eröffne den Wahlgang. – Sind alle Stimmen abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Ich darf diejenigen, deren Stimmkarten noch nicht eingesammelt sind, bitten, den Arm zu heben, damit sich die Stimmzähler dorthin begeben können.

Ich wiederhole die Frage: Sind alle Stimmen abgegeben? - Wenn sich kein Widerspruch erhebt, schließe ich den Wahlgang.

Offenbar sind jetzt alle Stimmen abgegeben. Ich schließe also den Wahlgang und gebe jetzt noch die Stimmenzahlen der nicht Gewählten in der weiteren Reihenfolge bekannt: Ulrike Schreiber 437 Stimmen, Hermann Gröhe 404 Stimmen, Dr. Hans Geisler 377 Stimmen, Elmar Pieroth 371 Stimmen, Klaus Landowsky 367 Stimmen, Peter Rauen 364 Stimmen, Jochen-Konrad Fromme 298 Stimmen und Dr. Karl-Heinz Daehre 252 Stimmen.

Ich gehe davon aus, daß die, die jetzt schon gewählt sind, die Wahl auch annehmen. Wenn das Gegenteil der Fall wäre, müßte das hier zu Protokoll gegeben werden. - Das ist nicht der Fall.

Somit kehre ich zur Tagesordnung zurück und gebe im Rahmen der Aussprache dem Parteivorsitzenden das Wort. Meine Damen und Herren, ich darf um Ihre Aufmerksamkeit und Konzentration bitten!

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich schlage vor, daß jetzt alle wieder Platz nehmen.

(Beifall)

Ich meine in der Tat wirklich alle!

(Zustimmung)

Wie ich vorhin schon sagte, sollte unser gemeinsames Ziel sein, daß wir unseren Parteitag heute gegen 19 Uhr - wie ja auch vorgesehen - abschließen können. Die Geschäftslage ist bekannt. Zu dem jetzt anstehenden Tagesordnungspunkt haben über 30 Rednerinnen und Redner gesprochen; über 18 Wortmeldungen liegen noch vor. Ich sage noch einmal - und bitte Sie, zu verstehen, daß ich das hier so intensiv vortrage -: Wir müssen als weiteren Tagesordnungspunkt auf alle Fälle noch in geordneter Form die Resolution verabschieden, die eingebracht wurde und hier von Christian Schwarz-Schilling vertreten wird, die wir alle unterstützen wollen, nämlich die Resolution zum Thema „Ereignisse im früheren Jugoslawien“.

Meine Damen und Herren, deswegen ein Wort zu der Debatte und dann noch ein Vorschlag von mir: Daß diese Debatte notwendig war, hat die engagierte Aussprache bewiesen.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Ohne den vorliegenden Antrag hätten wir heute diese Debatte nicht bekommen.

(Beifall)

Daß hier mit großem Engagement und mit großer Leidenschaft zur Sache diskutiert wurde, ist eine gute Sache, denn es paßt zu dem, was wir unter Demokratie auch in der Partei verstehen.

Das Pro und Kontra ist eingehend beleuchtet worden. Es läßt sich nicht leugnen, daß wir seit Essen lange Zeit gebraucht haben, um die Verbesserungen, von denen ich mit großer Freude aus vielen Bereichen der Partei gehört habe, heute hier zur Kenntnis nehmen können. Wenn einer der Diskutanten vorhin meinte, die Parteiführung habe auf diesem Gebiet nicht genug getan, so will ich darauf nur antworten: Ich könnte hier ein abendfüllendes Programm an Beispielen und Berichten geben, wie schwer es in diesen Jahren war, Bewegung in dieser wichtigen Frage zu erreichen. Es ist wahr, daß wir Fortschritte gemacht haben. Ich füge aber ebenso klar und entschieden hinzu, daß diese Fortschritte aus meiner Sicht nicht ausreichen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist auch wahr, daß es in der Partei immer noch große Vorbehalte gibt. Über die Gründe können wir sehr wohl diskutieren. Ich glaube aber, das führt sofort zu Schuldzuweisungen. Dies führt uns in unserer Lage überhaupt nicht weiter und schon gar nicht nach vorn. Es geht jetzt darum, daß wir diese Vorbehalte abbauen.

Deswegen will ich gleich vorweg sagen: Ich bitte Sie dringend, die Anträge auf geheime Abstimmung abzulehnen.

(Beifall)

Wir haben heute sechs Wahlgänge zu wichtigen Personalentscheidungen, wie sich das gehört, in geheimer Wahl durchgeführt. Es wird ja wohl noch möglich sein, daß Männer und Frauen auf einem Parteitag der CDU entsprechend ihrer Überzeugung abstimmen.

(Beifall)

Wenn das so ist, brauchen wir hier in dieser Sache doch nicht geheim abzustimmen, und womöglich unsere Meinung zu verbergen.

(Beifall)

Es ist im übrigen so - dies ist mein nächstes Argument -, daß wir heute nicht über eine endgültige Entscheidung abstimmen.

(Zuruf)

- Nein, das tun wir nicht. - Ich will es noch einmal klar und deutlich sagen. Der Antrag, der hier vorliegt, ist ein Antrag, dessen klares Ziel es ist, dieses Thema in die Diskussion der Partei zu bringen. Liebe Freunde, ich höre auf Landesparteitagen, Kreisparteitagen und bei der Diskussion in den einzelnen Vereinigungen immer wieder: Wir müssen mehr diskutieren. - Hier haben wir es mit einer wichtigen Frage zu tun, bei der es in der Tat darauf ankommt, ob man diesen oder jenen Standpunkt einnimmt. Eines ist sicher: Das Bild der Union wird bei Älteren wie bei Jüngeren, bei Männern wie bei Frauen entscheidend davon geprägt, wie die CDU Deutschlands mit der veränderten Gesellschaft und ihren Herausforderungen fertig wird.

(Beifall)

Dazu gehört diese Frage, ob es uns gefällt oder nicht. Jetzt frage ich mich wirklich: Warum sollen der Kreisparteitag meines Heimatkreisverbandes Ludwigshafen und viele andere nicht über diese Frage sprechen? Da wird es viele geben - das ist auch gut so -, die dann sagen: Wir haben das Problem bei uns längst gelöst; dies ist längst kein Problem mehr. - Machen wir uns doch nichts vor: In der großen Mehrheit der Partei in ganz Deutschland ist das Problem noch nicht gelöst.

(Beifall)

Deswegen, so finde ich, ist die Debatte über diesen Antrag in den nächsten Monaten bitter notwendig.

Wenn eine Kreisvorsitzende hier sagt, sie müsse dann das ganze Jahr über dieses Thema reden, verstehe ich das überhaupt nicht. Sie können einen Kreisparteitag einberufen, Sie können die Ortsvorsitzenden, den Kreisparteiausschuß oder wen auch immer zusammenrufen und dann intensiv über das Thema diskutieren. Das hat vielleicht die interessante Nebenwirkung, daß plötzlich eine Stimmung aufkommt, die in folgende Richtung geht: Wir wollen das zwar so nicht machen, müssen aber einräumen, daß wir zu lange geschlafen haben. Wir haben zuwenig getan. - Das wäre ja auch schon ein gewaltiger Fortschritt.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, deswegen - ich sage das ganz direkt nach all dem, was pro und kontra gesagt wurde - bitte ich Sie als Vorsitzender der CDU Deutschlands, den Antrag heute anzunehmen. Ich bitte Sie zum zweiten, das Thema in Ruhe und wohlüberlegt zu diskutieren. Zum dritten bitte ich Sie, daß wir uns gegenseitig zutrauen, auf dem Parteitag im Herbst des nächsten Jahres die richtige Entscheidung zu treffen. Meine Freunde, auf diesem Parteitag im Herbst nächsten Jahres muß die absolute Mehrheit der Parteitagsdelegierten zustimmen. Wenn es uns nicht gelingt, in diesem Jahr zu Formulierungen zu kommen, die mehrheitsfähig sind, wird auf dem Parteitag im nächsten Jahr keine Mehrheit vorhanden sein. Wenn wir uns heute überhaupt weigern, an dieses Thema heranzugehen, werden wir auf dem Parteitag 1995 die Entscheidung nicht treffen können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bezweifle - das dürfen Sie mir wirklich abnehmen, denn ich habe ja einige Erfahrungen in der Parteiarbeit -, daß wir in diesem Jahr zu Entscheidungen im Blick auf den Parteitag im Herbst 1995 kommen, wenn wir diesen Antrag heute nicht annehmen.

Meine erste Bitte ist, jetzt die Debatte zu Ende zu bringen. Ich glaube nicht, daß es einen Sinn macht, weitere anderthalb Stunden über dieses Thema zu diskutieren.

(Beifall)

Meine Bitte ist also, die Debatte zu beenden.

Zweitens bitte ich, daß wir zur Sache abstimmen und daß jeder, Mann wie Frau, hier seine oder ihre Meinung deutlich bekundet. Niemand von uns hat das Recht, es jemandem nachzutragen, ob er so oder so abstimmt. Auch das gehört zu dem Bild, von dem ich gesprochen habe.

Zum dritten habe ich folgende persönliche Bitte: Helfen Sie uns in der Sache weiter, indem Sie den Antrag heute in der vorliegenden Form beschließen, was die klare Maßgabe beinhaltet, daß wir die Freiheit haben, auf dem Parteitag im Herbst des nächsten Jahres dann die Entscheidung zu treffen, die wir treffen wollen. Ich bitte um Zustimmung dazu.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Bundesvorsitzender.

Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Es ist Schluß der Debatte beantragt. Mit Ihrem Beifall haben Sie deutlich gemacht, daß Sie damit einverstanden sind.

(Widerspruch)

Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Schluß der Debatte ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Ganz wenige Gegenstimmen. Eben war es lauter. Enthaltungen? - Noch weniger Enthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Der zweite Vorschlag des Bundesvorsitzenden war, daß wir hier offen abstimmen. Es gab vorhin ja einen Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung. Der Bundeskanzler hat gebeten, offen abzustimmen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß wir über den Antrag offen abstimmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Noch weniger Enthaltungen.

Dann komme ich jetzt zur Abstimmung über den Antrag C 1. Es ist dies der Initiativ-Antrag der Delegierten Dr. Kohl, Dr. Merkel und anderer.

(Widerspruch und Zurufe)

Bitte schön!

Peter Schwab: Ich habe eben einen Geschäftsordnungsantrag gehört, einzeln zu den verschiedenen Punkten des Antrages abzustimmen. Ich würde das sehr befürworten, weil ich den Antrag in seiner Gesamtheit nicht ablehnen will, da einzelne Punkte darin ganz gut sind. Es gibt aber Teile, die ich ablehnen will.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Kannengießer, halten Sie Ihren Antrag aufrecht? - Das ist der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag C 1 abstimmen, der auf den Seiten 7 und 8 der Sammlung der Initiativ-Anträge abgedruckt ist.

(Widerspruch)

Der Antrag von Herrn Kannengießer lautete, daß Ziffer für Ziffer abgestimmt werden solle. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Das ist die Mehrheit.

(Widerspruch)

Bestimmt! Ich lasse noch einmal abstimmen, damit Sie es selbst sehen können. Wer dafür ist, daß Ziffer für Ziffer abgestimmt wird, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Es ist wirklich die Mehrheit. Das wird hier von rechts wie von links bestätigt. Es wird auch aus dem Saale nicht mehr in Frage gestellt. Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Einige Stimmenthaltungen.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag C 1 abstimmen, der auf den Seiten 7 und 8 abgedruckt ist.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! -

(Unruhe)

Entschuldigung, ich verstehe zwar, daß das aus der unterschiedlichen Sichtweise immer anders aussieht. Wir sind zwar der Meinung, daß das zweite die Mehrheit war, aber jetzt bitte ich, einmal aufzustehen.

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, sich zu erheben. Jetzt wird darum gebeten, daß Sie auch noch die Stimmkarte in die Hand nehmen. Dann sieht man das bunte Bild. - Dann darf ich Sie bitten, sich jetzt hinzusetzen. Diejenigen, die gegen den Antrag sind, bitte ich, aufzustehen und die Karte zu zeigen. - Meine Damen und Herren, das ist die Mehrheit.

Aber damit es nicht zu Protesten kommt, lassen wir jetzt die Karten, auf denen Ja, Nein oder Enthaltung steht, einsammeln. Das ist dann das beste Verfahren. Meine Damen und Herren, Sie haben drei Karten: Ja, Nein, Enthaltung. Wer für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich, die Ja-Karte zu benutzen, wer dagegen ist, die Nein-Karte, und wer sich enthalten möchte, die Enthaltungskarte.

Meine Damen und Herren, hatten Sie alle Gelegenheit, Ihr Stimmrecht wahrzunehmen?

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Darf ich die Damen und Herren mit den Wahlurnen bitten, auch in den hinteren Teil des Saales zu gehen!

Meine Damen und Herren, hatten Sie jetzt alle Gelegenheit, Ihr Stimmrecht wahrzunehmen? - Das ist der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben weitere Informationen bekanntzugeben. Es liegt u.a. das Wahlergebnis vor. Wenn Sie so freundlich sind, sich wieder hinzusetzen, wäre ich dankbar.

Abgegebene Stimmen: 778, ungültige: keine, Enthaltungen: 27, gültige Stimmen: 751. Es entfielen auf Josef Stock 396 Stimmen

(Beifall)

und auf Herbert Reul 355 Stimmen. Damit ist Josef Stock gewählt.

(Beifall)

Herr Stock, ich gehe davon aus, daß Sie die Wahl annehmen. - Herzlichen Glückwunsch.

Darf ich einmal bitten, daß der Kollege Christian Schwarz-Schilling deutlich macht, ob er im Saale ist? -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie jetzt freundlicherweise einmal in Ihr Antragspaket, Sammlung der Initiativ-Anträge, schauen, so finden Sie dort auf der Seite 8 den Antrag C 2: Initiativ-Antrag der Delegierten Hesse, Scholemann und andere. Hier hat die Antragskommission empfohlen, den Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Darüber lasse ich abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Wenige. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 3 auf. Hier hat die Antragskommission ebenfalls empfohlen, den Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Wenige. Enthaltungen? - Eine. Dann ist das so beschlossen. - Herr Neumann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Sonstige Anträge

Diese Anträge können wir, glaube ich, schnell durch Abstimmung abhandeln, weil sie sehr sorgsam mit der Antragskommission abgeklärt sind. Sie finden die jeweiligen Anträge zum einen in der vorgelegten Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und zum anderen in der Broschüre „Sammlung der Initiativ-Anträge“.

Ich komme zum Antrag A 1 der Jungen Union. Sie finden den Antrag auf Seite 1. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Ich gehe davon aus, daß das Wort nicht gewünscht wird. Dann lasse ich über den Antrag A 1 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist im Sinne der Antragskommission beschlossen.

A 2 – CDU Niedersachsen! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundesfinanzkommission. Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Ich lasse über den Antrag A 2 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge A 3 und A 7 des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und einiger Delegierter auf. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Sie empfiehlt, die Anträge zusammen zu behandeln und beide Anträge in der Fassung des Antrags A 7 anzunehmen. Wer ist dafür? Ich bitte um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist, wie vorgeschlagen, beschlossen.

Wir kommen zum Antrag A 4. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundesfinanzkommission. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer dafür ist, daß wir so beschließen, bitte Handzeichen! Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist, wie vorgeschlagen, beschlossen.

Ich rufe den Antrag A 5 auf. Die Antragskommission empfiehlt, Satz 1 als erledigt zu betrachten und Satz 2 an den Generalsekretär zu überweisen. Es liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über den Antrag A 5 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit, wie vorgeschlagen, beschlossen.

A 6! Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Wortmeldungen liegen keine vor. Ich lasse über A 6 abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist mit Mehrheit so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag B 1 auf. Es handelt sich um einen gemeinsamen Antrag der Sozialausschüsse und der Mittelstandsvereinigung. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 1 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über B 1 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Es folgt B 2. Es handelt sich um einen Antrag der Sozialausschüsse. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über B 2 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Wie vorgeschlagen beschlossen.

B 3! Ich sehe keine Wortmeldungen. Ich lasse abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Enthaltungen? - Ablehnung? - Es ist, wie vorgeschlagen, beschlossen.

B 4 – Antrag der Senioren-Union! Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Antrag B 4 abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Enthaltungen? - Nein-Stimmen? - Es ist so beschlossen.

B 5, ebenfalls ein Antrag der Senioren-Union! Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die CDU-Landtagsfraktionen zu überweisen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit, wie vorgeschlagen, beschlossen.

B 6! Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu B 6 zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

B 7! Es wird ebenfalls empfohlen, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu B 7 zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

B 8! Der Vorschlag der Antragskommission hierzu lautet ebenfalls, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Keine Wortmeldungen! Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - So beschlossen.

B 9! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 9 als erledigt zu betrachten, da bereits der 3. Parteitag in gleicher Sache Beschluß gefaßt hat. Dieser Beschluß ist zu Ihrer Information auf Seite 5 der Antragsbroschüre abgedruckt. – Als erster – das ist eben so – hat der Generalsekretär das Wort.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Nur eine kurze Mitteilung der Antragskommission! Der antragstellende Kreisverband hat mich gebeten, Ihnen hier nur mitzuteilen, es sei ihm darum gegangen, daß es in der Frage der Organtransplantation und des Organhandels zu einer bundesgesetzlichen Regelung kommt und er erfreut feststellt, daß dies in den Koalitionsvereinbarungen so fixiert war. Wir hatten versprochen, das hier noch bekanntzugeben.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Muß es sein? - Dann bitte kurz, Herr Lennartz.

Leo Lennartz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, was der Herr Generalsekretär gesagt hat: Wir haben heute mittag über die Frage dieses Antrages gesprochen. Sie wissen, daß wir vor zwei Jahren einen inhaltlich gleichen Antrag gestellt hatten, jedoch mit der Maßgabe, daß die Bundestagsfraktion aufgefordert wurde, sich dieses wichtigen Themas anzunehmen.

Der Herr Bundesvorsitzende war damals so freundlich, mich in diesem Anliegen ausdrücklich zu unterstützen. Ich gehe davon aus, daß er sich in dieser Frage keine andere Meinung gebildet hat, sondern daß dies nach wie vor seine Meinung ist. Ich gehe ferner davon aus, daß dieses Thema in den Koalitionsverhandlungen auf die Tagesordnung gebracht wird und daß diese Sache nun endlich behandelt wird.

Ich halte es aber für dringend notwendig, Herr Bundesvorsitzender, daß sich auch die Fraktion dieser Sache annimmt. Sie haben vor zwei Jahren gefordert, wir sollten uns dieses Themas annehmen. Sie haben gesagt, die Adenauer-Stiftung habe ein Jahr und 47 Wochen gebraucht, um sich damit zu befassen.

Erst vor drei Wochen hat eine Konferenz zu diesem Thema stattgefunden. In bezug auf dieses wichtige Thema, das die Leute auf der Straße mehr interessiert als die Frage, ob wir die Quote für Frauen heute einführen oder nicht, müssen wir – das ist meine Meinung – seitens der Partei und seitens der Bundestagsfraktion endlich Farbe bekennen. - Vielen Dank.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich sehe dies aber nicht als Widerspruch zu der Empfehlung der Antragskommission an, Herr Lennartz. Deswegen lasse ich noch einmal über die Empfehlung abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, beschlossen.

B 10! Es wird empfohlen, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung zu B 10 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Nein-Stimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Ich komme zum Antrag B 11. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Keine Wortmeldungen! Ich lasse über den Antrag B 11 und die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - So beschlossen.

B 12! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 12 an die Landesvorstände und an die CDU-Landtagsfraktionen zu überweisen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über den Antrag B 12 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag B 13. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 13 an die CDU/CSU-Gruppe der EVP im Europäischen Parlament und an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Antrag B 13 abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich zu dem letzten, aber wichtigen Antrag zum Thema Jugoslawien komme, möchte ich Ihnen das Ergebnis der Abstimmung über den Leitantrag „Verstärkte Mitwirkung der Frauen in der Partei“ bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 807. Enthaltungen: 25. Ungültig: 5. Mit Ja haben gestimmt und damit den Antrag angenommen: 416.

(Beifall)

Nein-Stimmen: 361. Damit ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe nun den Antrag B 14 der Delegierten Schwarz-Schilling, Schwarz, Koch und weiterer 27 Delegierter auf. Sie finden ihn auf Seite 4 der Sammlung der Initiativ-Anträge.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie trotz der sich auflösenden Spannung über diese Abstimmung herzlich bitten, zu einem für uns und Europa ganz wichtigen Thema dem Redner, Dr. Schwarz-Schilling, Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Herr Schwarz-Schilling, Sie haben das Wort.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Während wir uns hier mit unseren Themen beschäftigen konnten, bis hin zum Frauenquorum, geht es einige hundert Kilometer entfernt um Leben und Tod. Auch in der Zeit, in der wir hier gesessen und in einer Atmosphäre von Zivilisation und Rechtsstaat diskutieren konnten, werden dort stündlich Menschen gemordet. Sie werden aus ihren Häusern vertrieben, ihre Dörfer werden angezündet.

Was in den letzten Tagen an uns alle herangetragen worden ist: Bihac, eine Enklave, ist seit zweieinhalb Jahren eingeschlossen, länger als jede Stadt im Zweiten Weltkrieg, auch Leningrad. Sie hat seit Mai keine Lieferung irgendwelcher humanitärer Organisationen mehr bekommen. Können wir uns das überhaupt vorstellen: ohne Wasser, ohne Licht, seit Monaten und Monaten im Dunkeln und nun von allen Seiten eingekreist, unter dem Trommelfeuer von Haubitzen, Granaten und Panzern, und das alles gegen eine sich dort zusammendrängende Bevölkerung von 70 000 bis 80 000 Menschen – Flüchtlingen, die aus den umliegenden Dörfern in die Stadt gehen, weil sie meinen, dort ist die Friedenszone der Vereinten Nationen? Diese Friedenszone wird zur Hölle.

Liebe Freunde, wir alle haben unsere Glaubwürdigkeit eingebüßt, alle.

(Vereinzelt Beifall)

Amerika hat einen Zickzackkurs gefahren, Europa nicht minder. Manchmal kann man Äußerungen nur noch als zynisch bezeichnen, die dieses Geschehen begleiten.

Wir haben diesen Antrag eingebracht, damit vor diesem Bundesparteitag bekannt wird, daß eine politische Partei die Dinge beim Namen nennt und die Bundesregierung ermutigt, diese Fragen so anzupacken, daß sie schrittweise – manchmal sind Schritte hart – zu einem besseren Ende geführt werden.

Wenn wir nicht wissen, um welchen Gegner es sich handelt, dann braucht man sich nur Zitate von Herrn Karadzic anzuhören. Das klingt so, wie wir es schon einmal gehört haben: „Endsieg“, „totaler Sieg“, Moslems werden „nicht mehr vorhanden

sein“. Es gibt noch ein paar kleine Enklaven in Tuzla. Es gibt Konzentrationslager. Es gibt echte Liquidation. Es gibt das sogenannte ethnische „cleansing“, wo Menschen aus ihren jahrhundertelangen Wohnungen und Häusern vertrieben werden.

Meine Damen und Herren, wir haben das alles schon einmal erlebt. Wir reden heute noch von unseren Vertriebenen, von unserer Heimat. Wir haben geglaubt, daß dieses Recht künftig nicht mehr angetastet wird. Die Deutschen haben einen großen Beitrag dazu geleistet. Wieder ist die Welt in eine schlimme Situation geraten: weil wir Prinzipien aufgeben, weil wir unsere Werte aufgeben.

Deswegen ist es wichtig, daß wir diesen Antrag mit möglichst ganz großer Mehrheit beschließen, auch um der Bundesregierung Rückhalt zu geben, der erforderlich ist, um in der internationalen Staatengemeinschaft das zum Ausdruck zu bringen, was die Menschen bewegt, auch uns Deutsche. Wenn Sie mit den Menschen an der Basis sprechen, im Kreisvorstand, beim Fernsehen, wo immer: Keiner kann es eigentlich mehr aushalten. Aber wir müssen es ertragen, solange wir es nicht selbst mit geändert haben.

(Vereinzelt Beifall)

So lassen Sie mich sagen: Konrad Adenauer hat in schwerer Zeit in seiner ersten Rede als Parteivorsitzender in Goslar 1950 gesagt: Es kann Perioden geben, die erfüllt sind vom Sturm, von einer atemberaubenden Schnelligkeit der Entwicklung, in denen es nur eine Wahl zwischen Gut und Böse, Leben und Untergang gibt und in denen diese Wahl schnell und ohne Zögern getroffen werden muß. In einer solchen Periode hat kein Mensch das Recht, sich abseits zu stellen. Kein Mensch und kein Volk hat dieses Recht. Jeder Mensch und jedes Volk hat dann die Pflicht, Stellung zu nehmen und das von ihm als richtig Erkannte mit äußerster Zähigkeit und Energie durchzuführen.

Meine Damen und Herren, das ist der Wunsch, den wir der Bundesregierung mitgeben: mit äußerster Energie und Zähigkeit das zu tun, was uns allen und den Menschen im ganzen Land das größte Anliegen in dieser Zeit ist. Es ist auch für Europa. Denn Europa wird nicht gedeihen, wenn es bei diesem Wege bleibt. Die UN, die ihre Aufgabe nicht richtig wahrnimmt, weil sie meint, sie könnte zwischen einem Aggressor und einem Überfallenen neutral sein, wird ihre Aufgabe nicht erfüllen. Sie wird scheitern, wie wir das heute sehen.

(Beifall)

Wir müssen arbeiten, damit die UN als Institution nicht untergeht wie der Völkerbund. Wir müssen arbeiten, damit die europäischen Nationen wissen, daß es auch im ehemaligen Jugoslawien, dem heutigen Bosnien-Herzegowina, um Europa geht. Es ist europäisches Land und nicht irgendwo. Deswegen sind wir mitbetroffen und müssen handeln,

(Vereinzelt Beifall)

müssen agieren und müssen alle anderen Regierungen mit aller Energie auf diesen Kurs bringen.

Daher bitte ich Sie, dem Antrag mit großer Mehrheit zuzustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist im übrigen auch mit den Antragstellern in der Antragskommission sehr ausführlich diskutiert worden. Man hat sich auf die Fassung der Antragskommission geeinigt.

Ist es möglich, daß wir jetzt abstimmen können? Es liegt zwar noch eine Wortmeldung vor, aber meine Bitte wäre, daß der Kollege Schwarz, der dort sehr intensiv mitgewirkt hat, auf seinen Beitrag verzichtet, damit wir den vom Bundeskanzler vorgegebenen Zeitplan, der ja auch seinen Sinn hat, einhalten können.

(Zuruf: Wir wollen ihn hören!)

– Gut. Sprechen Sie dann bitte vom Saalmikrophon! Mit Blick auf die Zeit wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Ausführungen konzentrieren.

Stefan Schwarz: Meine sehr geehrten Parteifreunde! Sehr geehrter Herr Bundesparteivorsitzender, sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Ich habe in diesen zwei Minuten wenig Zeit, um Differenzierungen vorzunehmen. Deshalb schenke ich mir das. Ich erlaube mir die Bemerkung, daß es kein einfaches Verhandeln mit der Antragskommission war und daß dies nicht der Antrag der Antragskommission ist, sondern ein gemeinschaftlicher. Auf diese Feststellung ist auch inhaltlich Wert zu legen; denn sonst hätte er anders ausgesehen.

Helmut Kohl ist ungefähr im Alter meines Vaters. Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Herr Kohl, ich gebe Ihnen eine Befürchtung kund: Ich habe auf Grund der Art und Weise, wie wir diesem Konflikt begegnen, die Befürchtung – neudeutsch nennt man das Angst, aber das ist kein guter Ratgeber –, daß Europa näher an einen größeren Krieg heranschlitern kann.

Der letzte überlebende Kommandeur des jüdischen Aufstandes im Warschauer Ghetto, der 70jährige Dr. Marek Edelman, hat gesagt, Europa habe aus der Geschichte nichts gelernt. Lieber Herr Kohl, wir haben in Weimar/Buchenwald eine Demonstration veranstaltet. Danach gibt es üblicherweise die Gelegenheit, miteinander Kaffee zu trinken. Ich habe Herrn Dr. Edelman gesagt, wie toll ich Ihren Satz im Wahlkampf von 1990 fand: „Ihr jungen Deutschen da draußen werdet die erste Generation sein, die ohne Krieg durch das Leben gehen.“ – Ich glaube auch, daß das so ist. Ich glaube allerdings, daß dies unsicherer geworden ist. Als ich das sagte, hat er eine sehr skeptische Handbewegung gemacht und gesagt, das könne alles wiederkommen.

Ich bitte Sie sehr, Herr Bundeskanzler, der Sie aus der Vätergeneration meiner Generation kommen, nicht zu vergessen – Sie kennen die Probleme innerhalb der EU und der NATO –, daß man ab und zu nicht nur intern, sondern auch öffentlich aufstehen muß, um zu zeigen: Wir, gerade wir Deutschen, wollen aufgrund unserer historischen Erfahrung nicht zulassen, daß wir allzu schweigsam sind, wenn anderswo Völkermord begangen wird, wo es doch im deutschen Namen Völkermord gegeben hat. Wir wollen aktiv daran mittun, daß dies geändert wird. Ich wünsche Ihnen dazu für die nächsten Konferenzen, die vor der Tür stehen, eine glückliche Hand und – ich sage das mit Bedacht – auch Gottes Segen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag B 14 zur Lage in Jugoslawien und dem Massaker in Bihac. Es liegt ausgedruckt eine, wie Herr Schwarz mit Recht sagt, von Antragsteller und Antragskommission gemeinsam erarbeitete Fassung dieses Antrages vor, die ich jetzt unter „Fassung der Antragskommission“ subsumiere. Wer dieser Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Antrag einstimmig gefolgt.

(Beifall)

Wir haben damit den Tagesordnungspunkt 16, „Sonstige Anträge“, abgehandelt. Ich übergebe an den Tagungspräsidenten Blüm.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde! Der Parteitag neigt sich seinem Ende zu. Zehneinhalb Stunden Parteitag, das ist mehr, als jede Arbeitszeitordnung erlaubt. Ich danke Ihnen für Ihre große Konzentration, für Ihre hohe Disziplin und für das Engagement, mit dem heute auf diesem Parteitag diskutiert wurde.

Ich danke denjenigen, die es möglich gemacht haben, vor und hinter den Kulissen, den Parteitag zu organisieren, der Bundesgeschäftsstelle. Ich möchte auch jenen Kandidaten meinen Respekt sagen, die kandidiert haben und nicht gewählt wurden. Zur Demokratie gehört beides.

(Beifall)

Wir haben wichtige Beschlüsse gefaßt, zu Frauenfragen und zum Thema des letzten Antrages. Ich glaube, diese Abstimmung war keine Abstimmung am Rande. Sie hat den Charakter einer christlichen Partei, die Verantwortung für die Welt hat, gezeigt. Sie sind weiter eingeladen, unsere Partei, die sechs Wochen nach der Wahl in guter Kondition ist, vor wichtigen Landtagswahlen weiterzuentwickeln. Selbstzufrieden darf man nie sein. Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und gebe zum Schlußwort unserem Bundesvorsitzenden, Helmut Kohl, das Wort.

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Erlauben Sie mir, bevor ich mein kurzes Schlußwort spreche, noch eine knappe Bemerkung zu dem, was Christian Schwarz-Schilling und Stefan Schwarz gesagt haben. Vor allem zu Stefan Schwarz, den ich schon seit 30 Jahren kenne, möchte ich sagen: Ich gehöre zu der Generation – es gibt nicht wenige aus dieser Generation hier im Saal –, die eine sehr wache und sehr persönliche Erinnerung an Krieg und Notzeiten hat. Ich war bei Kriegsbeginn neun Jahre, bei Kriegsende 15 Jahre alt. Ich habe Bombennächte erlebt, andere haben neben den Bombennächten das bittere Schicksal von Flucht und Vertreibung erlebt. Das alles ist für uns unvergessen.

Ich habe nicht ohne Grund heute von Frieden und Freiheit als Werten gesprochen. Auch ich empfinde es als eine Schande für die zivilisierte Welt, was in Bosnien passiert und was wir jetzt Abend für Abend im Fernsehen mit eigenen Augen sehen können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kann Ihnen nur sagen: Mit den Mitteln und Möglichkeiten, die ich als Regierungschef der Bundesrepublik habe, werde ich alles tun, um unseren Beitrag zu leisten, daß dieses Morden zum Ende kommt.

(Beifall)

Ich sage ein Weiteres, das ich oft genug gesagt habe und manche immer noch nicht glauben: Auch wenn dies zu einem Ende gekommen ist, wird sich die Bundesrepublik Deutschland und die von mir geführte Bundesregierung nicht daran beteiligen, daß Aufbauarbeit in einer Region finanziert wird, in der sich die blanke Gewalt durchgesetzt hat.

(Beifall)

Wer heute am Ende dieses Jahrhunderts, nach zwei Weltkriegen, nach dramatischen Grenzverschiebungen, wieder beginnt, mit brutaler Gewalt, mit Mord und Mordbränden Grenzen zu verschieben, der kann nicht darauf zählen, daß ihm die Deutschen später beim Aufbau helfen.

(Beifall)

Ich weiß, daß das im Moment nicht konkret hilft. Aber ich möchte das nicht untergehen lassen. Ich werde deshalb am kommenden Wochenende in Budapest bei der KSZE wieder zu Protokoll geben, daß wir als Deutsche versucht haben, aus der Geschichte zu lernen, daß Krieg und Gewalt niemals wieder ein Mittel der Politik werden dürfen.

(Beifall)

Denn wenn wir das zuließen, würde sich wieder all das auf tun, was Stefan Schwarz hier als Befürchtung angesprochen hat. Ich bleibe dennoch bei meinem realistischen Optimismus, daß die politische Einigung Europas – zunächst das Europa der Zwölf und derer, die der Europäischen Union beitreten werden – uns die Chance gibt, daß jetzt und im 21. Jahrhundert in Deutschland eine junge Generation aufwächst, die – ich sage das bewußt in bezug auf die jungen Männer – nie wieder in einen Krieg ziehen muß.

Das muß unsere wichtigste Aufgabe bleiben: Frieden und Freiheit für unser Land zu bewahren.

(Beifall)

Aber das enthebt uns in nicht der Pflicht, über die eigenen Grenzen hinaus internationale Solidarität zu üben und dafür einzutreten. Deswegen ist es gut, daß wir uns am Ende dieses Parteitags nicht nur mit uns selbst und mit deutschen Dingen beschäftigen, sondern auch von unserer Verantwortung für die Welt gesprochen haben und versuchen, daraus Konsequenzen zu ziehen. Vielen Dank denjenigen, die an diesem Antrag mitgewirkt und ihn eingebracht haben. Es ziemt sich wohl, daß die CDU Deutschlands in einer solchen Zeit in dieser Weise ihr Wort macht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in wenigen Wochen endet dieses Jahr. Mit diesem Parteitag beschließen wir sozusagen auch intern den Wahlmarathon des Jahres 1994 mit seinen 19 Wahlen. So etwas hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben. Wer auf dieses Jahr zurückblickt, hat eine Vorstellung davon, welch ungeheure Anspannung der Kräfte diese vielen Wahlen von uns allen verlangt haben. Viele, liebe Freunde, die über Parteien- und Politikverdrossenheit reden, haben eigentlich gar keine Ahnung, wovon sie reden. Viele Beobachter wissen zu wenig, was es heißt, daß in den einzelnen Landesverbänden bis zu viermal in diesem Jahr Zehntausende auf die Straßen gegangen, für unsere Sache eingetreten sind – auch in den anderen demokratischen Parteien – und so lebendige Demokratie in Deutschland möglich war und möglich ist.

Ich kann keine Politikverdrossenheit erkennen. Denn, meine Damen und Herren, wenn ein Volk mit Wahlbeteiligungen bis in die Nähe von 80 % wählen geht, wenn eine gewaltige Zahl von Menschen in ihrer Freizeit mit persönlichem Engagement – ohne dafür jemals etwas zu bekommen – unterwegs ist, um staatsbürgerliches Engagement zu leben und unsere Republik zu gestalten, dann haben wir keinen Grund, verdrießlich zu sein. Aber wir haben Grund, uns immer wieder die Frage zu stellen, ob wir genug getan haben oder noch genug tun.

Wir haben in diesem Jahr viel Gegenwind gehabt, und das Jahr hat ein glückliches Ende genommen. Wir haben Grund zum Stolz und zur Freude, aber wir haben überhaupt keinen Grund, übermütig zu sein, auch wenn wir erfolgreich waren, sind und es sicher bleiben werden.

Dieser Parteitag hat in nur einem Tag einmal mehr gezeigt, daß wir eine offene, eine diskussionsfreudige, eine im wirklichen Sinne des Wortes demokratieliebende Partei

sind. Daß das heute möglich war, hat auch viel damit zu tun, daß viele uns geholfen haben: hier in Bonn die amtlichen Stellen der Stadt genauso wie die, die in der Partei diesen Parteitag vorbereitet haben. Nicht zuletzt will ich auch ein Wort des Dankes an das Präsidium des Parteitags sagen, vor allem an unseren Tagungspräsidenten, Norbert Blüm, der in der ihm eigenen Weise mit einem bei einem Arbeitsminister ganz ungewöhnlichen Charme wiederum durch diese Stunden geführt hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir werden im nächsten Jahr in vier wichtigen Landtagswahlen erneut unseren Einsatz bringen. Ich bitte jetzt schon alle in jenen Landesverbänden, die selbst keine Wahl haben, sich in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Bremen und in Berlin zur Verfügung zu stellen.

Liebe Freunde, im Blick auf das, was wir soeben diskutiert haben und was ich zu Beginn noch einmal angesprochen habe, will ich hier noch einmal sagen: Jeder spürt, es steht viel auf dem Spiel für die Zukunft Deutschlands in einem vereinten Europa. Wir alle spüren angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland auch, wie in Staat und Gesellschaft vieles in Bewegung geraten ist, was nicht schlecht zu sein braucht, wenn diese Bewegung in die richtige Richtung geht. Und das heißt für uns nicht, daß wir uns anpassen, sondern daß wir uns dem Wandel stellen und auch offen zugeben, wenn wir nicht sofort eine Antwort auf die Herausforderung wissen, und daß wir den richtigen Weg suchen: im offenen Gespräch untereinander und mit den vielen, die bereit sind, uns zu helfen, mit uns zu sprechen, zu diskutieren, wenn wir nur auf sie zugehen.

Dazu gehört eben auch, daß wir unbequeme Wahrheiten ertragen und aussprechen. Dazu gehört, daß wir uns auf den Parteitag im nächsten Herbst mit Blick auf die Frage vorbereiten: Wie geht es weiter in Europa? Werden die Deutschen ihre Position als Motor einer dynamischen Entwicklung ausbauen? Werden wir das aufnehmen, was die Gesellschaft von uns erwartet, um die Demokratie und unsere Republik für die Zukunft fit zu machen?

Gerade das Jahr 1994, das jetzt bald zu Ende geht, hat einmal mehr die Lehre bekräftigt, daß mit Opportunismus keine Zukunft zu gewinnen ist; daß Standfestigkeit in Grundsatzfragen, aber auch zugleich die Bereitschaft, für Sorgen und Nöte der Menschen in ihrer konkreten Lebenssituation offen zu sein, unsere Sache ist und unsere Sache sein muß.

Für mich – ich hoffe, für uns – ist das Signal dieses Parteitags, daß wir unser Vaterland Deutschland für das kommende Jahrhundert fit machen wollen. Das können wir nur tun, wenn wir auch selbst fit sind. Auch das wird das Thema unserer Arbeit vor allem im nächsten Jahr sein.

In diesem Sinne danke ich Ihnen allen für Ihr Mittun: für die Diskussionen, für die Beiträge, für das Hören und auch das Ertragen von Diskussionen. Ich denke, nach diesem guten Jahr haben wir viel Grund, uns voll Dankbarkeit an den Text unserer Hymne zu erinnern, daß „Einigkeit und Recht und Freiheit“ für unser Vaterland auch in Zukunft gelten möge.

Der Parteitag ist geschlossen.

(Beifall – Schluß: 19.18 Uhr)

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

Anhang

Beschlußprotokoll des 6. Parteitages der CDU Deutschlands am 28. November 1994 in Bonn

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte:
 - 7.1. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
 - 7.2. Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands
Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1992 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
 - 7.3. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
 - 7.4. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
 - 7.5. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
8. Aussprache zu den Berichten
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Bericht der Rechnungsprüfer
11. Entlastung des Bundesvorstandes
12. Wahl des Bundesvorstandes
 - 12.1. Wahl des Vorsitzenden
 - 12.2. Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden
 - 12.3. Wahl der Bundesschatzmeisterin
 - 12.4. Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums
 - 12.5. Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes
13. Wahl der Rechnungsprüfer
14. Beratung und Beschlußfassung:
Grundsatzbeschluß zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU Deutschlands
15. Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei
16. Sonstige Anträge
17. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 2:

Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteita-
ges am 28.11.1994 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen
und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:

Dr. Norbert Blüm MdB

Beisitzer:

Volker Kauder MdB
Klaus Landowsky MdA
Carola Hartfelder MdL
Bernd Neumann MdB
Dirk Fischer MdB
Otti Geschka
Rainer Prachtl MdL
Christian Wulff MdL
Heinrich Wilhelm Ronsöhr MdB
Manfred Carstens MdB
Dr. Helmut Linssen MdL
Herbert Reul MdL
Elke Wülfing MdB
Dr. Maria Böhmer MdB
Peter Jacoby MdB
Dr. Herbert Wagner
Dr. Christoph Bergner MdL
Dr. Karl-Heinz Daehre MdL
Marion Fischer MdL
Dr. Ottfried Hennig MdL
Claudia Nolte MdB
Dr. Hans-Ulrich Klose MdL
Irmgard Karwatzki MdB
Hermann Gröhe MdB
Klaus Escher
Pia-Madeleine Garitz
Klaus E. Bregger
Helmut Sauer
Dr. Bernhard Worms
Anita Gnielinski
Prof.Dr. Günter Rinsche MdEP

Zu TOP 3:

Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener
Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstim-
mig angenommen.

Zu TOP 4:

Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Peter Hintze MdB

Stellv. Vorsitzender:

Hans-Joachim Reck

Weitere Mitglieder:

Dr. Christoph Bergner MdL
Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank MdB
Reimar Böge MdEP
Dr. Maria Böhmer MdB
Klaus E. Bregger
Gertrud Dempwolf MdB
Rainer Eppelmann MdB
Klaus Escher
Dr. Fritz Hähle MdL
Dr. Renate Hellwig MdB
Volker Kauder MdB
Roland Koch MdB
Dr. Paul Krüger MdB
Christine Lieberknecht MdL
Dr. Angela Merkel MdB
Peter Müller MdL
Herbert Reul MdL
Birgit Schnieber-Jastram MdB
Ulrike Schreiber MdBBü
Gabriele Wiechatzek MdB
Dr. Bernhard Worms

Zu TOP 5:

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Erhard Hackler

Beisitzer:

Jochen von Allwörden
Frieder Fundis
Ulf Leisner
Karl Rauber
Rolf Wollziefer
Friedrich Claudius Schlumberger

Zu TOP 6:

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Hans-Joachim Woelke

Stellv. Vorsitzender:

Martin Fernbach

Beisitzer:

Udo Abel	Ansgar Kleiner
Bernhard Albrecht	Rolf Klostermann
Winfried Adams	Bernd Löwenstein
Waldemar Bartels	Hajo Lübben
Renate Baum	Hanswalther Lüttgens
Detlev Bendel	Josef-Walter Lehnert
Hans Bender	Eckart Lesch
Hubert Benning	Peter Liebers
Klaus G. Borchert	Josef Lipke
Siegfried Borgwardt	Manfred Luckey
Georg Brokelmann	Peter Müllenbach
Georg Brummundt	Hermann Müller
Karin Cramer	Johannes Machil
Heinz-J. Engberding	Michael Mallmann
Gerhard Fleck	Peter J. Mehringer
Ferdinand Fleischer	Reinhold Meisel
Paul Friedrich	Matthias Meyer
Ursula Fuchs	Gerd Ozimek
Harry Glawe	Patric Paris
Helmut Gregert	Antonie Quinkert
Dieter Grimm	Dieter Ramm
Gerhard Häusler	Josef Reichl
Dieter Höbel	Ludger Samson
Brigitte Hasche	Günter Schulze
Heinz-Peter Haumann	Michael Starbusch
Helmut Hehn	Marianne Stauß
Gerhard Heidemann	Thomas Walker
Reinhard Heidrich	Waltraud Wannhoff
Arnold Hildebrand	Werner Warzecha
Uwe Hoff	Lothar Weicherding
Jürgen Jüttermann	Paul Westeppe
Heinz Werner Janßen	Franz Wiemann
Wolf-Joachim Kühne	Elke von Ziegner

Zu TOP 7.1./8: Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht waren 2 Anlagen beigelegt.

Zu TOP 7.2./8: Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht der Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Rechenschaftsbericht 1992 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.3./8: Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Generalsekretärs, Peter Hintze MdB, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht waren 3 Anlagen beigelegt.

Zu TOP 7.4./8: Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den „Arbeitsbericht 1990/1994“ des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.5./8: Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Mandatsprüfungskommission des 6. Parteitages erstattete am Montag, den 28. November 1994, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1000 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.30 Uhr von den 1000 voll stimmberechtigten Delegierten des 6. Parteitages 962 anwesend.

Der Parteitag ist somit beschlußfähig.

gez. Erhard Hackler

gez. Frieder Fundis

gez. Karl Rauber

gez. Friedrich Claudius Schlumberger“

gez. Jochen von Allwörden

gez. Ulf Leisner

gez. Rolf Wollziefer

Zu TOP 10: Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den mündlichen Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Entlastung des Bundesvorstandes

Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung einstimmig Entlastung für die Rechnungsjahre 1992 und 1993. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 12: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 12.1.: Wahl des Bundesvorsitzenden

Es wurde gewählt:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	929
Enthaltungen:	14
Ungültig:	---
Gültige Stimmen:	915
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	458
Ja:	864
Nein:	51

Zu TOP 12.2.: Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	921
Enthaltungen:	1
Ungültig:	---
Gültige Stimmen:	920
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	461
Es wurden gewählt:	
1. Dr. Norbert Blüm	797
2. Heinz Eggert	710
3. Dr. Angela Merkel	802
4. Erwin Teufel MdL	667

Zu TOP 12.3.: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Brigitte Baumeister MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	806
Enthaltungen:	12
Ungültig:	---
Gültige Stimmen:	794
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	398
Ja:	759
Nein:	35

Zu TOP 12.4.: Wahl weiterer 7 Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	912
Enthaltungen:	1
Ungültig:	---
Gültige Stimmen:	911
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	456
Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:	
1. Rudolf Seiters MdB	802
2. Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB	785
3. Manfred Kanther MdB	754
4. Christa Thoben	737
5. Johannes Gerster	731
6. Dr. Christoph Bergner MdL	678
7. Volker Rühle MdB	605

Zu TOP 12.5.: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	929
Enthaltungen	2
Ungültig:	8
Gültige Stimmen:	919
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	460
Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:	
1. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL	784
2. Rainer Eppelmann MdB	780
3. Dr. Bernhard Vogel	770
4. Dr. Heiner Geißler MdB	758
5. Matthias Wissmann MdB	757
6. Dr. Berndt Seite MdL	753
7. Cornelia Yzer MdB	749
8. Dr. Godelive Quisthoudt-Rowohl MdEP	708
9. Christine Lieberknecht MdL	702
10. Dr. Helmut Linssen MdL	687
11. Otti Geschka	686
12. Dr. Ottfried Hennig MdL	628
13. Dr. Maria Böhmer MdB	622
14. Dr. Michel Friedman	610
15. Dr. Renate Hellwig MdB	608
16. Dr. Hanna-Renate Laurien MdA	601
17. Dr. Reinhard Göhner MdB	592
18. Carola Hartfelder MdL	588
19. Marion Fischer MdL	575
20. Alexander Graf von Schwerin	557
21. Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB	543
22. Hans-Peter Repnik MdB	540
23. Andreas Renner	527
24. Klaus Escher	511
25. Christa Reichard	498

Es fand für den 26. Platz eine Stichwahl statt zwischen folgenden Kandidaten:

Herbert Reul MdL	455
Josef Stock MdL	453

Diese **Stichwahl** hatte folgendes **Ergebnis**:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	778
Enthaltungen:	27
Ungültig:	---
Gültig:	751
Josef Stock MdL	396
Herbert Reul MdL	355

Gewählt wurde **Josef Stock MdL**.

Wahlergebnis der im 1. Wahlgang nichtgewählten Kandidaten:

Ulrike Schreiber MdBB	437
Hermann Gröhe MdB	404
Dr. Hans Geisler MdL	377
Elmar Pieroth MdA	371
Klaus Landowsky MdA	367
Peter Rauhen MdB	364
Jochen-Konrad Fromme	298
Dr. Karl-Heinz Daehre MdL	252

Zu TOP 13: Zu Rechnungsprüfern für die Jahre 1994 bis 1998 wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen einstimmig gewählt:

Bärbel Kleedehn MdL
Dr. Franz Möller
Ferdinand Tillmann

Zu TOP 14: Die Beratung und Beschlußfassung über den „Grundsatzbeschluß zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU Deutschlands“ ergab:

- Annahme von Antrag C 1 mit 416 Ja-Stimmen gegen 361 Nein-Stimmen bei 25 Enthaltungen und 5 ungültigen Stimmen
- Überweisung von Antrag C 2 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag C 3 an den Bundesvorstand

Zu TOP 15:

Die 16 CDU-Mitglieder und ihre Stellvertreter zum Vorstand der Europäischen Volkspartei wurden einstimmig ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen wie folgt gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Peter Hintze MdB
Elmar Brok MdEP
Reimer Böge MdEP
Anne-Karin Glase MdEP
Dr. Renate Hellwig MdB
Peter Kittelmann MdEP
Horst Langes
Dr. Gerd Langguth
Christine Lieberknecht MdL
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP
Doris Pack MdEP
Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Rudolf Seiters MdB
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB
Stanislaw Tillich MdEP
Friedrich Vogel

Stellvertreter:

Hans-Joachim Reck
Prof. Otto Bardong MdEP
Johann Adolf Cohausz
Klaus Escher
Christoph Holle
Bettina Machaczek
Hartmut Nassauer MdEP
Hartmut Perschau
Dr. Gero Pfennig MdB
Dr. Christian Schede
Jürgen Schröder MdEP
Michael Stübgen MdB
Reinhard Stuth
Thomas Subelack
Patrick Warnking
Dr. Paul Krüger MdB
Karl-Heinz Florenz MdEP

Zu TOP 16:

Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die **Sonstigen Anträge** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- A 1: – Überweisung an den Bundesvorstand
- A 2: – Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- A 3: – Annahme idF von A 7
- A 4: – Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- A 5: – Erledigung von Satz 1 durch § 6 Abs. 1 Ziffer 6 GO-CDU
– Überweisung von Satz 2 an den Generalsekretär
- A 6: – Überweisung an den Bundesvorstand
- A 7: – Annahme

- B 1: – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 2: – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 3: – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 4: – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 5: – Überweisung an die CDU-Landtagsfraktionen
- B 6: – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 7: – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 8: – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 9: – erledigt durch Beschluß H 75 des 3. Parteitages
- B 10: – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 11: – Überweisung an den Bundesvorstand
- B 12: – Überweisung an die Vorstände der CDU-Landesverbände und an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
- B 13: – Überweisung an die CDU/CSU-Gruppe der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 14: – Annahme idF der Antragskommission

Beschlüsse

Beschluß Nr. A3/A7

Ein Schwerpunktthema des Bundesparteitages im Jahre 1995 sollen Vorschläge zu einer umfassenden Reform der Parteiarbeit sein. Bei diesen Überlegungen zur Parteireform sollen sowohl der Beschluß der CDU NRW zur Parteireform aus dem Jahre 1993, die Resolution des Deutschlandtages 1994 der JU sowie Reformprojekte anderer Landesverbände – auch unter Berücksichtigung der Situation in den neuen Bundesländern – einbezogen werden.

Beschluß Nr. B14

Wir verfolgen mit tiefem Entsetzen die Ereignisse in der nordwestbosnischen Stadt Bihac. Mit Abscheu und Empörung beobachten wir das Abschlachten unschuldiger Zivilisten in dieser Stadt.

Die Region Bihac ist seit zweieinhalb Jahren eingekesselt und hat seit Mai diesen Jahres durch die Blockaden der serbischen Miliz keine Hilfsgüter mehr erhalten.

Es gibt kein Wasser, keinen Strom, kein Verbandsmaterial, kein Mehl – die Menschen hungern, um die letzten spärlichen Nahrungsvorräte den Verwundeten zu reichen. Im restlos überfüllten Krankenhaus von Bihac sind nach Auskunft der dortigen Ärzte die Narkosemittel am Ende, so daß schon bald selbst schwerste Operationen ohne Narkose ausgeführt werden müssen.

In Bosnien-Herzegowina werden das Völkerrecht und die Humanität mit Füßen getreten. Die Völkergemeinschaft kann diese brutale Mißachtung der Menschenrechte und der Menschlichkeit nicht länger hinnehmen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich sofort und mit höchstem Einsatz für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Die Vereinten Nationen müssen ihrem Schutzauftrag für die Schutzzone Bihac endlich in vollem Umfang nachkommen und dazu sofort ein klares und zeitlich eng befristetes Ultimatum setzen, dessen Nichteinhaltung zu konsequenten und klar definierten Sanktionen führt. Hierzu gehört auch die Anforderung von Luftangriffen sowohl auf die um Bihac und im nahegelegenen Kroatien positionierten Artilleriestellungen als auch auf die angreifenden Panzer in dieser UN-Schutzzone durch die UNPROFOR-Kommandanten.
- Kontaktgruppe und Vereinte Nationen müssen alles daran setzen, unverzüglich einen Waffenstillstand zunächst für die bedrohte Zone Bihac durchzusetzen. Nur ein sofortiger Waffenstillstand ermöglicht es, die in der Stadt eingeschlossenen ca. 70.000 Zivilisten zu retten, für die der Bürgermeister von Bihac Kabiljagic ein Massaker befürchtet.
- Falls sich bestätigt, daß die bosnisch-serbischen Streitkräfte durch Belgrad mit Waffen, anderes Kriegsmaterial und Treibstoff unterstützt werden, kann eine solche Verletzung der UN-Resolutionen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Für diesen Fall müssen die gegenüber Restjugoslawien verfügbaren Erleichterungen der Sanktionen sofort wieder aufgehoben und das volle Embargo durch die internationale Staatengemeinschaft wieder in Kraft gesetzt werden.
- Die Regierung Milosevic muß sich uneingeschränkt hinter den Friedensplan der Kontaktgruppe stellen und zu seiner Umsetzung aktiv beitragen. Belgrad muß wissen, daß es für den Konflikt und seine Beendigung Mitverantwortung trägt.

- Vereinte Nationen und NATO müssen dazu beitragen, das militärische Kräfteverhältnis zwischen Aggressor und Opfer der Aggression auszugleichen und dadurch die Opfer der Aggression wirksam zu schützen und damit insgesamt die Chancen für eine schnelle Lösung und die Annahme des Friedensplanes der Kontaktgruppe zu verbessern. In diesem Zusammenhang bleibt die Frage der Aufhebung des Waffenembargos auf dem Tisch, wie dies Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bereits auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen im Juni 1993 gefordert hat.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihr ganzes Gewicht und all ihren politischen Einfluß einzusetzen, um gemeinsam mit ihren Partnern alle dienlichen Maßnahmen durchzusetzen, die zur Beendigung des Völkermordes führen.
- Die Bundesregierung soll umgehend mit den EU-Partnern Maßnahmen zu ergreifen, die den Menschen in der Region Bihac und anderen, ähnlich betroffenen Gebieten in Bosnien-Herzegowina, schnelle Hilfe zukommen läßt durch
- sofortige Hilfslieferungen zur Behebung der Nahrungsmittelknappheit sowie der ärztlichen Versorgung,
- schnelle Instandsetzung der Wasser- und Energieversorgung und sofortige Maßnahmen für das Überleben der Menschen im beginnenden Winter,
- Schutz der Kriegsflüchtlinge vor weiterer Verfolgung sowie eine gerechte Lastenverteilung in den Mitgliedstaaten der EU im Hinblick auf die Versorgung der Hunderttausenden von Flüchtlingen.

Beschluß Nr. C1

Die CDU hat mit den Essener Leitsätzen von 1985 der Frauenpolitik einen entscheidenden Schub gegeben. Mit den Beschlüssen von Mainz 1986 und Wiesbaden 1988 hat die CDU wichtige Schritte zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU unternommen. Unser Verständnis von Partnerschaft in der Gesellschaft und unser Selbstverständnis als Partei erfordern konsequentes Handeln in dieser Frage. Wir wollen, daß Frauen und Männer sich gegenseitig in ihren fachlichen Kenntnissen, ihrer Lebenserfahrung und ihren Sichtweisen anerkennen und dies als unverzichtbar für die politische Entscheidungsfindung begreifen. Es ist für die CDU ein Gewinn, wenn Frauen und Männer sich in allen Politikbereichen engagieren. Die angemessene Beteiligung von Frauen und Männern an Ämtern und Mandaten ist eine entscheidende Zukunftsfrage für die CDU.

Demokratie bedeutet auch, daß Frauen und Männer gleichberechtigt am öffentlichen und politischen Leben teilhaben. Deshalb haben wir im Artikel 3 des Grundgesetzes ergänzend die Aufgabe eingeführt, neben der Sicherung der rechtlichen Gleichstellung die tatsächliche Gleichberechtigung voranzutreiben. Es zeigt sich, daß es Bedingungen gibt, die die aktive Beteiligung von Frauen am politischen Leben fördern oder behindern. Ein geschärftes Bewußtsein der Gesellschaft für alle Fragen, die im Zusammenhang stehen mit der Beteiligung von Frauen am politischen Leben, ist eine wichtige Voraussetzung für die Beseitigung des bestehenden Ungleichgewichts. Soll die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Politik Wirklichkeit werden, sind auch strukturelle Änderungen erforderlich.

Knapp 10 Jahre nach dem Essener Parteitag der CDU ziehen wir Bilanz: Mit einem Frauenanteil von 13,9 % liegt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verhältnis zu den anderen Bundestagsfraktionen auf dem letzten Platz. Seit Jahren zeigen die Wahlergebnisse, daß Appelle und Selbstverpflichtungen nicht ausreichen. Offenkundig ist, daß es einen inneren Zusammenhang gibt zwischen der Repräsentation von Frauen in

Parteigremien und der Zahl der von Frauen erzielten Mandate. Deshalb wollen wir folgende Schritte zu mehr Gleichberechtigung gehen:

1. Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands fordert alle Gliederungen auf, in eine intensive Diskussion darüber einzutreten, wie der Anteil von Frauen an Ämtern und Mandaten deutlich erhöht werden kann.
2. Die CDU Deutschlands entwickelt bis zum 7. Parteitag 1995 ein verbindliches Verfahren mit dem Ziel, daß mindestens ein Drittel aller Parteiämter und Mandate von Frauen besetzt werden. Ein solches Verfahren wird vom 7. Parteitag 1995 im Satzungsrecht der CDU verankert.
3. Ein Weg, dies zu verwirklichen, ist, daß das Wahlverfahren für die Parteiämter an die in der CDU bereits geltende Regelung anknüpft, die durch ein Quorum den regionalen Ausgleich sicherstellt. Ein vergleichbares Quorum wird künftig dafür Sorge tragen, daß bei Wahlen Frauen stärker berücksichtigt werden. Bei allen gemeinsam durchzuführenden Wahlen muß auf jedem Stimmzettel mindestens je ein Drittel der Stimmen für Frauen und Männer abgegeben werden. Das Auswahlrecht muß gewährleistet bleiben.
4. Für die Aufstellung von Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten und für Listenaufstellungen sollen die folgenden Regelungen gelten:
 - * Die übergeordneten Gremien werden aufgefordert, darauf zu achten, daß bei der Aufstellung von Wahlkreiskandidaten Frauen zu einem Drittel vertreten sind.
 - * Bei Listenvorschlägen für Mandate muß vom vorschlagsberechtigten Gremium für jeweils drei aufeinanderfolgende Listenplätze mindestens eine Frau vorgeschlagen werden. Die Freiheit zur Einzelkandidatur in der Aufstellungsversammlung auf jedem Platz wird davon nicht berührt.
5. Diese Regelungen gelten ab Kreisverbandsebene. Sie sollen auf der Stadt- und Gemeindeverbandsebene ebenfalls praktiziert werden.
6. Diese Regelung ist bis zum 31.12.1999 befristet. Über eine Fortführung dieser Regelung über den 31.12.1999 hinaus befindet – nach Vorlage eines Berichts des Generalsekretärs – ein Parteitag vor diesem Stichtag.
7. Eine solche Regelung tritt in Kraft, wenn der 7. Parteitag 1995 eine entsprechende Änderung des Satzungsrechts vorgenommen hat. Alle Gliederungen werden aber aufgefordert, die Erhöhung des Frauenanteils schon jetzt zu praktizieren.

Geistliches Wort im Plenum

Grußwort und Gebet
Bischof Dr. Hartmut Löwe,
Bevollmächtigter des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

Im Advent fällt uns das Singen leichter als sonst. Sogar in einem weltlichen Saal singen wir ohne Mühe geistliche Lieder.

Herr Vorsitzender, verehrte und liebe Delegierte!

Parteitage gehören ja auch nicht in eine Kirche. Wir evangelische Christen sind sogar so verwegend und halten unsere Synoden in Maritims. Und manchmal kommt dabei etwas Gutes heraus. Zum Beispiel in Halle.

Aber auch Parteitagen tut eine geistliche Besinnung gut. Die Erfahrung des Geistes Gottes. Eine Ahnung davon, daß wir Menschen nur Handlanger sind; zum Hilfspersonal Gottes gehören; Leute, die der Macht des Bösen Grenzen setzen und das Gute fördern sollen. Der eigenen Grenzen innewerden, das macht demütig. Zugleich aber setzt es auch Kräfte frei:

Mein Amtsbruder und ich, wir sind da, um mit Ihnen und für Sie zu beten. Wir tun das gerne. Das ist unser vornehmster Beitrag für das Gelingen von Politik, die Erneuerung der Parteien, das Gedeihen unseres Volkes. Sie können sich auf unser Gebet verlassen – mehr als auf unsere klugen Ratschläge. Die fallen uns leider oft auch nicht ein.

Parteipolitik ist nötig. Jede Häme darüber ist unangebracht. Nur parteiisch dürfen wir nicht werden. Um das Bessere müssen Sie streiten. Aber Gegner dürfen nicht zu Feinden werden: nicht in der eigenen Partei, nicht in anderen Parteien.

Wir wünsche Ihnen ein gutes Gelingen dieses Parteitages. Ich wünsche Ihnen einen gesegneten Advent.

Lasset uns beten:

Herr, zeige uns deine Wege und lehre uns deine Stege!

Leite uns in deiner Wahrheit und lehre uns!

Denn du bist der Gott, der uns hilft;

täglich warten wir auf dich:

Gib uns Kraft für die Aufgaben, die uns gestellt sind.

Gib uns Mut für die Schritte, die wir gehen müssen.

Gib uns Liebe zu den Menschen, die uns begegnen.

Laß uns erfahren, daß du uns nahe bist in allem, was heute geschieht.

Gedenke, Herr, an deine Barmherzigkeit und Güte, die von Ewigkeit her gewesen sind. – Amen.

Ansprache
Paul Bocklet,
Leiter des Kommissariats der
Deutschen Bischöfe

Zur Einleitung ein Wort der Heiligen Schrift:

„Kommt alle zu mir, die ihr vor Mühsal und Lasten stöhnt; ich will euch Ruhe verschaffen.“ (Mt 11, 28-30)

Alles Große wächst in der Stille, und alles, was wächst, macht keinen Lärm.

Diese Aussage können wir bestätigt finden, wenn wir in die Schöpfung schauen, in die Natur. Die vier Jahreszeiten, die uns jedes Jahr mit neuer Freude erfüllen können: im Frühling, im Sommer, im Herbst und im Winter. Alles Leben, das dort wächst, blüht und gedeiht und reift, wächst in der Stille.

Auch im Leben des Menschen gibt es diese stillen Ereignisse. Die Stille der Nacht und ein kostbarer Schlaf, die Erholung, die uns durch den Schlaf geschenkt wird. Die Liebe zweier Menschen, die reift und wächst. Das Kind im Mutterschoß, das Wunder des Lebens, die Frucht der Liebe. Auch die Erziehung des jungen Menschen in der Familie, in der Schule, in der Reifezeit, im Mündig-Werden. Auch Ausbildung und Bildung in der Forschung, im Studium geschieht in der Stille. Die Weisheit des Alters, das Los-Lassen.

Wir können also sehen, daß diese Aussage: Alles Große wächst in der Stille, und alles, was wächst, macht keinen Lärm, sich in der Natur und auch im menschlichen Leben wiederfinden kann.

Unsere Zeit aber ist voller Lärm und lauter Töne. Die Hektik, die Unrast und der Straßenverkehr, die Planungen, in die wir eingespannt sind, das alles sind Merkmale unserer Zeit, unserer Leistungsgesellschaft.

Es gilt, Oasen als Kraftquellen der Erneuerung zu suchen, Oasen der Stille.

Das kann der **Urlaub sein und die Freizeit**: Entspannung und Erholung. Wichtig ist, daß wir den Urlaub recht gestalten: Tapetenwechsel, innerlich zur Ruhe kommen.

Das zweite sind die **Atempausen**, die wir jetzt im Novembermonat auf den Friedhofen erleben; wenn wir die Gräber unserer Toten besuchen, wenn wir die Toten der Kriege in Erinnerung rufen, bezeugen wir unseren Glauben und unsere Hoffnung, daß der Tod nicht die einzige Antwort ist auf das Sterben. Wir werden erinnert, daß das menschliche Leben Grenzen hat.

Oase der Stille ist aber auch **der Sonntag und der Feiertag**. Wir dürfen diesen Rhythmus der Woche nicht überhören. Zeit aussparen für das Wochenende mit dem Sonntag. Gott begegnen, der Familie und dem Freundeskreis.

Wir wissen, daß die Terminflut uns alle einfordert, dazu die Papierflut, der Mangel an Reflexion über das, was wir gehört haben oder zu lesen bekommen: Keine Zeit. Das ist ja das Wort, das wir so oft hören. Damit sind wir oft überfordert. Es kommt zu wenig Ruhe, zu wenig Stille, zu wenig Überdenken dessen, was uns bewegt, zur Geltung. Oasen der Stille brauchen wir, Sammlung, zu uns selber finden, Kraftquellen der Erneuerung, und dazu gehört auch das Gebet.

Mit Gott leben im Gebet. Im Gebet komme ich zu mir selbst. Wer bin ich? So fragen die Menschen immer wieder und suchen nach Selbsterkenntnis. Heute ist das Wort „Selbstverwirklichung“ in aller Munde, und es gibt ja auch eine echte Selbstverwirkli-

chung. Aber wir verfehlen oft uns selbst, denn der Mensch ist der, der in der Geschichte mit Gott lebt. Die Bestimmung des Menschen als der, der in der Geschichte mit Gott lebt, steht im Gegensatz zu jeder Bestimmung des Menschen als den, der sich selbst nur begründet.

Von Edith Stein, der Martyrin in Auschwitz, Professorin und Husserl-Schülerin, stammt das Wort: „Wer Gott nicht findet, der gelangt auch nicht zu sich selbst.“

Pater Alfred Delp, ein Martyrer des 20. Juli, hat gesagt: „Die Anbetung Gottes ist der Weg des Menschen auf sich zu.“

Wenn ich anfangen zu beten, wenn ich anfangen zu sagen: Gott ist da, ich bin vor Gott, Gott kennt mich, dann fange ich auch an, anwesend zu sein. Ich hole mir aus aller Aktivität, aus aller Ablenkung, Zerstreuung zu mir selbst zurück. Und dieses Bei-mir-Dasein beginnt zur Lebenswahrhaftigkeit zu werden. Denn wenn ich dessen wirklich für einen Augenblick inne werden: Gott ist da, er kennt mich, dann beginne ich auch, mich zu sehen als den, der ich bin. Es beginnt das Wort des großen Augustinus: Laß mich dich erkennen, laß mich mich erkennen.

Bei einem bekannten Dichter, Hans Carossa, fand ich die Zeilen: O verlerne die Zeit. Eigentlich haben wir in der Schule etwas anderes gelernt: Carpe diem, das haben uns die Lateiner gesagt; und in der Heiligen Schrift, im Epheser-Brief, heißt es: „Kaufe die Zeit aus, nütze die Zeit.“ Hier: „Verlerne die Zeit!“ Was meint der Dichter? Die beiden nächsten Zeilen seines Gedichts helfen uns, ihn zu verstehen. Es heißt nämlich:

„O verlerne die Zeit,
daß nicht dein Antlitz verkümmere
und mit dem Antlitz das Herz.“

Das gibt es also, die Gefahr, daß unser Antlitz verkümmert und sogar das Herz, wenn wir die Zeit nicht verlernen. Ich denke, hier ist jene Zeit gemeint, die uns hetzt, die uns versklaven will, die uns nicht zur Ruhe kommen läßt, die immer zweck- und zielgerichtet ist auf einen Erfolg. Manche könnten hier statt „Zeit“ ganz banal das Wort „Terminkalender“ einsetzen.

Und das Antlitz verkümmert, das Antlitz, das ist das Anschauen und das Angeschaut-Werden, das Anschauen, das den anderen wahrnimmt. Ein Geheimnis, wie es zwischen Mutter und Kind immer wieder neu geschieht, wenn sich die Mutter lächelnd über das kleine Antlitz beugt und das Antlitz des Kindes leuchtet und strahlt, es spürt die Zuwendung.

O verlerne die Zeit. Das ist unser Auftrag, daß wir zu uns selber kommen, zur Ruhe kommen. Daß wir die Kraftquellen der Erneuerung immer wieder finden.

Alles Große wächst in der Stille, und alles, was wächst, macht keinen Lärm. Versuchen wir, diese Besinnung mitzunehmen in unsere Arbeit in Politik, Familie und Beruf.

**Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe
in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments,
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP**

Das „Superwahljahr 1994“ begann mit schlechten Umfrageergebnissen für die CDU/CSU und mit hämischen Kommentaren über den „unaufhaltsamen Abwärtstrend bei der Union“. In repräsentativen Umfragen über die Wahlabsichten der Deutschen lag die SPD im Januar 1994 rund 6 Prozent vor der CDU/CSU. Umfragen im März 1994 zeigten in den neuen Bundesländern sogar einen Vorsprung der SPD vor der CDU von rund 12 Prozent. In einigen Diskussionskreisen der Union wurde empfohlen, sich im Europawahlkampf nicht zu sehr zu engagieren, da die Europawahl im Juni 1994 für die CDU/CSU doch nicht zu gewinnen sei.

Klarer Sieg in der Europawahl

Am 12. Juni 1994 erbrachte die Europawahl für die CDU/CSU einen eindeutigen Wahlsieg. Die CDU/CSU erhielt 38,8 Prozent der Stimmen, die SPD 32,2 Prozent. Bei der letzten Europawahl 1989 betrug der Vorsprung der CDU/CSU vor der SPD nur 0,4 Prozent, jetzt 6,6 Prozent. Mit 32 Mandaten hatten wir 1989 nur 1 Mandat mehr als die SPD. Seit dem 12.6.1994 haben wir mit 47 Mandaten 15 mehr als 1989 und 7 mehr als die SPD. Großes Interesse und Zustimmung bei unseren europäischen Freunden – über nationale und parteipolitische Grenzen hinweg – fand die Tatsache, daß die deutschen Wähler den radikalen Kräften von links (PDS 4,7 Prozent) und rechts (REP 3,9 Prozent) eine klare Absage erteilten und den Weg ins Europäische Parlament versperrt hatten.

Aufmerksam und erleichtert wurde in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch registriert, daß der „Bund freier Bürger“ als Anti-Maastricht-Partei nicht die von ihrem Gründer Brunner erwarteten 30 Prozent, sondern nur 1,1 Prozent der deutschen Wählerstimmen erhielt. Hatten die Umfragen im März 1994 für die neuen Bundesländer noch einen Vorsprung der SPD gegenüber der CDU von rund 12 Prozent gezeigt, so erbrachte das Wahlergebnis am 12.6.1994 umgekehrt einen Vorsprung von 7,3 Prozent der CDU (33,2 Prozent) vor der SPD (25,9 Prozent).

Die Wahlbeteiligung an der Europawahl 1994 war mit 60,1 Prozent um 2,2 Prozent niedriger als 1989 und um 3,3 Prozent höher als 1984. Auf die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD entfielen rund 70 Prozent der abgegebenen Stimmen. Diese nüchterne Zahl widerlegte übrigens alle sogenannten wissenschaftlichen Aussagen über den angeblichen „Trend weg von den Großparteien“. Im Hinblick auf die Europawahl hatte z.B. ein Nachrichtenmagazin noch am 25. April 1994 selbstsicher verkündet: „Bei den letzten Europawahlen sank die Zustimmung der Wahlberechtigten zu den Volksparteien auf rund 40 Prozent. Am 12. Juni ist Ähnliches zu erwarten, darüber zumindest herrscht Einigkeit“. Diese Prognose traf dann in der Europawahl 1994 ebensowenig zu wie die in derselben Ausgabe des Magazins zu lesende Voraussage über die wahrscheinlichen Mißerfolge der Christdemokraten in Europa und die guten Chancen der „Statt-Partei“ und des „Bundes freier Bürger“, die dann in der Realität mit 0,5 Prozent und 1,1 Prozent der Wählerstimmen wirklich nicht besonders erfolgreich waren. Die angeblich so realistische April-Frage des Nachrichtenmagazins „Bricht die CDU, spätestens im Herbst, auseinander?“ ist schon am 12. Juni von den deutschen Wählern unmißverständlich mit einem klaren Nein beantwortet worden.

Unser Erfolg in der Europawahl 1994 ist vor allem das Ergebnis der erfolgreichen Politik, der unbeirrbaren Zuversicht und des unermüdlischen Einsatzes unseres Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Helmut Kohl. In allen Staaten und fast allen politischen Parteien Europas hatte man auf die „Kontinuität der Köpfe“ in der deutschen Europapolitik gesetzt. In ganz Europa galt und gilt Helmut Kohl als europapolitisch unverzichtbar. Die deutschen Wähler haben die Europäer nicht enttäuscht. Dies ist ein Gewinn für Deutschland und für Europa.

Die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments danken unserem Bundeskanzler und Ratspräsidenten der Europäischen Union, Helmut Kohl, für seinen großartigen und erfolgreichen Einsatz für Europa. Wir danken den vielen Parteifreunden, die die Sache Europas zu ihrer eigenen gemacht haben und in Tausenden von persönlichen Gesprächen unsere Mitbürger informiert und motiviert haben. Wir wissen: Europa ist unsere Zukunft! Aber wir wissen auch: Es gibt keine Zukunft ohne Zuversicht!

Große Verantwortung der CDU/CSU im Europäischen Parlament

Der CDU/CSU-Wahlsieg in der Europawahl 1994 gibt den Abgeordneten der Union eine besondere Verantwortung für die europäische Politik und stellt sie vor schwierige Herausforderungen. Dies wird schon sichtbar in einer Fülle von Funktionen und Schlüsselpositionen, die den deutschen Abgeordneten der EVP-Fraktion übertragen wurden. Aus der CDU/CSU-Gruppe kommen

- eine Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments,
- ein Quästor,
- ein Vizepräsident der EVP-Fraktion,
- das Mitglied in der EP-Reflexionsgruppe für die Vorbereitung der EU-Regierungskonferenz 1996 sowie
- die Vorsitzenden
 - des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung,
 - des EP-Haushaltskontrollausschusses,
 - des EP-Unterausschusses für Menschenrechte,
- die stellvertretenden Vorsitzenden der EP-Ausschüsse
 - für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
 - für Forschung, Technologische Entwicklung und Energie,
 - für Soziale Angelegenheiten und Beschäftigung,
 - für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Fragen der Immunität,
 - des Petitionsausschusses und
 - des Haushaltsausschusses.

Im Bereich der ständigen interparlamentarischen Delegationen des Europäischen Parlaments stellt die CDU/CSU die Vorsitzenden der Delegation

- für Süd-Ost-Europa,
- für die ASEAN-Staaten, Südostasien und Korea,
- für die Maschrek- und Golf-Staaten

sowie die Stellvertretenden Vorsitzenden für die weiteren Delegationen

- Rußland
- Ungarn
- Estland, Litauen, Lettland
- Japan
- Südostasien und SAARC
- Australien und Neuseeland und
- Südafrika.

Aus den Reihen der CDU/CSU-Abgeordneten kommen ferner der Vorsitzende des EVP-Arbeitskreises C und die stellvertretenden Vorsitzenden in den Arbeitskreisen A, B und D sowie die Obleute beziehungsweise stellvertretenden Obleute der EVP-Fraktion in 16 Fachausschüssen des EP.

Unsere Aufgaben

Bundespräsident Roman Herzog unterscheidet in seinem lesenswerten Buch „Staaten der Frühzeit“ (München 1988, Seite 303) ‚Aufgabenstaaten‘, die ihre Entstehung objektiven Notwendigkeiten verdanken, und ‚Machtstaaten‘, die gewissermaßen kraft Gelegenheit, aufgrund einer mehr oder weniger zufälligen Machtkonstellation entstanden.“

In diesem Sinne ist die Europäische Union ein „Aufgabenstaat“. Ihre Existenz steht und fällt mit der Erfüllung oder Nichterfüllung ihrer Aufgaben. Für die Arbeit der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament sind hier zwei Fragen von Bedeutung:

1. Welche wichtigen Aufgaben – bei Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – hat die Europäische Union nach dem Epochenwechsel 1989/1990 (Implosion des sogenannten realen Sozialismus)?
2. Reicht die gegenwärtige Entscheidungs-, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Union aus, um diese wesentlichen Aufgaben zu erfüllen?

In einer realistischen und selbstkritischen Analyse kann nicht bestritten werden: Der Europäischen Integration fehlt es an Transparenz und den Europäischen Institutionen mangelt es an Effizienz. Beide Defizite behindern die Zukunftssicherung der Europäer.

Diese problematische Situation der Europäischen Union wird durch aktuelle Meinungsumfragen illustriert: Im Frühjahr 1991 befürworteten 72 Prozent aller befragten EG-Bürger die Mitgliedschaft ihres Landes in der EG (lt. „Europabarometer“, vgl. Europäische Zeitung, September 1994). Im Mai 1994 sind es nur noch 54 Prozent. In Deutschland West sind es nur 52 Prozent, in Deutschland Ost sogar nur 45 Prozent. „Time“ (19.9.1994) zitiert eine Umfrage bei führenden Persönlichkeiten der europäischen Wirtschaft. Auf die Frage, „Ist die EU eine notwendige Institution?“ antworteten 86 Prozent der Unternehmer mit „ja“ und nur 13 Prozent mit „nein“. Die Frage aber, „Ist die EU eine effiziente Institution?“ wird zu 53 Prozent mit „nein“ und nur zu 42 Prozent mit „ja“ beantwortet. Diese Zahlen sprechen eine ernste Sprache. Wir brauchen mehr Transparenz und mehr Effizienz in Europa.

Für die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments besteht die Lösung der hier sichtbar werdenden Probleme in der klaren Definition der Aufgaben und in der Vorbereitung der dringend notwendigen institutionellen Reformen. Zum Datenrahmen und Koordinatensystem unserer europapolitischen Arbeit gehören u.a.:

- die Effizienzsteigerung des neugewählten EP,
- die Installierung der neuen EU-Kommission,
- die Schaffung eines neuen Gleichgewichts der EU-Institutionen auf der Grundlage des Vertrages von Maastricht,
- die Integration der Beitrittsländer Österreich und der skandinavischen Länder,
- die parlamentarische Umsetzung des Weißbuchs der EU-Kommission,
- die Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 (Überprüfung und Verbesserung des Vertrages von Maastricht),
- die Intensivierung der EU-Beziehungen zu den Staaten Südost- und Osteuropas,
- die Realisierung der transatlantischen Allianz,
- die Kooperation der EU mit den dynamischen Volkswirtschaften Asiens,
- die Beziehungen zu den Entwicklungsländern usw.

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion arbeitet in enger Koordinierung mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und mit der Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl, um bürgernahe Lösungen für jene Probleme und Sorgen zu finden, die unseren Bürgern auf den Nägeln brennen. Unsere vier wichtigen Aufgabengebiete sind identisch mit den Schwerpunkten der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union.

Unsere Ziele und Arbeitsschwerpunkte sind:

- I. Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit in Europa, Wiederaufschwung der europäischen Wirtschaft und Herstellung ihrer weltweiten Wettbewerbsfähigkeit unter Wahrung der sozialen Sicherheit und Schonung der Umwelt.
- II. Erhaltung und Festigung von Frieden in Freiheit und Stabilität in ganz Europa durch eine aktive Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Heranführung der Nachbarn in Mittel- und Osteuropa an die Union und die Herstellung besonders enger partnerschaftlicher Beziehungen zu Rußland, der Ukraine und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.
- III. Bekämpfung der international organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels sowie eine wirksame Asyl- und Zuwanderpolitik in der Europäischen Union.
- IV. Konsequente Anwendung und Umsetzung der neuen Instrumente und Mechanismen des Vertrages über die Europäische Union in die Praxis unter besonderer Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips. Ebenso wichtig ist die Stärkung der Entscheidungs-, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Union.

Die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments arbeiten in den Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen der EVP und in den Ausschüssen und Delegationen des EP vollverantwortlich mit, um diese Ziele Schritt für Schritt zu verwirklichen. Dabei sind wir uns bewußt, daß der Erfolg unserer Bemühungen um so größer ist, je besser und effizienter unsere Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und mit der CDU/CSU-geführten Bundesregierung gestaltet werden kann.

In seiner positiven Beurteilung des Diskussionspapiers von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments „Überlegungen zur europäischen Politik“ (Schäuble-Lamers-Papier) schreibt der ehemalige französische Außenminister Jean Francois-Poncet: „Die Europäische Union muß wieder die Unterstützung der öffentlichen Meinung gewinnen. Das politische Europa und die Währungsunion müssen vor dem Ende dieses Jahrhunderts Wirklichkeit werden. Europa kann nicht stark sein, wenn seine Institutionen schwach sind.“

Europäische Politik ist die Verständigung über das Wirkliche und das Notwendige. In diesem Sinne sind die verantwortungsbewußten Europäer aufgerufen, die Wirklichkeit Europas wahrzunehmen und das Notwendige für die Zukunftssicherung der Europäer möglich zu machen. Es gilt, die Transparenz und damit die Akzeptanz der europäischen Integration zu verbessern und die Effizienz und Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen ihren existentiellen Aufgaben entsprechend zu gestalten. Gemeinsam können wir diese Herausforderung meistern.

Namensverzeichnis

Arlt-Palmer 120
Baumeister 26
Beck 108
Bergner 69
Besta 124
Biedenkopf 73
Blüm 8, 26, 57, 124, 136
Böhmer 69ff., 74, 100
Bregger 53
Brudlewsky 48
Daehre 74, 81ff.
Eggers 60
Eggert 49
Eppelmann 75
Escher 54, 75
Fischer, Dirk 73ff.
Fischer, Marion 76
Friedman 76
Fromme 57, 76
Gallandt 109
Geisler 76
Geißler 77
Gerster 71
Geschka 77, 123
Göhner 78
Gröhe 78
Hackler 62
Hartfelder 36, 42, 79
Hasenkamp 98
Heidemann 61
Hellwig 79
Hennig 80
Herr-Beck 118
Hintze 29, 57, 91, 132
Höing 96
Jacoby 67f.
Kannengießer 91
Karger 107
Karwatzki 91ff., 128f.
Kauder, Siegfried 115
Kauder, Volker 29, 35,
Körtner 117
Kohl 5, 11, 66, 68, 115, 126, 136

Landowsky 81
Laurien 81
Lehne 121
Lennartz 132
Lieberknecht 82
Linszen 65ff., 82, 94

Mayer-Vorfelder 60
Merkel 46
Meyer 101
Mitsch 112
Moschner 97
Mühlhausen 105

Natus-Can 98
Neumann 130ff.
Noack 95
Nolte 96

Pfeilsticker 116
Pieroth 83
Prachtl 62ff.

Quisthoudt-Rowohl 83

Rauen 44, 84
Reichard 84
Renner 84
Replik 85
Reul 42ff., 85
Röper 50
Röseler 51

Schäuble 36
vom Scheidt 116
Schenk 119
Schmitz-Hübsch 117
Scholz 104
Schreiber 86
Schwab 129
Schwarz 135
Schwarz-Schilling 87, 133
von Schwerin 88
Seite 88
Stock 88
Süssmuth 113

Tantzen 122
Teufel 42
Thoben 103
Thomsen-Bendixen 56
Tillmann 62

Vogel 89

Wagner 69
Weisbrich 96
von Westphalen 124
Widmann 111
Wissmann 89
Wulff 102

Yzer 90

Zinke 99

